

# „UNSERE STADT IST GERETTET“

Coburg und seine  
Eingemeindungen  
im Jahr 1972

**Beiersdorf**

**Seidmannsdorf**

**Creidlitz**

**Coburg**

Kreisfreie Stadt

**Scheuerfeld**

**Löbelstein**

**Rögen**

**Lützelbuch**

Von Christian Boseckert  
im Auftrag der Stadt Coburg

*Coburger Rathaus*  
*Foto: © Stadt Coburg*

SCHRIFTENREIHE  
DER HISTORISCHEN GESELLSCHAFT COBURG E. V.



## „UNSERE STADT IST GERETTET“

COBURG UND SEINE EINGEMEINDUNGEN IM JAHR 1972

VON  
CHRISTIAN BOSECKERT

IM AUFTRAG DER STADT COBURG

Band 32

COBURG 2022

© *Alle Rechte der Stadt Coburg und bei der Historischen Gesellschaft Coburg e.V.*

*Redaktion: Nathalie Schmidt, Dresden*

*Druck: Louis Hofmann Druck- und Verlagshaus, Sonnefeld*



## EIN GROßER GEWINN FÜR ALLE SEITEN



Wir feiern 2022 ein rundes Jubiläum: 50 Jahre ist es nun her, dass, Beiersdorf, Creidlitz, Lützelbuch, Rögen, Seidmannsdorf mit Löbelstein und Scheuerfeld zur Stadt Coburg eingemeindet wurden. Was recht einseitig klingt, war in Wahrheit ein intensiver gemeinsamer Prozess. Auch der Landkreis hatte damals Interesse, die Orte zu behalten. Es folgte beidseitiges Werben um die „schönen Bräute“ und ich bin froh, dass die Stadt Coburg „das Rennen“ gemacht hat.

Dabei hatten nicht wenige der Ortsbürger damals Sorge, „im großen Coburg“ unterzugehen. Denn man würde ja mit der Eingemeindung seinen Gemeinderat verlieren. Das ist zweifellos nicht geschehen. Ganz im Gegenteil, können wir heute sagen: 10 von 41 Stadträtinnen und Stadträte kommen 2022 aus diesen sieben Stadtteilen. Zusätzlich zwei Ortssprecher. Sie alle vertreten die Interessen der jeweiligen Stadtteile und der Stadt Coburg als Ganzes.

Vor der Entscheidung gab es zudem teils harte Verhandlungen um die „Aussteuer“. Die jeweiligen Gemeinderäte ließen sich das Ja-Wort einiges kosten. So hat Coburg selbstverständlich Schulden übernommen, Sonderregelungen wurden abgemacht. Die Löbelsteiner beispielsweise ließen sich unter anderem zusichern, dass ein Löschzug vor Ort bleibt. Heute sind wir als Stadt Coburg sehr dankbar für diese Forderung. Ist es doch die letzte Wehr im Coburger Osten, die Dienst für die Bürgerinnen und Bürger leistet.

Man kann mit Fug und Recht behaupten: Es hat sich für alle Seiten gelohnt. Stadt und Ortsteile florieren seither im Miteinander und Füreinander. Die Stadt hat in den 50 Jahren kräftig in ihre neuen Stadtteile investiert und beispielsweise die Kanalisation übernommen, Straßen, Bürgersteige und Radwege ausgebaut, Spielplätze, Kindergärten, Buslinien geschaffen und vieles mehr.

Kein Zweifel: In den Stadtteilen lässt es sich gut leben. Man sieht es auch daran, dass die Bevölkerung der sieben Stadtteile gemeinsam seither um mehr als 1000 zugenommen hat, während die Bevölkerung der Kernstadt leicht abnahm.

Pep Guardiola, der große Fußballtrainer sagte einmal: „Wir brauchen die ganze Truppe, jeden Spieler des Teams, wenn wir erfolgreich sein wollen.“ So sehe ich das auch: Nach meiner festen Überzeugung findet Coburg nicht nur innen statt. Coburg ist das gute Zusammenspiel aller einzelnen Ortsteile.

Für das große Engagement der Ortsvereine in diesen 50 Jahren möchte ich mich herzlich bedanken. Lassen Sie uns auch weiterhin miteinander und füreinander vorangehen für die Zukunft unserer Kinder und Enkel.

Das Buch, das Ihnen vorliegt, hat unser Stadtheimatspfleger, der Historiker Christian Boseckert, geschrieben. Er hat Geschichte und Geschichten rund um die Eingemeindungen zusammengetragen. Ich danke Christian Boseckert für seine wunderbare Arbeit und wünsche Ihnen beim Lesen viel Spaß.

A handwritten signature in green ink that reads "Dominik Sauerteig". The signature is fluid and cursive, with a large 'D' and 'S'.

Dominik Sauerteig  
Oberbürgermeister der Stadt Coburg

## VORWORT

Am 20. Mai 2021 beschloss der Coburger Stadtrat eine Konzept- und Maßnahmenplanung für das 50. Jubiläum der Eingemeindungen von Lützelbuch, Rögen, Seidmannsdorf, Löbelstein, Beiersdorf, Creidlitz und Scheuerfeld. Zu den Maßnahmen gehörte auch die Aufarbeitung der Geschichte der Jubiläumsstadtteile. Eine zentrale Rolle sollte dabei auch die Eingemeindung der oben erwähnten Dörfer im Jahre 1972 spielen. Mit der Aufarbeitung der einzelnen Ortshistorien wurde der Verfasser dieser Arbeit beauftragt. In einem Zeitraum von sieben Monaten konnte die Vielfalt dörflichen Lebens und die Individualität infrastruktureller Entwicklungen herausgearbeitet werden. Dabei zeigte sich, dass jeder Stadtteil seinen eigenen Weg in die Moderne beschritt. Dies wird umso deutlicher, wenn man den infrastrukturellen Auf- und Ausbau der einzelnen Ortschaften miteinander vergleicht. Ein solcher Vergleich kann erstmals mit dieser Untersuchung angestellt werden. In diesem Zusammenhang stießen die strukturellen Entwicklungen und Eingemeindungen auf das Interesse der hiesigen Geschichtswissenschaft. Die Historische Gesellschaft Coburg erklärte sich daher bereit, diese Monografie als Band 32 in ihre Schriftenreihe aufzunehmen. Daraus entstand eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der Stadt Coburg und dem Vorstand des Vereins. Mein Dank gilt daher dem Vorsitzenden der Historischen Gesellschaft, Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Gert Melville, dem Leiter des Amtes für Digitalisierung und Kommunikation der Stadt Coburg, Herrn Louay Yassin, und dem Leiter des Amtes für Schulen, Kultur und Bildung der Stadt Coburg, Herrn Norbert Anders, für ihre Unterstützung.

Auf große Hilfsbereitschaft stieß ich in den benutzten Archiven. Mein Dank gilt vor allem dem Stadtarchiv Coburg und dessen Leiter, Herrn Michael Tröbs, der mir viele Hinweise zu diesem Thema geben konnte. Ebenso bedanke ich mich beim Staatsarchiv Coburg und deren kommissarischen Leiterin, Frau Birgit Hufnagel, für die Unterstützung meines Anliegens. Ferner danke ich allen ungenannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beiden Archive für ihre Zusammenarbeit.

Großen Dank schulde ich dem Zweiten Vorsitzenden der Historischen Gesellschaft, Herrn Gerhard Amend, der als Lektor die nicht ganz leichte Aufgabe übernahm, die sprachliche Korrektur der Arbeit zu übernehmen. Der Stadt Coburg sei für die großzügige finanzielle Unterstützung gedankt. Die hervorragenden Luftaufnahmen der einzelnen Stadtteile besorgten Andreas und Jürgen-A. Brückner, denen ich für ihren Einsatz sehr danken möchte. Ebenso danke ich Frau Nathalie Schmidt (Technische Universität Dresden) für die redaktionelle Assistenz sehr herzlich.

Coburg, im Juli 2022

Dr. Christian Boseckert

Stadtheimatspfleger

Zweiter Vorsitzender der Historischen Gesellschaft Coburg

## INHALTSVERZEICHNIS

1.	Einleitung .....	1
2.	Seidmannsdorf.....	5
2.1	Anfänge und politische Zugehörigkeit.....	5
2.2	Die weitere Entwicklung des Dorfes .....	7
2.3	Wirtschaftliche Entwicklung .....	8
2.4	Kirche und Schule.....	12
2.5	Justizwesen.....	16
2.6	Vereinsleben und Feuerlöschwesen .....	17
2.7	Infrastruktureller Aufbau .....	19
3.	Löbelstein.....	23
3.1	Anfänge .....	23
3.2	Die weitere Entwicklung des Dorfes .....	24
3.3	Wirtschaftliche Entwicklung .....	25
3.4	Kirche, Schule und Justizwesen .....	27
3.5	Vereinsleben und Feuerlöschwesen .....	27
3.6	Infrastruktureller Aufbau .....	28
4.	Lützelbuch.....	33
4.1	Anfänge .....	33
4.2	Weitere Entwicklung des Dorfes.....	34
4.3	Wirtschaftliche Entwicklung .....	35
4.4	Rittergut und Justizwesen .....	37
4.5	Das Landarmenhaus / Altersheim .....	41
4.6	Kirche und Schule.....	43
4.7	Vereinsleben und Feuerlöschwesen .....	45
4.8	Infrastruktureller Ausbau.....	47
5.	Rögen.....	51
5.1	Anfänge und Justizwesen.....	51
5.2	Weitere Entwicklung des Dorfes.....	53

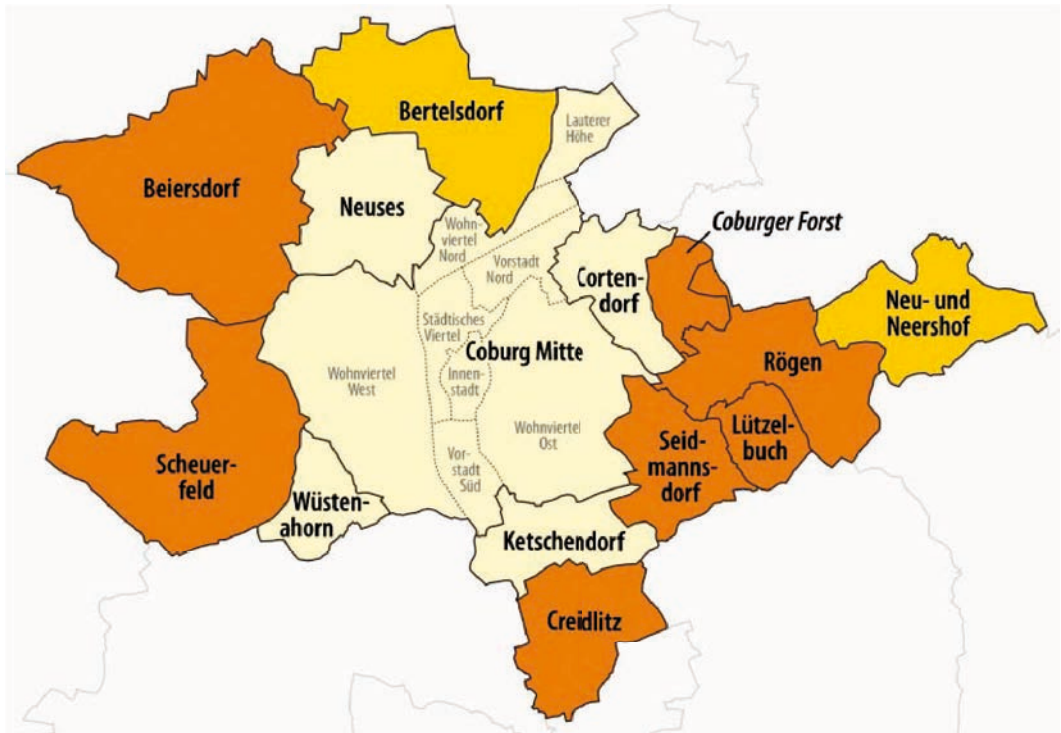
## VI

5.3	Wirtschaftliche Entwicklung .....	54
5.4	Kirche und Schule.....	57
5.5	Vereinsleben und Feuerlöschwesen .....	58
5.6	Der Schießstand des Bundesgrenzschutzes .....	60
5.7	Infrastruktureller Ausbau.....	60
6.	Creidlitz .....	65
6.1	Anfänge .....	65
6.2	Weitere Entwicklung des Dorfes.....	66
6.3	Wirtschaftliche Entwicklung .....	68
6.4	Kirche und Schule.....	73
6.5	Justizwesen.....	76
6.6	Vereinsleben und Feuerlöschwesen .....	77
6.7	Infrastruktureller Aufbau .....	80
7.	Beiersdorf.....	89
7.1	Anfänge .....	89
7.2	Weitere Entwicklung des Dorfes.....	90
7.3	Wirtschaftliche Entwicklung .....	91
7.4	Schloss Callenberg .....	98
7.5	Der Zoologische Garten auf dem Callenberg.....	99
7.6	Kirche und Schule.....	101
7.7	Justizwesen.....	105
7.8	Vereinsleben und Feuerlöschwesen .....	106
7.9	Infrastruktureller Aufbau .....	109
8.	Scheuerfeld.....	115
8.1	Anfänge .....	115
8.2	Weitere Entwicklung des Dorfes.....	116
8.3	Wirtschaftliche Entwicklung .....	117
8.4	Rittergut Scheuerfeld .....	124
8.5	Rittergut Eichhof .....	125
8.6	Kirche und Schule.....	126

8.7	Justizwesen.....	130
8.8	Vereinsleben und Feuerlöschwesen .....	131
8.9	Infrastruktureller Aufbau .....	134
9.	Die Geschichte der Gemeindegebietsreform .....	139
9.1	Grundlagen und die Gebietsreform von 1868.....	139
9.2	Die Gebietsreform von 1934 .....	140
9.3	Die Gebietsreform in Bayern.....	143
9.4	Situation in Coburg.....	144
9.5	Die Eingemeindung des Coburger Ostens.....	145
9.5.1	Die Vereinbarungen mit der Stadt Coburg.....	148
9.5.2	Reaktion des Landkreises.....	152
9.5.3	Die Entwicklung zum Stadtteil .....	153
9.6	Die Eingemeindung von Creidlitz.....	156
9.6.1	Die Vereinbarungen mit der Stadt Coburg.....	158
9.6.2	Reaktion des Landkreises.....	161
9.6.3	Die Entwicklung zum Stadtteil .....	163
9.7	Die Eingemeindung von Beiersdorf .....	165
9.7.1	Die Vereinbarungen mit der Stadt Coburg.....	166
9.7.2	Reaktion des Landkreises.....	169
9.7.3	Die Entwicklung zum Stadtteil .....	169
9.8	Die Eingemeindung Scheuerfelds.....	172
9.8.1	Die Vereinbarungen mit der Stadt Coburg.....	174
9.8.2	Reaktion des Landkreises.....	176
9.8.3	Die Entwicklung von Scheuerfeld nach 1972.....	178
9.9	Gescheiterte Eingemeindungen .....	180
9.9.1	Ahorn.....	180
9.9.2	Dörfles-Esbach.....	181
9.9.3	Niederfüllbach .....	181
9.9.4	Sonderfall Bertelsdorf.....	182
9.9.5	Abschluss der Eingemeindungspolitik.....	184

## VIII

10. Zusammenfassung .....	185
Quellenverzeichnis.....	189
Literaturverzeichnis .....	191
Abbildungsverzeichnis .....	199



*Abb. 1: Politische Karte der Stadt Coburg mit farblicher Markierung der 1972 und 1976/77 hinzugekommenen Gemeinden.*

## 1. EINLEITUNG

Die politische und verwaltungshistorische Geschichte der Stadt Coburg birgt viele Facetten, die bis heute geschichtswissenschaftlich noch nicht aufgearbeitet worden sind. Dazu gehört auch die Historie der Coburger Eingemeindungen im Jahr 1972, welche das zentrale Thema dieses Buches darstellen. Damit beschränkt sich die Arbeit auf die Eingliederung von sieben Ortschaften, nämlich Seidmannsdorf, Löbelstein, Lützelbuch, Rögen, Creidlitz, Scheuerfeld und Beiersdorf. Diese Eingemeindungen bildeten den Höhepunkt einer politischen und verwaltungstechnischen Entwicklung, die bereits 100 Jahre zuvor einsetzte und in Coburg 1976 ihren Abschluss fand. Auf diese Genese wird in diesem Werk mit dem zeitlichen Schwerpunkt zwischen 1969 und 1972 eingegangen und deren Hintergründe beleuchtet. Allerdings zeigte sich bei näherer Betrachtung des Untersuchungsgegenstandes, dass die für eine Eingemeindung notwendigen infrastrukturellen Verbindungen teilweise schon lange vor dem Anschluss der betroffenen Gemeinden bestanden. Es war daher notwendig, das ursprüngliche Thema um mehrere überblicksartige Chroniken zu den jeweiligen Ortschaften zu erweitern. In diesen historischen Gesamtdarstellungen wurde auf eine ereignisgeschichtliche Herangehensweise, wie sie für klassische Ortschroniken üblich ist, verzichtet. Stattdessen kam ein strukturge-schichtlicher Ansatz zum Zug, der am besten aus den einzelnen Dorfgeschichten in die Thematik der Eingemeindungen überleitet. Die Untersuchung struktureller Verbindungen mit Coburg beschränkte sich dabei:

1. auf behördliche Beziehungen, hauptsächlich im Justizbereich,
2. auf die technische Infrastruktur (vor allem auf die Kommunikation, Energieversorgung, Verkehrsinfrastruktur sowie stoffliche Ver- und Entsorgung) und
3. auf die soziale Infrastruktur wie kulturelle und schulische Einrichtungen, Sportanlagen sowie medizinische und Fürsorge-Dienstleistungen.

Neben den strukturellen Verbindungen mit Coburg wird in dieser Arbeit auf die dörflichen Institutionen wie der Feuerwehr, Kirche, den Vereinen, Gaststätten und Gemeindehäusern eingegangen. Ein allgemeiner Teil beschäftigt sich mit der politischen, wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung der Ortschaften. Daneben gibt es ortsspezifische Unterkapitel, die sich mit Rittergütern oder anderen Einrichtungen beschäftigen.

Dabei gilt es die Frage zu klären, welche Faktoren für die Gemeinden ausschlaggebend waren, sich nach jahrhundertelanger politischer Eigenständigkeit nach Coburg eingemeinden zu lassen. Welche Folgen besaß diese Entscheidung auf die Identität der jeweiligen Dörfer? Ging sie verloren oder konnte sie langfristig bewahrt werden? Gerade diese Fragestellung besitzt eine gewisse Relevanz. Denn die Forschung geht bisher von der These aus, dass durch den Verlust der politischen Eigenständigkeit ein Verlust der eigenen Identität einhergegangen sei.<sup>1</sup> Auf der anderen Seite muss untersucht werden, warum in den 1970er-Jahren ein großes

---

<sup>1</sup> J. MATTERN, Dörfer nach der Gebietsreform. Die Auswirkungen der kommunalen Neuordnung auf kleine Gemeinden in Bayern (1978 bis 2008), Regensburg 2020, S. 289 f.



Interesse bestand, Randgemeinden einzugliedern. Es kann dabei vermutet werden, dass Modernisierungsprozesse wie die Rationalisierung und der Wunsch nach Effizienzsteigerung der Verwaltung dazu geführt haben, dass kleine, wenig leistungsfähige Gemeinden aufgelöst werden mussten. Dabei spielten die Finanzkraft einer Kommune und der Modernisierungsgrad eines Dorfes eine wesentliche Rolle. Auf diese beiden Faktoren wird im Laufe der Untersuchung eingegangen. Zudem soll dargestellt werden, wie sich das Verhältnis zwischen Stadt und Landkreis im Rahmen der Eingemeindungsprozesse entwickelt hat und welche etwaigen Folgen daraus entstanden sind.

Die Forschungslage hat sich zu diesem Thema als relativ gut herausgestellt. So wurden für das vorliegende Werk drei essenzielle Arbeiten verwendet. Es handelt sich dabei um eine Zulassungsarbeit von Reinhard Kreuzer aus dem Jahr 1976, welche heute im Stadtarchiv Coburg aufbewahrt wird, und eine Abhandlung des früheren Coburger Landrats Karl Zeitler (1943-2013), die anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Gebietsreform in Stadt und Landkreis Coburg 1997 veröffentlicht wurde. Auf Ebene des Freistaates fanden die Forschungen Julia Matterns Eingang in diese Arbeit.<sup>2</sup> Neben diesen Darstellungen wurden für diese Arbeit bereits bestehende Ortschroniken berücksichtigt. Hervorzuheben sind dabei besonders die Werke über Creidlitz, Beiersdorf und vor allem über Scheuerfeld, die vorbildhaft für diese Untersuchung waren.<sup>3</sup> Allerdings zeigten sich auch Defizite bei der Aufarbeitung der verschiedenen Ortsgeschichten. In manchen Fällen fehlte es an ausreichend vorhandener Literatur, sodass auf verschiedene archivalische Quellen zurückgegriffen werden musste. Problematisch gestaltete sich dabei auch die Auswertung der einzelnen Gemeindearchive. Hier wurde vor allem der Professionalisierungsgrad einzelner Gemeindeverwaltungen deutlich, der sich im Umfang der archivalischen Überlieferung ausdrückte. Vieles ging dabei durch eine unsachgemäße Archivierung verloren. Dennoch konnte der Autor auf eine Vielzahl an Quellen aus dem Stadt- und Staatsarchiv Coburg zurückgreifen. Neben den Gemeindearchiven stützte sich diese Untersuchung auf Akten des Landratsamtes. Besonders erwähnenswert sind dabei die nach 1950 durchgeführten Gemeindevisitationen, die einen guten Überblick über die Situation der einzelnen Dörfer vor den Eingemeindungen geben. Verarbeitet wurden auch die im Stadtarchiv Coburg befindlichen Eingliederungsverträge. Neben Sekundärliteratur und Archivalien griff diese Arbeit auch auf Artikel von Coburger Tageszeitungen (bspw. Neue Presse und Coburger Tageblatt) sowie auf Festschriften diverser Vereine zurück.

Das Buch selbst ist in zwei Teile aufgegliedert. Der erste Teil umfasst die Ortsgeschichte der bereits erwähnten Dörfer in möglichst chronologischer Reihenfolge. Zunächst wird dabei

1. ein allgemeiner Überblick über die Historie der Dörfer gegeben,
2. sich den einzelnen Institutionen vor Ort zugewendet und schließlich

---

<sup>2</sup> R. KREUZER, Entwicklung der Eingemeindungen der Stadt Coburg 1971-75, Bamberg 1976 (Standort Stadtarchiv Coburg); K. ZEITLER, 25 Jahre Gebietsreform des Landkreises Coburg und der Stadt Coburg 01.07.1972-01.07.1997, Coburg 1997; MATTERN, Dörfer (wie Anm. 1).

<sup>3</sup> F. SCHILLING (Hrsg.), Creidlitz. Ursprung und Gegenwart, Festschrift zur 1100-Jahr-Feier, Creidlitz 1970; B. FREUDENBERG / D. HEINKE / M. KRAUß / R. KREBS, Geschichten zu Beiersdorf im Wandel der Zeit. Anlässlich 50 Jahre Eingemeindung, 50 Jahre Bürgerverein, 1972-2022, Coburg 2022; G. BÄTZ / R. EIBL / G. LEIB / R. LIPFERT, Scheuerfeld im Wandel der Zeit. 1100-2000, Coburg 2000.

3. auf die Investitionen in die Infrastruktur eingegangen, die von den Gemeinden im Rahmen ihrer Finanzhoheit getätigt worden sind.<sup>4</sup>

Dieses letzte Kapitel bildet den Übergang zum zweiten Teil dieser Arbeit. Dort geht es um die Geschichte der Eingemeindungen nach Coburg. Nach einer allgemeinen Einführung werden zunächst die Eingliederungen der Jahre 1869 und 1934 vorgestellt und schließlich auf die landesweite Entwicklung in Bayern verwiesen, welche zu den Eingemeindungen des Jahres 1972 führte. In einer zweiten Stufe geht es dann zu den einzelnen Eingliederungsverfahren. Dabei wird auf die jeweiligen Vorgeschichten, den Verlauf der Verhandlungen, den Inhalt der Eingemeindungsverträge und die Reaktion des Landkreises eingegangen. Es folgt darauf eine Darstellung über die weitere Entwicklung der derzeitigen Stadtteile bis zur Gegenwart. Den Abschluss bildet schließlich ein kurzer Überblick zu den letzten Eingemeindungsverfahren aus den Jahren 1975 und 1976. Allgemein ist dabei anzumerken, dass die Geschichte der hier untersuchten Dörfer auch durch überörtliche Faktoren wie der Gesetzgebung oder dem landesweiten infrastrukturellen Aufbau beeinflusst wurde. Dadurch ergaben sich parallele Entwicklungen und Problemstellungen, was sich auch in den Inhalten der Eingemeindungsverträge niederschlug. Daher kann der Eindruck inhaltlicher wie auch sprachlicher Wiederholungen entstehen. Dies ist vom Autor beabsichtigt, um damit die Unterschiede zwischen der Individualität und Gleichheit dörflicher Entwicklungen hervorzuheben.

---

<sup>4</sup> MATTERN, Dörfer (wie Anm. 1), S. 169.

## 2. SEIDMANNSDORF



### 2.1 Anfänge und politische Zugehörigkeit

Das Gebiet gehörte zur Schenkung der polnischen Königin Richeza (um 995-1063) an das Erzstift Köln im Jahr 1056. Schon 19 Jahre später erfolgte die erstmalige Nennung des Dorfes „Sithmarstorpff“ in Zusammenhang mit einem dort befindlichen königlichen Fronhof, der in den Besitz des Benediktinerklosters Saalfeld übergegangen war. In einer wohl gefälschten Urkunde des Würzburger Bischofs Adalbero (um 1010-1090) hatte dieser die kirchlichen Rechte des Hofes wie die Tauf-, Beerdigungs- und Beichterlaubnis der Kirche St. Peter und Paul auf dem Coburger Festungsberg übertragen. Dieses Gotteshaus gehörte zu einer um 1075 gegründeten Propstei des Klosters Saalfeld. Von dem Fronhof aus übernahmen bis 1125 die Saalfel-

der Äbte sämtliche grundherrschaftlichen und kirchlichen Rechte des Dorfes.<sup>5</sup> Als Grundherren belehnten sie verschiedene Adelige mit dem Ort. So gelangte der Ministeriale Heinrich II. von Sonneberg in Seidmannsdorf zu Besitz. Dieser trat 1260 als Stifter des Zisterzienserinnenklosters Ebersdorf bei Coburg in Erscheinung. Um 1287 wurde diese Abtei durch ein Feuer zerstört. Der Wiederaufbau erfolgte danach in Sonnefeld. Wohl zur Unterstützung dieses Projektes entschlossen sich im Jahr 1289 Heinrich III. von Sonneberg (der Sohn des Stifters) und Hermann von Pfannenstern, ihren Lehensbesitz in Seidmannsdorf zu resignieren. Zugleich baten sie den Abt Theoderich von Saalfeld, seine grundherrschaftlichen Rechte dem Kloster Sonnefeld zu übertragen. Diese Schenkung wurde vom Abt und 1291 durch die Bulle „*religiosam vitam eligentibus*“ von Papst Nikolaus IV. (1227-1292) bestätigt.<sup>6</sup> Fortan trat die Sonnefelder Äbtissin als Grundherrin in Seidmannsdorf auf, setzte aber für die weltliche Verwaltung Vögte ein, so die Ritter von Brandenstein, die im nahen Lützelbuch sesshaft wurden.<sup>7</sup> Mit dieser Klosterschenkung begann für den Ort ein politischer und verwaltungshistorischer Sonderweg, der 1826 seinen Abschluss fand.

Nach der Auflösung des Zisterzienserinnenklosters 1525 in Folge der Reformation ging der grundherrliche Besitz direkt auf die wettinischen Landesherren über. Es entstand dabei mit dem Amt Sonnefeld eine neue fürstliche Unterbehörde, welche die grundherrschaftlichen Rechte der Wettiner auf dem ehemaligen Klosterbesitz verwaltete. Das Amt Sonnefeld gehörte ab 1572 zum neu gegründeten Fürstentum Coburg. Dort verblieb es für die nächsten rd. 130 Jahre. Infolge des nach dem Tod Herzog Albrechts von Sachsen-Coburg (1648-1699) ausgebrochenen Erbfolgestreits zwischen den ernestinisch-wettinischen Herrschaftslinien kam das Amt Sonnefeld und damit auch Seidmannsdorf 1705 an das Fürstentum Hildburghausen. Damit war die Landesgrenze bis auf wenige Kilometer an Coburg herangerückt.<sup>8</sup> Dies änderte sich erst mit der letzten wettinischen Landesteilung von 1826. Im Hildburghäuser Erbteilungsvertrag erhielt das neu gegründete Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha das Amt Sonnefeld wieder zurück, womit auch Seidmannsdorf wieder Teil des Coburger Territoriums wurde.<sup>9</sup>

<sup>5</sup> StACo, LA F 8023, fol. 89, abgedr. in: J. G. GRUNER, Historisch-statistische Beschreibung des Fürstenthums Coburg S. Saalfeldischen Antheils. Bd. I, Coburg 1783, S. 371 f.; W. LORENZ, Urkundenstudien zur Frühgeschichte von Coburg, Teil I und II, in: Jahrbuch der Coburger Landesstiftung 15/16 (1970/71), S. 317-370 und 13-38 (hier vor allem S. 25); H. TALAZKO, Moritzkirche und Propstei in Coburg. Ein Beitrag zur Geschichte der geistlichen Vermögen im Spätmittelalter (Einzelarbeiten aus der Kirchengeschichte Bayerns 2), Nürnberg 1971, S. 84 f.

<sup>6</sup> StACo, Urk LA E 135, Saalfelder Schenkungsurkunde, 1289; StACo, Urk LA E 145, Bulle des Papstes Nikolaus IV., 1291; StACo, Urk LA E 124; W. LORENZ, Campus Solis (Schriften des Instituts für fränkische Landesforschung an der Universität Erlangen, Historische Reihe 6), Kallmünz / Opf. 1955, S. 146, 233; LORENZ, Urkundenstudien II (wie Anm. 5), S. 26. Vgl. auch TALAZKO, Propstei (wie Anm. 5), S. 96-99.

<sup>7</sup> W. SCHNEIER, Das Coburger Land, Coburg 1990<sup>2</sup>, S. 266; LORENZ, Campus Solis (wie Anm. 6), S. 234.

<sup>8</sup> H. BACHMANN, Sonnefeld. Geschichte und Gegenwart, Hofstädten, Kloster und Amt Sonnefeld, Gemeinde Sonnefeld, Sonnefeld 1989, S. 60; SCHNEIER, Coburger Land (wie Anm. 7), S. 167.

<sup>9</sup> W. SCHNEIER, Coburg im Spiegel der Geschichte. Von der Urzeit bis in die Gegenwart. Auf den Spuren von Fürsten, Bürgern und Bauern, Coburg 1986, S. 211 f.

Der ursprüngliche Siedlungskern des Ortes befindet sich nordöstlich der Pfarrkirche an der Seidmannsdorfer Straße. Nach Westen grenzte die aus Coburg kommende Trübenbacher Geleitstraße das Dorf ab. Sie führte an Seidmannsdorf Richtung Ebersdorf vorbei. Auf ihr gelangten die Reisenden an den Obermain und nach Kulmbach. Der Verlauf der Geleitstraße lässt sich anhand der Seidmannsdorfer und Rohrbacher Straße sowie des Gruber Bergwegs gut nachvollziehen.<sup>10</sup> Im Süden besaß das Dorf mit dem Ketschenbach eine natürliche Grenze. Erst im 19. Jahrhundert kam es entlang der Rohrbacher Straße und des Ketschengrundes zu einer weiteren Bebauung, die über die Bachgrenze hinaus ging. Einzelne Häuser entstanden auch in Richtung Coburg. Der Ortsname rührt vom slawischen Personennamen Zitomir her, was in der Forschung bisher unstrittig ist.<sup>11</sup>

## 2.2 Die weitere Entwicklung des Dorfes

Erste Angaben über die Größe der Ortschaft finden sich im Sonnefelder Urbar von 1514. Darin werden elf Anwesen erwähnt, die zum Kloster gehört haben.<sup>12</sup> Während des Dreißigjährigen Krieges (1618-48) hatte das Dorf aufgrund seiner Lage an einer Geleitstraße und seiner Nähe zur Veste Coburg zu leiden. Die Hälfte aller Felder und Wiesen sowie drei Anwesen (rd. 27 Prozent des Ortes) wurden nach dem Ende des Krieges als wüst bezeichnet. Auch war ein deutlicher Rückgang des Viehbestandes und der Einwohnerzahl zu verzeichnen.<sup>13</sup> Seidmannsdorf konnte sich aber bis zum Ende des 18. Jahrhunderts von diesen Folgen erholen. Die Zahlen hierzu variieren allerdings. Während Dotzauer in seiner Chronik von 1792 von zehn Anwesen und 75 Einwohnern spricht, erwähnt Faber zum gleichen Zeitpunkt 15 Feuerstätten mit rd. 60 Bewohnern.<sup>14</sup> Eine wesentliche Expansion erlebte der Ort ab dem 19. Jahrhundert, was sich vor allem an der Zahl der Häuser und der Einwohnerentwicklung widerspiegelte. Bereits 1837 zählte das Dorf 131 Einwohner und 25 Häuser.<sup>15</sup> Zu Beginn des Deutschen Kaiserreichs lebten 191 Personen in 27 Wohnhäusern in dem Ort.<sup>16</sup> Die Einwohnerzahl

<sup>10</sup> H. BACHMANN, Coburg als Mittelpunkt alter Handelsstraßen bis 1800, in: Coburger Geschichtsblätter 5 (1997), S. 8.

<sup>11</sup> H. GRABMUCK, Die Ortsnamen des Landkreises Coburg, Coburg 1955, S. 61.

<sup>12</sup> LORENZ, Campus Solis (wie Anm. 6), S. 234.

<sup>13</sup> W. DIETZE, Die bevölkerungspolitischen und wirtschaftlichen Wirkungen des dreißigjährigen Krieges in der Pflege Coburg und der Wiederaufbau nach dem Kriege (Coburger Heimatkunde und Heimatgeschichte 18), Coburg 1941, S. 62, 127, 140, 232. So gab es 1630 noch 21 Rinder in Seidmannsdorf, acht Jahre später war es nur noch eines. Die Zahl der wehrfähigen Männer sank in diesem Zeitraum von acht auf fünf.

<sup>14</sup> C. F. DOTZAUER, G. P. Hönns Sachsen-Coburgische Chronik, Bd. I, Coburg 1792, S. 208; J. K. G. FABER, Historisch-topographisch-statistische Nachrichten vom ehemaligen Cisterzienser adelichen Nonnenkloster und derzeitigen Herzoglichen Sachsen-Hildburghäusischen Amte Sonnenfeld, Coburg 1793, S. 130.

<sup>15</sup> HERZOGTUM SACHSEN-COBURG UND GOTHA (Hrsg.), Adreß-Handbuch des Herzogthums Sachsen-Coburg und Gotha für das Jahr 1837, Coburg 1837, S. 84.

<sup>16</sup> STATISTISCHES BUREAU GOTHA (Hrsg.): Ortschafts-Verzeichniß der Herzogthümer Coburg und Gotha, aufgestellt auf Grund der Volkszählung vom 1. Dezember 1871, S. 10 f.

stieg bis 1925 auf 197 Personen an, während sich die Zahl der Wohnhäuser auf 36 erhöhte.<sup>17</sup> Durch Vertriebene und Flüchtlinge schwoll nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Zahl der Dorfbewohner bis 1950 auf 308 Bewohner bei 39 Wohngebäuden an. Dies entsprach einem Zuwachs von ca. 56 Prozent bei den Einwohnerzahlen.<sup>18</sup> Die Bevölkerungszahlen stiegen in den Folgejahren nur noch mäßig an. 1970 lebten schließlich 323 Personen in 64 Häusern in Seidmannsdorf. Ihren Höhepunkt erreichte die Bevölkerungsentwicklung auch dank der Ausweisung neuer Wohnbaugebiete. Danach gingen die Einwohnerzahlen bis 2009 zurück.<sup>19</sup>

### 2.3 Wirtschaftliche Entwicklung



*Abb. 2: Bäuerliche Trachtengruppe, um 1910.*

Seidmannsdorf besaß eine starke landwirtschaftliche Prägung. Schon das Sonnefelder Urbar von 1514 erwähnte sieben große Bauerngüter und drei Kleinstbauernhöfe, die sogenannte

<sup>17</sup> BAYERISCHES STATISTISCHES LANDESAMT (Hrsg.), Ortschaften-Verzeichnis für den Freistaat Bayern nach der Volkszählung vom 16. Juni 1925 und dem Gebietsstand vom 1. Januar 1928 (Beiträge zur Statistik Bayerns 109), München 1928, Sp. 1048.

<sup>18</sup> BAYERISCHES STATISTISCHES LANDESAMT (Hrsg.), Amtliches Ortsverzeichnis für Bayern. Bearbeitet auf Grund der Volkszählung vom 13. September 1950 (Beiträge zur Statistik Bayerns 169), München 1952, Sp. 904.

<sup>19</sup> BAYERISCHES STATISTISCHES LANDESAMT (Hrsg.), Amtliches Ortsverzeichnis für Bayern (Beiträge zur Statistik Bayerns 335), München 1973, S. 145. Ab den 1990er Jahren wurden die Einwohnerzahlen von Seidmannsdorf und Löbelstein zusammen erfasst, sodass ein Vergleich schwer möglich ist. Es können deshalb nur grobe Entwicklungstrenge aus dem vorhandenen Datenmaterial herausgelesen werden. Die Wohnbaugebiete entstanden vor allem in der Kolbsgasse und im Pfaffgrund.

Sölden. Der Dreißigjährige Krieg hatte hier größere Einschnitte verursacht. Während die drei Sölden die Kriegswirren relativ unbeschadet überstanden, lagen die großen Gehöfte meist wüst darnieder. Jeweils zwei dieser zerstörten Güter wurden zu einem Bauerngut zusammengefasst. Dies geschah in drei Fällen, sodass die Zahl der großen Bauernhöfe von sieben auf vier sank.<sup>20</sup> Eine für die Landwirtschaft notwendige Hufschmiede etablierte sich erst spät im Ort. 1875 wurde eine solche von dem Rohrbacher Schmiedemeister Johann Georg Dötschel im Haus Rohrbacher Straße Nr. 5 eröffnet. Sie bestand aber nur wenige Jahrzehnte. Letztmalig wurde sie in einem Zeitungsbericht aus dem Jahre 1908 erwähnt.<sup>21</sup> Im 19. Jahrhundert verlor das Dorf mit dem Zuzug zahlreicher Tagelöhner und Handwerker an landwirtschaftlicher Prägung. Für die dörfliche Gesellschaft bedeutete dies zumindest eine politische Spaltung zwischen bäuerlichen Konservatismus und sozialdemokratischen Denken. Gleichzeitig bildete der Zuzug der Tagelöhner die Grundlage für ein vielfältiges gewerbliches Leben. Eine erste Statistik von 1856 erwähnt bereits sieben Handwerksbetriebe, darunter zwei Schneider, ein Weber, ein Büttner oder ein Schuster. Bis 1943 stieg die Zahl der Gewerbebetriebe auf 15 an. 1958 bestanden im Ort fünf Handwerksbetriebe, zwei Einzelhandelsgeschäfte und eine Mühle mit Bäckerei. Größtes Unternehmen war dabei ein Dachdeckerbetrieb mit sieben Beschäftigten.<sup>22</sup> Industrieansiedlungen gab es in Seidmannsdorf nicht. Gleichzeitig existierten im Ort 19 landwirtschaftliche Anwesen, wobei nur zwei dieser Bauernhöfe eine Größe von über 20 Hektar besaßen. Bis zur Eingemeindung im Jahr 1972 sank die Zahl dieser Betriebe auf 15.<sup>23</sup> Schließlich setzte in den 1960er-Jahren die Entwicklung Seidmannsdorfs zu einem reinen Wohndorf ein, wie sie typisch für Vororte größerer Städte ist. In diesem Zusammenhang ging die Zahl der Betriebe im Ort zurück.

Prägend für die Seidmannsdorfer Flur war auch der Weinanbau. Das Urbar von 1514 berichtet hier von 55 Weingärten, wovon das Kloster Sonnefeld den Zehnt erhielt. 1652 werden diese Weingärten noch einmal in einem Steueranschlag erwähnt. Danach ging der Weinbau aufgrund der „Kleinen Eiszeit“ kontinuierlich zurück. Ende des 18. Jahrhunderts gab es noch 31 Weingärten. Der Letzte wurde schließlich 1867 aufgegeben. Die Anbaugelände lagen auf der Ostseite des Eckardsberges, unterhalb von Löbelstein und am Johannesberg.<sup>24</sup>

Im Dorf selbst existierten seit der Frühen Neuzeit zwei Gasthäuser. 1660 erhielt der aus Großgarnstadt stammende Hans Härtlein durch Herzog Friedrich Wilhelm II. von Sachsen-

<sup>20</sup> StACo, LA M 294, fol. 345-357, Steueranschlag für das Amt Sonnefeld, 1652; LORENZ, Campus Solis (wie Anm. 6), S. 234.

<sup>21</sup> StadtACo, B 603-45, Einbau einer Schmiede, 1875; Coburger Zeitung vom 18.11.1908.

<sup>22</sup> StadtACo, A 8280, Gewerbeverzeichnis von Seidmannsdorf, 1928-43; StACo, LRA Co 14.760, Protokoll der Gemeindevisitation vom 29.9.1958; FFW LÖBELSTEIN (Hrsg.), Festschrift und Chronik. Anlässlich unserer 125-Jahrfeier am 15. und 16. Mai 1999, Löbelstein 1999, S. 55.

<sup>23</sup> StACo, LRA Co 14.760, Protokoll der Gemeindevisitation vom 29.9.1958; Adressbuch der Stadt Coburg mit den Städten Neustadt und Rodach sowie den Landgemeinden. 1967, Coburg 1967, S. 134.

<sup>24</sup> StACo, LA M 143, fol. 7-14 und 22-129, Anzahl und Besitzverhältnisse der Weingärten in Seidmannsdorf; StACo, LA M 294, fol. 358-362, Steueranschlag für das Amt Sonnefeld, 1652; LORENZ, Campus Solis (wie Anm. 6), S. 234. Der Name „Eckardsberg“ rührt von dem früheren Weinbau her, der dort in großem Umfang betrieben wurde (Vgl. F. EBERLEIN, Die Straßennamen der Stadt Coburg (Schriftenreihe der Historischen Gesellschaft Coburg 4), Coburg 1987, S. 36.).

Altenburg (1603-1669) das Schankrecht. Hertlein stand es laut der Konzession frei, im Ort ein Haus zu kaufen oder selbst eines zu errichten. Dafür sollte er jährlich einen Gulden an das Amt Sonnefeld entrichten. Das von Hertlein erworbene Haus lag an der Trübenbacher Geleitstraße auf Höhe des heutigen Dorfplatzes. 1746 erwarb Johann Wilhelm Reich aus Schney das Gebäude und ließ es kurz darauf abreißen. An gleicher Stelle errichtete er den noch heute bestehenden Neubau (Rohrbacher Straße Nr. 1). Die Familie Reich führte die nächsten zwei Jahrhunderte das Gasthaus und gab ihm auch den Namen. Die Lokalität erfreute sich unter den Bürgern Coburgs großer Beliebtheit und wurde immer wieder vergrößert. Zwei Beschreibungen aus den Jahren 1862 und 1868 erwähnen dabei mehrere Gaststuben, einen Tanzsaal und eine Kegelbahn.<sup>25</sup> Daneben gab es auch ein Brauhaus mit Malztenne und -darre. Bereits Anfang des 18. Jahrhunderts bemühte sich der damalige Wirt Andreas Stephan um eine Konzession zum Bierbrauen. Diese wurde 1710 von Herzog Ernst von Sachsen-Hildburghausen (1655-1715) erteilt. Zugleich erlaubte der Fürst den Bau eines neuen Brau- und Malzdörrhauses. Auch war es dem Wirt fortan erlaubt, das Bier fass- und maßweise im Ort und außerhalb von Seidmannsdorf zu verkaufen. Für diese Konzession musste Andreas Stephan einen einmaligen Betrag von 100 Gulden und jährlich 2,5 Gulden an Erbzins zahlen. Herzog Ernst verbot außerdem den Bau eines weiteren Brauhauses. Damit war das Brauwesen im Dorf etabliert, denn auch die Familie Reich stellte ihren eigenen Gerstensaft her. Erst 1902 wurde der Braubetrieb eingestellt. Das Gasthaus konnte sich danach noch einige Jahrzehnte halten. Das Aus kam 1962 im Zuge einer steigenden Mobilität, wodurch es den Menschen ermöglicht wurde, auch außerhalb des eigenen Wohnortes zu speisen.<sup>26</sup> Das gleiche Schicksal widerfuhr 1969 dem zweiten Gasthaus in Seidmannsdorf. 1728 erhielt Michael Büchner vom Landesherren eine weitere Schankerlaubnis. Das Gasthaus befand sich ebenfalls an der Trübenbacher Geleitstraße, allerdings am westlichen Ortseingang Richtung Coburg (heute Seidmannsdorfer Straße Nr. 270). Dieses Gasthaus wurde 1867 abgerissen und drei Jahre später unter dem Wirt Johann Georg Herr durch einen heute noch existierenden Neubau ersetzt. Dieses Gebäude erhielt eine Kegelbahn und einen Tanzsaal dazu.<sup>27</sup> Entgegen den Bestimmungen der ersten Schankkonzession aus dem Jahre 1710 durften Büchner und seine Nachfolger ebenfalls Bierbrauen. Die Braustätte existierte bis 1920. Im Gegensatz zur Brauerei Reich entwickelte sich das Brauunternehmen der Familie Herr zu einem halb-industriell arbeitenden Betrieb. Das zeigt sich an der regen Bautätigkeit des Gastwirts Herr. 1875 wurden ein Fasslager und ein Eiskeller errichtet. Vier Jahre später kamen ein Sudhaus und ein Gärkeller hinzu. Eine

<sup>25</sup> StACo, LA M 143, fol. 130-134, Das Schenkrecht des Hans Härtlein in Seidmannsdorf, 1660; StACo, LA M 910, S. 53 f., H. KRAUSERT, Alte Gasthäuser im Coburger Land. Gasthaus Reich zu Seidmannsdorf, in: Coburger Kalender 3 (1935), S. 49 f.; P. MORSBACH / O. TITZ, Stadt Coburg. Ensembles, Baudenkmäler, Archäologische Denkmäler (Denkmäler in Bayern IV.48), München 2006, S. 478; FABER, Nachrichten (wie Anm. 14), S. 130.

<sup>26</sup> StACo, LA M 910, S. 53 f., MORSBACH / TITZ, Coburg (wie Anm. 25), S. 478; KRAUSERT, Gasthäuser (wie Anm. 25), S. 49 f.; W. VATKE, Coburger Brauereien. Stadt und Land, Coburg 2008, S. 135; BÜRGERVEREIN SEIDMANNSDORF-LÖBELSTEIN (Hrsg.), 25 Jahre Bürgerverein Seidmannsdorf-Löbelstein. 1972-1997, Festschrift, Coburg 1997, S. 26.

<sup>27</sup> StACo, LA M 143, fol. 142 f., Steueranschlag; StadtACo, B 603-19 bis 20; StadtACo, B 605-17; Coburger Zeitung vom 14.7.1871; FABER, Nachrichten (wie Anm. 14), S. 130; BÜRGERVEREIN, 25 Jahre (wie Anm. 26), S. 28.



Malzdarre erhielt die Brauerei 1889. Mit dem Bau eines Kühlschiffes im Jahr 1894 waren schließlich die Erweiterungsarbeiten an dem Betrieb abgeschlossen.<sup>28</sup>



*Abb. 3: Die Mahlmühle Reich, um 1910.*

Bedeutend für das wirtschaftliche Leben der Ortschaft war auch die zweigängige Getreidemühle, die 1514 erstmals erwähnt wurde. Sie befand sich an einem Teich gelegen in direkter Nachbarschaft zur Pfarrkirche an der Seidmannsdorfer Straße (heute Nr. 276). 1767 kam die bereits erwähnte Familie Reich durch Heirat in den Besitz der Mühle. Mit der Besitznahme schufen sie die Grundlage für die Gründung einer Bäckerei, die im Mühlengebäude bis 2007 existierte.<sup>29</sup> Die Getreidemühle gab die Familie Reich bereits 1962 auf. Neben diesem Mühlenbetrieb war 1794 der Bau einer zweiten Getreidemühle westlich der Ortschaft Richtung Coburg durch Peter Fenzlein beantragt worden. Er begründete dieses Ansinnen mit einem Mangel an Mahlmühlen in dieser Gegend. Die Reich'sche Mühle wäre deshalb nicht imstande, dass für die umliegenden Orte benötigte Getreide vollständig zu mahlen. Die Landwirte müssten daher ihr Getreide in coburgischen Mühlen mahlen lassen. Tatsächlich gab es in diesem Gebiet nur diese eine Mühle. Dennoch scheiterte Fenzleins Vorhaben an der ablehnenden Haltung der Behörden.<sup>30</sup> 1816 stellte der aus Grub am Forst stammende Johann Veit von Berg

<sup>28</sup> StadtACo, B 603-47, 49, 65 f.; StadtACo, B 604-22; StadtACo, B 605-15 und 16; VATKE, Brauereien (wie Anm. 26), S. 135. Zum Vergleich die Bautätigkeit und Größe der Brauerei Reich bei StadtACo, B 604-13. Im Ketschengrund existierte von 1967 bis 1981 eine dritte Gaststätte mit dem Namen „Zum Buchberg“. Siehe dazu: BÜRGERVEREIN, 25 Jahre (wie Anm. 26), S. 31.

<sup>29</sup> StACo, LA M 294, fol. 364, Steueranschlag von 1652; StACo, LRA Co 5508, Mühlenkonzession für Seidmannsdorf, 1730-76; KRAUSERT, Gasthäuser (wie Anm. 25), S. 49 f.; LORENZ, Campus Solis (wie Anm. 6), S. 234.

<sup>30</sup> StACo, LRA Co 5516, Bau einer zweiten Getreidemühle, 1794. Diese Mühle sollte zwischen der Seidmannsdorfer und Dr.-Walter-Langer-Straße auf dem Gebiet des heutigen Spielplatzes entstehen.

einen Antrag auf Bau einer Märl- und Schleifmühle im Haaresgrund östlich von Seidmannsdorf. Der Ort sei gut geeignet für seinen solchen Betrieb, da zum einen genügend Wasser und zum anderen in der Nähe ein Steinbruch mit guter Qualität vorhanden sei. Trotz dieser optimalen Voraussetzungen und einer Konzessionserteilung durch die Hildburghäuser Landesregierung scheiterte die Errichtung der Mühle aus unbekannten Gründen.<sup>31</sup>

## 2.4 Kirche und Schule

Seidmannsdorf entwickelte sich ab dem Spätmittelalter zum Mittelpunkt des geistlichen Lebens im Coburger Osten. Wie schon erwähnt, übte das Benediktinerkloster Saalfeld die Patronatsherrschaft über das Dorf aus. Die Gläubigen besuchten daher den Gottesdienst in der Kirche St. Peter und Paul auf dem Festungsberg. Mit dem Bau der Veste Coburg wurde das Gotteshaus und die dazugehörige Propstei um 1150 ins Tal verlegt. Aus der neuen Kapelle entwickelte sich im Spätmittelalter die Moritzkirche, die 1323 mit Pfarrechten ausgestattet wurde.<sup>32</sup> Die neue Pfarrei war u. a. für Seidmannsdorf zuständig. 1289 verblieben die Patronatsrechte beim Kloster Saalfeld, während die Grundherrschaft durch Schenkung an die Zisterzienserinnenabtei Sonnefeld überging. Die erste urkundliche Erwähnung der Seidmannsdorfer Kirche datiert spät von 1488. Damals bestätigte Abt Georg von Saalfeld eine neu gestiftete Vikarie für das Gotteshaus. Der Vikar musste wöchentlich drei Messen und zwar am Mittwoch, Samstag und am Sonntag zu Sonnenaufgang lesen. Dadurch konnten die Gläubigen auch ungehindert die große Sonntagsmesse in Coburg besuchen. Das Vorschlagsrecht für den Messpriester oblag dem Kurfürsten von Sachsen. Als Stifter traten hier u. a. Peter von Redwitz, Hartung Truchsess von Ebersberg und Apel Schenk von Siemau zu Lützelbuch auf. 1502 folgte eine zweite Meßstiftung von Coburger Bürgern. Dafür sollte wöchentlich eine vierte Messe am Montag für die Verstorbenen der Gemeinde gehalten werden. Der Würzburger Bischof Lorenz von Bibra (1459-1519) bestimmte unter Bestätigung der neuen Stiftung außerdem, dass jährlich am 25. Januar und am 1. August zwei Trauergottesdienste für die Wohltäter der Seidmannsdorfer Kirche gefeiert werden sollten.<sup>33</sup> In dieser Zeit entstand wohl auch die heutige Pfarrkirche „Unserer Lieben Frau“, über deren Bau keine Quellen vorhanden sind. Als Bauherren können die Adelsfamilien von Brandenstein und von Waldenfels angenommen werden, deren Wappen in den Schlusssteinen des Chores befinden.<sup>34</sup> Einen tiefen Einschnitt in die Seidmannsdorfer Kirchengeschichte brachte die Reformation. Zum einen ging durch die Auflösung des Saalfelder Klosters 1526 das Patronatsrecht auf die Wettiner über. Die Ausübung dieses Rechts oblag fortan dem sächsischen Amt Coburg. In der vom Landesherrn ge-

<sup>31</sup> StACo, LRA Co 5534, Gesuch des Johann Veit von Berg, 1816/17.

<sup>32</sup> Ch. RIEDL-VALDER, St. Peter und Paul in Coburg? Seelsorge und Bildung der Benediktiner, in: Haus der Bayerischen Geschichte, Klöster in Bayern (<https://www.hdbg.eu/kloster/index.php/pdf?id=KS0073>), 15.1.2022.

<sup>33</sup> StACo, Urk LA E 460, 468 u. 469; W. HEINS, Aus der Geschichte der Seidmannsdorfer Kirche, in Coburger Heimat 4 (1935), Nr. 6; A. WENDEHORST, Das Würzburger Landkapitel zur Zeit der Reformation (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 3), Göttingen 1964, S. 20.

<sup>34</sup> MORSBACH / TITZ, Coburg (wie Anm. 25), S. 479; HEINS, Kirche (wie Anm. 33). Die Brandensteiner dürften in dieser Zeit als Sonnefelder Vögte fungiert haben. Die Ritter von Waldenfels traten zur gleichen Zeit als Herren des Schlosses in Waldsachsen auf. In Verbindung nach Seidmannsdorf ist daher nicht ausgeschlossen.



*Abb. 4: Die Pfarrkirche „Unserer Lieben Frau“, um 1955.*

schaffenen Kirchenorganisation gehörte die Pfarrei zur neu gegründeten Adjunktur Sonnefeld. Zum anderen erfolgte eine Neugliederung der Pfarrsprengel. Seit spätestens 1528/29 gehörte das Dorf zur Festungspfarrei. Der zuständige Pfarrer residierte auf der Burg, während in Seidmannsdorf weiterhin nur ein Vikar den Kirchendienst versah.<sup>35</sup> Nach der landesweiten Kirchenvisitation von 1535 wurde Seidmannsdorf schließlich zur Pfarrei erhoben. Auf der Veste hielten die Pfarrer seitdem nur noch alle 14 Tage einen Gottesdienst ab. Neben der Burg gehörten auch die Ortschaften Cortendorf, Creidlitz, Lützelbuch, Finkenu, Löbelstein und Ketschendorf zur Pfarrei. Allerdings fanden im Laufe der Jahrhunderte immer wieder Umgliederungen statt, sodass der heutige Sprengel neben den bereits erwähnten Ortschaften Lützelbuch und Löbelstein aus den Dörfern Rohrbach, Rögen sowie Neu- und Neershof besteht.<sup>36</sup> 2017 entschlossen sich die Kirchengemeinden von Seidmannsdorf, Creidlitz, Niederfüllbach und Ketschendorf aus Gründen der Rentabilität zu einer größeren Pfarrei zusammenzuschließen. Damit ging nach fast 500 Jahren die Eigenständigkeit der Seidmannsdorfer Kirchengemeinde bis zu einem gewissen Grad verloren.

Mit der Durchdringung des neuen Glaubens und der damit verbundenen Auflösung des Klosters Sonnefeld gewannen die Ritter von Brandenstein an politische Bedeutung. Die früheren Vögte bauten die Seidmannsdorfer Kirche zu ihrer Grablege aus. Sie legten unter dem Chor eine Gruft an, die 1896 geöffnet wurde. Darin fand man Särge vor allem aus dem 18. Jahrhundert. Epitaphien gibt es sowohl inner- als auch außerhalb des Kirchengebäudes nicht. Im Inneren existierte aber für die Familie von Brandenstein ein Kirchenstand, der sich wohl im Chorraum befand und 1709 abgerissen wurde.<sup>37</sup> Symbolische Darstellungen ritterlicher Macht fehlen deshalb heute im Kirchraum völlig.

Mit dem Gotteshaus dürfte im 15. Jahrhundert auch ein Friedhof angelegt worden sein. Dieser befand sich im direkten Umfeld der Kirche. Nachdem die Bevölkerungszahlen in der Pfarrei im 19. Jahrhundert angestiegen waren, entschloss sich die Kirchengemeinde 1824 an anderer Stelle einen neuen Gottesacker anzulegen. Doch auch dieser Friedhof gelangte bald an seine Kapazitätsgrenze, sodass 1839 ein dritter Gottesacker nordöstlich des Dorfes unterhalb des Klausberges entstand. Dieser heute noch bestehende Friedhof musste aufgrund steigender Einwohner- und daraus resultierender Sterbezahlen zwischen 1879 und 1910 mehrmals erweitert werden. 1949 errichtete die Kirchengemeinde eine Friedhofshalle auf dem Areal. Eine besondere künstlerische Bedeutung besitzt hier das nahe gelegene Kriegerdenkmal für die Gefallenen beider Weltkriege, welches 1922 am früheren Turnplatz eingeweiht und 1955

<sup>35</sup> StACo, LA B 2438, fol. 154<sup>v</sup>, Kirchenvisitation 1528/29; StACo, Konsistorium 246, Patronatsrecht des Amtes Coburg; E. MICKELHUHN, Seidmannsdorf, in: E. KOLLMER (Hrsg.), Evangelische Kirchengemeinden im Coburger Land, Erlangen 1984, S. 85; O.A.: Neue Sammlung geographisch-historisch-statistischer Schriften. Bd. 7, Enthält: Die geographischen Einleitung- u. Beschreibungen einiger beträchtlichen Länder des Obersächsischen Kreises, Weissenburg 1788, S. 404.

<sup>36</sup> StACo, LA E 1132, Die Wochenpredigten des Seidmannsdorfer Pfarrers auf der Veste, 1600; FABER, Nachrichten (wie Anm. 14), S. 130; MICKELHUHN, Seidmannsdorf (wie Anm. 35), S. 85; A. GREINER, Die Einführung der Reformation in der Pflege Coburg 1520-1555. Nach archivalischen Quellen bearbeitet, Coburg 1938, S. 203.

<sup>37</sup> StACo, Konsistorium 616, Beerdigung des Johann Casimir von Brandenstein zu Lützelbuch in der Kirche zu Seidmannsdorf; F. MAHNKE, Wahrzeichen des Glaubens im Coburger Land. Teil 4: Die Pfarrei Seidmannsdorf, in: Heimat-Tageblatt 7 (1982); HEINS, Kirche (wie Anm. 33).

erweitert wurde. Der ursprüngliche Entwurf stammte vom Coburger Steinbildhauer Werner Pauli.<sup>38</sup>

Eine Schule wird in Seidmannsdorf erstmals in Zusammenhang mit einer Visitation im Jahre 1577 erwähnt. Der erste namentlich genannte Schulmeister taucht in der archivalischen Überlieferung 1598 auf.<sup>39</sup> Bei dem damaligen Schulhaus dürfte es sich um ein kleines einstöckiges Gebäude gehandelt haben, welches 1731 als baufällig bezeichnet wurde. Damals reichten die Schulräume für die immer größer werdende Schülerschar nicht mehr aus, sodass an eine Erweiterung oder an einen Neubau des Schulhauses gedacht wurde. Die Kirchengemeinde entschloss sich schließlich 1739 zum Bau einer neuen Schulstätte westlich der Pfarrkirche. Dieses Gebäude war ohne Rücksprache des Patronatsherrn in Coburg 1740 fertiggestellt worden. Die Finanzierung erfolgte über Spenden durch das Einsammeln von Kollekten in allen Kirchengemeinden des Fürstentums Hildburghausen. Hundert Jahre später war auch dieses Haus zu klein geworden, sodass am heutigen Wildrosenweg 1846/47 ein neues Schulgebäude errichtet wurde.<sup>40</sup> Dieses wurde bis zur Auflösung der Einrichtung 1968 genutzt. Die Schule verfügte seit 1817 über eine eigene Bibliothek. Im gleichen Jahr wurde eine Ortsschulkasse errichtet, welche die Finanzierung der Lehranstalt gewährleisten sollte. Daneben bestanden fünf Schullehrgänge, die zwischen 1742 und 1802 gestiftet wurden und einen finanziellen Umfang von 140 Gulden fränk. besaßen.<sup>41</sup> Ursprünglich tat nur ein Lehrer seinen Dienst in Seidmannsdorf. Nachdem das Coburger Schulgesetz vom 15. Juni 1858 die Anzahl der Schüler pro Klasse auf 80 (!) beschränkte, musste die Gemeinde nicht nur ein zweites Klassenzimmer errichten, sondern auch einen zweiten Lehrer einstellen. Diese Stelle wurde erstmals 1861 besetzt. In dieser Zeit bewegten sich die Schülerzahlen zwischen 142 und 160 Kindern. Dieser Umfang rührte von der Größe des Schulsprengels her, der über die Jahrhunderte variierte. So wurden ab 1832 die Kinder aus Rögen nach Seidmannsdorf eingeschult. Die beengten baulichen Verhältnisse führten aber dazu, dass einzelne Gemeinden sich aus dem Schulverband zurückzogen und eigene Schulhäuser errichteten, so 1883 Lützelbuch und Rögen oder 1902

---

<sup>38</sup> StACo, Konsistorium 3140, Erweiterung des Friedhofs 1838/39; StACo I.Reg 4065, Anlegung eines neuen Friedhofs, 1839; StACo, LRA Co 10.074, Erweiterung des Friedhofs, 1879; J. FÖRTSCH, Seidmannsdorfer Schuljahrbuch. Durch den derzeitigen Schullehrer Johann Foertsch, auf höchsten Befehl Herzogl. Kirchen- und Schulen-Deputation Herzogl. Landes-Regierung eingeführt, den 17. Mai 1817, Seidmannsdorf 1817-1900, S. 59 ff.; StACo, LRA Co 14.760, Gemeindevisitation vom 29.9.1958; Coburger Zeitung vom 27.11.1922; Neue Presse Coburg vom 27.9.1955; MORSBACH / TITZ, Coburg (wie Anm. 25), S. 478.

<sup>39</sup> StACo, LA B 2648, Kirchen- und Schulvisitation, 1577; StACo, LA E 1131, Die Seidmannsdorfer Schulstelle, 1598-1666; J. SOBOTTA, Das Schulwesen der Pflege Coburg im 15. und 16. Jahrhundert: Bildungsgeschichtliche Auswirkungen der Reformation (Schriftenreihe der Historischen Gesellschaft Coburg 19), Coburg 2005, S. 205, 246.

<sup>40</sup> StACo, Konsistorium 3006, Bauwesen am Schulhaus, fol. 33-39; StACo, Konsistorium 3009, Das Schulgebäude von Seidmannsdorf, 1731-43; StACo, LRA Co 5516, fol. 4, Planzeichnung von Seidmannsdorf, 1794; StACo, Konsistorium 3041, Das Schulgebäude von Seidmannsdorf, 1846 f.; FÖRTSCH, Schuljahrbuch (wie Anm. 38), S. 202-206.

<sup>41</sup> FÖRTSCH, Schuljahrbuch (wie Anm. 38), S. 27 ff., 50, 121 f.

Ketschendorf. Alleine durch die Eröffnung der Ketschendorfer Schule verlor die Seidmannsdorfer Lehranstalt 64 Schüler.<sup>42</sup> Dementsprechend sanken die Schülerzahlen in den Folgejahren rapide. Die zweite Lehrerstelle wurde daher 1928 gestrichen. 1958 gingen nur noch 33 Kinder in die Seidmannsdorfer Schule.<sup>43</sup> Für die Gemeinde stellte sich daher zunehmend die Frage, ob bei diesen Zahlen der Unterhalt einer eigenen Schule noch zu vertreten sei. Zumal lagen die Steuereinnahmen in der Gemeinde in einem überschaubaren Rahmen. Nachdem verschiedene Varianten diskutiert worden waren, entschied sich Seidmannsdorf aus finanziellen Gründen, die Kinder ab 1968 nach Coburg einzuschulen.<sup>44</sup> Damit endete nach fast 400 Jahren die Schulgeschichte dieses Ortes.

## 2.5 Justizwesen

Seit dem Mittelalter unterschied sich das Gerichtswesen zwischen der Hoch- oder Blutgerichtsbarkeit und der Nieder- oder Patrimonialgerichtsbarkeit. Das Blutgericht konnte schwere Leib- oder Todesstrafen aussprechen. Dieses Recht oblag dem Landesherrn. Das Patrimonialgericht sprach hingegen nur leichte Leib- oder Geldstrafen aus. Die Rechtsprechung erfolgte hier durch den Grundherrn. Es konnte also leicht sein, dass die Gerichtsbarkeit eines Ortes in mehreren Händen lag. Diese war u. a. in Seidmannsdorf der Fall.

So übte das landesherrschafliche Zentgericht in Fechheim (ab 1309 in Neustadt bei Coburg ansässig) die Blutgerichtsbarkeit im Dorf aus. Dieses Gericht bestand bis 1801 und wurde im Zuge der Verwaltungsreform der Coburger Staatsministers von Kretschmann aufgelöst. Dessen Aufgaben übernahm das neugeschaffene Justizamt Coburg (bzw. ab 1862 das Justizamt Coburg II). Die heutige Gerichtsorganisation mit Amts- und Landgerichten wurde erst 1879 eingeführt.<sup>45</sup> Die Niedergerichtsarbeit übte wohl zunächst der Abt von Saalfeld und nach der Schenkung von 1289 die Sonnefelder Äbtissin aus. Sie übertrugen wahrscheinlich die Rechtsprechung auf die für Seidmannsdorf verantwortlichen niederadeligen Vögte. Nach der Auflösung des Klosters 1525 ging die Niedergerichtsbarkeit auf das neu gegründete sächsische Amt Sonnefeld über. Dort verblieb sie bis 1837, zuletzt als Teil des Justizamtes Sonnefeld. Danach fiel die Rechtsprechung im Zuge von Arrondierungsmaßnahmen dem Justizamt

<sup>42</sup> StACo, LRA Co 8465, Die 2. Lehrerstelle in Seidmannsdorf, 1861-65; StadtACo, Coburgica II/106, Schulchronik von Seidmannsdorf, S. 62; HERZOGTUM SACHSEN-COBURG (Hrsg.), *Gesetzsammlung für das Herzogthum Coburg aus den Jahren 1857 und 1858*, Coburg 1859, Nr. 303, S. 487-500; FÖRTSCH, *Schuljahrbuch* (wie Anm. 38), S. 125; Ch. BOSECKERT, *Adel, Bauern, Proletarier – Der gesellschaftliche Wandel am Beispiel Ketschendorfs (1789-1914)*, in: *Coburger Geschichtsblätter* 27 (2019), S. 21 f.

<sup>43</sup> StACo, LRA Co 9618, die zweite Lehrerstelle in Seidmannsdorf, 1928; StACo, LRA Co 14.760, *Gemeindevisitation vom 29.9.1958*. Zu den Alternativen siehe den Beitrag „Kirche und Schule“ bei Lützelbuch.

<sup>44</sup> StACo, LRA Co 14.760, *Gemeindevisitation vom 22.2.1965*.

<sup>45</sup> J. A. von SCHULTES, *Diplomatische Geschichte des Gräflichen Hauses Henneberg mit CCLV. Urkunden und neun Kupfertafeln*. Teil 1, Leipzig 1788, S. 144, 186; K. Freiherr von ANDRIAN-WERBURG, *Die Coburgische Gerichtsorganisation im 19. Jahrhundert und die Errichtung des Bayerischen Landgerichts Coburg 1921*, in: *Jahrbuch der Coburger Landesstiftung* 16 (1971), S. 39-74; G. AMEND, *100 Jahre Landgericht Coburg. Entstehung und Weiterentwicklung eines bayerischen Landgerichtsbezirks*, in: A. WOLZ / Ch. BOSECKERT (Hrsg.), *Der Anschluss Coburgs an Bayern im Jahre 1920. „...zu einem einheitlichen Gebiet vereinigt.“* (Schriftenreihe der Historischen Gesellschaft Coburg 30), Coburg 2020, S. 53-60.

Coburg zu. Damit lag die gesamte judikative Gewalt erstmals in der Hand einer Behörde.<sup>46</sup> Erst mit der Einführung der heutigen Gerichtsorganisation fand wieder eine institutionelle Aufteilung statt.

## 2.6 Vereinsleben und Feuerlöschwesen

Nachdem im Coburger Staatsgrundgesetz von 1852 das freie Vereinsrecht garantiert und damit die Grundlage für eine neue dörfliche Institution geschaffen wurde, gründete sich 1861 auf Anregung des Junglehrers August Puff der Gesangverein Eintracht Seidmannsdorf. Für dieses Projekt gewann Puff 20 sangesfreudige Männer, die aus dem Dorf selbst und den Nachbarorten kamen.<sup>47</sup> In den folgenden Jahrzehnten folgten weitere Vereinsgründungen, so 1884 der Militärverein „Kameradschaft“, 1893 ein Wohltätigkeitsverein und 1901 ein Rauchclub namens „Schwere Wolke“. Das Adressbuch von 1927 vermerkt noch einen Arbeiter-Gesangverein, einen Spar- und Darlehenskassenverein sowie einen Ziegen-, Geflügel- und Kaninchenzuchtverein. Von diesen Institutionen blieben nach dem 2. Weltkrieg nur der Gesangverein Eintracht, die Raiffeisenkasse als Nachfolger des Spar- und Darlehenskassenvereins und der Ziegenzuchtverein übrig.<sup>48</sup> Sportvereine gab es in Seidmannsdorf nicht, sodass weder Sportplätze angelegt noch eine Turnhalle von Seiten der Gemeinde gebaut werden musste. Die Quellen berichten lediglich von einem Schulturnplatz, der sich zwischen 1892 und 1922 (letztmalige Erwähnung) nordöstlich des Dorfes unterhalb des Klausberges befand.<sup>49</sup> Eine rege Tätigkeit entfaltete dagegen der Coburger Fischerei-Verein. Dieser erwarb 1901 unterhalb des Johannisberges ein Grundstück, auf welchem er eine erfolgreiche Forellen-Brutanstalt errichten ließ.<sup>50</sup> Diese Anstalt bildete die Grundlage für die spätere Fischzucht an der Rohrbacher Straße. Heute wird das Vereinsleben hauptsächlich vom Bürgerverein Seidmannsdorf-Löbelstein getragen, der im Zuge der Eingemeindung entstanden ist.

Die Grundlage für das moderne Feuerlöschwesen und damit einer weiteren dörflichen Institution wurde mit der Einführung der Allgemeinen Feuerordnung im Jahr 1834 geschaffen. Organisatorisch gehörte das Dorf seit 1839 zum siebten Feuerwehrverein („Concurrenz“) im Amtsbezirk Coburg. Der Orte verfügte damals über vier Handspritzen, vier Feuerhaken und einer Leiter. In dieser „Pflicht“-Feuerwehr taten 26 Männer ihren Dienst, allein zehn an

---

<sup>46</sup> Herzogl.-Sachsen-Coburgisches Regierungs- und Intelligenzblatt vom 26.8.1837, Sp. 551 f.; FABER, Nachrichten (wie Anm. 14), S. 65 ff.

<sup>47</sup> StACo, LRA Co 1001, Gründung des Gesangvereins, 1861; Coburger Tageblatt vom 27.5.1961; MATTERN, Dörfer (wie Anm. 1), S. 75.

<sup>48</sup> StACo, LRA Co 1002, Gründung des Militärvereins, 1893; StACo, LRA Co 1003, Gründung des Wohltätigkeitsvereins, 1893; StACo, LRA Co 1004, Statuten des Rauch-Clubs „Schwere Wolke“, 1901; Einwohnerbuch der Stadt Coburg. Mit Anhang: Einwohnerbuch des Landbezirks, Coburg 1927, S. 70; Adreßbuch Coburg mit den Städten Neustadt und Rodach sowie 128 Landgemeinden 1955, Coburg 1955, S. 76. Zur Bedeutung des Spar- und Darlehenskassenvereins siehe den Beitrag über das Vereinsleben in Lützelbuch.

<sup>49</sup> StACo, LRA Co 8471, Verlegung des Turnplatzes, 1890-92; StACo, LRA Co 14.760, Gemeindevisitation vom 29.9.1958.

<sup>50</sup> StadtACo, B 606-13, Bau Forellenbruthaus, 1901; Coburger Zeitung vom 9.8.1900 und 28.3.1907.

den Spritzen, sieben in der Menschenrettung und neun als Feuerboten.<sup>51</sup> Nachdem 1869 Löbelstein nach Seidmannsdorf eingegliedert wurde, wuchs von Seiten des Landratsamtes und des herzoglichen Feuer-Kommissärs Johann Sollmann der Druck, eine gemeinsame Freiwillige Feuerwehr für beide Ortschaften ins Leben zu rufen und eine neue Spritze anzuschaffen. Die Gemeinde gab diesen Druck nach. Die 1874 gegründete Truppe bestand aus 23 Mann und zwar aus einem Spritzenmeister, einem Obersteiger, vier Steiger und einer 16-köpfigen Spritzenmannschaft. Zudem schaffte sich die Gemeinde eine Schlauchspritze an. Insgesamt kamen von den 23 Männern 19 aus Seidmannsdorf. Bis 1953 stieg die Gesamtzahl der Feuerwehrmänner auf 51 an.<sup>52</sup> Das Löschwasser kam seit 1934 aus 13 Oberflurhydranten und drei Staustellen im Ketschenbach.<sup>53</sup> In der Zeit nach 1945 ging es hauptsächlich darum, die Feuerwehr zu modernisieren. Ein erster Schwerpunkt bildete der Bau eines Gerätehauses. Die Gerätschaften waren seit 1874 im sogenannten Zehentstadel am östlichen Ortsausgang nach Lützelbuch untergebracht. Nach 80 Jahren entsprachen die dortigen Räumlichkeiten nicht mehr den Vorstellungen einer modernen Feuerwehr-Einrichtung. Die Gemeinde diskutierte deshalb ab 1954 über einen Neubau in der Ortsmitte. Wegen fehlender finanzieller Mittel mussten jedoch die Bauarbeiten immer wieder verschoben werden. Die Baukosten wurden damals mit rd. 14.000 DM veranschlagt. Erst 1965 gelang es, das Vorhaben zu realisieren. Anstelle des Zehentstadels errichtete die Gemeinde ein Gerätehaus mit Schlauchtrockenturm und Waschanlage.<sup>54</sup> Ein zweiter Schwerpunkt bildete ab 1958 der Kauf einer Motorspritze als Ersatz für die 1874 erworbene Schlauchspritze. 1962 konnte eine solche Spritze mit Anhänger angeschafft werden. Die hier deutlich gewordenen Bemühungen der Gemeinde um eine Verbesserung ihrer Feuerlösch-Einrichtungen wurden vom Landratsamt sehr gelobt.<sup>55</sup> Allerdings verhinderte die Modernisierung nicht, dass sich die Feuerwehr schon bald auflösen sollte. Konflikte zwischen den Löbelsteiner und Seidmannsdorfer Feuerwehrleuten führten dazu, dass sich ab 1971 Letztere aus der gemeinsamen Feuerwehr zurückzogen. 1973 löste sich deshalb die Truppe auf.<sup>56</sup>

---

<sup>51</sup> M. SCHOLZ, Die Verordnungen zum Brandschutz und zur Feuerbekämpfung des Herzogtums Coburg im 19. Jahrhundert, Rödentel 2012, S. 74; MATTERN, Dörfer (wie Anm. 1), S. 75.

<sup>52</sup> StACo, LRA Co 3397, Feuerlöschwesen; FFW LÖBELSTEIN, Festschrift (wie Anm. 22), S. 21-24, 31.

<sup>53</sup> StACo, LRA Co 14.760, Gemeindevisitation vom 29.9.1958.

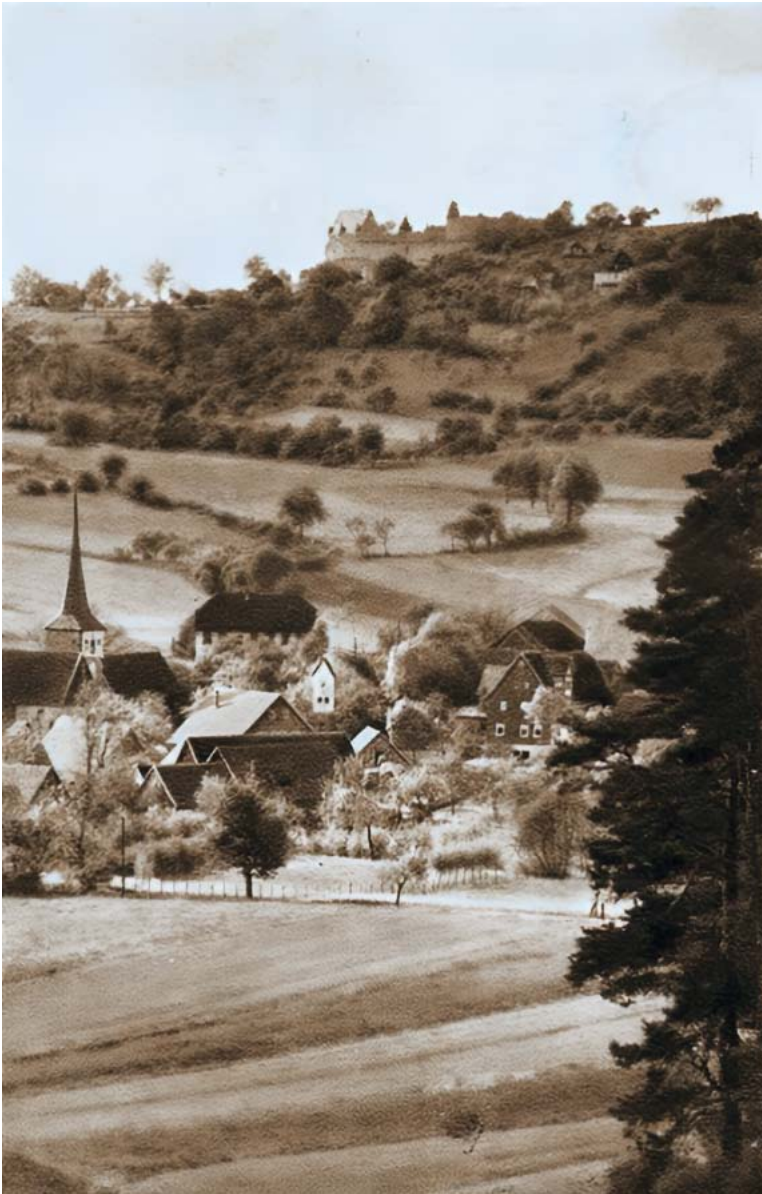
<sup>54</sup> StACo, LRA Co 15.196, Ausstattung und Neubauten, 1945-74; StACo, LRA Co 14.760, Gemeindevisitation vom 29.9.1958; Coburger Tageblatt vom 2.11.1954 und 7.5.1958; Neue Presse Coburg vom 26.8.1963; FFW LÖBELSTEIN, Festschrift (wie Anm. 22), S. 32.

<sup>55</sup> StACo, LRA Co 15.196, Ausstattung und Neubauten, 1945-74; StACo, LRA Co 14.760, Gemeindevisitationen vom 29.9.1958 und 22.2.1965; Neue Presse Coburg vom 26.1.1962.

<sup>56</sup> FFW LÖBELSTEIN, Festschrift (wie Anm. 22), S. 32. Siehe den Beitrag zur Löbelsteiner Feuerwehr.



2.7 Infrastruktureller Aufbau



*Abb. 5: Blick vom Gruber Bergweg auf Seidmannsdorf, um 1950.*

Mit der Einführung der Elektrizität begann im 20. Jahrhundert der Aufbau der technischen Infrastruktur von Seidmannsdorf. Die Initiative dafür ging von den Städtischen Werken in Coburg aus. 1910 gründete das Unternehmen zur Versorgung der umliegenden Dörfer mit Elektrizität ein Überlandwerk. Langfristiges Ziel war es, das gesamte Herzogtum mit Strom zu versorgen. Erste Freileitungen wurden zunächst in der näheren Umgebung Coburgs geplant. Eine solche Leitung erhielt zusammen mit Ketschendorf auch Seidmannsdorf. Die Bauarbeiten dazu dauerten zwei Monate und waren Ende 1910 abgeschlossen. Zu Verwendung kam Drehstrom mit einer Betriebsspannung von 6000 Volt, der in den einzelnen Dörfern durch je einen Transformator auf die Gebrauchsspannung von 120 Volt für Licht und 200 Volt für Kraftzwecke herabgesetzt wurde. Das dazu notwendige Transformatorenhäuschen entwarf der Coburger Stadtbaumeister Max Böhme (1870-1925). Es befand sich nordöstlich der Pfarrkirche am Beginn des Wildrosenweges. Die Anlage ging am 1. April 1911 in Betrieb.<sup>57</sup> Die Dorfbevölkerung reagierte auf die Elektrifizierung sehr positiv. Schon im Dezember 1910 drängten einige Einwohner, das Stromnetz für die Weihnachtsfeiertage freizuschalten. Gleichzeitig gingen die ersten sieben Anträge für einen Stromanschluss beim Landratsamt ein. Zwar lehnten die Behörden eine Freischaltung ab. Dies ging aber nicht zu Lasten der offensichtlichen Vorfreude. 1912 hatten bereits 17 Haushalte ein Anschluss. Die Akten des Landratsamtes berichten aber noch von weiteren Anträgen.<sup>58</sup> Einen Gasanschluss erhielt das Dorf 1955, nachdem die Gemeinde mit dem Ferngaswerk in Neustadt bei Coburg einen Liefervertrag abgeschlossen hatte.<sup>59</sup>

Ebenfalls aus Coburg stammte die Initiative zum Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Dieser erreichte mit einer ersten Linie Seidmannsdorf im Jahr 1928. Ab diesem Zeitpunkt fuhren täglich drei Überlandbusse den Ort an. Betreiber dieser Strecke war die Coburger Omnibusgesellschaft. Nachdem die Reichspost 1931 die Kraftfahrlinie übernommen hatte, verkehrten fortan Postbusse auf der Strecke. Der Anschluss an den Coburger Stadtbusverkehr erfolgte 1950/51. Gegenwärtig besitzt der Ort zwei Haltestellen (Seidmannsdorf und Am Flecken), die täglich 30-mal von Coburg aus angefahren werden.<sup>60</sup>

Die Trinkwasserversorgung war hingegen eine Gemeindeangelegenheit. Erste Planungen für eine moderne Wasserleitung kamen bereits 1911 auf. Damals sollten Ketschendorf und Seidmannsdorf eine gemeinsame Wasserversorgungsanlage erhalten. Dieses Projekt scheiterte jedoch 1913 an der ablehnenden Haltung der Seidmannsdorfer, die lieber ihr bisheriges Versorgungssystem ausbessern wollten. Dieses bestand aus einem einfachen Leitungsnetz, das

---

<sup>57</sup> StACo, LRA Co 7512, Elektrizitätswerk an Landratsamt, Coburg, 10.8.1910; ebd., Elektrizitätswerk an Landratsamt, Coburg, 28.11.1910; ebd., Elektrizitätswerk an Landratsamt, Coburg, 27.12.1910; StACo, LRA Co 7535, Bauvorhaben Transformatorenhäuschen.

<sup>58</sup> StACo, LRA Co 7535, Anträge für elektrische Lichtkraftanlagen (1910-12); StACo, LRA Co 7595, Anträge für elektrische Lichtkraftanlagen (1913/14); StACo, LRA Co 7512, Elektrizitätswerk an Landratsamt, Coburg, 22.12.1910; ebd., Elektrizitätswerk an Landratsamt, Coburg, 27.12.1910; Coburger Zeitung vom 24.4.1912.

<sup>59</sup> Coburger Tageblatt vom 9.3.1955.

<sup>60</sup> StadtACo, A 8207, Oberpostdirektion an Gemeinderat, Bamberg, 29.9.1931; Coburger Zeitung vom 10.12.1928; A. ZECH, Lützelbuch – „Rittergut mit Weinbergen“, in: H. HILDENSTEIN, 100 Jahre Gesangverein Lützelbuch. Ein Gang durch die Geschichte des Jubelvereins und der Festorte, Sonnefeld 1970, o. S.

vom Dorfbrunnen gespeist wurde. 1925 griff der Gemeinderat das Thema wieder auf. Diesmal zeigten sich die Räte gegenüber dem Bau einer neuen Trinkwasserleitung offen. Nachdem die jahrelangen Planungen unter Mitwirkung des Bayerischen Landesamtes für Wasserversorgung abgeschlossen waren, entschied die Gemeinde im Jahr 1933, die Wasserleitung zu bauen. Ein Jahr später konnte das neue Leitungsnetz mit einer zentralen Wasserversorgungsanlage eingeweiht werden. Die Kosten betrugen 26.150 Reichsmark.<sup>61</sup> Probleme mit der Wasserversorgung traten erst ab 1954 und vor allem in den heißen Sommermonaten auf. Die Gemeinde reagierte darauf 1964 mit der Vertiefung einer Quelfassung, wodurch die Wasserversorgung verbessert wurde.<sup>62</sup> Schon in den 1950er Jahren entstand entlang der Ortsstraßen auf Kosten der Gemeinde ein durchgehendes Abwasser-Leitungsnetz. Ebenso wurde im gesamten Dorf bis 1965 eine Oberflächenwasserbeseitigung verlegt. Mit dem Bau der Ortskanalisation konnte Ende der 1960er Jahre begonnen werden.<sup>63</sup>

Innerhalb des deutschen Postsystems gehörte Seidmannsdorf nach der Einführung des Norddeutschen Postbezirks (1868) zum Postamt Coburg. Allerdings dauerte es lange, bis der Ort und seine Nachbardörfer im Coburger Osten einen Briefkasten erhielten. 1907 entstand jedoch zur Entlastung der Coburger Hauptpost eine Posthilfsstelle im Gasthof Reich. Ziel war es, mit diesen Hilfsstellen den Postdienst auf dem Land zu gewährleisten. Sie wurden zum 1. Oktober 1898 flächendeckend im Deutschen Reich eingeführt. Als Betreiber fungierten Dorfbewohner in unbesoldeter, ehrenamtlicher Tätigkeit. Für die Einwohner war dies eine Erleichterung, da sie nun in unmittelbarer Nähe Briefe und Pakete aufgeben oder abholen konnten. 1928 wurden die Hilfsstellen im Zuge der Neuordnung der postalischen Verhältnisse im Deutschen Reich in Poststellen umgewandelt oder aufgelöst. In Seidmannsdorf blieb die Einrichtung aber unter der Bezeichnung „Poststelle II“ weiter bestehen. Für den Transport der Briefe und Pakete aus Coburg nutzte die Post zunächst Pferdefuhrwerke. Nach der Einführung der Postbuslinie 1931 übernahm diese Aufgabe der motorisierte Verkehr. 1933 gab die Familie Reich nach 26 Jahren das Ehrenamt ab. Die Reichspost übertrug die Aufgabe dem Lebensmittelhändler Albert Christ in der Seidmannsdorfer Straße (Nr. 275). Dort verblieb die Poststelle bis zu deren Auflösung in den 1960er-Jahren.<sup>64</sup> Gleichzeitig mit der Eröffnung der Posthilfsstelle erhielt Seidmannsdorf Zugang zum Telegrafennetz. Dies geschah mittels einer öffentlichen Fernsprechstelle, die ebenfalls im Gasthof Reich untergebracht war. 1924 wandelte die Reichspost die Telegrafenhilfsstelle in eine gemeindliche öffentliche Telefonsprechstelle um. Diese befand sich zunächst im Gasthof Reich, 1937 dann zusammen mit der Poststelle im Lebensmittelgeschäft Christ. Den zweiten Telefonanschluss erhielt in den 1950er-Jahren

<sup>61</sup> StACo, LRA Co 13.334 und 13.335, Wasserleitungsbau in Seidmannsdorf, 1911-34; StACo, LRA Co 14.760, Gemeindevisitation vom 29.9.1958.

<sup>62</sup> StACo, LRA Co 14.760, Gemeindevisitation vom 22.2.1965; Coburger Tageblatt vom 2.11.1954.

<sup>63</sup> StACo, LRA Co 14.760, Gemeindevisitation vom 29.9.1958 und 22.2.1965.

<sup>64</sup> StadtACo, A 8284, Postamt Coburg an Gemeinde Seidmannsdorf, Coburg, 28.6.1933; Coburger Zeitung vom 14.3.1895 und 19.4.1907; Adreßbuch Coburg mit den Städten Neustadt und Rodach sowie 128 Landgemeinden, Ausgabe 1961, Coburg 1961, S. 6, 86; J. HELBIG, Die bayerischen Posthilfsstellen, München 1980.

die Reich'sche Mahlmühle. Bis 1961 blieb es bei diesen beiden Anschlüssen.<sup>65</sup> Erst im Laufe der nächsten Jahrzehnte erhielten sämtliche Haushalte ein eigenes Telefon.

Wenig entwickelt war die soziale Infrastruktur des Dorfes. Es fehlte bspw. bis zur Eingemeindung 1972 an einem Kindergarten samt Kinderspielplatz. Medizinische Einrichtungen gab es ebenfalls nicht. Einzige kulturelle Institution war die Gemeindebücherei mit rd. 250 Bänden, die vom Schullehrer betreut wurde.<sup>66</sup> Des Weiteren existierte seit 1867 ein Gemeindehaus, das sich in der Seidmannsdorfer Straße (Nr. 271) befand. Dort tagten die sechs Gemeinderäte und der Bürgermeister. Die Büros des Gemeindeoberhauptes und des Standesamtes, welches 1876 in Seidmannsdorf eröffnet wurde, befanden sich im Haus des Bürgermeisters. An den Bau eines neuen Gemeindezentrums dachte der Gemeinderat seinerzeit nicht.<sup>67</sup>

---

<sup>65</sup> StadtACo, A 8284, Umwandlung öffentliche Sprechstelle, 1924; Regierungsblatt für das Herzogtum Coburg vom 14.4.1906, Sp. 313; Coburger Zeitung vom 19.4.1907; Adressbuch von 1955 (wie Anm. 48), S. 76; Adreßbuch Coburg mit den Städten Neustadt und Rodach und dem ganzen Coburger Land, Ausgabe 1934, Coburg 1934, S. 91; Adreßbuch Coburg mit den Städten Neustadt und Rodach und dem ganzen Coburger Land, Ausgabe 1937, Coburg 1937, S. 93.

<sup>66</sup> StACo, LRA Co 14.760, Gemeindevisitation vom 29.9.1958 und 22.2.1965.

<sup>67</sup> Ebd.; StACo, LA M 143, fol. 144r; StadtACo, Coburgica XII/72, 2; Regierungs-Blatt für das Herzogthum Coburg vom 30.12.1876, Sp. 936.

### 3. LÖBELSTEIN



#### 3.1 Anfänge

Die Ursprünge dieses recht jungen Dorfes gehen auf das Jahr 1702 zurück, als dort eine Ziegelhütte errichtet wurde. Das Areal gehörte damals zur Seidmannsdorfer Flur.<sup>68</sup> Daraus resultierte die Zugehörigkeit des im Entstehen begriffenen Dorfes zum sächsischen Amt Sonnefeld, welches hier als Grundherr auftrat. 1705 kam dieses Amt infolge von Erbauseinandersetzungen innerhalb der ernestinischen Linie des Hauses Wettin an das Fürstentum Hildburghausen. Nach der letzten wettinischen Landesteilung von 1826 gelangte Löbelstein an das neu

---

<sup>68</sup> StACo, LA M 143, fol. 135, Konzession für eine Ziegelhütte, 1702.

gegründete Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha. 1869 kam der Ort im Rahmen der ersten Gebietsreform an die Gemeinde Seidmannsdorf.

Von der Ziegelhütte ging die weitere Besiedlung aus. Sie lag auf einer schmalen Bergzunge am Südhang des Ziegelhüttenberges Richtung Seidmannsdorf. An ihrer Stelle befinden sich heute mehrere Wohnhäuser (Löbelsteiner Straße Nr. 26 bis 30). Von dort aus dehnte sich das Dorf Richtung Norden und Nordosten aus. Die Bebauungsgrenze lag seinerzeit auf Höhe des Ziegelhüttenweges und der Straße „Am Klausberg“. Einzelne Häuser entstanden im 19. Jahrhundert auch gen Westen Richtung Coburg / Eckardtsberg.

Der Bezeichnung „Löbelstein“ ist hier älter als das Dorf. Sie taucht erstmals im Sonnefeld der Erbbuch von 1514 unter den Flurbezeichnungen auf. Die Herkunft des Namens ist bis heute umstritten. Riemann führt die Bezeichnung auf eine Kurzform des Personennamens Luitpold (Löbel) zurück. Oelenheinz sah hingegen in dem Bestimmungswort ein Pseudonym von Teufel (Löblein). Aus volkskundlicher Sicht kann dies aufgrund der etwa 1,5 Kilometer vom Ort entfernten Teufelskanzel nicht abgelehnt werden. Allerdings fehlen zu dieser These die schriftlichen Belege. Graßmuck hält dagegen die Ableitung von „löhel“ (= lichter Wald) für wahrscheinlich. Sie kommt auch der mündlichen Überlieferung der Einwohner am Nächsten, welche die Herkunft des Namens von einem Laubwald ableiten. Im örtlichen Heimatkundeunterricht hieß es dagegen, dass „löbel“ vom Adjektiv „klein“ herrühre. Ein neuer Vorschlag geht davon aus, dass eine Lautverschiebung vorliegt, sodass wir es mit dem mittelhochdeutschen Wort „lew, löuwe“ für Löwe zu tun haben. In Kombination mit der Endung „stein“ würde mit „Löwenstein“ ein typischer mittelalterlicher Flur- oder Burgname vorliegen. Die in dieser Zeit vorhandenen Befestigungsanlagen auf dem Festungsberg und/oder auf den Fürwitz könnten diese Auffassung unterstreichen. Einfacher ist dagegen die Erklärung des Grundwortes „stein“. Am Rande des Hochplateaus, auf welchem Löbelstein liegt, gibt es noch heute zahlreiche Felsengruppen, die der Gegend den Namen gaben. Besonders sind hier die südöstlich des Dorfes gelegenen Eierfelsen zu nennen, die heute ein geschütztes Naturdenkmal sind. Indes konnte sich die Ortsbezeichnung Löbelstein erst im 20. Jahrhundert durchsetzen. Vorher wurde die Ortschaft im Volksmund aber auch in offiziellen Dokumenten „Ziegelhütten“ genannt.<sup>69</sup>

### 3.2 Die weitere Entwicklung des Dorfes

Erste Hinweise über die Größe und Einwohnerzahl des Dorfes finden sich am Ende des 18. Jahrhunderts. 1792 lebten 23 Menschen in acht Wohnhäusern.<sup>70</sup> Im 19. und 20. Jahrhundert wuchs der Ort weiter an. Schon 1837 zählte das Dorf 41 Einwohner und 13 Häuser.<sup>71</sup> Zu Beginn des Deutschen Kaiserreichs lebten in dem Ort 85 Personen in 19 Wohnhäusern.<sup>72</sup> Die

<sup>69</sup> GRAßMUCK, Ortsnamen (wie Anm. 11), S. 41 f.; FFW LÖBELSTEIN, Festschrift (wie Anm. 22), S. 44 f.; MORSBACH / TITZ, Coburg (wie Anm. 25), S. 452.

<sup>70</sup> DOTZAUER, Chronik (wie Anm. 14), S. 208.

<sup>71</sup> Adreß-Handbuch 1837 (wie Anm. 15), S. 84.

<sup>72</sup> Ortschafts-Verzeichniss 1871 (wie Anm. 16), S. 8 f.; STATIST. BUREAU VEREINIGTER THÜRING. STAATEN (Hrsg.), Ortsverzeichniß der thüringischen Staaten, Jena 1870, S. 33.

Einwohnerzahl stieg bis 1925 auf 119 Personen an, während sich die Zahl der Wohnhäuser auf 27 erhöhte.<sup>73</sup> Durch Vertriebe und Flüchtlinge schwoll nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Zahl der Dorfbewohner bis 1950 auf 173 Bewohner bei gleichbleibenden 27 Gebäuden an. Dies entsprach einem Zuwachs von ca. 45 Prozent bei den Einwohnerzahlen.<sup>74</sup> In den Folgejahren stagnierte jedoch diese Entwicklung. So lebten schließlich 1970 noch 169 Personen in 39 Häusern in Löbelstein.<sup>75</sup> Aufgrund der topografischen Verhältnisse der Ortschaft, an einem schmalen Berghang liegend und der Nachbarschaft des 1913 eröffneten Flugplatzes Brandensteinebene waren die Ausdehnungsmöglichkeiten Löbelsteins stark eingeschränkt. So entwickelte sich der Ort zu einem langgestreckten Straßendorf, das inzwischen an seiner Westseite mit Coburg verschmolzen ist.

### 3.3 Wirtschaftliche Entwicklung

Über die landwirtschaftlichen Verhältnisse Löbelsteins gibt es für das 18. Jahrhundert kaum Quellen. Faber vermerkt in seiner Chronik über das Amt Sonnefeld lediglich, dass dort nur „etwas Feldbau und Vieh“(-wirtschaft) betrieben wurde.<sup>76</sup> Anhand des Steueranschlages von 1868 kann aber nachgewiesen werden, dass auf sämtlichen bebauten Grundstücken Landwirtschaft und Viehhaltung betrieben wurde. Diese Agrarbetriebe besaßen in vielen Fällen nur eine geringe Größe. Die Bauernhäuser selbst waren meist nur einstöckig. Im 20. Jahrhundert schwankte die Zahl der landwirtschaftlichen Unternehmen zwischen sechs und sieben.<sup>77</sup> Einige der Höfe prägen noch einige das heutige Ortsbild. Dieser langfristige Rückgang hing wohl damit zusammen, dass sich wie in Seidmannsdorf zunehmend Tagelöhner und kleine Handwerker in Löbelstein ansiedelten. Dies bildete auch hier die Grundlage für ein gewerbliches Leben. Bereits 1856 lebte ein Webermeister im Ort. Für die 1930er-Jahre werden dann zwischen sechs und sieben Unternehmen erwähnt. Es handelte sich dabei u. a. um einen Schuster-, Schneider-, Klempner- oder Fleischerbetrieb. Daneben gab es noch zwei Holzbildhauer.<sup>78</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg ging die Zahl der Unternehmen kontinuierlich zurück. Zugleich gewann Löbelstein den Ruf einer ruhigen Wohngemeinde. Damit verbunden war seit 1957 eine rege Bautätigkeit. Als Bauherren traten vor allem gut situierte Coburger Bürger auf.<sup>79</sup> Die Entwicklung hin zu einem Wohnort setzte sich in den folgenden Jahrzehnten fort.

Der wirtschaftliche Ursprung Löbelsteins lag in der Gründung einer Ziegelhütte. Im Jahr 1702 erhielten Johann Pfrenger aus Coburg und Johann Schlag aus Lützelbuch die Konzession

---

<sup>73</sup> LANDESAMT, Ortschaften-Verzeichnis (wie Anm. 17), Sp. 1048.

<sup>74</sup> LANDESAMT, Amtliches Ortsverzeichnis 1950 (wie Anm. 18), Sp. 904.

<sup>75</sup> LANDESAMT, Amtliches Ortsverzeichnis 1970 (wie Anm. 19), S. 145.

<sup>76</sup> FABER, Nachrichten (wie Anm. 14), S. 130.

<sup>77</sup> StACo, LA M 831, Steueranschlag Löbelstein, 1868; StACo, LRA Co, 14.760, Gemeindevisitation vom 29.9.1958; Einwohnerbuch 1927 (wie Anm. 48), S. 70.

<sup>78</sup> StadtACo, A 8280, Gewerbeverzeichnis von Seidmannsdorf; FFW LÖBELSTEIN, Festschrift (wie Anm. 22), S. 55.

<sup>79</sup> StACo, LRA Co 14.760, Gemeindevisitation vom 29.9.1958. Vor allem die Coburger Unternehmer Kapp und Waldrich errichteten in Löbelstein größere Wohnhäuser.



für den Bau eines Kalkofens zur Ziegelherstellung auf dem Rögnersberg Richtung Seidmannsdorf. Beide Inhaber mussten im Gegenzug an das Amt Sonnefeld jährlich drei Gulden Erbzins und zwei Gulden ordentliche Steuer zahlen. Offensichtlich war dieses Geschäft nicht einträglich, da bereits 1728 die Ziegelhütte in Konkurs ging. Sie wurde danach von der Familie Schlag alleine betrieben. Der wirtschaftliche Erfolg stellte sich wohl auch in der Folgezeit nicht ein, sodass die Ziegelhütte noch vor dem Ende des 18. Jahrhunderts ihren Betrieb einstellte.<sup>80</sup> Die Bezeichnung „Ziegelhütte“ wurde dennoch prägend für die gesamte Ortschaft. Auch das Dorfgasthaus trug diesen Namen.<sup>81</sup>



Abb. 6: Ortsansicht von Löbelstein mit Bildnis des Gasthofes „Ziegelhütte“, um 1900.

Die Ursprünge des Gasthauses gehen auf das Jahr 1736 zurück. Damals erhielt Daniel Strobel von Herzog Ernst Friedrich II. von Sachsen-Hildburghausen (1707-1745) die Erlaubnis, in Löbelstein Bier und Wein auszuschenken. Die Schankstätte befand sich gegenüber der Ziegelhütte auf dem heutigen Grundstück Löbelsteiner Straße Nr. 25. Die Lokalität besaß im 19. Jahrhundert einen Biergarten nebst Kegelbahn und Tanzsaal. 1898 kam ein zweiter größerer Saal hinzu. Als gesellschaftlicher Mittelpunkt des Dorfes bestand die Wirtschaft bis 1963.<sup>82</sup> Neben dem Gasthaus „Ziegelhütte“ existierte seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts

<sup>80</sup> StACo, LA M 143, fol. 135, Ziegelhütte in Löbelstein, 1702. In den Chroniken von Faber und Dotzauer 1792/93 wird die Ziegelhütte nicht mehr erwähnt.

<sup>81</sup> Auch gibt es in Löbelstein einen Ziegelhüttenweg, der an die Produktionsstätte erinnert. Vgl. EBERLEIN, Straßennamen (wie Anm. 24), S. 142.

<sup>82</sup> StACo, LA M 143, fol. 140 f., Gasthaus in Löbelstein; StACo, LA M 831, S. 21, Steueranschlag Haus Nr. 6, 1868; StadtACo, B 599-24, Bau eines Saales, 1898; StadtACo, A 20.451, Bauakte Löbelsteiner Straße Nr. 25.



noch ein zweites Lokal. Spätestens seit 1882 betrieb dort der Landwirt Johann Carl Schlag in seinem Wohnhaus am Klausberg (Nr. 1) eine Restauration. Die Lokalität besaß auch einen Biergarten und ab 1903 eine Kegelbahn. Nachdem die Familie Schlag 1915 mit ihrer Gastwirtschaft in Konkurs ging, übernahm der Gastronom Gustav Hohenstein die Wirtschaft. Unter seinem Namen firmierte das Lokal bis zu dessen Schließung im Jahr 1970.<sup>83</sup> Die beiden Löbelsteiner Gaststätten waren bei der Coburger Stadtbevölkerung als Ausflugslokale sehr beliebt. Die Nähe zu den städtischen Naherholungsgebieten am Eckardtsberg und am Herzogsweg bot für die Wirte die Möglichkeit, weitere Stammgäste unter den bürgerlichen Spaziergängern der Vestestadt zu gewinnen.

### 3.4 Kirche, Schule und Justizwesen

Ausschlaggebend für die kirchliche, schulische und gerichtliche Zugehörigkeit Löbelsteins war die Entstehung des Ortes auf der Seidmannsdorfer Flur. Damit einher ging eine strukturelle Verbundenheit beider Dörfer. So gehörte Löbelstein seit seiner Gründung zur Pfarrei und zum Schulsprengel von Seidmannsdorf.<sup>84</sup> Die Blut- und Hochgerichtsbarkeit lag bis 1801 beim Zentgericht in Neustadt bei Coburg, danach beim Coburger Justizamt. Umstritten war jedoch die Niedergerichtsbarkeit zwischen den Ämtern Coburg und Sonnefeld. Dabei ging es um eine territoriale Auseinandersetzung zwischen den Fürstentümern Hildburghausen und Coburg im Rahmen des nach 1699 ausgebrochenen Erbfolgestreits unter den einzelnen ernestinisch-wettinischen Linien. Schließlich konnte Hildburghausen und damit das Amt Sonnefeld den Konflikt 1746 für sich entscheiden.<sup>85</sup> Die Niedergerichtsbarkeit übte das Amt und in dessen Nachfolge das Justizamt Sonnefeld bis 1837 aus. Danach ging die Rechtsprechung an das Justizamt Coburg über. 1879 erfolgte auch hier die Einführung der heutigen Gerichtsorganisation.

### 3.5 Vereinsleben und Feuerlöschwesen

Das Vereinsleben prägte sich als Institution ab 1884 nur schleppend aus. Damals konstituierte sich ein Gesangsverein. 1896 kam mit dem Militärverein „Concordia“ eine zweite Organisation hinzu. Insgesamt gab es aber nur wenige Vereinsgründungen. Auch lösten sich diese nach wenigen Jahren wieder auf. Nach dem Zweiten Weltkrieg lässt sich nur noch ein kurzlebiger Kleintierzuchtverein, ein Kegelclub und eine Trachtengruppe nachweisen.<sup>86</sup>

Die Basis für das moderne Feuerlöschwesen in Löbelstein wurde mit der Einführung der Allgemeinen Feuerordnung im Jahr 1834 geschaffen. Organisatorisch gehörte das Dorf seit 1839 zum siebten Feuerwehrverein („Concurrenz“) im Amtsbezirk Coburg. Der Ort verfügte

---

<sup>83</sup> StACo, LRA Co 14.760, Gemeindevisitation vom 29.9.1958; StadtACo, B 599-36, Bau einer Kegelbahn, 1903; Coburger Zeitung vom 16.9.1882; Regierungsblatt für das Herzogtum Coburg vom 2.6.1915; BÜRGERVEREIN, 25 Jahre (wie Anm. 26), S. 31.

<sup>84</sup> Zur Geschichte von Pfarrei und Schule siehe den Beitrag über Seidmannsdorf.

<sup>85</sup> StACo, LReg 2099, Jurisdiktionseingriffe, 1739-46. Zur gerichtlichen Zugehörigkeit von Löbelstein siehe den Beitrag über Seidmannsdorf. Auslöser dieses Konflikts war die Aufforderung des Amtes Coburg an den Löbelsteiner Gastwirt Daniel Strobel, Executions-Gebühren, in Form einer gerichtlichen Pfändung zu zahlen.

<sup>86</sup> StACo, LRA Co 812, Gründung des Gesangsvereins, 1884; StACo, LRA Co 813, Statut des Militärvereins „Concordia“, 1896; Adressbuch von 1955 (wie Anm. 48), S. 70; FFW LÖBELSTEIN, Festschrift (wie Anm. 22), S. 70.

damals über einen Feuerhaken und eine Leiter. In dieser „Pflicht“-Feuerwehr taten elf Männer ihren Dienst, davon vier an den Feuerhaken und an der Leiter, drei in der Menschenrettung und vier als Feuerboten.<sup>87</sup> Diese strukturelle Aufbau bestand bis 1874, als Löbelstein und Seidmannsdorf eine gemeinsame Freiwillige Feuerwehr ins Leben riefen. Von der 23 Mann starken Truppe kamen vier aus Löbelstein. An Löschmittel erhielt der Ort eine Butzenspritze.<sup>88</sup> Die Einheit der Feuerwehrleute bekam jedoch mit den Jahren Risse. 1920 beabsichtigten die Löbelsteiner, eine eigene Gruppe innerhalb des Verbandes zu gründen. Dies wurde damals noch abgelehnt. Doch langfristig konnte man sich diesen Wunsch nicht entziehen. So konstituierte sich Anfang der 1950er-Jahre eine solche Gruppe, der rd. 20 Feuerwehrmänner angehörten. Darauf basierend entstand eine eigene Löbelsteiner Feuerwehrtruppe, die sich ab 1957 selbst verwaltete und eigene Übungen festlegte. 1961 gelang mit dem Kauf einer Motorspritze der erste Schritt hin zu einer Motorisierung der Löschgeräte. Die weitere Modernisierung scheiterte aber an den internen Strukturen der gemeinsamen Feuerwehrorganisation. Dies beförderte weitere Spaltungstendenzen, in dessen Folge sich sämtliche Seidmannsdorfer Feuerwehrleute sich von der Truppe abmeldeten. Ab 1973 bestand die Feuerwehr nur noch aus Löbelsteiner Männern. Als Konsequenz daraus erfolgte 1976 die Auflösung der bisherigen Feuerwehrorganisation und die Gründung der Freiwilligen Feuerwehr Löbelstein.<sup>89</sup> Damit einher ging die weitere Modernisierung, welche von den Feuerwehrleuten so lange gefordert wurde. Priorität besaß dabei der Bau einer eigenen Unterkunft für Gerätschaften und Versammlungen. Zunächst musste die Feuerwehr aber das Seidmannsdorfer Gerätehaus nutzen. Erst 1988 erhielt sie ein eigenes Gebäude unterhalb des Flugplatzes Brandensteinebene. Ein Jahr später konstituierte sich auch ein eigener Feuerwehrverein.<sup>90</sup> Problematisch gestaltete sich seit jeher die Löschwasserversorgung, da in Löbelstein wegen seiner Berglage Wasserknappheit herrschte. Bereits 1869 gab es erste Bestrebungen, dieses Problem zu lösen. 1958 besaß der Ort lediglich ein aus dem Jahr 1882 stammendes Löschwasserbassin, welches vom Gemeindebrunnen gespeist wurde. 1913 erfolgte eine Vergrößerung des Bassins auf ein Fassungsvermögen von 40 Kubikmeter, was jedoch bald nicht mehr ausreichte, um den Feuerenschutz im Ort zu gewährleisten. Es sollte über 120 Jahre dauern, bis durch den Bau eines neuen Löschwasserbehälters im Jahr 1995 die Versorgung im Brandfall gewährleistet werden konnte.<sup>91</sup> Heute ist die Freiwillige Feuerwehr Löbelstein als Vorortfeuerwehr in Flugplatznähe ein wichtiger Bestandteil des Coburger Brandschutzwesens.

### 3.6 Infrastruktureller Aufbau

Ein erster Schritt hin zum Aufbau einer technischen Infrastruktur in Löbelstein war die Elektrifizierung des Ortes. Das Dorf profitierte dabei von der städtischen Stromleitung von Coburg

<sup>87</sup> SCHOLZ, Verordnungen (wie Anm. 51), S. 74.

<sup>88</sup> StACo, LRA Co 3397, Feuerlöschwesen in Seidmannsdorf; FFW LÖBELSTEIN, Festschrift (wie Anm. 22), S. 24.

<sup>89</sup> StACo, LRA Co 14.760, Gemeindevisitation vom 29.9.1958; FFW LÖBELSTEIN, Festschrift (wie Anm. 22), S. 28, 31 ff.; Neue Presse Coburg vom 26.1.1962.

<sup>90</sup> FFW LÖBELSTEIN, Festschrift (wie Anm. 22), S. 33 ff., 40.

<sup>91</sup> Die Problematik wird ausführlich bei FFW LÖBELSTEIN, Festschrift (wie Anm. 22), S. 35-39 beschrieben. Vgl. auch StACo, LRA Co 3397, Feuerlöschwesen; StACo, LRA Co 14.760, Gemeindevisitation vom 29.9.1958.

über Seidmannsdorf nach Rögen, die 1911 fertiggestellt wurde. Im Dezember 1912 beantragte die Gemeinde Seidmannsdorf beim Landratsamt den Bau einer elektrischen Starkstromanlage bzw. einer Niederspannungsfreileitung nach Löbelstein. Zu dieser Zeit hatten sich bereits drei Bewohner um einen elektrischen Anschluss bemüht. Die Arbeiten an dem Projekt waren nach kurzer Zeit im Jahr 1913 abgeschlossen.<sup>92</sup> Einen Gasanschluss erhielt der Ort 1955 vom Ferngaswerk in Neustadt bei Coburg.<sup>93</sup>



*Abb. 7: Die Dorfstraße, Höhe Abzweig am Klausberg, um 1935.*

Weitere Maßnahmen blieben zunächst aus. Vor allem die Wasserversorgung wurde zunehmend ein Problem. 1934 erhielt lediglich Seidmannsdorf ein modernes Trinkwassernetz, ein Weiterbau nach Löbelstein unterblieb. In der Folge wuchs von Seiten der Dorfbewohner die Forderung nach einem Trinkwasseranschluss. Er trat erstmalig auf einer Bürgerversammlung im Februar 1957 öffentlich zu Tage. Die Idee war dabei, Löbelstein direkt von Coburg aus zu versorgen. Als Vorbild dienten dabei die in jener Zeit neuerbauten Wohnhäuser, die bereits über eine Stichleitung vom Hochbehälter am Eckardtsberg mit Trinkwasser versorgt wurden. Die älteren Häuser des Dorfes nutzten noch ihre Hausbrunnen zur Wasserversorgung. Für Löbelstein war ein Anschluss an das Coburger Trinkwassernetz deshalb von Vorteil, da eine Grundwassererschließung aufgrund der Lage des Ortes an einem Berghang sehr kostspielig und schwierig gewesen wäre. Auch standen keine Erschließungsflächen zur Verfügung. Auf Anregung der Bürgerversammlung beantragte schließlich die Gemeinde Seidmannsdorf beim Bayerischen Landesamt für Wasserversorgung und Gewässerschutz einen vorläufigen Bauentwurf, den das Wasserwirtschaftsamt Bamberg bearbeitete.<sup>94</sup> Die Behörde empfahl erstens den Anschluss an das Coburger Trinkwassernetz und zweitens die Gründung eines Zweckverbandes. Letzterer sei nötig, da zusätzlich in Rögen und Lützelbuch ein Wassermangel herrsche und die beiden Dörfer deshalb auch an das städtische Leitungsnetz angeschlossen werden

<sup>92</sup> StACo, LRA Co 7535, Die Herstellung von elektrischen Lichtkraftanlagen in Löbelstein, 1912; StadtACo, A 8305, Landratsamt an Gemeinde Seidmannsdorf, Coburg, 12.12.1912; Regierungs-Blatt für das Herzogtum Coburg vom 18.9.1912, S. 395.

<sup>93</sup> Coburger Tageblatt vom 29.3.1955.

<sup>94</sup> StACo, LRA Co 14.760, Die Wasserversorgung in Löbelstein.

müssten. Deshalb wäre gegenüber den Städtischen Werken in Coburg ein gemeinsames Auftreten aller betroffenen Gemeinden nötig.<sup>95</sup> Dem folgend gründeten die Gemeinden 1963 einen Wasserzweckverband. Dessen Ziel war es u. a., für Löbelstein eine Wasserversorgungsanlage zu errichten. Dadurch gelang es auch, die damit verbundenen hohen Kosten und Leistungen auf mehrere Gemeinden aufzuteilen. Aus diesem Grund wurden auch anderswo derartige Zweckverbände gegründet. Nachdem die notwendigen Fördermittel bereitstanden, konnte das Trinkwasserleitung 1968 fertiggestellt werden. Der Wasserzweckverband übernahm den Betrieb der Versorgungsanlage.<sup>96</sup> In jenen Jahren wurden auch erste Schritte zum Bau einer Kanalisation unternommen. 1969 erhielt der Ort einen Abwasserkanal für Oberflächenwasser, sechs Jahre später einen für Fäkalien. Zuvor mussten sämtliche Abwässer durch Straßengräben abgeleitet werden. Die Instandhaltung und Reinigung der Gräben oblag den Straßenanliegern, die aber dieser Aufgabe kaum nachkamen.<sup>97</sup>

Aufgrund der schlechten Straßenverhältnisse und der geografischen Lage des Ortes blieb Löbelstein lange Jahre vom öffentlichen Nahverkehr abgeschnitten. Erst nach der Eingemeindung 1972 wurde eine provisorische Stadtbusverbindung hergestellt. Sie führte bis zum Wendepplatz Pilgramsroth / Eckardtsberg. Eine zweite Linie erreichte den Ort über den Festungsberg und die Brandensteinsebene. Die direkte Anfahrt des Dorfes war erst nach dem Ausbau der Ortsdurchfahrt ab 1997 möglich. Seitdem existieren im Ort zwei Haltestellen (Löbelsteiner Straße und Löbelstein-Mitte), die gegenwärtig (2022) 15-mal am Tag von Coburg aus angefahren werden.<sup>98</sup>

Einen Zugang den modernen Kommunikationsmöglichkeiten erhielt Löbelstein im Jahr 1912. Damals wurde aus Richtung Rögen eine oberirdische Telegrafentelefonleitung in den Ort verlegt. Die Telegrafentelefonstation befand sich im Gasthaus „Ziegelhütte“. Mit der Einrichtung dieser Stelle war aber keine Inbetriebnahme eines Postamtes oder einer Posthilfsstelle verbunden. Hier mussten die Bewohner die vorhandenen Stellen in Coburg oder Seidmannsdorf aufsuchen. 1924 wandelte die Reichspost diese Telegrafentelefonhilfsstelle in eine gemeindliche öffentliche Sprechstelle um. Damit erhielt das Dorf auch den ersten Telefonanschluss.<sup>99</sup> Bei dieser einzigen Sprechmöglichkeit blieb es bis weit in die 1950er-Jahre hinein. Erst danach kamen weitere Anschlüsse in verschiedenen Privathäusern dazu, sodass ein flächendeckendes Telefonnetz aufgebaut werden konnte.

---

<sup>95</sup> StACo, LRA Co 16.086, Landratsamt an Städtische Werke, Coburg, 29.1.1964; StACo, LRA Co 14.743, Protokoll der Rögener Bürgerversammlung vom 11.8.1962.

<sup>96</sup> StACo, LRA Co 16.086, Satzung des Wasserzweckverbands Lützelbuch – Rögen – Seidmannsdorf, 26.11.1963; StadtACo, U 303, Eingemeindungsvertrag mit Seidmannsdorf Fassung vom 18./29.12.1970, S. 6; FFW LÖBELSTEIN, Festschrift (wie Anm. 22), S. 63; MATTERN, Dörfer (wie Anm. 1), S. 226.

<sup>97</sup> StACo, LRA Co 14.760, Gemeindevisitation vom 29.9.1958; FFW LÖBELSTEIN, Festschrift (wie Anm. 22), S. 63.

<sup>98</sup> StadtACo, U 303, Eingemeindungsvertrag mit Seidmannsdorf Fassung vom 18./29.12.1970, S. 9; FFW LÖBELSTEIN, Festschrift (wie Anm. 22), S. 63.

<sup>99</sup> StadtACo, A 8284, Errichtung einer oberirdischen Telegrafentelefonleitung 1912/24.

Eine soziale Infrastruktur konnte dagegen in Löbelstein nicht aufgebaut werden. Dies lag vor allem im Verlust der politischen Eigenständigkeit im Jahre 1869 begründet. Es gab demnach kein Rathaus, kein Standesamt oder kulturelle und medizinische Einrichtungen. Auch das Nichtvorhandensein von Sportvereinen wirkte sich negativ auf die strukturelle Entwicklung aus. Demzufolge gab es auch keinen Bedarf für Sportanlagen- und -plätze. Ein Kinderspielplatz sollte erst nach der Eingemeindung entstehen.<sup>100</sup> Damit besaß Löbelstein eine gewisse Sonderstellung innerhalb der hier vorgestellten Ortschaften. Denn die meisten strukturellen Einrichtungen waren schon früh in den Nachbarorten angesiedelt worden. Damit nahm man in Löbelstein eine Entwicklung vorweg, die sich im 20. Jahrhundert bei eingemeindeten Dörfern oft wiederholte. Sie verharren auf den Stand vor der Eingliederung oder wurden bei Entscheidungen über den Ausbau der notwendigen Infrastruktur benachteiligt.<sup>101</sup> Ein Vergleich mit der strukturellen Entwicklung von Seidmannsdorf bestätigt diese Annahme. Der unterschiedliche Grad des strukturellen Ausbaus mag auch der Grund für die Auflösung der gemeinsamen Feuerwehr gewesen sein. Da die Stadt Coburg nach 1972 Wert darauflegte, die neuen Stadtteile gleichrangig zu behandeln, löste sich dieses Problem erst mit der Eingemeindung.

---

<sup>100</sup> StadtACo, U 303, Eingemeindungsvertrag mit Seidmannsdorf Fassung vom 18./29.12.1970, S. 10.

<sup>101</sup> MATTERN, Dörfer (wie Anm. 1), S. 224.

## 4. LÜTZELBUCH



### 4.1 Anfänge

Die Lützelbucher Flur gehörte 1056 zur Schenkung der polnischen Königin Richeza an das Erzstift Köln. Infolgedessen kam die Gegend in den Besitz des 1074 gegründeten Benediktinerklosters Saalfeld. In der schriftlichen Überlieferung des Klosters findet sich im Jahr 1314 die erste urkundliche Erwähnung des Ortes. Damals einigte sich der Coburger Patrizier Konrad Puz mit dem Saalfelder Abt und dem Propst zu Coburg über die Höhe des zu leistenden Erbzinses für gewisse Güter in Dörfles (heute Dörfles-Esbach) und Lützelbuch.<sup>102</sup>

---

<sup>102</sup> StACo, LA F 8023, fol. 107; W. HEINS, Das Copialbuch der Propstei Coburg des Benediktinerklosters Saalfeld, in: F. SCHILLING (Hrsg.), Coburg mitten im Reich. Bd. 2, Fortsetzung der Festgabe zum 900. Gedenkjahr der

Der ursprüngliche Siedlungskern lag im Bereich der heutigen Lützelbucher Straße, Knaufgasse und Gaiser Straße. Daran schloss sich Richtung Norden das Rittergut Lützelbuch an. Gen Osten begrenzte der Ketschenbach die Siedlung. Das Areal galt als hochwassergefährdet und versumpft, sodass eine Bebauung bis zum Ende der Frühen Neuzeit dort nicht möglich war. An diese Bodenverhältnisse erinnert heute der Straßename „Haaresgrund“.<sup>103</sup> Auf der anderen Seite des Ketschenbaches lagen am Herrnberg und der heutigen Oberfüllbacher Straße acht weitere Häuser, die zu Lützelbuch hinzugezählt wurden. Diese Gebäude waren über einem Damm mit der eigentlichen Siedlung verbunden.

Die Herkunft des Dorfnamens ist bis heute teilweise umstritten. Eindeutig geklärt ist der Begriff „lützel“ der im Mittelhochdeutschen für „klein“ steht. Unterschiedliche Auffassungen gibt es hingegen über die Endung „buch“. Graßmuck deutet ihn in Zusammenhang mit dem Dorf Buch am Forst (Lkr. Lichtenfels). Lützelbuch könnte demnach eine Tochttersiedlung von Buch gewesen sein. Dem widerspricht Walter Lorenz. Er verweist auf den bei Ketschendorf befindlichen Buchberg und auf die südwestlich von Seidmannsdorf gelegene Wüstung Buchelberg, die als Bezugsorte in Betracht kommen. Unabhängig von dieser Diskussion gibt es zudem die Vermutung, dass sich „buch“ auf den gleichnamigen Baum, einem kleinen Buchenwald oder auf das mittelhochdeutsche Wort „bû“ (buwe) für Hof, Besitz oder Haus beziehen könnte. Letzteres könnte auf das ehemalige Rittergut hindeuten, welches aber erst Ende des 15. Jahrhunderts urkundlich erwähnt wird.<sup>104</sup> Eine abschließende Klärung dürfte jedoch kaum möglich sein.

#### 4.2 Weitere Entwicklung des Dorfes

Zu Beginn des 17. Jahrhunderts umfasste Lützelbuch neben dem Rittergut 26 Anwesen. Die Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges (1618-48) waren hier im Vergleich zu anderen Regionen eher gering. Lediglich vier Anwesen und damit etwa 15 Prozent des Ortes wurden nach Ende des Konflikts als verwüstet bezeichnet.<sup>105</sup> Bis 1783 erholte sich Lützelbuch von diesen Kriegsfolgen. Das Dorf umfasste zu diesem Zeitpunkt wieder 27 Anwesen mit 112 Bewohnern.<sup>106</sup> Eine wesentliche Expansion erlebte der Ort erst im 19. Jahrhundert. Dies zeigt sich vor allem an der Zahl der Einwohner und der bebauten Anwesen. Bereits 1837 zählte das Dorf 235 Einwohner.<sup>107</sup> Zum Zeitpunkt der Reichsgründung (1871) lebten 315 Personen in 48 Wohnhäusern im Ort.<sup>108</sup> Die Siedlung dehnte sich dabei hauptsächlich entlang der alten

---

ersten Erwähnung der Ur-Coburg und ihres Umlandes, Kallmünz / Opf. 1961, S. 74; LORENZ, Urkundenstudien II (wie Anm. 5), S. 26.

<sup>103</sup> EBERLEIN, Straßennamen (wie Anm. 24), S. 54. Aus dem althochdeutschen Wort „horo“ lässt sich das heutige Wort Sumpf ableiten.

<sup>104</sup> LORENZ, Urkundenstudien II (wie Anm. 5), S. 26; GRAßMUCK, Ortsnamen (wie Anm. 11), S. 42; MORSBACH / TITZ, Coburg (wie Anm. 25), S. 453.

<sup>105</sup> StACo, LA M 1151, Lehenbuch des Ritterguts Lützelbuch, 1654-85; StACo, LA M 1152, Zinsregister des Ritterguts Lützelbuch, 1590-1689.

<sup>106</sup> GRUNER, Beschreibung (wie Anm. 5), S. 268.

<sup>107</sup> Adreß-Handbuch, 1837 (wie Anm. 15), S. 73.

<sup>108</sup> Ortschafts-Verzeichniß 1871 (wie Anm. 16), S. 9.

Dorfstraße (heute Lützelbucher Straße) gen Osten aus. Damit entwickelte sich Lützelbuch zu einem Straßendorf und verband so die beiden Siedlungskerne links und rechts des Ketschenbachs miteinander. Im 20. Jahrhundert setzte sich die Expansion fort. Die Einwohnerzahl stieg bis 1925 auf 371 Personen an, während sich die Zahl der Wohnhäuser auf 61 erhöhte.<sup>109</sup> Durch Vertriebene und Flüchtlinge schwoll nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Zahl der Dorfbewohner bis 1950 auf 547 an. Dies entsprach einem Zuwachs von ca. 34 Prozent. Die Anzahl der Wohnhäuser blieb bei 61.<sup>110</sup> Damit erreichte die Bevölkerungsentwicklung ihren Höhepunkt. In den folgenden Jahren sanken die Einwohnerzahlen. Waren es 1969 noch 518 Bewohner in 91 Gebäuden, so ging diese Zahl bis 1987 auf 454 und bis 2009 auf 418 Einwohner zurück.<sup>111</sup> Dagegen stieg die Anzahl der Wohnhäuser durch die Ausweisung neuer Baugebiete bspw. mit der Bebauung des Rögener Grundes ab 1976 stark an. 1987 vermeldete das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung bereits 102 Wohnhäuser.<sup>112</sup> Aufgrund der weiteren Bebauung dürfte diese Zahl heute höher liegen.

#### 4.3 Wirtschaftliche Entwicklung

Wie viele andere Orte war Lützelbuch lange landwirtschaftlich geprägt. Allerdings ließen Bodenverhältnisse und Topografie ein allzu großes Gedeihen dieses Gewerbezeiges kaum zu. Dies zeigt sich vor allem an der Größe der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe. So bestanden im 17. Jahrhundert außerhalb des Rittergutes lediglich zwei größere Bauernhöfe. Zudem gab es zwölf kleinere Bauernhöfe (Sölden), deren Betreiber sich durch einen Handwerksberuf etwas dazu verdienen mussten, um ihre Familien zu ernähren. Diese Nebenberufe sind nur vereinzelt überliefert. Dort, wo sie erwähnt werden, lässt sich ein Nebenerwerb im Textilhandwerk ausmachen. Neben diesen größeren und kleineren Gehöften erwähnen die Quellen zehn einzelne Söldenhäuser ohne dazugehörigen Hof sowie zwei kleine, nicht selbstständige Söldengüter. Eine für die Landwirtschaft notwendige Hufschmiede wird erstmals 1725 erwähnt. Sie bestand bis 1936.<sup>113</sup> In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verlor schließlich der Agrarsektor in Lützelbuch an Bedeutung. 1957 bewirtschafteten noch 13 Landwirte ihre Höfe. Sechs dieser Betriebe besaßen eine Anbaufläche von 10 bis 20 Hektar. Die restlichen sieben Bauernhöfe waren kleiner. Die Landwirte züchteten vornehmlich Frankenscheckvieh und fränkische Ziegen. Bis 1970 gaben aber viele Bauern ihren landwirtschaftlichen Betrieb und die Kleintierzucht auf. Sie verpachteten ihre Grundstücke und gingen einer gewerblichen

<sup>109</sup> LANDESAMT, Ortschaften-Verzeichnis (wie Anm. 17), Sp. 1047.

<sup>110</sup> LANDESAMT, Ortschaften-Verzeichnis 1950 (wie Anm. 18), Sp. 902.

<sup>111</sup> ZECH, Lützelbuch (wie Anm. 60), o. S.; BAYERISCHES LANDESAMT FÜR STATISTIK UND DATENVERARBEITUNG (Hrsg.), Amtliches Ortsverzeichnis für Bayern. Gebietsstand: 25. Mai 1987 (Beiträge zur Statistik Bayerns 450), München 1991, S. 287; WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT STADT COBURG (Hrsg.), Wirtschaftsraum Coburg. Daten und Fakten, Coburg 2009, S. 8.

<sup>112</sup> LANDESAMT, Ortsverzeichnis 1987 (wie Anm. 111), S. 287; BÜRGERVEREIN LÜTZELBUCH (Hrsg.), 25 Jahre Bürgerverein Lützelbuch e.V. 1972 - 1997, Coburg 1997, S. 24.

<sup>113</sup> StACo, LA M 1151, Lehenbuch des Ritterguts Lützelbuch, 1654-85; StACo, LA M 1152, Zinsregister des Ritterguts Lützelbuch, 1590-1689; StACo, LA M 114, fol. 54v-55r, Steueranschlag für Lützelbuch 1725; StACo, LA M 832, S. 105, Steueranschlag Lützelbuch, 1868; StadtACo, A 8238, Gewerberegister für Lützelbuch. Die Schmiede befand sich 1725 an der heutigen Gaiser Straße (Nr. 7). 1868 lag sie an der Lützelbucher Straße (Nr. 19).



Tätigkeit nach. So sank innerhalb von 13 Jahren die Zahl der Bauernhöfe auf sieben. Damit waren nur noch rd. 8 Prozent der Einwohner in der Landwirtschaft tätig.<sup>114</sup> Das „Höfesterben“ förderte in den folgenden Jahren den Wandel Lützelbuchs vom Bauerndorf hin zu einer Wohngemeinde. Als eine solche stellt sich der Ort gegenwärtig in der Hauptsache dar.

Neben Landwirtschaft wurde in der Lützelbucher Flur in der Frühen Neuzeit auch Weinbau betrieben. So verweist das Lehenbuch des Lützelbucher Ritterguts von 1654 auf 30 Weingärten, die sich vor allem an der Johannesleite, der Kienleite und am Eichholz befanden.<sup>115</sup> Zur Lese wurden die Dorfbewohner herangezogen. Für diesen Frondienst erhielten sie pro Arbeitstag einen Gulden und sechs Denar.<sup>116</sup> Durch die Auswirkungen der „Kleinen Eiszeit“ gingen die Erträge ab dem 17. Jahrhundert aber deutlich zurück. So erwähnt ein Steuerregister aus dem Jahr 1725 noch 13 Weingärten. Im 19. Jahrhundert fehlen sie in den Registern ganz.<sup>117</sup> Es ist daher anzunehmen, dass der Weinbau zu diesem Zeitpunkt bereits aufgegeben wurde.



Abb. 8: Ortsansicht von Lützelbuch mit Bild des Gasthofes A. Bübling (später Nowag), um 1900.

Hinweise auf das Brauen gibt es in Lützelbuch ab 1601. Damals beschwerte sich der Rat der Stadt Coburg darüber, dass die Dorfbewohner unbefugt Bier ausschenken würden. Herzog Johann Casimir (1564-1633) sollte deshalb die Lützelbucher anweisen, dies zu unterlassen. Den Bewohnern sei lediglich das Mälzen und Brauen für den Eigenbedarf gestattet. Eine

<sup>114</sup> StACo, LRA Co 14.707, Bericht des Landratsamtes, Coburg, 9.10.1957; ebd., Gemeindevisitation vom 20.11.1956; ZECH, Lützelbuch (wie Anm. 60), o. S.

<sup>115</sup> StACo, LA M 1151, Lehenbuch des Ritterguts Lützelbuch, 1654-85.

<sup>116</sup> StACo, LA M 1148, Lehenbuch des Ritterguts Lützelbuch, 1673.

<sup>117</sup> StACo, LA M 114, Steueranschlag für Lützelbuch 1725; StACo, LA M 832, Grundsteueranschlag für Lützelbuch, 1868.

Überprüfung ergab zwar, dass es im Dorf kein Wirtshaus gab, die Bauern aber ihr selbstgebrautes Bier an Auswärtige abgaben. Dies war in den Augen des Coburger Rates ein Verstoß gegen das bürgerliche Privileg des Bierausschanks. Eine Lösung des Konflikts zeichnete sich allerdings erst gegen Ende des 17. Jahrhunderts ab, als die Herzöge vermehrt auch den Dörfern die Brau- und Schankgerechtigkeit verliehen.<sup>118</sup> In Lützelbuch wird erstmals 1809 ein Wirtshaus erwähnt. Aus dieser Lokalität entwickelte sich der spätere Gasthof Nowag, der bis 2006 existierte.<sup>119</sup> Eine zweite Gaststätte kam 1817 hinzu. Dieses Lokal, aus welchem sich der heutige Landgasthof Fink entwickelte, befand sich zunächst an verschiedenen Stellen im Dorf. Erst 1873 wurde die Gaststätte an den heutigen Standort an der Lützelbacher Straße verlegt. Damals entstand auch der erste Tanzsaal des Ortes, der in den folgenden Jahrzehnten zu einem gesellschaftlichen Mittelpunkt avancierte.<sup>120</sup>

Einen Wandel erlebte das dörfliche Wirtschaftsleben in Folge der Bauernbefreiung und der Einführung der Gewerbefreiheit im Jahr 1863. Die Erwerbstätigkeit wurde dadurch individueller und vielfältiger. Neue Gewerbebetriebe entstanden damals. Davon profitierte der Ort noch im 20. Jahrhundert. Erste Gewerbeverzeichnisse aus den 1930er-Jahren geben davon Zeugnis. Damals bewegte sich die Zahl der Betriebe zwischen 12 und 17. Besonders das Korbmacherhandwerk war im Ort weit verbreitet. 1937 gingen ca. 30 Prozent der Gewerbetreibenden diesem Beruf nach. 1956 zählte das Dorf sieben Kleingewerbebetriebe und eine Anzahl von Heimarbeitern. Fabrikanlagen gab es hier nie. Rund 15 Jahre später verwies Arno Zech in seiner Ortschronik ebenfalls auf zahlreiche Betriebe, die in Lützelbuch ansässig waren. Diese Unternehmen gehörten vornehmlich dem Lebensmittelsektor (Bäckerei, Biervertrieb und Lebensmittel), dem Baugewerbe (Dachdecker, Estrichbau und Estrichbau) und der Holzverarbeitung (Schreinerei und Möbelhandlung), an.<sup>121</sup> Diese Vielfalt konnte teilweise bis in die Gegenwart erhalten werden.

#### 4.4 Rittergut und Justizwesen

Nach heutigen Erkenntnissen gehen die Ursprünge des Lützelbacher Adelssitzes auf das Spätmittelalter zurück. Dafür sprechen seine Randlage nordöstlich des Dorfkerns und die Position des ehemaligen Gutshauses auf einer kleinen Erhebung, wie sie für Weiherhäuser der damaligen Zeit üblich ist.<sup>122</sup> Im späten 15. Jahrhundert gehörte dieses Rittergut den Schenken von

<sup>118</sup> StACo, LA F 12, fol. 430-436, Rat der Stadt Coburg an Landesregierung, Coburg, 22.12.1601; ebd., fol. 449; Bericht des Schossers zu Neustadt Caspar Scherer, o. D.; H. LOTTER, Das Steuer- und Abgabewesen des Coburger Landes im Mittelalter und in den ersten Jahrhunderten der Neuzeit, Erlangen 1951, S. 70.

<sup>119</sup> Herzogl.-Sachsen-Coburg-Saalfeldisches Regierungs- und Intelligenzblatt vom 4.3.1809, Sp. 100; StACo, LA M 114, fol. 20v-21r; J. OTTO, Coburger Hotel- und Gaststättenführer, Coburg 2000, S. 33. Dieser erste Gasthof befand sich im Haus Haaresgrund Nr. 1. Später wurde er auf die andere Straßenseite, ins Haus Nr. 6 verlegt.

<sup>120</sup> StACo, Min D 4352, fol. 5, Bericht der Landesregierung, Coburg, 26.8.1817; OTTO, Gaststättenführer (wie Anm. 119), S. 57; Coburger Zeitung vom 12.4.1873.

<sup>121</sup> StACo, LRA Co 14.707, Gemeindevisitation vom 20.11.1956; A. ZECH, Lützelbuchs Dorfgeschichte, o.O., S. 9 (StadtACo, Cob. XII/33).

<sup>122</sup> MORSBACH / TITZ, Coburg (wie Anm. 25), S. 454. Bei einem Weiherhaus handelt es sich um einen kleinen, leicht befestigten Adels- oder Patriziersitz, welcher zumeist im Spätmittelalter auf einer natürlichen oder künstlichen in

Siemau. 1497 belehnte der Saalfelder Abt Georgius Thun den Ritter Albrecht von Brandenstein mit dem Adelssitz.<sup>123</sup> Dies war der Beginn der Jahrhunderte andauernden Grundherrschaft der Brandensteiner in diesem Gebiet. Albrecht besaß zunächst aber andere Pläne. Er hatte in der Coburger Moritzkirche einen Altar gestiftet, welcher der Hl. Katharina geweiht war. Nun wollte er diesen Altar mit einer Vikarie ausstatten. Der dort tätige Priester (Vikarier) sollte vier Messen pro Woche lesen und dabei für die Stifter und ihre Angehörigen beten. Für den finanziellen Unterhalt des Geistlichen kamen Albrecht und seine Frau Anna auf. 1502 stifteten sie der Vikarie ihre Einkünfte aus zehn Lützelbucher Gütern, aus der dort befindlichen Schäferei und einem Fronhof. Es handelte sich dabei um die größte Dotation dieser Art an St. Moriz. Die Stiftung sollte allerdings erst nach dem Tod des Stifterehepaares vollzogen werden. Bis dahin erhielt der Vikarier von der Familie von Brandenstein ein Jahresgehalt von 25 Gulden. Zu einer Übertragung der Erträge auf die Vikarie kam es wegen der schrittweisen Einführung der Reformation in Coburg in den 1520er-Jahren aber nicht mehr.<sup>124</sup> Insgesamt brachte diese Entwicklung den Brandensteinern mehr Vor- als Nachteile.

Schon bald konnten sie nämlich ihre politische Macht ausbauen. Das zeigte sich vor allem am Erwerb der Niedergerichtsbarkeit. Ursprünglich übte diese die Abtei Saalfeld als Grundherr aus. Für die weltliche Verwaltung des Ortes setzte das Kloster allerdings Vögte ein, die auch Recht sprachen. Die Ritter von Brandenstein dürften wie ihre Vorgänger, die Schenken von Siemau, dieses Amt innegehabt haben. Nachdem die Abtei 1526 im Zuge der Reformation säkularisiert wurde, gelang es den Ritttern, sich die Niedergerichtsbarkeit anzueignen. Damit war das Rittergut bis zur Aufhebung des Patrimonialgerichts 1818 auch Gerichtsort. Danach ging die Niedergerichtsbarkeit auf das Justizamt Coburg über.<sup>125</sup> Die Hochgerichtsbarkeit oblag seit dem Mittelalter dem sächsischen Zentgericht in Neustadt. Nach dessen Auflösung 1801 übte diese Gerichtsbarkeit das Justizamt Coburg aus.<sup>126</sup> Diese Behörde existierte bis 1879 und wurde durch die heutige Gerichtsorganisation ersetzt. Einen weiteren Zuwachs an politischer Macht erfuhren die Brandensteiner mit der Gründung des Fürstentums Coburg 1572. Sie erhielten damals das Recht, den Landtag zu besuchen, dort an der Landesherrschaft mitzuwirken und auf der Versammlung ihre Interessen vertreten zu dürfen.<sup>127</sup>

---

einem Teich erbaut wurde. Der Zugang erfolgte über eine Zugbrücke. Tatsächlich gab es hier in früherer Zeit einen Weiher, nachdem die heutige Weiherstraße benannt ist.

<sup>123</sup> StACo, LA F 1623a, fol. 47r-v, Register der fränkischen Lehen des Kurfürsten von Sachsen; E. KOCH (Hrsg.), *Das Lehenbuch des Abtes Georgius Thun zu Saalfeld 1497-1526* (Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte und Altertumskunde / Beiheft NF 5), Jena 1913, S. 103 f.

<sup>124</sup> StACo, LA E 503, fol. 12r; StadtACo, B 139, fol. 188-190; TALAZKO, Propstei (wie Anm. 5), S. 364-370. Erster Vikarier war Johannes Gegen. Nach dessen Tod 1519 übernahm der Geistliche Balthasar Düring (1466-1529) das Amt und führte in der Folge die Reformation in Coburg ein. (Vgl. R. AXMANN, *Die spätmittelalterliche Predikatur an Coburg - St. Moriz*. Balthasar Düring als ihr bedeutendster Inhaber, in: *Jahrbuch der Coburger Landesstiftung* 35 (1990), S. 295-314).

<sup>125</sup> GRUNER, *Beschreibung* (wie Anm. 5), S. 295; Adreß-Handbuch, 1837 (wie Anm. 15), S. 73.

<sup>126</sup> StACo, LA M 114, *Steueranschlag*, 1725. Zur Behördenorganisation siehe den Beitrag über Seidmannsdorf.

<sup>127</sup> StACo, LA F 8, fol. 6, Mitglieder des Coburger Landtages, 1576.



*Abb. 9: Das Rittergut mit Herrenhaus und Nebengebäuden, um 1935.*

Eine erste Beschreibung des mannlehenbaren Ritterguts stammt aus dem Jahr 1725. Das Herrenhaus wurde damals als ehemaliges „Castrum“ mit drei Stockwerken und einem Ziegeldach beschrieben. Das Hauptportal lag an der Hofseite. Rechts des Eingangs befand sich die Gesindestube, links das Gewölbe. Die oberen beiden Stockwerke dienten dem damaligen Gutsherrn Johann Casimir von Brandenstein (1662-1733) als Wohnung. Das restliche Rittergut bestand aus einem weiteren Wohngebäude für Bedienstete, drei Wagenremisen, einer Schäferei für 550 Schafe, zwei Holzlagen, einer Stallung für 30 Stück Vieh, einem Pferde- und Schweinestall sowie einem laufenden Brunnen.<sup>128</sup> Daneben gehörten allerlei Äcker und Felder zum Rittergut, woran heute Straßennamen wie „Am Herrnberg“, „Hofwiese“ und „Hofleite“ erinnern.<sup>129</sup> Die zum Rittergut gehörende Landwirtschaft wurde von einem eigenen Hofbauern betrieben.<sup>130</sup> In den 1760er-Jahren ließ Adam Siegmund von Brandenstein (1738-1804) ein neues Herrenhaus wohl in einem einfachen barocken Stil errichten.<sup>131</sup> Dieses Gebäude blieb trotz zahlreicher moderner Umbauten und Entstellungen bis heute erhalten. 1818 entschloss sich Adam Friedrich von Brandenstein (1779-1823), das 1814 in ein Allod umgewandelte Rittergut zu verkaufen. Er veräußerte es für 50.500 Gulden (fränk.) an den späteren Herzog Ernst I. von Sachsen-Coburg und Gotha (1784-1844). Der Grund für den Verkauf lag wohl in monetären Problemen, mit denen der Niederadelige schon seit Jahren zu kämpfen hatte.<sup>132</sup>

<sup>128</sup> StACo, LA M 114, Steueranschlag Lützelbuch, fol. 97-101; GRUNER, Beschreibung (wie Anm. 5), S. 58.

<sup>129</sup> EBERLEIN, Straßennamen (wie Anm. 24), S. 62.

<sup>130</sup> StACo, LA M 1148, fol. 2r, Lehenbuch des Ritterguts Lützelbuch, 1673.

<sup>131</sup> StACo, LReg 5061, fol. 13-19, Beschreibung des Ritterguts Lützelbuch, 1818.

<sup>132</sup> StACo, Lehenhof 1159 und 1160, Die Allodifikation des Ritterguts Lützelbuch, 1814; StACo, LReg 5061, fol. 7-12, Kaufvertrag vom 31.10.1818; Herzogl.-Sachsen-Coburg-Saalfeldisches Regierungs- und Intelligenzblatt vom

Für die Einwohner bedeutete der Verkauf indes die Abschaffung aller Frondienste, die sie für das Rittergeschlecht bisher geleistet hatten. Der Herzog erhielt hierfür eine Ablösungssumme von 4575 Gulden (fränk.).<sup>133</sup> Das Rittergut wandelte sich daraufhin zu einem herzoglichen Domänengut, welches ab 1821 verpachtet wurde. Die Pächter wechselten in den folgenden Jahren häufig. Hervorzuheben ist dabei das Bemühen des Ökonomen Friedrich Gottlieb Kretzschmar von Kienbusch aus Dresden, der im Herrenhaus eine Bildungsschule für junge Landwirte einrichten wollte. Die im September 1837 eröffnete Schule musste jedoch mangels Schüler nach zwei Jahren wieder schließen. 13 Jahre später betrieb der Bayreuther Kaufmann Max Schüller vorübergehend eine Zigarrenfabrik auf dem Gelände.<sup>134</sup>

Die Zerschlagung des Ritterguts hatte aber dann weniger betriebswirtschaftliche, sondern mehr volkswirtschaftliche Gründe. Im Laufe des 19. Jahrhunderts ließen sich im Zuge der Industrialisierung zahlreiche Tagelöhner und kleine Handwerker in Lützelbuch nieder, die in ärmlichen Verhältnissen leben mussten. Diese soziale Schicht bildete die Grundlage dafür, dass sich Lützelbuch bis weit in das 20. Jahrhundert hinein zu einer politischen Hochburg der Sozialdemokratischen Partei entwickelte. In vielen Fällen besaßen die Tagelöhner und Handwerker ein einfaches Tropfhaus ohne ein dazugehöriges Stück Land. Es fehlte ihnen daher die Möglichkeit, sich selbst zu versorgen. Freie Gärten und Äcker gab es in Lützelbuch nicht, und wenn ein solches Grundstück zum Kauf angeboten wurde, dann musste der Käufer eine horrende Summe dafür bezahlen. Ein Ortsbewohner berichtete später, dass fast jeder Haushalt damals nach etwas Grund und Boden verlangte. Der Lützelbucher Gemeinderat wandte sich deshalb 1867 mit einer Petition an den Coburger Landtag. Darin bat die Gemeinde um die Zerschlagung des Ritterguts. Die Äcker und Felder sollten an die bedürftigen Bewohner verkauft oder zumindest verpachtet werden. Erst nach wiederholten Bitten der Gemeinde entschloss sich Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg und Gotha (1818-1893) im Jahr 1872 zur Zerschlagung des Ritterguts. Mit dieser „volkswirtschaftlichen Wohltat“ wurden die Probleme beseitigt. Große Teile des Domänenbesitzes gingen bis 1877 in das Eigentum bedürftiger Dorfbewohner über. Die günstigen Verstrichsbedingungen förderten das Kaufinteresse zusätzlich. Es wurden Kredite mit einer Laufzeit von 25 Jahren angeboten. Raten mussten vierteljährig gezahlt werden. Der Höhe der Raten richtete sich nach dem Kaufpreis und der Höhe der erhobenen Zinsen. Im Domänenbesitz verblieben der Gutshof mit dem Herrenhaus und ein Areal von ca. sieben Hektar.<sup>135</sup>

---

9.9.1815, Sp. 483. Die dortige Nachricht erwähnt, dass sich das brandensteinische Vermögen unter der Verwaltung eines Gerichtsadministrators befand.

<sup>133</sup> ZECH, Lützelbuch (wie Anm. 60), o. S.

<sup>134</sup> Herzogl.-Sachsen-Coburg-Saalfeldisches Regierungs- und Intelligenzblatt vom 9.6.1821, Sp. 287; StACo, LReg 5293, Verpachtung der Domäne Lützelbuch 1821/22; StACo, K-Archiv 405 und 406, Verpachtung an Kretzschmar von Kienbusch, 1836-39; F. MAHNKE, Schlösser und Burgen im Umkreis der Fränkischen Krone, Coburg 1974, S. 69. Eine ausführliche Beschreibung der Bildungsschule für junge Landwirte findet sich im Herzogl.-Sachsen-Coburgisches Regierungs- und Intelligenzblatt vom 2.9.1837, Sp. 559 ff.

<sup>135</sup> StACo, Min E 1306 bis 1308, Verkauf des Domänenguts Lützelbuch; Coburger Zeitung vom 8./12.2.1867 und 2.4.1872; ZECH, Dorfgeschichte (wie Anm. 121), S. 7.

## 4.5 Das Landarmenhaus / Altersheim

Dort errichtete das Herzogtum ein Landarmenhaus, welches am 1. August 1873 eröffnet wurde. Dies geschah auf Grundlage des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870. Darin wurde die Verpflichtung zur Unterstützung armer Mitbürger festgeschrieben. Infolgedessen gründeten sich flächendeckend Ortsarmenverbände, welche die Unterstützung in den einzelnen Dörfern und Städten gewährleisteten. Um die Kommunen von diesen Kosten zu entlasten, schuf man im Herzogtum Coburg einen Landesarmenverband, dessen Zuständigkeitsbereich sich über das gesamte Territorium erstreckte. Damit wurde die Armenunterstützung in hiesiger Region zentral organisiert. Um den gesetzlichen Auflagen zu entsprechen, benötigte man im Herzogtum ein zentrales Landarmenhaus. Die Auflösung des Ritterguts Lützelbuch bot daher die Möglichkeit, in den Räumen des früheren Herrenhauses eine solche Anstalt einzurichten.<sup>136</sup>

Die Leitung der Einrichtung oblag einem sogenannten „Hausmeister“, dem zugleich die Führung der Armenhauskasse anvertraut wurde. Die Aufsicht über diese Anstalt nahm das Landratsamt wahr. Ein Beamter kontrollierte etwa alle 14 Tage die Zustände im Armenhaus, untersuchte Beschwerden und verhing gegen aufsässige Pfleglinge Ordnungsstrafen. Im Extremfall konnte dies einen mehrtägigen Arrest bedeuten. Die Einweisungen in das Landarmenhaus nahm hingegen das Staatsministerium in Coburg vor. Insgesamt standen 50 Plätze für Bedürftige (27 Männer und 23 Frauen) zur Verfügung. Die Insassen genossen eine kostenlose Verpflegung und erhielten eine ärztliche Betreuung. Die Anstalt war allerdings zumeist nicht voll belegt. Soweit die Pfleglinge noch voll arbeitsfähig waren, wurden sie auf den Bauernhöfen der Umgebung als Hilfskräfte eingesetzt. Die anderen Bewohner konnten zum Tütenkleben, Strohflechten, Waschen, Stricken, Melken, Holzmachen sowie zu Schusterarbeiten herangezogen werden. Die Bedürftigen mussten sich zudem an eine strenge Hausordnung halten. Dazu gehörte, dass nur für einen zeitlich eng begrenzten Zeitraum Urlaub möglich war.<sup>137</sup>

Das Landarmenhaus erfüllte die Funktion eines Alten- und Pflegeheims sowie einer Einrichtung für körperlich und geistig Behinderte. 1880 kam eine Siechenabteilung dazu. Daneben gab es, wie bei solchen karikativen Einrichtungen üblich, einen eigenen Agrarbetrieb, in welchem die Pfleglinge in einem unterschiedlichen Maße tätig waren. Die Landwirtschaft diente zudem der Selbstversorgung der Anstalt. Der Betrieb bestand bis 1964.<sup>138</sup>

---

<sup>136</sup> StACo, Min D 2111-2113, Einrichtung eines Landarmenhauses, 1873; R. HAMBRECHT, Die Festtafel des Armenhäuslers, in: Blätter zur Geschichte des Coburger Landes 20 (1991), S. 98-101.

<sup>137</sup> Ebd.; StACo, Min D 2114, Hausordnung und sonstige Instruktionen; StACo, Min D 2139, Übertragung der Inspektorenstelle an div. Landratsamtsassessoren (1874-83); StACo, Min D 2136, Besorgung der Geschäfte eines Chirurgen. Über die Aufnahmen ins Landarmenhaus berichten zahlreiche Unterlagen des Staatsministeriums (StACo, Min D 2118-2128) im Zeitraum zwischen 1873 und 1920.

<sup>138</sup> StACo, Landtag 954; HAMBRECHT, Festtafel (wie Anm. 136), S. 98-101; MAHNKE, Burgen und Schlösser (wie Anm. 134), S. 69; Coburger Tageblatt vom 31.1.1973.



*Abb. 10: Blick vom Friedhof auf das Laurentiushaus (Bildmitte), der Heimkapelle (rechts daneben) und dem 1932 errichteten „Oberes Haus“ (links), um 1938.*

Das Landarmenhaus blieb nach dem Anschluss Coburgs an den Freistaat Bayern im Jahr 1920 bestehen. Zuvor hatte der bayerische Staat den Bestand der Coburger Wohlfahrtseinrichtungen garantiert.<sup>139</sup> Allerdings fühlte sich der Freistaat für das Landarmenhaus nicht wirklich zuständig und trat deshalb im Jahre 1922 die Verantwortung für die Einrichtung an den Landkreis Coburg ab. Dieser wollte zunächst einen Zweckverband zur Rettung des Hauses gründen. Schließlich ergaben sich mit Unterstützung der Regierung von Oberfranken Verhandlungen mit der Diakonissenanstalt Neuendettelsau, die bereit war, die Leitung des Hauses zu übernehmen. Die Gespräche wurden Anfang 1923 erfolgreich abgeschlossen. Die Diakonissen führten das Landarmenhaus als Alten- und Pflegeheim für alte und gebrechliche Menschen weiter. Sie gingen sogleich daran, das Heim zu modernisieren, das Haus um einen zweigeschossigen Anbau mit Küche und Zimmern zu erweitern (1925) und ein vorhandenes Hofgebäude aufzustocken (1926). Schließlich errichteten sie 1932 mit dem „Oberes Haus“ eine weitere Pflegeeinrichtung für ältere Ehepaare. Das Altenheim erhielt zudem den Namen „Laurentiushaus“.<sup>140</sup> Die Beziehung zwischen dem Heim und dem Ort entwickelten sich in den folgenden Jahren sehr positiv. Einen großen Anteil daran hatte der Lützelbacher Oberlehrer Ernst Leipold, der mit seinen Schulkindern Feste und Vortragsabende für die Senioren gestaltete sowie als Organist an den Heimgottesdiensten mitwirkte. Erst nachdem die Dorfschule

<sup>139</sup> StACo, Urk LA F 570, Schlussprotokoll zum Staatsvertrag vom 14.2.1920, abgedr. in: WOLZ / BOSECKERT, Anschluss Coburgs (wie Anm. 45), S. 103 ff.

<sup>140</sup> Coburger Zeitung vom 30.5.1922 und vom 3.5.1923; MORSBACH / TTIZ, Stadt Coburg (wie Anm. 25), S. 454; H. GREVE, Die Diakonissen von Lützelbuch, in: Lesebuch Digitales Stadtgedächtnis Bd. 2, Coburg 2010, S. 26.

1968 aufgelöst und die Einrichtung 1963 kurzzeitig in ein Seniorenheim für Frauen umgewandelt wurde, gingen die Kontakte zurück. Was blieb, waren die Auftritte des Gesangsvereins Lützelbuch und weiterer Vereine im Heim, welche bei den Bewohnern große Freude auslösten.<sup>141</sup> Gerade solche Verbindungen zeigen, dass das Altenheim in der Dorfgemeinschaft völlig integriert war. Bis 1973 betreuten insgesamt 98 Schwestern 1350 Personen, die in der Einrichtung untergebracht waren. Die Diakonissen gaben jedoch 1983 die Leitung des Hauses auf. Seither wird das Laurentiushaus von externen Heimleitern geführt. Anstatt den Schwestern übernahm geschultes Pflegepersonal die Betreuung der Senioren.<sup>142</sup> Zwischen 1986 und 2001 wurde das Altersheim nochmals ausgebaut, modernisiert und die alte Bausubstanz mit Ausnahme des früheren Herrenhauses abgerissen.<sup>143</sup> Damit steht gegenwärtig eine moderne Pflegeeinrichtung mit 37 Einzel- und 25 Doppelzimmer vor uns, die ihren Dienst an den Heimbewohnern verrichtet.

#### 4.6 Kirche und Schule

Es kann angenommen werden, dass für die Seelsorge zunächst die Mönche der Benediktinerabtei Saalfeld bzw. ihrer Propstei in Coburg die Verantwortung trugen.<sup>144</sup> Mit der Auflösung von Kloster und Propstei im Laufe der Reformation kam der Ort an die im Entstehen begriffene Pfarrei Seidmannsdorf. Das gesamte kirchliche Leben Lützelbuchs spielte sich damit im Nachbardorf ab. Dort lagen die zentrale Kirche und der Friedhof. Auch die Brandensteiner besaßen dort ihre Grablege. An diese noch heute bestehende kirchenorganisatorische Bindung erinnert der „Alte Kirchweg“, den die Bewohner in früheren Zeiten zum Kirchgang nutzten.<sup>145</sup> In Lützelbuch wurden erst mit der Eröffnung des Landarmenhauses (1873) Gottesdienste gefeiert. Diese waren jedoch in erster Linie für die Heimbewohner gedacht und fanden innerhalb des Hauses statt. 1936 ließen die Diakonissen auf dem Gelände eine eigene Heimkapelle bauen. Den Auftrag hierfür erhielt der Coburger Architekt Max von Berg.<sup>146</sup> Die Kirche wird noch heute für kleinere Gottesdienste und Trauerandachten genutzt. Schon seit 1916 existierte ein Friedhof, der für die Heimbewohner angelegt wurde.<sup>147</sup>

Auch schulorganisatorisch orientierte sich Lützelbuch jahrhundertlang nach Seidmannsdorf. Nachdem aber im 19. Jahrhundert die Einwohnerzahlen rasant gestiegen waren, reichten die Plätze im Seidmannsdorfer Schulhaus nicht mehr aus. Die Gemeinden Lützelbuch und Rögen entschlossen sich daher, auf Grundlage des Volksschulgesetzes für das Herzogtum Coburg vom 27. Oktober 1874 eine eigene Schule zu eröffnen. Zu diesem Zweck erwarben sie im Jahr 1883 ein Wohnhaus an der Gaiser Straße (Nr. 14), das sogleich umgebaut und mit einem 63

---

<sup>141</sup> Coburger Tageblatt vom 31.1.1973.

<sup>142</sup> GREVE, Diakonissen (wie Anm. 140), S. 27; Neue Presse Coburg vom 3.2.1973.

<sup>143</sup> MORSBACH / TITZ, Stadt Coburg (wie Anm. 25), S. 454; BÜRGERVEREIN, 25 Jahre (wie Anm. 112), S. 35.

<sup>144</sup> Vgl. LORENZ, Urkundenstudien I (wie Anm. 5), S. 325. Siehe auch den Beitrag über die Kirche zu Seidmannsdorf.

<sup>145</sup> MORSBACH / TITZ, Stadt Coburg (wie Anm. 25), S. 479; EBERLEIN, Straßennamen (wie Anm. 24), S. 12.

<sup>146</sup> StACo, Min D 2138, Gottesdienst im Landarmenhaus; MORSBACH / TITZ, Stadt Coburg (wie Anm. 25), S. 454.

<sup>147</sup> StACo, Min D 2148, Benutzung des Friedhofs Seidmannsdorf.



Quadratmeter großen Lehrsaal versehen wurde. Die feierliche Einweihung der neuen Institution fand schließlich am 15. Mai 1884 statt. Den Schuldienst versah ein Lehrer, der die Verantwortung für 84 Schüler in einer einjährigen Klasse trug. 1920 konnte für acht Jahre eine zweite Schulstelle geschaffen werden.



*Abb. 11: Die ehemalige Schule, 2009.*

Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte aufgrund des Zuzugs von Vertriebenen und Flüchtlingen die Einführung einer zweiten Jahrgangsstufe. Die beiden Stufen teilten sich damit einen Klassenraum. Dieser musste in diesen Jahren um die 50 Schüler aufnehmen. Die damit einhergehenden Platzprobleme waren typisch für die Situation der Dorfschulen nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Schulverband Lützelbuch-Rögen plante daher ab 1956 eine Erweiterung der bisherigen Räumlichkeiten. Zur Diskussion standen der Anbau eines weiteren Klassenzimmers oder die Errichtung eines neuen Schulgebäudes, der auch von der Schulgemeinde in Seidmannsdorf genutzt werden sollte. Damit wollte der Schulverband den finanziellen Aufwand einer solchen Maßnahme auf viele Gemeinden verteilen. Seidmannsdorf zögerte aber, dem Vorhaben beizutreten. Zum einen besaß die Gemeinde nur wenige finanzielle Mittel, sodass eine monetäre Beteiligung an diesem Projekt einen ungeheuren Kraftakt darstellte. Zum anderen gab es Widerstand aus Löbelstein. Die Eltern dort waren über die Schulgehörigkeit des Dorfes tief gespalten. Die eine Hälfte wollte ihre Kinder wegen des besseren Verkehrsanschlusses nach Coburg zur Schule schicken. Die andere Hälfte trug das Bauprojekt mit. Unabhängig davon einigten sich die drei Gemeinden im Jahr 1963 auf einen Bauplatz für die geplante dreiklassige Volksschule. Sie sollte oberhalb der Haaresquelle zwischen Lützelbuch und Seidmannsdorf errichtet werden. Finanzielle Gründe führten aber zur Verschiebung des Baubeginns auf die Zeit nach 1965. Die Lützelbacher trieben bis dahin die Idee eines Schulneubaus massiv voran. Notfalls wollte die Gemeinde das Schulhaus in Eigenregie errich-

ten. Auch verhandelte man mit anderen Kommunen über die Gründung eines Schulzweckverbandes. Doch diese Gespräche mit den Gemeinden Oberfüllbach, Rohrbach und Creidlitz scheiterten. Insgesamt reichten aber die finanziellen Mittel auch nach 1965 nicht aus, um das Projekt realisieren zu können. Das Projekt wurde daher 1967 nicht weiterverfolgt. Stattdessen entschieden sich die Gemeinden, nach Rücksprache mit den Eltern, die Schulen in Lützelbuch und Seidmannsdorf aufzulösen. Die grundschulpflichtigen Kinder (insgesamt 63) gingen deshalb ab dem Schuljahr 1968/69 in die Coburger Schulen. Rückwirkend wurde diese Entscheidung als erster Schritt zu einer Eingemeindung in die Vestestadt gesehen. Damit einher ging aber der Verlust einer alten Tradition. Jährlich fand in Lützelbuch und anderen Schulorten ein Kinderfest zu Ehren des Hl. Gregorius statt, an dem alle Schulkinder teilnahmen. Mit der Auflösung der Schule wurde dieses Fest nicht mehr abgehalten.<sup>148</sup>

#### 4.7 Vereinsleben und Feuerlöschwesen

18 Jahre nach der Inkraftsetzung des Coburger Staatsgrundgesetzes (1852), welches das freie Vereinswesen im Herzogtum garantierte, kam es in Lützelbuch zur Gründung solcher Institutionen. 1870 konstituierte sich ein Leseverein, dessen Ziel es war, gute Literatur zu verbreiten, zur gesellschaftlichen Erholung beizutragen und Kultur und Geselligkeit zu pflegen. Doch schon bald stand das Singen im Mittelpunkt des Vereinslebens, sodass sich mit der Zeit aus dem Leseverein der heutige Gesangverein Lützelbuch entwickelte. Dem ging die Steigerung der Mitgliederzahlen einher. Während der Verein 1884 nur 26 Mitglieder verzeichnete, stieg diese Zahl bis 1895 auf 59 an. 1956 zählten die organisierten Sänger 50 Mitglieder.<sup>149</sup>

Das große Interesse am Vereinsleben spiegelt sich auch in weiteren Gründungen wider. So kamen in den folgenden Jahren weitere Vereine hinzu, so ein Sparverein (1873), ein Musikverein (1876) ein Militär- und Kameradschaftsverein (1882) sowie ein Rauchkollegium (1896). All diese Institutionen bestehen heute nicht mehr.<sup>150</sup> Unter den genannten Vereinen ist besonders der Sparverein hervorzuheben. Dieser übte die Funktion eines Mikrofinanzinstituts aus. Hier kamen Menschen zusammen, die das gemeinsame Sparen finanzieller Mittel verfolgten. Daneben spielte auch hier die Geselligkeit eine wichtige Rolle. Aus diesen Vereinen entwickelten sich im Laufe der Zeit Bank- und Kreditinstitute.

<sup>148</sup> StACo, LRA Co 14.707, Gemeindevisitation vom 20.11.1956, 14.6.1960 und 17.11.1967; StACo, LRA Co 14.760, Gemeindevisitation vom 29.9.1958 und 22.5.1965; ebd., Protokoll der Bürgerversammlung, Löbelstein, 26.3.1963; StACo, LRA Co 8406, Errichtung einer neuen Schule in Lützelbuch; StACo, LRA Co 9542 und 9543, Die Schulstellen in Lützelbuch; StACo, LRA Co 16.287, Planungen zum Neubau der Schule, 1958-66; Neue Presse Coburg vom 26.8.1963; Coburger Tageblatt vom 10.1.1964, 26.2.1968 und 20.6.1968; ZECH, Dorfgeschichte (wie Anm. 121), S. 9; MORSBACH / TITZ, Stadt Coburg (wie Anm. 25), S. 453, A. WOLZ, Das staatspolitische Wirken von Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg und Gotha, in: G. MELVILLE / A. WOLZ (Hrsg.), „Die Welt in einer unberechenbaren Entwicklung bisher ungeahnter Kräfte“. Studien zu Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg und Gotha (1818-1893) (Schriftenreihe der Historischen Gesellschaft Coburg 29), Coburg 2018, S. 28; MATTERN, Dörfer (wie Anm. 1), S. 75 f.

<sup>149</sup> StACo, LRA Co, 814; StACo, LRA Co 14.707, Gemeindevisitation vom 20.11.1956; GESANGVEREIN LÜTZELBUCH (Hrsg.), 125 Jahre Singen in Lützelbuch. 1870-1995, Coburg 1995, S. 9.

<sup>150</sup> StACo, LRA Co, 815 bis 819.

Unter den Vereinsgründungen sind noch zwei Institutionen zu nennen, welche das Dorfleben besonders in sportlicher Hinsicht geprägt haben und heute noch prägen. Dies ist zunächst der Radsportverein „Solidarität“, der 1921 von 28 Männern aus Lützelbuch und Rohrbach gegründet wurde. Als einer der ersten Arbeiter-Radfahrvereine im Landkreis konnte er bald 100 Mitglieder vorweisen. 1928 gründete sich unter dem Dach des Vereins eine Schalmeyenkapelle, die an zahlreichen Veranstaltungen und Konzerten teilnahm. Aufgrund der seiner großen Nähe zur organisierten Arbeiterschaft ließ die NSDAP schon 1933 die Organisation verbieten. Allerdings gelang 1948 die Wiederbegründung. Allerdings beschränkte man sich fortan auf den Radsport und ließ frühere politische Komponenten außen vor. Das Augenmerk lag dabei vor allem auf den Hallenradsport. Schon in den 1950er-Jahren zeichneten sich die ersten sportlichen Erfolge ab. Zu dieser Zeit besaß der Verein 140 Mitglieder. Der Höhepunkt dieser Entwicklung war in den 1990er-Jahren erreicht, als der Verein 1992 den Weltmeistertitel im Zweier-Kunstradfahren und 1996 drei WM-Titel bei der Freestyle-BMX-Weltmeisterschaft holte. Lützelbacher Sportler waren damit international sehr erfolgreich. Seit 1959 besitzt der Verein eine eigene Trainingsstätte.<sup>151</sup>

An zweiter Stelle ist der 1904 gegründete Turnverein zu erwähnen. Durch großzügige Spenden Herzogin Marias von Sachsen-Coburg und Gotha (1853-1920) und des Neuhofer Schlossbesitzers von Dorff konnten die ersten Turngeräte angeschafft werden. Der Turnbetrieb fand bis 1972 im Saal des Gasthofs Fink statt. Eine eigene Sportstätte gab es nicht. Dennoch hatte der Verein einen großen Zulauf. Bereits 1908 wurde eine Turnerinnenriege ins Leben gerufen. Damit erhielten auch Frauen Zugang zu einer sportlichen Betätigung. Schon bald entwickelte sich aus dem reinen Turnverein ein vielseitiger Sportclub. Ende der 1920er-Jahre dehnte sich das Sportangebot auf die Leichtathletik aus. Zwischen 1931 und 1939 gab es auch eine Fußballabteilung. Eine weitere, viel stärkere Ausdehnung auf andere Sportarten erlebte der Verein ab den 1960er Jahren. Beispielhaft kann hier die Gründung einer Tischtennis-Abteilung (1961), einer Volleyball-Gruppe (1974) oder die 1988 erfolgte Aufnahme von Badminton in das sportliche Angebot des Vereins genannt werden. Auch modernen Sportarten wie Laufen, Walken oder Step Aerobic verschloss sich der Turnverein nicht und gründete mit den Jahren eigene Abteilungen und Fitnessgruppen.<sup>152</sup>

Mit der Einführung der Allgemeinen Feuerordnung im Jahr 1834 wurde die moderne Basis für das Feuerlöschwesen und eine weitere Institution in Lützelbuch geschaffen. Der Ort gehörte seit 1839 organisatorisch zum siebten Feuerwehrverein („Concurrenz“) im Amtsbezirk Coburg. An Feuerwehrgerätschaften besaß das Dorf zwei Feuerhäken, eine Leiter und einen Feuerpickel. Das ehemalige Rittergut verfügte zudem noch über zwei weitere Leitern und Hä-

---

<sup>151</sup> StACo, LRA 14.707, Gemeindevisitation vom 20.11.1956; StadtACo, Coburgica V/318; H. SANDNER, Coburg im 20. Jahrhundert. Die Chronik über die Stadt Coburg und das Haus Sachsen-Coburg und Gotha vom 1. Januar 1900 bis zum 31. Dezember 1999 - von der „guten alten Zeit“ bis zur Schwelle des 21. Jahrhunderts, Coburg 2000, S. 344, 356.

<sup>152</sup> StACo, LRA Co 820, Statuten Turnverein; R. PROBST, 100 Jahre TVL Coburg-Lützelbuch 1904. 24.-25. September 2004, Turnen, Tischtennis, Volleyball, Badminton, Fitness für Frauen, Showtanz, Laufgruppe, Step Aerobik...und fit für mehr, Lützelbuch 2004.

ken. Spritzen mussten im Brandfall aus Oberfüllbach und Schloss Neuhoferbeigebracht werden. Erst nach der neuen Feuerlöschverordnung von 1872 wurde um 1880 eine eigene Handdruckspritze angeschafft. Zu der Ausstattung gehörte seit 1852 auch ein Feuerlöschteich, der in der Nähe des Ritterguts in der heutigen Weiherstraße angelegt wurde. Die Mannschaft bestand seinerzeit aus fünf Männer, die zu den Leitern und Häken gingen, fünf Männer, welche für die Personenrettung zuständig waren, und zwei Männer, die als Feuerboten in die Nachbarorte gingen, um Hilfe zu holen.<sup>153</sup> Aus dieser zwölfköpfigen Mannschaft entwickelte sich eine Pflichtfeuerwehr, die 1923 aus 31 Männern bestand. Organisatorisch unterstand sie ab 1872 nach der Auflösung der „Concurrenzen“ der Gemeinde. Die Oberaufsicht oblag dem Landratsamt. 1930 erfolgte schließlich die Gründung einer Freiwilligen Feuerwehr.<sup>154</sup> In den Jahren darauf hatten die Feuerwehrleute mit zwei wesentlichen Problemen zu kämpfen: Mit Personalmangel, sodass eine Rückkehr zur Pflichtfeuerwehr in Erwägung gezogen wurde, und mit einer geringen Löschwasserkapazität aufgrund von Wassermangel. Pläne für einen neuen Feuerlöschbehälter in der Ortsmitte gab es seit 1955. Nach langen Diskussionen konnte 1961 jedoch der bestehende Feuerlöschteich an der Weiherstraße zu einem unterirdischen Löschwasserbehälter mit einem Volumen von 100 Kubikmeter umgebaut und im Jahr darauf seiner Bestimmung übergeben werden.<sup>155</sup> Zur gleichen Zeit begann die Technisierung der Feuerwehrausrüstung mit dem Kauf der ersten Motorspritze. Mit der Erneuerung der Gerätschaften kamen zugleich Forderungen nach einem Feuerwehrgerätehaus auf. Bis dahin waren die Spritzen, Leitern und Häken in einem gemeindeeigenen Stadel untergebracht. Der Gemeinderat entsprach dem Ansinnen der Feuerwehrleute und errichtete 1967 ein kombiniertes Gemeinde- und Feuerwehrzentrum. Dieses besaß neben Lagerräumen ein Schulungszimmer, einen Schlauchtrocknungsturm und ab 1968 eine Alarmsirene. Der alte Gerätestadel wurde abgerissen. Rückblickend betrachtet, erlebte die Lützelbacher Feuerwehr damals einen Modernisierungsschub. Dies förderte auch das Interesse an der Brandbekämpfung, sodass die Zahl der Feuerwehrmänner bis 1967 auf rd. 90 Personen anstieg.<sup>156</sup>

#### 4.8 Infrastruktureller Ausbau

Der Aufbau der technischen Infrastruktur Lützelbuchs begann im 20. Jahrhundert. Er ging in erster Linie vom Ausbau der städtischen Gasanstalt in Coburg aus. 1910 gründete das Unternehmen zur Versorgung der umliegenden Dörfer mit Elektrizität ein Überlandwerk. Zu den ersten Stromabnehmern gehörte Lützelbuch. Ende März 1911 wurde die Hochspannungsleitung vom Coburger Überlandwerk aus in Betrieb genommen. Zunächst waren lediglich sechs

<sup>153</sup> StACo, LRA Co 2666, Feuerlöschwesen Lützelbuch; StACo, LRA Co 5215, Anlegung Feuerlöschteich, 1852/53; StadtACo, A 8201, Feuerlöschwesen, SCHOLZ, Verordnungen (wie Anm. 51), S. 63, 73 f., 83.

<sup>154</sup> StadtACo, A 8199, Feuerlöschwesen in Lützelbuch, 1905-41; Neue Presse Coburg vom 19.8.1967; SCHOLZ, Verordnungen (wie Anm. 51), S. 84.

<sup>155</sup> StACo, LRA Co 15.178, Feuerwehrausstattung und Neubauten; StACo, LRA Co 14.707, Gemeindevisitation vom 20.11.1956 und 17.11.1967; Coburger Tageblatt vom 29.3.1955 und 30.8.1961; Neue Presse Coburg vom 19.8.1967.

<sup>156</sup> StACo, LRA Co 15.178, Feuerwehrausstattung und Neubauten; StACo, LRA Co 14.707, Gemeindevisitation vom 20.11.1956 und 14.6.1960; Neue Presse Coburg vom 15.8.1967; Coburger Tageblatt vom 2.7.1966 und 3.8.1968.

Haushalte am Stromnetz angeschlossen. Bis Ende 1911 stieg die Zahl der Anschlüsse auf 18 an. Diese Entwicklung setzte sich in den nächsten Jahren fort, sodass der Ort bald voll elektrifiziert wurde.<sup>157</sup> Einen Gaszugang erhielt das Dorf 1955 über das Ferngaswerk Neustadt bei Coburg. Von 70 Hausbesitzern entschieden sich 60 für einen Anschluss. Die anderen zehn verzichteten zunächst darauf.<sup>158</sup>

Mit der zunehmenden Mobilität stieg auch die Nachfrage nach Benzin für Personenkraftwagen und für landwirtschaftliche Nutzfahrzeuge. 1930 eröffnete daher am Herrnberg eine Tankstelle. Betrieben wurde diese von Karl Angermüller, der nebenher eine Fahrradhandlung besaß. Die Tankstelle bestand bis 1956.<sup>159</sup> Weitere Benzinstationen ließen sich im Dorf nicht nieder, sodass die Kraftwagenfahrer in die nächsten Orte fahren mussten, um zu tanken. Der öffentliche Personennahverkehr erreichte Lützelbuch bereits 1929, als von Coburg aus täglich drei Überlandbusse den Ort anführten. Betreiber der Strecke war die Coburger Omnibussgesellschaft, die der Posthalter Leopold Mönch ins Leben gerufen hatte. 1931 übernahm die Reichspost die Kraftfahrlinie, sodass fortan Postbusse nach Lützelbuch verkehrten. 1950/51 erfolgte der Anschluss an den Coburger Stadtbusverkehr. Die Zahl der täglichen Anfahrten erhöhte sich dabei von drei auf 21.<sup>160</sup> Heute bestehen im Dorf drei Haltestellen, die an Wochentagen von Coburg aus 30-mal angefahren werden.

Auf eine moderne Wasserleitung mussten allerdings die Lützelbacher länger warten. Doch gerade dieser Ort hatte eine solche Leitung nötig. Denn im Gemeindebereich herrschte seit jeher ein Wassermangel. Die Versorgung der Bewohner gestaltete sich daher schwierig. Oft musste Wasser aus anderen Gebieten nach Lützelbuch geführt werden, um den Bedarf zu decken. Das Rittergut und spätere Landarmenhaus holte sich bspw. seit 1838 das Wasser zum Teil aus dem benachbarten Rögen. Von dort aus wurde auch die erste Wasserleitung nach Lützelbuch für die Versorgung der Alten und Kranken gelegt. Erst 1926 gelang der Bau einer Wasserleitung samt Wasserhochbehälter. Die Kosten, welche die Gemeinde mit finanzieller Hilfe des Staates übernahm, betrugen knapp 2,5 Millionen Reichsmark.<sup>161</sup> Das Problem des Wassermangels konnte dadurch nur kurzfristig gelöst werden. Ab 1955 kam es wieder in den Sommermonaten zu einer Wasserknappheit. Auslöser war der Zuzug zahlreicher Familien nach Lützelbuch. Die vorhandene Wassermenge reichte nicht mehr aus, alle Haushalte zu

---

<sup>157</sup> StACo, LRA Co 7515, Herstellung von elektrischen Licht- und Kraftanlagen, 1911/14; StACo, LRA Co 7556, fol. 1, Antrag um Ausführung der Hochspannungsleitung vom städtischen Elektrizitätswerk Coburg nach Lützelbuch und Rögen über Seidmannsdorf, Coburg, 10.11.1910; Coburger Tageblatt vom 30.3.1911; Coburger Zeitung vom 24.4.1912; STÄDTISCHE WERKE ÜBERLANDWERKE COBURG (Hrsg.), 100 Jahre Gas, 60 Jahre Wasser, 50 Jahre Elektrizität. Städtische Werke, Überlandwerke Coburg, Coburg 1954, S. 59.

<sup>158</sup> Neue Presse Coburg vom 22.4.1955; Coburger Tageblatt vom 1.11.1955.

<sup>159</sup> StACo, LRA Co 11.484, Tankstelle in Lützelbuch, 1930-56.

<sup>160</sup> StadtACo, A 8207, Oberpostdirektion an Gemeinderat, Bamberg, 29.9.1931; Coburger Zeitung vom 4.4.1929; Neue Presse Coburg vom 3.2.1973; ZECH, Lützelbuch (wie Anm. 60), o. S.

<sup>161</sup> StadtACo, A 8170, Gemeinde Rögen an Verwaltung des Pflegehauses Lützelbuch, Rögen, 23.11.1935; StadtACo, A 8239 u. 8240, Wasserversorgung Lützelbuch; StACo, LRA Co 13.111 u. 13.113, Wasserleitungsbau in Lützelbuch (1925-30); BAYERISCHES LANDESAMT FÜR WASSERVERSORGUNG (Hrsg.), Bericht des Bayerischen Landesamtes für Wasserversorgung. Über die bisherige 50jährige Tätigkeit 1878 bis 1928 mit Geschäftsbericht über die Jahre 1927 und 1928, München 1929, S. 84.

versorgen. Die Gemeinde plante daher den Bau eines zweiten Wasserreservoirs und den Ausbau des bestehenden Leitungssystems. Da eigene Bohrungen nach einer neuen Quelle scheiterten und die Erweiterung der Trinkwasserleitung mit hohen Kosten verbunden war, entschloss sich die Gemeinde aus finanziellen Gründen 1963 dem Wasserzweckverband Seidmannsdorf-Lützelbuch-Rögen anzuschließen und langfristig einen Anschluss an das Coburger Trinkwassernetz anzusteuern. Ziel des Zweckverbandes war es sogleich, die vorhandene Anlage in Lützelbuch zu erweitern, zu betreiben und zu unterhalten. Mit dem Bau einer neuen zentralen Wasserversorgungsanlage 1968 und dem Anschluss an die Trinkwasserversorgung der Stadt Coburg im gleichen Jahr konnten die für Lützelbuch existenziellen Probleme gelöst werden.<sup>162</sup> Mit dem Bau einer Kanalisation wurde erst nach der Eingemeindung Lützelbuchs nach Coburg begonnen. Bis dahin existierte teilweise eine Oberflächenentwässerung, die über ein Rohrleitungssystem abgeleitet wurde.<sup>163</sup>

Das Kommunikationsnetz entwickelte sich, wie in vielen anderen Dörfern erst spät. Für Lützelbuch war nach der Einführung des Norddeutschen Postbezirks (1868) zunächst das Coburger Postamt zuständig. Im Mai 1907 eröffnete die Reichspost im Ort eine Posthilfsstelle, die den Postdienst von der kaiserlichen Hauptpost in Coburg übernahm. Nach 1928 wurde die Hilfsstelle unter der Bezeichnung „Poststelle II“ weitergeführt. Die Einrichtung befand sich zunächst im Gasthof Bühling (später Nowag) im Haaresgrund, ab 1933 im Lebensmittelgeschäft Angermann an der Gaiser Straße Nr. 9. Dort verblieb die Poststelle bis zu deren Auflösung in den 1960er-Jahren.<sup>164</sup> Für den Transport der Briefe und Pakete aus Coburg nutzte die Post zunächst Pferdefuhrwerke. Nach der Einführung der Postbuslinie 1931 übernahm diese Aufgabe auch hier der motorisierte Verkehr. Mit der Errichtung der Posthilfsstelle im Gasthof Bühling erhielt Lützelbuch 1907 zudem eine öffentliche Fernsprechstelle und damit einen Zugang zum Telegrafennetz. 1924 wurde diese Telegrafenhilfsstelle in eine öffentliche Telefonsprechstelle umgewandelt. Mit dem Umzug der Hilfsstelle erhielt Lützelbuch 1933 einen zweiten öffentlichen Fernsprecher im Lebensmittelgeschäft Angermann. Noch 1955 gab es bei 64 Wohnhäusern lediglich drei Telefonanschlüsse im Ort (1961: sechs Anschlüsse bei 71 Wohnhäusern).<sup>165</sup> Es sollte daher noch Jahre dauern, bis jeder Haushalt einen eigenen Anschluss erhielt.

An Fürsorge-Einrichtungen existierte neben dem Altersheim seit 1955 im benachbarten Rögen eine Arztpraxis für Allgemeinmedizin. Zudem versorgten die Diakonissen, welche im

---

<sup>162</sup> StACo, LRA Co, 16.086, Satzung des Wasserzweckverbandes vom 26.11.1963; ebd., Wasserlieferungsvertrag mit den Städtischen Werken, Coburg, 18.12.1968; ebd., Beauftragung der Bauausführung, Coburg, 19.6.1968; StACo, LRA Co 14.707, Gemeindevisitation vom 17.11.1967; Coburger Tageblatt vom 29.3.1955, 11.4.1962 und 10.1.1964.

<sup>163</sup> StACo, LRA Co 14.707, Gemeindevisitation vom 20.11.1956.

<sup>164</sup> StadtACo, A 8207, Korrespondenz zwischen der Oberpostdirektion Bamberg und der Gemeinde, Mai 1924; ebd., Korrespondenz zwischen dem Postamt Coburg und der Gemeinde, Juni 1933; Coburger Zeitung vom 19.4.1907; Adressbuch 1961 (wie Anm. 64), S. 6, 46.

<sup>165</sup> Regierungs-Blatt für das Herzogthum Coburg vom 15.5.1907, S. 184; StadtACo, A 8207, Korrespondenz zwischen der Oberpostdirektion Bamberg und der Gemeinde, Mai 1924; ebd., Adressbuch von 1955 (wie Anm. 48), S. 42 f.; Adressbuch von 1934 (wie Anm. 65), S. 52; Adressbuch von 1961 (wie Anm. 64), S. 46 f.

Laurentiushaus ihren Dienst taten, die Alten und Kranken im Dorf.<sup>166</sup> An weiterer sozialer Infrastruktur bestand ein Gemeindezentrum. Das seit 1956 geplante Gebäude wurde 1967 an der Weiherstraße eingeweiht. Es handelte sich dabei um das erste gemeindeeigene Gebäude überhaupt. Zuvor waren das Bürgermeister- und Standesamt in den Wohnungen der betreffenden Amtspersonen untergebracht. Der Gemeinderat, bestehend aus sechs Gemeinderäten und dem Bürgermeister, tagte indes in Wirtshäusern oder in der Schule. Das neue Gemeindezentrum beherbergte aber nicht nur die Gemeindeverwaltung. In das Haus zogen auch die Gemeindewaage und die 1958 gegründete Ortsbibliothek mit über 1000 Bänden ein. Die Bücherei besaß prozentual zu den Einwohnern die höchste Ausleihzahl in Oberfranken. 1966 wurden nicht weniger als 5213 Ausleihen verzeichnet. Ein weiterer Raum des Gemeindezentrums gehörte dem Standesamt, welches seit 1890 bestand. Die Führung des Personenstandsregisters oblag vorher dem Standesamt in Seidmannsdorf. Die Behörde war auch für Rögen und ab 1967 für Rohrbach zuständig. Mit der Einweihung des Gemeindezentrums erhielten die Kinder des Ortes im Haaresgrund auch einen eigenen Spiel- und Sportplatz.<sup>167</sup> Alle hier erwähnten Maßnahmen standen im Zusammenhang mit dem Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“, an dem Lützelbuch teilnahm und den zweiten Platz erreicht hatte.<sup>168</sup>

---

<sup>166</sup> StaCo, LRA Co 14.707, Gemeindevisitation vom 14.6.1960.

<sup>167</sup> StadtACo, Coburgica XII/72, 2; StaCo, LRA Co 14.707, Gemeindevisitation vom 20.11.1956; StaCo, LRA Co 15.178, Gemeinde an Landratsamt, Lützelbuch 21.3.1966; Regierungs-Blatt für das Herzogthum Coburg vom 30.12.1876, Sp. 936 und vom 18.12.1889, Sp. 918; O. A., Lützelbuch weiht sein Gemeindezentrum. Die Freiwillige Feuerwehr feiert Einzug in ihr Gerätehaus, Lützelbuchs Kinder erhielten ihre Spielwiese, Festtage: Sonnabend, 19., und Sonntag, 20. August 1967, Coburg 1967; ZECH, Lützelbuch (wie Anm. 60), o. S.; Neue Presse Coburg vom 9.11.1966, 15.8. und 19.8.1967; Coburger Tageblatt vom 12.9.1966.

<sup>168</sup> ZECH, Lützelbuch (wie Anm. 60), o. S.; ZECH, Ortsgeschichte (wie Anm. 121), S. 11.

## 5. RÖGEN



### 5.1 Anfänge und Justizwesen

Erstmalig taucht der Ort im Jahr 1317 im Henneberger Urbar, einem Verzeichnis über Besitzrechte des Grafen Berthold VII. von Henneberg-Schleusingen (1272-1340) auf. Dabei wurden zwei Aspekte angesprochen: Zum einen die Steuerabgaben (Zehnt) und zum anderen die gerichtliche Zugehörigkeit Rögens. Mit dem Zehnten wurde der Coburger Patrizier Konrad Puz belehnt. Puz trat bereits 1314 als Gutsbesitzer in Lützelbuch und Dörfles in Erscheinung. Zugleich war er mit dem Zehnten von Waldsachsen belehnt worden. Über die Dauer des Lehensverhältnis lässt sich aufgrund fehlender Quellen keine Aussage treffen. Allerdings war



der Rögener Zehnt im Mittelalter öfters Gegenstand von Lehensvereinbarungen.<sup>169</sup> Bezüglich der juristischen Verhältnisse hielt das Urbar fest, dass die Blut- und Hochgerichtsbarkeit beim hennebergischen und späteren sächsischen Zentgericht in Neustadt bei Coburg lag. Dorthin musste die Gemeinde auch einen Schöffen entsenden.<sup>170</sup> 1801 wurde dieses Gericht aufgelöst und seine Kompetenzen auf das Justizamt Coburg übertragen. Dort verblieben sie bis zur Einführung des heutigen Gerichtssystems im Jahr 1879. Über die Niedergerichtsbarkeit verlor das Urbar dagegen kein Wort. Auch sonst fehlen schriftliche Quellen, um die mittelalterliche Grundherrschaft in Rögen beschreiben zu können. Eine Belehnungsurkunde von 1472 erwähnt lediglich, dass das Kloster Mönchröden die Grundherrschaft über zwei kleinere Güter in Rögen ausübte. Der Abt Ulrich Wochner belehnte damit den Ritter Apel Schenk von Siemau.<sup>171</sup> Auch die anderen Rögener Güter dürften damals als Lehen an das Geschlecht der Siemauer gegangen sein. Ihnen folgten die Ritter von Brandenstein, die 1497 ihren Sitz in Lützelbuch nahmen und über elf Güter in Rögen verfügten. Erst unter ihrer Grundherrschaft lässt sich die Ausübung der niederen Gerichtsbarkeit nachweisen. Das zuständige Patrimonialgericht befand sich damals im Lützelbacher Schloss. Nach dessen Auflösung 1818 nahm das Justizamt und spätere Amtsgericht Coburg die Rechtsprechung wahr.<sup>172</sup> Der Siedlungskern lässt sich an einer Altstraßenmündung südlich des Motschentals hin zur Rögener Straße ausmachen. Die meisten Häuser lagen dabei am Weg von Lützelbuch nach Neu- und Neershof. Weitere drei Gehöfte befanden sich unterhalb des Eichholzes an der Straße nach Löbelstein.

Herkunft des Ortsnamens ist bis heute nicht geklärt. Von verschiedenen Seiten wurde versucht, die Brandensteinebene, die ursprünglich den Namen Rögnersberg trug, zur Erklärung heranzuziehen. Demnach sei auf dem Plateau in früherer Zeit ein Gerichtsort bzw. eine Rüststätte gewesen, nach der die Siedlung benannt wurde. Experten haben allerdings darauf verwiesen, dass Hinweise für eine solche Stätte fehlen. Auch sei die Ebene nach dem Dorf und nicht der Ort nach dem Berg benannt worden. Unsicher ist auch die Herleitung vom slawischen Wort „rog“, was Horn, Spitze oder Ecke bedeutet. Die Erklärung, dass es bei Rö-

---

<sup>169</sup> StACo, Urk LA A 693; SCHULTES, *Diplomatische Geschichte* (wie Anm. 45), S. 185; W. HEINS, *Mönchröden bei Coburg. Geschichte und Wirtschaft eines Benediktiner-Klosters vor der Reform* (Coburger Heimatkunde und Heimatgeschichte II. Teil, Heft 19), Coburg 1952, S. 79, ZECH, *Lützelbuch* (wie Anm. 60), o. S.

<sup>170</sup> SCHULTES, *Diplomatische Geschichte* (wie Anm. 45), S. 185; ZECH, *Lützelbuch* (wie Anm. 60), o. S. Vgl. auch I. KALTER, *Neustadt und Umgebung im Mittelalter*, in: *Coburger Geschichtsblätter* 25 (2017), S. 8–11; A. HÖHN, *Die Henneberger Herrschaft Coburg und ihre Bedeutung für die Geschichte des Coburger Landes* (Schriftenreihe der Historischen Gesellschaft Coburg 7), Coburg 1992, S. 21 ff. Im Jahr 1389 wird in einem Streit zwischen den Klöstern Sonnefeld und Banz ein Schöffe namens Heinz Festener aus Rögen erwähnt (Vgl. StACo, LA E 329).

<sup>171</sup> StACo, LA F 1685, fol. 22b, *Lehensvertrag*, Mönchröden, 21.9.1472; HEINS, *Mönchröden* (wie Anm. 169), S. 79.

<sup>172</sup> TALAZKO, *Propstei* (wie Anm. 5), S. 365; ZECH, *Lützelbuch* (wie Anm. 60), o. S. Siehe dazu auch das Kapitel *Rittergut bei Lützelbuch*.

gen um eine elliptische Bildung des Personennamens Ruogo handelt, überzeugt die Sprachforscher ebenfalls nicht.<sup>173</sup> Es bleibt daher zu hoffen, dass eine von allen Sachkundigen anerkannte Begründung noch kommen wird.

## 5.2 Weitere Entwicklung des Dorfes

Um 1600 gab es in Rügen 15 Anwesen. Die Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges (1618-48) waren wie in Lützelbuch vergleichsweise gering. Nur ein Anwesen (rd. 7 Prozent) wurde nach dem Ende des Krieges als verwüstet bezeichnet. Auch die Zahl der wehrfähigen Männer war zwischen 1618 und 1650 nicht wesentlich gesunken. Der Ort konnte sich dadurch schnell mit den Kriegsfolgen erholen.<sup>174</sup> 1783 lebten bereits 72 Personen in 14 Wohnhäusern in dem Ort.<sup>175</sup> Im 19. und 20. Jahrhundert stieg auch hier die Zahl der Einwohner an. 1837 besaß das Dorf 93 Einwohner.<sup>176</sup> Bei Gründung des Deutschen Reiches (1871) lebten dort 99 Personen in 15 Wohnhäusern.<sup>177</sup> Bei dieser Einwohnerzahl blieb es bis 1925. Dagegen stieg die Häuserzahl auf 19 an.<sup>178</sup> Erst durch den Zuzug von Vertriebenen und Flüchtlingen nach dem Zweiten Weltkrieg erhöhte sich die Zahl der Bewohner nachhaltig. 1950 lebten 198 Personen in 21 Wohngebäuden in dem Dorf. Das entsprach einer Steigerung um 100 Prozent. Der Haus- und Wohnungsbau ging dagegen nur schleppend voran.<sup>179</sup> 1970 zählte der Ort noch 33 Wohnhäuser mit 193 Bewohnern. Erst nach der Eingemeindung von 1972 kam es hier zu einem sprunghaften Anstieg. Eine Statistik von 1987 stellte bereits 280 Einwohner und 74 bewohnte Gebäude fest. 2009 lag die Einwohnerzahl bei 372.<sup>180</sup> Damit hat die Bevölkerungsentwicklung in Rügen ihren bisherigen Höhepunkt erreicht. Dieser enorme Zuwachs von rd. 90 Prozent ab 1970 lässt sich vor allem auf die Ausweisung zahlreicher Baugebiete zurückführen, die im Rögener Grund und unterhalb des Eichholzes entstanden sind. Aufgrund dieser Ausdehnung ist Rügen heute mit seinem Nachbarort Lützelbuch baulich eng verbunden.

---

<sup>173</sup> GRAßMUCK, Ortsnamen (wie Anm. 11), S. 54; F. RIEMANN, Die Ortsnamen des Herzogtums Coburg, Coburg 1891, S. 13; MORSBACH/TITZ, Stadt Coburg (wie Anm. 25), S. 471.

<sup>174</sup> StACo, LA M 1151, Lehnbuch des Ritterguts Lützelbuch, 1654-85; Staatsarchiv Coburg, LA M 1152, Zinsregister des Ritterguts Lützelbuch, 1590-1689; DIETZE, Dreißigjähriger Krieg (wie Anm. 13), S. 34, 60.

<sup>175</sup> GRUNER, Beschreibung (wie Anm. 5), S. 271.

<sup>176</sup> Adreß-Handbuch, 1837 (wie Anm. 15), S. 73.

<sup>177</sup> Ortschafts-Verzeichniß 1871 (wie Anm. 16), S. 10 f.

<sup>178</sup> LANDESAMT, Ortschaften-Verzeichnis (wie Anm. 17), Sp. 1047.

<sup>179</sup> StACo, LRA Co, 14.743, Gemeindevisitation von 1967; LANDESAMT, Ortschaften-Verzeichnis 1950 (wie Anm. 18), Sp. 903.

<sup>180</sup> LANDESAMT, Ortverzeichnis 1987 (wie Anm. 111), S. 287; ZECH, Lützelbuch (wie Anm. 60), o. S.; WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT, Wirtschaftsraum (wie Anm. 111), S. 9.

## 5.3 Wirtschaftliche Entwicklung



*Abb. 12: Der ehemalige Dorfteich in der Ortsmitte, um 1910.*

Rögen ist seit jeher landwirtschaftlich geprägt. Dabei waren die Rahmenbedingungen für diesen Erwerbssektor nicht gerade günstig. Die Rögener Flur besteht bis heute aus zahlreichen bewaldeten Anhöhen und Bergen. Äcker und Felder waren kaum vorhanden. Dort wuchs wegen der schlechten Bodenqualität auch nur wenig. Diese schlechten Bedingungen führten wohl dazu, dass nur wenige Menschen sich in diesem Gebiet niederließen. Dementsprechend waren die landwirtschaftlichen Betriebe in Rögen auch nicht sehr groß. 1725 gab es im Ort zwei größere Höfe und elf kleinere Sölden, deren Betreiber sich durch einen Handwerksberuf etwas dazu verdienen mussten, um ihre Familien zu ernähren.<sup>181</sup> Zudem waren die Bauern wie ihre Standesgenossen in Lützelbuch Lehensleute der Ritter von Brandenstein und mussten ihnen Frondienste leisten.<sup>182</sup> Eine Schmiede lässt sich in dieser Zeit nicht nachweisen. Erst 1814 wurde von der Gemeinde die Errichtung einer Hufschmiede veranlasst. Seit 1879 befand sich diese im Haus Nr. 16 (später Rögener Straße Nr. 10), wo sie bis 1968 existierte.<sup>183</sup> Offensichtlich gingen in der Frühen Neuzeit die Rögener Bauern ins nahe Lützelbuch zum dortigen Schmied, wenn sie ihre Pferde beschlagen wollten. Dagegen existierte im Dorf schon früh ein Hirtenhaus. Dieses befand sich auf Höhe der Anwesen Nr. 13 und 15 an der Rögener Straße. Der dort lebende Hirte weidete die Schafe der Ritter von Brandenstein sowie der Bauern aus

<sup>181</sup> StACo, LA M 134, Steueranschlag Rögen, 1725.

<sup>182</sup> StACo, LA M 1151, Lehnbuch des Ritterguts Lützelbuchs, S. 119.

<sup>183</sup> Herzogl.-Sachsen-Coburg-Saalfeldisches Regierungs- und Intelligenzblatt vom 10.9.1814, Sp. 479; StadtACo, B 590, fol. 61, 63, Einrichten einer Schmiedewerkstätte und einer Beschlaghalle, 1879; Adressbuch von 1955 (wie Anm. 48), S. 68.

Rögen und Lützelbuch. Dafür wurde er von den Gemeinden und vom Gutsherrn bezahlt. Auch das Hirtenhaus stand den drei Parteien zur Nutzung zur Verfügung. Diese Praxis wurde wohl zu Beginn des 19. Jahrhunderts aufgegeben. 1835 erlaubte die Landesregierung den Verkauf des inzwischen baufälligen Hirtenhauses an einen Webermeister. Dieser riss daraufhin das Gebäude ab, ohne aber einen Neubau auf dem freigewordenen Areal zu errichten.<sup>184</sup>

Die Industrialisierung wirkte sich in Rögen kaum aus. Weder entstanden industrielle Betriebe, noch zogen Tagelöhner und Arbeiter in den Ort. Dadurch blieb die Landwirtschaft der prägende Wirtschaftssektor. 1927 lebten in Rögen 13 Bauern, drei Arbeiter, ein Schaffner und ein Schmied. Die einzigen Gewerbesteuererinnahmen kamen 1954 von der Dorfschmiede. Daneben gab es zwei landwirtschaftliche Betriebe mit mehr als 20 Hektar und sieben Bauernhöfe mit mehr als 10 Hektar Grundbesitz. In diesen bäuerlichen Vollbetrieben waren noch 1970 an die 40 Prozent der Einwohner tätig.<sup>185</sup> Der Anteil ging die Jahre danach wegen des „Höfesterbens“ zurück. Im Zusammenspiel mit den neuen Wohngebieten wandelte sich die das Bauerndorf in eine Wohngemeinde. Hier lebten vor allem Arbeiter und Angestellte, die in Coburg und anderen Industrieorten beschäftigt waren.<sup>186</sup> Diese Entwicklung hält bis heute an.

Neben der Landwirtschaft bildete in der Frühen Neuzeit der Weinbau eine wichtige Säule im wirtschaftlichen Leben. So verweist das Lehenbuch des Lützelbucher Ritterguts von 1654 auf 21 Weingärten, die sich vor allem am Lerchenberg und am Eichholz befanden.<sup>187</sup> Die Rögner wurden hier von den Rittern von Brandenstein zur Lese herangezogen. Dafür erhielten sie von ihren Lehenherrn einen Lohn von einem Gulden und sechs Denar pro Tag.<sup>188</sup> Diese Summe erhielten auch die Lützelbucher, wenn sie diesen Frondienst verrichten mussten. Mit der sogenannten „Kleinen Eiszeit“ gingen auch in Rögen die Weinerträge zurück. 1725 werden nur noch neun Weinberge erwähnt, im 19. Jahrhundert schließlich keiner mehr.<sup>189</sup>

Von einer kurzen wirtschaftlichen Episode berichtete Gruner 1783. Er verweist in seinen statistischen Arbeiten über das Fürstentum Coburg darauf, dass in Rögen unterirdisch und in einem Felsen großen Mengen an Achat vorhanden wären, welchen man zentnerweise abbauen könnte. Achat ist ein Halbedelstein, der aus dünnen Lagen wechselnder Farben besteht. Er wird heute als Schmuckstein und in der Technik als Polierstein beim Vergolden genutzt. Zudem besitzt er eine hohe Härte und Widerstandsfähigkeit gegen Chemikalien. Der Rögner Achat fand aber nur als Feuerstein Verwendung. Der Abbau erfolgte nur kleinflächig und lediglich über eine kurze Zeit. Heute stehen diese Vorkommen unter Naturschutz.<sup>190</sup>

<sup>184</sup> StACo, Min E 404, fol. 1, Kammerbericht, Coburg, 7.1.1835; ebd., fol. 10, Ernst I. an die Landesregierung, Coburg, 9.3.1835; ebd. fol. 11r-14v, Supplikation von Rögner Bürgern an Ernst I., Rögen, 30.5.1838; StACo, LRA Co 3139, Verkauf des Hirtenhauses (1827-38).

<sup>185</sup> StACo, LRA Co 14.743, Gemeindevisitation vom 16.4.1956; Coburger Tageblatt vom 13.8.1954; Einwohnerbuch 1927 (wie Anm. 48), S. 62; ZECH, Lützelbuch (wie Anm. 60), o. S.

<sup>186</sup> StACo, LRA Co 14.743, Gemeindevisitation vom 11.12.1959.

<sup>187</sup> StACo, LA M 1151, Lehnbuch des Ritterguts Lützelbuch, 1654-85.

<sup>188</sup> StACo, LA M 1148, Lehenbuch des Ritterguts Lützelbuch, 1673.

<sup>189</sup> StACo, LA M 134, Steueranschlag für Rögen 1725; StACo, LA M 883, Grundsteueranschlag für Rögen, 1868.

<sup>190</sup> GRUNER, Beschreibung (wie Anm. 5), S. 112 f.; WISSEN-MEDIA-VERLAG (Hrsg.), Das aktuelle wissen.de Lexikon, Bd. 1 A-Apis, Gütersloh / München 2004, S. 66. Als Geotop sticht hier der Feuer- und Achatfelsen am



*Abb. 13: Der Gasthof „Zur Strandung“, um 1910.*



*Abb. 14: Aktive der Coburger Studentenverbindung TV Coburgia mit ihren Partnerinnen bei einer Tanzstunde im Gasthof „Zur Strandung“, um 1910.*

---

nordöstlichen Dorfrand hervor. Nach ihm ist auch die Straße „Am Achatfelsen“ benannt (vgl. EBERLEIN, Straßennamen (wie Anm. 24), S. 12).

Einen wichtigen Mittelpunkt dörflichen Lebens und Geselligkeit stellte das erstmals 1601 erwähnte Wirtshaus dar. Dieses befand sich an der Ecke Rögener Straße / Am Eichholz und wurde 1972 abgerissen. Ursprünglich schenkten die Rögener Wirte nur Wein aus. Im 18. Jahrhundert stieg aber wegen der Verteuerung des Rebensaftes (aufgrund der „Kleinen Eiszeit“) der Bierkonsum stark an. Die hiesigen Wirte waren daher gezwungen, den begehrten Gerstensaft auszuschenken. 1738 bemühte sich daher Adam Friedrich von Brandenstein auf Lützelbuch (1699-1745) bei der Coburger Landesregierung um die Erlaubnis, im seinem Wirtshaus Bier ausschenken zu dürfen. Den Gerstensaft bezog er aus seiner eigenen Gutsbrauerei. Die Regierung genehmigte dieses Ansinnen nach einigem Prüfen. Die Inhaber des Gasthofes übten den Beruf des Wirtes aber nur als Nebentätigkeit aus. Hauptberuflich waren auch sie Landwirte. 1877 wurde dem Lokal noch ein Tanzsaal angebaut, elf Jahre später erweiterte der damalige Wirt Adolf Feiler den Gasthof um einen Biergarten mit Kellerhaus. Da es im Ort keinen Metzger gab, verkaufte die Familie zeitweise auch Fleisch- und Wurstwaren. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts trug die Wirtschaft den Namen „Zur Strandung“. Damals wurde das Gasthaus gerne von Ausflüglern aus Coburg besucht. So konstituierte sich 1898 der sogenannte „Strand-Club“, der aus Männern und Frauen bestand, die jede Woche freitags nach Rögen wanderten und dort gemeinschaftlich mit den Dorfbewohnern einige angenehme Stunden verlebten. Die Mitglieder bezeichneten sich selber als eine ungezwungene, patriotische Vereinigung. Als 1971 der Gasthof geschlossen wurde, musste ein adäquater Ersatz geschaffen werden. Der Heimat- und Bürgerverein Rögen entschloss sich daher, sein 1974 fertiggestelltes Vereinsheim in eine Gaststätte um- und auszubauen. Dieses Lokal wurde 1978 unter dem Namen „Rögener Hütte“ eröffnet. Der Dorfbevölkerung erhielt damit einen neuen Treffpunkt. Durch seine landschaftliche Lage entwickelte sich die Gaststätte mit den Jahren zu einem beliebten Ausflugslokal.<sup>191</sup>

#### 5.4 Kirche und Schule

Kirchenorganisatorisch gehörte Rögen im Spätmittelalter zur „Ur“-Pfarrei Fechheim. An diese Zugehörigkeit erinnert heute noch ein Flurstück mit dem Namen „Fechheimer Steig“. Dort verlief der Kirchweg der Rögener nach Neu- und Neershof und darüber hinaus über Spittelstein und Blumenrod zum Fechheimer Gotteshaus. Eine grundlegende Änderung trat hier erst mit der Reformation ein, als die Kirchenorganisation der Pflege Coburg neu geordnet wurde. In diesem Zusammenhang kam Rögen 1535 an die neugegründete Pfarrei Einberg (heute Rödental). Für die Einwohner bedeutete dies in erster Linie einen wesentlich kürzeren Kirchgang. Allerdings blieb es nicht dabei. 300 Jahre später, im Jahr 1838, wurde Rögen an die

<sup>191</sup> StACo, LA F 12, fol. 431r, Rat der Stadt Coburg an Herzog Johann Casimir, Coburg, 22.12.1601; ebd., fol. 450, Bericht des Neustadter Schossers Caspar Scherer, o.D.; ebd., fol. 454, Bericht des Coburger Zentgrafen Martin Bernhard, 31.7.1602; StACo, LA F 13.060, Ausschankgerechtigkeit für das Wirtshaus in Rögen, 1738; StACo, LA M 883, Steueranschlag Rögen, No. 12; StadtACo, B 590, fol. 48, Bau eines Tanzsaales, 1877; StadtACo, B 591, fol. 4, 20, Errichtung einer Sommerwirtschaft mit Kellerhaus, 1888-92; Coburger Zeitung vom 8.11.1899 und 20.7.1900; HEIMAT- UND BÜRGERVEREIN RÖGEN (Hrsg.), 25 Jahre Heimat- u. Bürgerverein Rögen e.V. 1971-1996, Coburg 1996, S. 8; OTTO, Gaststättenführer (wie Anm. 119), S. 36. Der Strand-Club existierte nur wenige Jahre. Letztmalig wird er in der Coburger Zeitung vom 9.12.1900 erwähnt.

Pfarrei Seidmannsdorf angegliedert, die bis heute die Seelsorge für die evangelischen Dorfbewohner übernimmt. In Seidmannsdorf werden seither auch die verstorbenen Einwohner Rögens begraben. Der Bau einer eigenen Kirche im Ort wurde zwar 1931 erwogen, aber nicht umgesetzt.<sup>192</sup>

1502 stifteten Albrecht von Brandenstein und seine Frau Anna die Einkünfte ihrer elf Rögener Güter der Vikarie am Katharinenaltar in der Moritzkirche zu Coburg. Nach Albrechts Tod 1515 erhielt der verantwortliche Vikarier (Prediger) Johann Gegen zu seinem weiteren Lebensunterhalt noch die beiden Güter des Klosters Mönchröden als Lehen dazu. Die Reformation brachte schließlich in den 1520er-Jahren die Auflösung des Klosters und die Aufhebung der Vikarie mit sich. Die Einnahmen der Güter gingen infolgedessen an die Ritter von Brandenstein zurück. Auch gelangten sie in den Besitz der beiden Mönchrödener Güter, so dass die Ritter zu alleinigen Grundherren in Rögen aufstiegen.<sup>193</sup>

Quellen über die Schulgehörigkeit Rögens finden sich erst für das 16. Jahrhundert. Zunächst gingen die Kinder des Dorfes in die zwischen 1584 und 1590 errichtete „deutsche Schule“ nach Einberg. Wohl um den Kindern den weiten Weg zu ersparen, entstand im Laufe der Zeit in Rögen eine sogenannte Präzeptorenschule. Der Standort dieser 1832 aufgelösten Lehranstalt ist heute nicht mehr feststellbar. Deren Ende führte aber dazu, dass die Rögener Kinder seit diesem Zeitpunkt nach Seidmannsdorf in die Schule gehen mussten. Dort herrschten jedoch katastrophale Zustände. Die Schülerzahlen waren im Allgemeinen durch die zurückgehende Kindersterblichkeit und die Erhöhung der Einwohnerzahlen in den einzelnen Orten derart gestiegen, dass die Schule an ihrer Kapazitätsgrenze angelangt war. Deshalb entschloss sich die Gemeinde Rögen, zusammen mit Lützelbuch, einen eigenen Schulverband zu gründen. Dies geschah 1883 auf Basis eines neun Jahre zuvor erlassenen Volksschulgesetzes. Das neue Schulhaus wurde 1884 in Lützelbuch eröffnet. Im ersten Jahr nahm die Lehranstalt 20 Rögener Schüler auf. Damit kamen rd. ein Viertel aller Schulkinder aus diesem Dorf. Dort wurden sie vornehmlich von einem, maximal zwei Lehrer unterrichtet. Der Schulverband mit Lützelbuch löste sich 1968 auf, nachdem es nicht gelungen war, ein neues modernes Schulgebäude zu errichten. Seither besuchen die Kinder des Ortes die Schulen in Coburg.<sup>194</sup>

### 5.5 Vereinsleben und Feuerlöschwesen

Das Vereinswesen war in Rögen nie stark ausgeprägt. Das lag vor allem daran, dass die Einwohner größtenteils in Vereinen im benachbarten Lützelbuch aktiv waren.<sup>195</sup> Dennoch entstanden einige Vereine. So konstituierte sich im Jahr 1900 ein sehr aktiver Militärverein. 1927

<sup>192</sup> StACo, Konsistorium 215, Auspfarung Rögens aus der Pfarrei Einberg 1836-39; Coburger Zeitung vom 17.2.1931; ZECH, Lützelbuch (wie Anm. 60), o. S.

<sup>193</sup> StACo, LA F 1685, fol. 23a, Belehnungsbrief vom 8.7.1519; TALAZKO, Propstei (wie Anm. 5), S. 365, 368 ff. Siehe dazu auch den Beitrag über das Lützelbucher Rittergut.

<sup>194</sup> StACo, Konsistorium 979, Aufnahme von Rögener Schüler an die Seidmannsdorfer Schule, 1832; HEIMATVEREIN, 25 Jahre (wie Anm. 191), S. 30 f.; ZECH, Lützelbuch (wie Anm. 60), o. S. Siehe dazu auch den Beitrag über das Lützelbucher Schul- und Kirchenwesen.

<sup>195</sup> StACo, LRACo 14.743, Gemeindevisitation vom 11.12.1959.

gab es daneben noch einen Bauern- und Landwirtschaftsverein, was aufgrund der starken agrarischen Prägung des Ortes nicht ungewöhnlich erscheint. Einen Fußballverein gab es mit dem FC Wacker Rögen nur eine kurze Zeit. Da weitere Sportvereine nicht gegründet worden sind, fehlte es an einem Sportplatz und einer Turnhalle. Gegenwärtig besteht in Rögen nur ein Verein, nämlich der 1971 im Zuge der Eingemeindung entstandene Heimat- und Bürgerverein.<sup>196</sup>

Mit der Einführung der Allgemeinen Feuerordnung im Jahr 1834 wurde die moderne Basis für das Feuerlöschwesen und eine wichtige Institution in Rögen geschaffen. Der Ort gehörte seit 1839 organisatorisch zum siebten Feuerwehrverein („Concurrenz“) im Amtsbezirk Coburg. An Feuerwehrgeschäften besaß das Dorf zwei Feuerhäken, zwei Leitern und einen Feuerpickel. Spritzen mussten im Brandfall aus Oberfüllbach und Schloss Neuhaus herbeigebracht werden. Erst 1898 wurde eine Handdruckspritze angeschafft. Nahezu zeitgleich (1897) errichtete die Gemeinde im Motschental ein Spritzenhaus. Das neue Gebäude diente vor allem zur Unterbringung der Feuerleiter. Daneben gab es zwei Feuerlöschteiche mit einem Fassungsvermögen von 100 und 400 Kubikmeter, die im Brandfall genutzt werden konnten. Die Mannschaft bestand seinerzeit aus drei Männern, die zu den Leitern und Häken gingen, drei Männer, welche für die Personenrettung zuständig waren, und drei Männer die als Feuerboten in die Nachbarorte gingen, um Hilfe zu holen.<sup>197</sup> 1943 umfasste die Rögener Feuerwehr 15 Männer. Wann diese von einer Pflicht- in eine freiwillige Feuerwehr umgewandelt wurde, lässt sich aufgrund der Quellenlage nicht mehr sagen. Die erstmalige Erwähnung der Freiwilligen Feuerwehr datiert aus dem Jahr 1927. Insgesamt handelte es sich um eine kleine Truppe, die oft mit Nachwuchsmangel zu kämpfen hatte, sich aber dennoch 1949 zu einem Feuerwehrverein zusammenschloss. Nach dem Zweiten Weltkrieg schritt die Technisierung der Rögener Feuerwehr nur schleppend voran. Dies zeigte sich vor allem am Kauf einer Motorspritze als Ersatz für die 1898 angeschaffte Handspritze. Schon 1943 war das Landratsamt bereit, den Kauf einer solchen Spritze finanziell zu unterstützen. Die Gemeinde stellte allerdings die Sinnhaftigkeit einer solchen Investition in Frage, sodass der Kauf scheiterte. 1956 erkannte zwar die Gemeinde, in dieser Frage handeln zu müssen, doch wieder kam ein Ankauf aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht in Betracht. Erst 1965 erhielt die Feuerwehr eine Motorspritze und ein modernes Motorfahrzeug. Auch die Instandhaltung der bestehenden Infrastruktur gestaltete sich aus finanzieller Sicht teilweise schwierig. Zwar erhielten die Feuerlöschgeräte die notwendige Pflege und auch das Feuerwehrhaus wurde 1938 modernisiert. Doch andere Arbeiten wie die Instandhaltung der Feuerlöschteiche konnten aufgrund der begrenzten finanziellen Mittel nur zeitverzögert umgesetzt werden. Eine Idee aus dem Jahr 1964, die Kräfte zu bündeln und mit Lützelbuch einen Feuerwehrzweckverband zu gründen, scheiterte

<sup>196</sup> StACo, LRA Co 952, Statut des Militärvereins, 1900; Coburger Zeitung vom 17.2.1931; Einwohnerbuch 1927 (wie Anm. 48), S. 62; HEIMATVEREIN, 25 Jahre (wie Anm. 191), S. 10 f.

<sup>197</sup> StACo, LRA Co 15.189, Die Feuerwehr in Rögen; StACo, LRA Co 14.743, Gemeindevisitation von 1967; Stadt-ACo, B 590, fol. 31, Bau eines Feuerwehrhauses 1897; SCHOLZ, Verordnungen (wie Anm. 51), S. 63, 73 f.



an der ablehnenden Haltung Rögens.<sup>198</sup> Stattdessen erhielt die Feuerwehr durch den Eingemeindungsvertrag von 1971 mit Coburg eine Bestandsgarantie.<sup>199</sup> Dennoch löste sich die Truppe bis 1978 auf, sodass sich die Hoffnungen auf ein längeres Weiterbestehen unter dem Dach der Coburger Feuerwehr zerschlugen.

### 5.6 Der Schießstand des Bundesgrenzschutzes

Die Errichtung eines Schießstandes in Rögen geht bis ins Jahr 1926 zurück. Damals beantragte der Militärverein die Errichtung einer solchen Schießstätte, die vom Landratsamt genehmigt wurde. Nach der Erhebung Coburgs zur Garnisonstadt (1934) war es die Reichswehr, die ein geeignetes Areal für einen Schießstand suchte. Die Wahl fiel auf ein 650 Quadratmeter großes Areal im Motschental, welches dem Forst- und Domänenamt in Coburg gehörte. 1935 erwarb daher die Wehrmacht das Gebiet, die noch im gleichen Jahr die Schießstätte anlegen ließ. Die Anlage umfasste anfangs drei Schul- und zwei Maschinenschießstände. Aufgrund der nationalsozialistischen Wiederaufrüstungspolitik wurde der Schießstand aber schon bald erweitert. Er umfasste 1940 eine Fläche von 7,5 Hektar und verfügte über jeweils fünf Schul- und Maschinenschießstände, ein Wohnhaus mit Schuppen, einem Stall, einer Werkstatt, drei Munitionshäuser sowie über einen Packmittelschuppen.<sup>200</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg endete zunächst der Schießbetrieb. Da zunächst die Eigentumsverhältnisse des Schießstandes in der direkten Nachkriegszeit nicht geklärt waren, nutzte die Gemeinde das Areal zur Unterbringung von Vertriebenen und Flüchtlingen. Dabei wurde der frühere Munitionsbunker zu einem Wohnhaus umgebaut. 1954 forderte die Bundesvermögensverwaltung als Rechtsnachfolger des Reichsfiskus jedoch die Rückgabe der Anlage. Ziel des Bundes war es, dort einen neuen Schießstand einzurichten. Die Bewohner mussten deshalb bis 1956 ihre Wohnungen verlassen. Danach nutzten die US-Armee und der neugegründete Bundesgrenzschutz (BGS), der in Coburg seit 1951 eine Kaserne unterhielt, den Schießstand gemeinschaftlich. 1990 verließen die Amerikaner nach dem Ende der deutschen Teilung Coburg. Der Bundesgrenzschutz nutzte die Anlage danach bis 1999 alleine weiter. Das Ende für die Schießstätte kam mit der Auflösung des Coburger BGS-Standortes.<sup>201</sup> Seitdem ist die Anlage außer Betrieb und verfällt.

### 5.7 Infrastruktureller Ausbau

Schon 1908 fragte die Gemeinde Rögen beim städtischen Elektrizitätswerk in Coburg an, ob der Ort im Frühjahr 1909 an das Stromnetz angeschlossen werden könnte. Die Gemeinde war dafür bereit, einen Zuschuss zu den Kosten der Freileitung zu leisten. Der Grund für die Eile

<sup>198</sup> StACo, LRA Co 14.743, Landratsamt an Regierung von Oberfranken, Coburg, 16.10.1963; ebd., Gemeindevisitation vom 16.4.1956; StACo, LRA Co, 15.189, Die Feuerwehr in Rögen; StadtACo, B 594-44, Umbau des Feuerwehrhauses, 1934-40; Einwohnerbuch 1927 (wie Anm. 48), S. 62.

<sup>199</sup> StadtACo, U 304, Eingemeindungsvertrag Rögen vom 20.11.1970, S. 3.

<sup>200</sup> StACo, LRA Co, 13.860, Errichtung eines Schießstandes in Rögen.

<sup>201</sup> StadtACo, A 8348, Straßenschäden aufgrund amerikanischer Militärfahrzeuge; StACo, LRA Co, 14.743, Gemeindevisitation vom 16.4.1956; Coburger Tageblatt vom 13.8.1954; Vgl.: H.-J. SCHMIDT, Coburg und die amerikanischen Streitkräfte 1945-1990 (Schriftenreihe der Historischen Gesellschaft Coburg 10), Coburg 1995; H.-J. SCHMIDT, 50 Jahre BGS – Daten, Menschen, Fakten – 1951-2001, Coburg 2001.

lag in bevorstehenden Investitionen begründet, vor denen die Rögener Landwirte standen. Sie mussten entscheiden, ob sie sich Elektro- oder Benzinmotoren zulegen sollten. Der Kauf von Elektromotoren würde aber nur dann Sinn machen, wenn die Gemeinde am Stromnetz angeschlossen sei, so die damalige Argumentation. Insgesamt meldeten sich fünf Haushalte für einen Anschluss an das Coburger Elektrizitätswerk an.<sup>202</sup> Allerdings gründeten die Städtischen Werke erst 1910 ein Überlandwerk zur Versorgung der umliegenden Dörfer. Die Gemeinde Rögen gehörte damals zu den ersten Stromabnehmern. 1910 entstand hier nach Plänen des Coburger Stadtbaumeisters Max Böhme (1870-1925) ein inzwischen abgerissenes Transformatorhäuschen an der Rögener Straße. Ende März 1911 wurde die Hochspannungsleitung vom Coburger Überlandwerk aus in Betrieb genommen. Das Coburger Zeitung titelte dazu „Rögen im elektrischen Licht – Unser Ort strahlt seit Sonnabend zur Freude aller Einwohner.“<sup>203</sup> Dies beweist, dass die Elektrizität von den Dorfbewohnern herbeigeseht wurde. Zunächst waren elf Haushalte am Stromnetz angeschlossen. In den Folgejahren stieg die Zahl der Stromabnehmer an, sodass der Ort bald voll elektrifiziert wurde. Die elektrische Straßenbeleuchtung wurde im Herbst 1956 eingeführt.<sup>203</sup> Einen Gasanschluss erhielt Rögen erst 1955 über den Ausbau einer bestehenden Leitung des Ferngaswerkes Neustadt bei Coburg. Anfangs nahmen nur zehn Hauseigentümer dieses Angebot an. Etwa zwei Drittel der Anwesen blieben noch ohne Gasleitung.<sup>204</sup> Erst mit den Jahren nahm die Zahl der Abnehmer zu.

Mit der steigenden Mobilität nahm auch der öffentlicher Personennahverkehr im Allgemeinen zu. Während der Weimarer Republik fuhren die ersten Stadt- und Postbusse bereits nach Lützelbuch und Seidmannsdorf. Auch Rögen erhielt 1932 eine Haltestelle. Insgesamt wurde die Ortschaft fünfmal pro Werktag von Coburg aus angefahren. Allerdings scheinen nur wenige Menschen dieses Angebot angenommen haben. Denn schon 1934 fuhr der öffentliche Omnibus nur noch bis Lützelbuch. 1952 gab es einen erneuten Versuch, eine Stadtbuslinie nach Rögen zu etablieren. Alle 45 Minuten sollte ein Bus den Ort anfahren. Anders als 1932 nahmen die Dorfbewohner diesmal von der Möglichkeit Gebrauch, mit dem Bus nach Coburg zu fahren. Schon bald erhöhte sich die Zahl der täglichen Anfahrten auf 21. Heute besitzt der Ort eine Haltstelle und wird unter der Woche 30-mal pro Tag von Stadtbuslinien angefahren.<sup>205</sup>

---

<sup>202</sup> StadtACo, A 8106, Gemeinde Rögen an Elektrizitätswerk in Coburg, 23.8.1908.

<sup>203</sup> StACo, LRA Co 7515, Herstellung von elektrischen Licht- und Kraftanlagen, 1911/14; StACo, LRA Co 7556, fol. 1, Antrag um Ausführung der Hochspannungsleitung vom städtischen Elektrizitätswerk Coburg nach Lützelbuch und Rögen über Seidmannsdorf, Coburg, 10.11.1910; StACo, LRA Co 7537, Herstellung von elektrischen Licht- und Kraftanlagen in Rögen, 1911-14; StACo, LRA Co 14.743, Protokolle über die Situation in Rögen, 1956; Coburger Tageblatt vom 30.3.1911; Coburger Zeitung vom 28.3.1911 und 24.4.1912; STÄDTISCHE WERKE, 100 Jahre Gas (wie Anm. 157), S. 59.

<sup>204</sup> Coburger Tageblatt vom 1.11.1955.

<sup>205</sup> StACo, LRA Co 14.743, Protokolle über die Situation in Rögen, 1956; Coburger Zeitung vom 25.2. und 7.10.1932; Coburger Kalender 3 (1935), S. 19; Neue Presse Coburg vom 3.2.1973; ZECH, Lützelbuch (wie Anm. 60), o. S.; MATTERN, Dörfer (wie Anm. 1), S. 80.



*Abb. 15: Der Siegerbrunnen „Unser Dorf soll schöner werden“ von 1954.*

Bezüglich der Wasserversorgung ging Rögen schon früh moderne Wege. Bereits 1908 plante die Gemeinde, eine Hochdruckwasserleitung zu bauen. Als Quelle dienten die Wasservorkommen am sogenannten Rögener Holz, nordwestlich des Dorfes. Dort entstand 1910 ein Hochbehälter (2022 durch einen Neubau ersetzt), der heute noch über ein natürliches Gefälle das Wasserleitungsnetz des Ortes mit Trinkwasser speist. Im gleichen Jahr ging die Hochdruckwasserleitung in Betrieb. Da nicht jeder Haushalt sofort über eine Wasserleitung verfügte, errichtete die Gemeinde 1912 an der Einmündung Motschentäl / Rögener Straße einen Ventilstraßenbrunnen, der bis 1980 existierte. Dieser Brunnen wurde ebenfalls über eine Leitung mit Wasser vom Rögener Holz versorgt. Mit dieser Maßnahme war das Projekt zunächst abgeschlossen. Jedoch reichte die Quellschüttung im Laufe weniger Jahre nicht mehr aus, um das Dorf mit Wasser zu versorgen. 1934 musste daher die Wasserabgabe zeitweise auf gewisse Tagesstunden beschränkt werden. Die Gemeinde sah sich deshalb gezwungen, im Rögener Holz eine neue Quelle fassen zu lassen. Die Bevölkerungsanstieg nach 1945 brachte wiederum eine Wassernot mit sich. Nun plante die Gemeinde 1954 die Erschließung eines Tiefbrunnens in der Nähe des Wasserbehälters. Die Umsetzung dieses Projekts scheiterte aber an den fehlenden finanziellen Mitteln und den ergebnislos verlaufenden Probebohrungen. Das Wasserwirtschaftsamt Bamberg empfahl deshalb den Anschluss an das Coburger Trinkwassernetz. Die Gemeinde schloss sich deshalb dem 1963 gegründeten Wasserzweckverband mit Seidmannsdorf und Lützelbuch an. Ziel des Verbandes war es u. a. die Wasserversorgung in Rögen zu erweitern, zu betreiben und zu unterhalten sowie den Anschluss an das Coburger Trinkwassersystem vorzubereiten. Durch die Baumaßnahmen des Wasserzweckverbandes und des Anschlusses an die Coburger Leitung verbesserte sich ab 1968 die Versorgung wesentlich. Auch mit dem Bau einer Kanalisation wurde damals begonnen.<sup>206</sup>

In Bezug auf das Post- und Fernmeldewesen gehörte Rögen seit Gründung der Reichspost zu Coburg, wo sich auch das kaiserliche Postamt befand. Einen Zugang zum Telegrafennetz des Herzogtums erhielt der Ort 1907. Damit entstand die erste öffentliche Fernsprechstelle Rögens. Die Telegrafestation befand sich seinerzeit im Gasthof „Zur Strandung“. Sie existierte bis 1924. Danach erfolgte die Umstellung auf eine gemeindliche öffentliche Telefonsprechstelle. Diese verblieb zunächst im Gasthof „Zur Strandung“. Spätestens 1961 erfolgte aber die Verlegung des Fernsprechers in das Haus der Postangestellten Käthe Greiner am Achatfels Nr. 5, die dort auch eine Poststelle betrieb. Weitere Haushalte besaßen zunächst keinen eigenen Anschluss. Erst durch die Niederlassung eines Arztes für Allgemeinmedizin kam 1955 bei 29 Wohnhäusern ein zweiter Anschluss dazu.<sup>207</sup>

<sup>206</sup> StACo, LRA Co 5466, Bau einer Wasserleitung in Rögen, 1907-38; StadtACo, A 8100, Rechnungen zum Bau des Wasserbehälters, 1910; StadtACo, A 8170, Die Wasserversorgung in Rögen, 1934/35; StACo, LRA Co 14.743, Gemeindevision vom 11.12.1959 und von 1967; ebd., Protokoll der Bürgerversammlung vom 11.8.1962; StACo, LRA Co 16.086, Satzung des Wasserzweckverbandes vom 26.11.1963; 1954-62; Coburger Tageblatt vom 13.8.1954; StadtACo, B 593, fol. 7, Bau eines Ventilbrunnen, 1912. Anstelle des Ventilbrunnens errichteten die Städtischen Werke an gleicher Stelle einen Laufbrunnen, der sich zuvor am Ketschenanger in Coburg befunden hatte (Vgl. Neue Presse Coburg vom 24.6.1980).

<sup>207</sup> StadtACo, A 8100, Einrichtung einer Telegraphenstation, 1906/07; Adressbuch 1955 (wie Anm. 48), S. 68; Adressbuch 1961 (wie Anm. 64), S. 6, 78. Eine Posthilfsstelle, wie sie in Seidmannsdorf und Lützelbuch bereits 1907

Generell fehlte es in Rögen an einer sozialen Infrastruktur. Es gab keine Schule, keine Bibliothek, Sport- oder Freizeitanlagen. Die Gesundheitsfürsorge beschränkte sich auf einen in den 1950er-Jahre sich niedergelassenen Allgemeinmediziner und auf die Hilfe der in Lützelbuch wirkenden Diakonissen im Notfall. Auch fehlte es an einem Gemeindezentrum. Die Sitzungen des sechsköpfigen Gemeinderates fanden entweder im Gasthof „Zur Strandung“ oder in der Privatwohnung des Bürgermeisters statt. Dort lagerten auch die Gemeindeakten. Das Standesamt befand sich außerhalb des Ortes zunächst in Seidmannsdorf und ab 1890 in Lützelbuch. 1962 erkannte man schließlich den Bedarf, gemeindliche Diensträume zu schaffen. So entstanden im Feuerwehrgerätehaus zwei Räume für die Gemeindeverwaltung. Diese wurden für Sitzungen und für das Archiv genutzt. Ein Gemeindehaus im eigentlichen Sinne wurde erst 1980 anstelle des alten Feuerwehrgerätehaus errichtet. Dieses verfügte auch über einen bereits 1969 geforderten Versammlungsraum für die Einwohner des Dorfes.<sup>208</sup> Zur Verschönerung des Ortes trug maßgeblich der Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ bei. Rögen gewann durch viel Eigeninitiative der Einwohner den ersten dieser Schönheitswettbewerbe im Jahr 1954.<sup>209</sup> Daran erinnert heute noch ein Brunnen in der Ortsmitte.

---

eröffnet wurde, gab es in Rögen nicht (vgl. Coburger Zeitung vom 15.5.1907). Erste Hinweise auf die Existenz einer Poststelle II finden sich in den 1950er Jahren.

<sup>208</sup> StACo, LRA Co 14.743, Protokoll der Bürgerversammlung, Rögen, 11.8.1962; ebd., Gemeindevisitationen vom 16.4.1956 und 11.12.1959; StadtACo, Coburgica XII/72, 2; Neue Presse Coburg vom 20.9.1969; Regierungs-Blatt für das Herzogthum Coburg vom 30.12.1876, Sp. 936; Regierungs-Blatt für das Herzogthum Coburg vom 18.12.1889, Sp. 918; HEIMATVEREIN, 25 Jahre (wie Anm. 191), S. 19.

<sup>209</sup> Coburger Tageblatt vom 13.8.1954.

## 6. CREIDLITZ



### 6.1 Anfänge

Creidlitz ist der älteste Ort auf dem Gebiet der Stadt Coburg. Er wird erstmals um das Jahr 870 in einer Urkunde König Ludwigs des Deutschen (um 806-876) erwähnt. Darin belehnte er einen Grafen Christian und dessen Gattin Heilwih mit dem Kloster Rohr bei Meiningen. Diese Abtei war von dem Grafenpaar einige Jahre zuvor gegründet worden. Zur besseren Versorgung des Klosters gab Ludwig noch eine große Anzahl an Bauernhöfen und Feldern

dazu, welche sich u. a. in Creidlitz und Haarth befanden.<sup>210</sup> Diese Güter fielen jedoch bald wieder an den König zurück und verblieben in seinem Eigentum. 1056 gehörte Creidlitz zum Schenkungsgut der polnischen Königin Richeza (um 995-1063) an das Erzstift Köln. In der bereits erwähnten Urkunde des Würzburger Bischofs Adalbero (um 1010-1090) übertrug dieser 1075 die kirchlichen Rechte des Ortes wie Tauf-, Beerdigungs- und Beichterlaubnis der Kirche St. Peter und Paul auf dem Coburger Festungsberg. Dieses Gotteshaus gehörte zu der zeitgleich gegründeten Propstei des Klosters Saalfeld.<sup>211</sup> Seitdem trat die Benediktinerabtei in Creidlitz und Hambach als Grundherr in Erscheinung.

Der ursprüngliche Siedlungskern des Straßendorfes lag an der Creidlitzer Straße auf Höhe der Häuser Nr. 91 und 92 im Norden bis zum Grundstück Nr. 115 im Süden. Als Nebestrecken gab es lediglich den Verbindungsweg nach Triebsdorf und den heutigen Hügellackerweg. Durch den Ort verliefen in der Frühen Neuzeit gleich drei Geleitstraßen und zwar nach Bamberg, bzw. Nürnberg, nach Lichtenfels und nach Staffelstein.<sup>212</sup> Der Name Creidlitz rührte von einem Personennamen Kridlo her, der zusammen mit dem Suffix „-ici“ die Form „Kridlici“ ergibt. Übersetzt heißt dies „die Leute des Kridlo“. Ohne Zweifel liegt hierbei eine slawische Ortsbezeichnung vor.<sup>213</sup>

## 6.2 Weitere Entwicklung des Dorfes

Eine erste Angabe über die Größe von Creidlitz findet sich im Kastenamtsbuch von 1492, welches zwölf Güter erwähnt. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts umfasste die Ortschaft ungefähr 15 Anwesen mit 72 Einwohnern. Aufgrund der Lage des Ortes an einer wichtigen Handels- und Geleitstraße waren die Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges (1618-48) hier besonders massiv. 1627 wurde das Dorf von Reitern des Oberst Schönberg geplündert und gebrandschatzt. Fünf Jahre später äscherten die Truppen Wallensteins den Ort völlig ein. Creidlitz war danach für maximal sieben Jahre völlig unbewohnt. Es dauerte daher Jahrzehnte, bis sich das Dorf von diesem Krieg erholte. So erwähnt ein Steueranschlag aus dem Jahr 1728 noch drei verwüstete Güter. Erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts erreichte der Ort in der Einwohner- und Häuserzahl mit 14 Anwesen und 70 Bewohnern wieder annähernd das Niveau vor 1618.<sup>214</sup> Einen ersten rasanten Anstieg der Einwohnerzahlen erlebte Creidlitz im 19.

<sup>210</sup> M. THIEL (Bearb.), Urkundenbuch des Stifts St. Peter und Alexander zu Aschaffenburg, Bd. 1: 861-1325 (Veröffentlichungen des Geschichts- und Kunstvereins Aschaffenburg 26), Aschaffenburg 1986, S. 4 ff. Der Umfang der Bauernhöfe und Felder ist umstritten. Zur Diskussion vgl. H. WAGNER, Kissingen (Historischer Atlas von Bayern, Franken Reihe I, Heft 36), München 2009, S. 37 f., W. HEINS, Creidlitz im Licht frühmittelalterlicher Überlieferung. Zur Urkunde König Ludwigs II. des Deutschen (833/843-876), in: F. SCHILLING (Hrsg.), Creidlitz - Ursprung und Gegenwart. Festschrift zur 1100-Jahr-Feier 1970, Creidlitz 1970, S. 18-27.

<sup>211</sup> Siehe ausführlich: LORENZ, Urkundenstudien I+II (wie Anm. 5).

<sup>212</sup> BACHMANN, Handelsstraßen (wie Anm. 10), S. 8.

<sup>213</sup> GRABMUCK, Ortsnamen (wie Anm. 11), S. 16.

<sup>214</sup> StACo, LA F 9091; StACo, LA M 79, Kastenamtsbuch, 1492; StACo, LA M 100, Steueranschlag, 1728; A. WIP-PENBECK, Geschichte der Ortschaft Creidlitz. Nach Akten und Urkunden des Staatsarchivs Coburg und des Städtischen Archivs Coburg, Niederfüllbach 1937, S. 34 f.; A. GREINER, Geschichte der Dorfes Creidlitz bei Coburg, Tübingen 1943, S. 35 f.; GRÜNER, Beschreibung (wie Anm. 5), S. 172.

Jahrhundert. Bereits 1837 zählte das Dorf 118 Einwohner.<sup>215</sup> Zum Zeitpunkt der Reichsgründung (1871) lebten 156 Personen in 21 Wohnhäusern im Ort.<sup>216</sup> Der weiteren Ausdehnung des Dorfes waren jedoch Grenzen gesetzt. Nach Osten hin begrenzte die Bergkette vom Steirücken bis zum Buchberg die Expansion der Ortschaft. Nach Westen wurde die Ausdehnung durch den Bau der Werrabahn 1858 aufgehalten.<sup>217</sup>

So entwickelte sich Creidlitz weiter an der Fernstraße entlang in Richtung Norden nach Ketschendorf und in Richtung Süden nach Niederfüllbach. Gerade gen Süden entstanden im Rahmen der Industrialisierung zu Beginn des 20. Jahrhunderts zahlreiche Arbeiterhäuser, Fabriken und der Bahnhof, die in ihrer Gesamtheit einen eigenständigen Siedlungsscharakter besaßen. Damit einher ging eine Bevölkerungsexplosion. Die Zahl der Einwohner stieg dabei in einem Zeitraum von 20 Jahren (1885-1905) von 174 auf 496. Das entsprach einem Zuwachs von 285 Prozent. Bis 1925 stieg die Einwohnerzahl dann noch einmal auf 910 (bzw. rd. 183 Prozent gegenüber 1905) an. Die Zahl der Wohnhäuser lag bei 104. Daraus entwickelte sich zu Beginn der 1920er-Jahre eine Zweiteilung des Dorfes in einen industriellen und landwirtschaftlichen Teil. Nachdem auch in Richtung Niederfüllbach für Bewohner und Betriebe keine Möglichkeit mehr bestand, Fabrikgebäude und Häuser zu errichten, ließen sich Unternehmer und Einwohner in einer zweiten Stufe der Industrialisierung nördlich des ursprünglichen Ortes nieder.<sup>218</sup>

Eine dritte Erweiterung erlebte Creidlitz ab 1945 mit dem Zuzug von Vertriebenen und Flüchtlingen, die 1957 rd. 25 Prozent der Dorfbewölkerung ausmachten. So lebten 1950 über 1400 Personen im Dorf. Dies entsprach einem Zuwachs von ca. 155 Prozent. Es herrschte akuter Wohnungsmangel, der 1958 mit 120 wohnungssuchenden Familien seinen Höhepunkt erreicht hatte. Es musste daher großflächig neuer Wohnraum geschaffen werden. Zwischen 1947 und 1956 waren bereits 60 neue Wohnhäuser gebaut worden. Mit dem Bau der Siedlung „Unterm Buchberg“ durch die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft des Landkreises Coburg (1951-53) entstanden allein 136 Wohnungen. Weitere Siedlungen kamen im Laufe der 1950er- und 1960er-Jahre hinzu. Für den Ort bedeutete diese Entwicklung einen grundlegenden Wandel weg vom Industrieort hin zu einer Wohngemeinde vor den Toren Coburgs. Die Zahl der Wohnhäuser stieg daher von 154 im Jahr 1950 auf 411 im Jahr 1987 an.<sup>219</sup> Zum Zeitpunkt der Creidlitzer Eingemeindung nach Coburg fanden im Ort 1788 Menschen ein zuhause. Der Höhepunkt der Bevölkerungsentwicklung war schließlich um 1987 erreicht, als

---

<sup>215</sup> Adreß-Handbuch, 1837 (wie Anm. 15), S. 73.

<sup>216</sup> Ortschafts-Verzeichnis, 1871 (wie Anm. 16), S. 9.

<sup>217</sup> MORSBACH / TITZ, Stadt Coburg (wie Anm. 25), S. 441.

<sup>218</sup> Regierungs-Blatt für das Herzogtum Coburg vom 4.12.1886, n. Sp. 897 und vom 16.9.1911, S. 372; LANDESAMT, Ortschaften-Verzeichnis (wie Anm. 17), Sp. 1046; P. MÜLLER, Die wirtschaftliche Entwicklung von Creidlitz von 1900-1978, Coburg 1978, S. 11.

<sup>219</sup> LANDESAMT, Ortschaften-Verzeichnis 1950 (wie Anm. 18), Sp. 900; LANDESAMT, Ortsverzeichnis 1987 (wie Anm. 111), S. 287; Coburger Tageblatt vom 25.10.1958 und 26.9.1959; Neue Presse Coburg vom 14.3.1957; MÜLLER, Entwicklung (wie Anm. 218), S. 12; R. BACKERT, Creidlitz vor Coburgs Toren, in: SCHILLING, Creidlitz (wie Anm. 3), S. 3.



1813 Einwohner in Creidlitz lebten. Seither ist ein kontinuierlich leichter Rückgang zu beobachten. 2009 erfasste die Volkszählung noch 1700 Bewohner.<sup>220</sup>

### 6.3 Wirtschaftliche Entwicklung

Creidlitz besaß eine starke landwirtschaftliche Prägung. Einen guten Überblick über Größe und Bedeutung der dort ansässigen Agrarbetriebe gibt ein Steueranschlag aus dem Jahr 1728. Dieser zählt drei große Bauerngüter, zwei Gütl<sup>221</sup>, ein Söldengütl<sup>222</sup> und sieben Sölden auf.<sup>223</sup> In den zwei Jahrhunderten darauf wurden weitere Agrarbetriebe gegründet. Zwischen 1900 und 1949 bewegte sich ihre Zahl zwischen 22 und 27. Die Zahl der im Agrarsektor beschäftigten belief sich 1939 bei 46 ständig und 27 zeitweise beschäftigten Personen.<sup>224</sup> Ab 1950 setzte in diesem Wirtschaftsbereich ein fundamentaler Wandel ein. Ausgelöst wurde dieser durch die Mechanisierung der Landwirtschaft. Dafür waren hohe Investitionssummen nötig, die sich für kleinere Bauernhöfe nicht rentierten. Sie wurden deshalb aufgegeben. In anderen Fällen ergriffen Landwirte Nebenberufe, wodurch das Höfesterben verzögert wurde. Häufig erfolgte aber die Aufgabe eines Bauernhofs aufgrund eines Generationenwechsels. So gab es 1960 in Creidlitz nur noch 34 ständig Beschäftigte in der Landwirtschaft und keine Saisonarbeiter mehr. Gleichzeitig sank die Zahl der Agrarbetriebe bis 1971 auf elf. 1978 gab es noch fünf Höfe, wovon nur zwei hauptberuflich und drei im Nebenberuf geführt wurden.<sup>225</sup> Die Zahl der Betriebe dürfte sich in der Gegenwart kaum verändert haben. Besonders charakteristisch für die Creidlitzer Landwirtschaft war die Zucht von Obstbäumen. Meist pflanzten die Bauern wilde Obstbäume oder Lokalsorten an. Da für die Obsternte Bienen notwendig waren, betätigten sich die Landwirte auch als Zeidler. Kaum eine Rolle spielte dagegen der Weinbau. Das Kastenamtsbuch von 1492 erwähnt lediglich drei Weingärten, die sich im Bereich Spindlerweg / Bachleite befanden.<sup>226</sup> Zur landwirtschaftlichen Infrastruktur gehörte in Creidlitz auch eine Schmiede. 1816 erkaufte sich der Schmiedemeister Heinrich Hofländer das seit 1728 genehmigte Feuerrecht und eröffnete im ehemaligen Hirtenhaus der Gemeinde in der Creidlitzer Straße Nr. 91 eine Schmiede. Diese bestand bis ungefähr 1965.<sup>227</sup>

<sup>220</sup> LANDESAMT, Ortsverzeichnis 1987 (wie Anm. 111), S. 287; COBURGER TAGEBLATT (Hrsg.), 25 Jahre Gebietsreform des Landkreises und der Stadt Coburg, Kulmbach 1997, S. 5; WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT, Wirtschaftsraum (wie Anm. 111), S. 8.

<sup>221</sup> Bezeichnung für ein landwirtschaftlich geprägtes Lehen, welches einem mittelgroßen Bauernhof entsprach. Vgl.: J. GRIMM / W. GRIMM, Deutsches Wörterbuch, Bd. 9, Berlin 1935, Sp. 1456.

<sup>222</sup> Ein Söldengütl entsprach einem kleinen Bauernhof mit wenig Land und Vieh. Vgl.: J. G. KRÜNITZ, Ökonomisch-technische Enzyklopädie, Bd. 155, Berlin 1832, S. 301.

<sup>223</sup> StACo, LA M 100, Steueranschlag Creidlitz, 1728. In einem Fall konnte die Größe des landwirtschaftlichen Betriebes nicht festgestellt werden.

<sup>224</sup> MÜLLER, Entwicklung (wie Anm. 218), S. 5 f.

<sup>225</sup> MATTERN, Dörfer (wie Anm. 1), S. 79; MÜLLER, Entwicklung (wie Anm. 218), S. 7.

<sup>226</sup> StACo, LA M 79, Kastenamtsbuch 1492; StACo, LA M 100, Steueranschlag Creidlitz 1728; GREINER, Geschichte (wie Anm. 214), S. 15.

<sup>227</sup> StACo, LA M 100, fol. 48, 282, Steueranschlag, 1728; WIPPENBECK, Geschichte (wie Anm. 214), S. 23.



*Abb. 16: Der Gutshof Hambach bei Creidlitz um 1930.*

Unter den bereits oben erwähnten Bauerngütern in Creidlitz ist vor allem der Gutshof Hambach zu nennen. Er wurde erstmals 1340 urkundlich erwähnt.<sup>228</sup> 1352 verkauften Heinrich XVII. und Otto IV. von Schaumberg das Gut dem Kloster Saalfeld. Die Abtei verpachtete Hambach teilweise an einen Schäfer, der neben der Schaf- auch Viehhaltung betrieb. Der Viehbestand dieses Betriebes schwankte zwischen 255 und 380 Tieren. Auch stellte der sogenannte Propsteischäfer Butter, Milch und Wolle her. Die Erträge wie auch die Kosten gingen zu gleichen Teilen an den Schäfer und an das Kloster.<sup>229</sup> Die Schafhaltung wurde nach der Einführung der Reformation weiterbetrieben. 1664 umfasste die Schafherde noch 80 Tiere.<sup>230</sup> Wann genau die Schäferei aufgegeben wurde, lässt sich aus den Akten nicht ersehen. Es dürfte aber hier ein fließender Übergang hin zu einem Bauernhofbetrieb mit typischem Viehbestand stattgefunden haben. Neben der Schäferei existierte in Hambach seit 1531 der einzige Hopfengarten im ganzen Coburger Land. Der dort geerntete Hopfen wurde mit dem aus Gerste und Dinkel gewonnenen Malz verarbeitet und in die Propstei nach Coburg zum Bierbrauen geliefert. Der Hopfenanbau endete allerdings schon 1541.<sup>231</sup> Der Bauernhof selbst wurde bis 1951 betrieben. Letzter Landwirt war seit 1913 der Philologe Dr. Rudolf Hassenstein (1876-1951), der seine akademische Karriere für ein Leben auf dem Land und in der Natur aufgab.

<sup>228</sup> GRAßMUCK, Ortsnamen (wie Anm. 11), S. 33.

<sup>229</sup> StACo, LA F 8023, fol. 49r, 92v-93v, Regesten bei: O. v. SCHAUMBERG (Bearb.), Regesten des fränkischen Geschlechts von Schaumberg. Ein Beitrag zur Geschichte der Itz- und Obermainlande, Bd. II 1301-1400, Coburg 1939, Nr. 108-111; StACo, LA F 8023, fol. 49v-50v, Urkunde des Grafen Sigmund zu Gleichen, Pfleger zu Coburg, o. D.; H. KOCH, Geschichte des Hofes Hambach, Würzburg 1979, S. 12; TALAZKO, Propstei (wie Anm. 5), S. 183-189.

<sup>230</sup> StACo, LA M 85, Steueranschlag des Kastenamts Coburg, 1664, fol. 238.

<sup>231</sup> TALAZKO, Propstei (wie Anm. 5), S. 151 f.; KOCH, Geschichte (wie Anm. 229), S. 13.

Als Gelehrter, überzeugter Pazifist und als jemand, der außerhalb der üblichen Lebensgewohnheiten stand (Hassenstein trug schulterlanges Haar und verzichtete größtenteils auf das Tragen von Schuhen), war er über die Dorfgrenzen von Creidlitz hinaus bekannt.<sup>232</sup>



Abb. 17: Werbekarte des Gasthofs & Fleischerei Büchner (später „Goldene Sonne“) mit einem Blick auf den Kinosaal der Sonnen-Lichtspiele Creidlitz, um 1960.

Neben den vielen Bauernhöfen und der Schmiede gab es im frühneuzeitlichen Creidlitz auch einen Gasthof. 1752 suchte der Schultheiß Martin Reichenbecher um eine Wirtschafts- und Gastgerechtigkeit für sein Haus in der Creidlitzer Straße Nr. 93 nach. Später erhielt Reichenbecher von der Landesregierung die Erlaubnis, Bier auszuschenken. Seit 1829 war der Gasthof im Besitz von Johann Büchner. Seine Familie betrieb das Gasthaus über Generationen hinweg bis zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Zu diesem Betrieb gehörte auch eine Metzgerei und bis 1902 eine Brauerei. Zudem besaß das Lokal eine Kegelbahn und einen Tanzsaal. Die Gaststätte war auch lange Jahre unter dem Namen „Goldene Sonne“ bekannt und besaß einen guten Ruf in der Bevölkerung. Das Wirtshaus musste allerdings Ende 2019 aus privaten Gründen aufgegeben werden. Es ist heute reines Wohnhaus.<sup>233</sup> Die „Goldene Sonne“ war allerdings nicht das einzige Gasthaus im Ort. Mit dem rasanten Bevölkerungszuwachs zu Anfang des 20.

<sup>232</sup> E. ECKERLEIN, Erinnerungen an Dr. Rudolf Hassenstein und an Hambach, in: DERS., Coburger Heimat. Bd. IV, Coburg 1983, S. 65 ff.

<sup>233</sup> StACo, LA F 13.075, Gesuch um Wirts- und Gastgerechtigkeit, 1756-65; StACo, LA M 100, fol. 105v-106r, Steueranschlag, 1728; StACo, LA M 736, fol. 37, Steueranschlag, 1868; OTTO, Gaststättenführer (wie Anm. 119), S. 22; VATKE, Brauereien (wie Anm. 26), S. 134.

Jahrhunderts kamen zwei weitere Lokalitäten hinzu: Zum einen die Gaststätte „Zum Bahnhof“ (1905) in der Creidlitzer Straße Nr. 133, die über einen eigenen Tanzsaal verfügte, und zum anderen die Bierwirtschaft „Grüner Baum“ (1903) in der Creidlitzer Straße Nr. 121. Ein viertes Lokal, die Gaststätte „Zur Quelle“ am Hambacher Weg Nr. 7, eröffnete 1929.<sup>234</sup> Diese gastronomische Struktur blieb fünf Jahrzehnte erhalten und wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch Vereins- und Sportgaststätten ergänzt. Eine grundlegende Änderung erfolgte erst mit der Schließung der beiden Gasthäuser an der Creidlitzer Straße 1979 und 1981.

Die Dominanz der Landwirtschaft ging in Creidlitz zunächst mit der 1863 eingeführten Gewerbefreiheit zurück, als die ersten Menschen damit begannen, eigene Handwerks- und Handelsbetriebe zu eröffnen. Eine Gewerbekartei aus dem Jahr 1905 vermerkte bereits 23 Unternehmen, darunter neun Milchgeschäfte, vier Flaschenbierhandlungen und drei Korbflechter. In den Jahren danach kam es zu vereinzelter Gründungen von Handwerksbetrieben. Nach dem Zweiten Weltkrieg verfügte Creidlitz über alle Gewerbebetriebe, die für das alltägliche Leben der Menschen nötig waren. Dieser Umstand wurde in der Festschrift zur 1100-Jahrfeier der Ersterwähnung von Creidlitz im Jahr 1970 besonders hervorgehoben.<sup>235</sup> Erst durch die steigende Mobilität der Einwohner, neue Konsumgewohnheiten und das Aufkommen von Verbrauchermärkten sollte sich ab den 1970er-Jahren die gewerbliche Landschaft vollständig ändern.

Eine große Bedeutung für Creidlitz besaß die Industrialisierung, die vor allem durch die beiden Rittmeister Albert Rose und Otto Schulz vorangetrieben wurde. Sie gründeten 1895 und 1901 in Bahnhofsnähe zwei Fabriken: Zunächst die Porzellanfabrik Rose, Schulz & Co (später Porzellanfabriken Creidlitz AG) und schließlich die Dampfziegelei Creidlitz GmbH.<sup>236</sup> Die Gründung beider Betriebe führte in der Folge zur Bildung von Arbeitervereinen, einem mitgliederstarken SPD-Ortsverband sowie zum Bau der ersten Arbeiterwohnhäuser in Creidlitz, bspw. 1903 im heutigen Rennerweg oder 1906 im Kalten Grund.<sup>237</sup> Daneben ließen sich weitere Firmen im Ort nieder. So errichtete die Firma Siebert & Hertwig im Jahr 1903 am Hambacher Weg (Nr. 12) eine zweite Porzellanfabrik im Ort. Dieser Standort wurde aber schon bald nach dem Konkurs der Firma Siebert & Hertwig von den Creidlitzer Porzellanfabriken als Werk II übernommen. 1938 erwarb die Korbwarenfabrik Franz Müller aus Coburg das repräsentative Fabrikgebäude.<sup>238</sup>

<sup>234</sup> StadtACo, B 700-5, Bau eines Gasthauses, 1905; StadtACo, B 702-21, Bau eines Tanzsaales, 1910; SCHILLING, Creidlitz (wie Anm. 3), S. 74, 76.

<sup>235</sup> StadtACo, A 8357, fol. 1 f, Gewerbekartei, 1905; MÜLLER, Entwicklung (wie Anm. 218), S. 8 f.; SCHILLING, Creidlitz (wie Anm. 3), S. 71-77.

<sup>236</sup> MÜLLER, Entwicklung (wie Anm. 218), S. 10.

<sup>237</sup> StACo, LRA Co 10.579, Bebauungsplan Creidlitz, 1899; SCHILLING, Creidlitz (wie Anm. 3), S. 121 f.; StadtACo, B 698-19 und 698-21, Bau von Arbeiterwohnhäusern im Rennerweg 1903; StadtACo, B 700, Bau von Arbeiterwohnhäusern im Kalten Grund, 1906. Der Name Rennerweg rührt von dem Stöppacher Maurermeister Johann Renner her, der diese Arbeiterwohnhäuser gebaut hat. (Vgl. EBERLEIN, Straßennamen (wie Anm. 24), S. 107).

<sup>238</sup> MORSBACH/TITZ, Stadt Coburg (wie Anm. 25), S. 443; R. SCHÄFER, Das industrielle Erbe im Coburger Stadtbild, in: REGIONALVERBAND COBURG IM BDS (Hrsg.), Coburger Unternehmerteist. Beiträge zur wirtschaftlichen Entwicklung einer Region, Coburg 2014, S. 107.



*Abb. 18: Blick auf das Industriegebiet mit der Porzellanfabrik Creidlitz AG (oben links), den Arbeiterwohnhäusern im Kalten Grund (Mitte) und der Dampfziegelei Creidlitz (rechts), um 1930.*



*Abb. 19: Belegschaft der Porzellanfabrik II, um 1920.*

Auch das Industriegebiet am Bahnhof dehnte sich mit der Gründung der Metallwarenfabrik Hermann Koch im Jahr 1914 weiter aus.<sup>239</sup> Durch den Ersten Weltkrieg und der anschließenden Wirtschaftskrise stagnierte jedoch die weitere Industrialisierung. Erst in den 1930er-Jahren nahm diese Entwicklung wieder Fahrt auf, als sich eine Kinderwagen- und zwei Polstermöbelfabriken in Creidlitz niederließen. Da südlich des Dorfes eine weitere Ausdehnung des Industriegebietes wegen fehlender Flächen nicht mehr möglich war, eröffneten die Unternehmen ihre Betriebe ausschließlich im Norden des Ortskerns. Nach dem Zweiten Weltkrieg siedelten sich dort weitere Fabriken an, sodass die Industrialisierung des Dorfes in den frühen 1960er-Jahren ihren Höhepunkt erreichte. Die Realsteuerkraft der Gemeinde betrug in denen Jahren 119,57 DM pro Einwohner, womit Creidlitz an der 18. Stelle im Landkreis stand. Die Einwohnerschaft bestand sogar aus 70 Prozent Arbeitern. Diese Blüte führte aber auch dazu, dass es im nördlichen Industriegebiet keine Ausdehnungsflächen mehr für Firmen gab. Mindestens drei Unternehmen verlagerten deshalb ihre Betriebsstätten an andere Standorte. Nach 1971 verblieben noch vier größere Industriebetriebe in Creidlitz.<sup>240</sup> Mit dem Beginn des Digitalzeitalters in den 1980er- und 1990er-Jahren verlor die Industrie für den Ort aber an Bedeutung. Einige Unternehmen schlossen in diesem Zeitabschnitt wegen Absatzmangels ihre Pforten, so die Korbwarenfabrik Müller (1985) oder die Porzellanfabriken Creidlitz (1994). Schon in den 1960er-Jahren schloss die Dampfziegelei Creidlitz ihre Tore, nachdem die Bodenrohstoffe vollständig abgebaut waren. Andere Unternehmen konnten sich bis in die Gegenwart hinein behaupten.<sup>241</sup>

#### 6.4 Kirche und Schule

Auf Grundlage der bereits erwähnten Urkunde des Würzburger Bischofs Albero (1010-1090) aus dem Jahr 1075 gehörte Creidlitz für über 450 Jahre zum Pfarrsprengel der Saalfelder Benediktinerpropstei. Zunächst auf dem Festungsberg liegend verlegten die Mönche das zentrale Gotteshaus um 1150 ins Tal an die Stelle des heutigen Moritzkirche. Nach der Reformation kam Creidlitz an die neugegründete Pfarrei Seidmannsdorf. Dorthin führte ein eigener Kirchweg, die sogenannte Totengasse. Dieser Namen erinnert an die Tatsache, dass die Creidlitzer Einwohner auch den Seidmannsdorfer Friedhof mitbenutzten. Diese kirchliche Zugehörigkeit endete 1840 mit dem Anschluss an die Pfarrei Niederfüllbach.<sup>242</sup> Erste Schritte hin zu einer eigenen Kirche gab es während der Industrialisierung ab den 1920er-Jahren, als die Zahl der Einwohner rasant anstieg. Der damalige Niederfüllbacher Pfarrer Albert Greiner (1868-1945) begann ab 1927 damit, in Abständen von 14 Tagen Andachten für die gläubige Dorfbevölkerung zu halten. Er plante auch, eine Kapelle zu bauen, wofür er bereits Geld sammelte. Zudem

<sup>239</sup> MÜLLER, Entwicklung (wie Anm. 218), S. 11.

<sup>240</sup> Ebd.; StadtACo, Stadtchronik 1972, Nr. 11/2, W. BÜTTNER, „Unsere Stadt ist gerettet. Ohne diesen Zuwachs wäre Coburg in seinen Grenzen erstickt“; StACo, LRA Co 14.656, Gemeindevisitation vom 30.6.1966; Coburger Tageblatt vom 26.9.1959.

<sup>241</sup> StadtACo, Stadtchronik 1977/2, Nr. 64/1 vom 20.12.1977; StadtACo, Coburgica XII/71, S. 30; MORSBACH / TITZ, Stadt Coburg (wie Anm. 25), S. 443; SCHÄFER, Erbe (wie Anm. 238), S. 107.

<sup>242</sup> StACo, Konsistorium 201, Eingliederung von Creidlitz in die Pfarrei Niederfüllbach, 1840; GREINER, Geschichte (wie Anm. 214), S. 7. Anstelle der Totengasse verläuft heute der Spindlerweg.

sprach er sich für die Anstellung eines zweiten Pfarrers aus. Diese weitsichtigen Ideen und Vorschläge wurden jedoch wegen des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs zurückgestellt.<sup>243</sup> Kirchenvorstand und Gemeinde griffen aber das Thema nach 1945 wieder auf. Die Schaffung neuer kirchenorganisatorischer Strukturen war nun umso dringlicher geworden, da durch den Zuzug von Vertriebenen und Flüchtlinge weitere Menschen nach Creidlitz gekommen waren. 1954 beschlossen daher die zuständigen Gremien den Bau eines Gotteshauses. Mit dem Kirchenbau wurde der Coburger Architekt Reinhard Claaßen (1886-1960) beauftragt. Als Standort wählten Gemeinde und Kirchenvorstand eine Anhöhe oberhalb des Kernortes aus. Unter der architektonischen Leitung Claaßens konnte das Kirchengebäude nach einjähriger Bauzeit 1956 fertiggestellt werden. Zum Namensgeber für das Gotteshauses avancierte der Reformator Martin Luther (1483-1546). In der Folge entstanden weitere kirchenorganisatorische Einrichtungen, so 1962 ein Pfarrhaus, 1969 ein eigener Friedhof mit Leichenhalle und 1980 ein modernes Jugend- und Gemeindehaus. Die langersehnte kirchliche Selbstständigkeit erhielt Creidlitz im Jahr 1964.<sup>244</sup>

Mit dem Zuzug von Vertriebenen und Flüchtlingen kamen auch viele Katholiken in den Ort. So wuchs eine eigene katholische Gemeinde heran, die 1957 insgesamt 511 Personen (rd. 18 Prozent der Gesamtbevölkerung) zählte. Vor 1945 lebten lediglich 25 Katholiken in Creidlitz, welche den Gottesdienst in der Coburger St. Augustin-Kirche besuchten. 1949 wurde im Gasthaus Büchner die erste katholische Messe gefeiert. Zu diesem Gottesdienst kamen auch die Katholiken aus den Nachbarorten, bspw. aus Ahorn oder Niederfüllbach. Creidlitz profitierte hier von seiner zentralen Lage. Dies bildete die Grundlage für die Bildung einer katholischen Kirchengemeinde. Da es keine geeigneten Versammlungsräume gab, gründete sich 1958 ein Kirchenbauverein. Ihm gelang es, durch Spenden einen Betrag von 11.000 DM für den Bau eines Gotteshauses einzusammeln. Die Gemeinde unterstützte das Projekt und stellte ein geeignetes Baugrundstück am Rennerweg kostenlos zur Verfügung. Von 1960 bis 1961 errichtete schließlich der Architekt Josef Rauschen auf diesem Grundstück ein neues Gotteshaus, welches der Hl. Elisabeth von Thüringen geweiht wurde. Neben der Kirche entstanden Gemeinderäume, die aufgrund zunehmender religiöser Aktivitäten 1978 erweitert wurden.<sup>245</sup>

Lange Jahre gehörte Creidlitz auch zum Seidmannsdorfer Schulsprengel. Das änderte sich, als um 1780 wie in Rögen eine Präzeptorenschule eröffnet wurde. Diese Einrichtung bestand rd. 60 Jahre. Sie mussten jedoch wegen des hohen finanziellen Aufwands für die Gemeinde und wegen der geringen Schülerzahl (rd. 13 Kinder) geschlossen werden. Creidlitz führte daher seit 1829 Gespräche mit der Nachbargemeinde Niederfüllbach, um einen Schulzweckverband ins Leben zu rufen. Nach neunjährigen Verhandlungen, in denen es um die Finanzierung des Lehrpersonals und um den baulichen Unterhalt des Schulhauses ging, konnten die Creidlitzer

<sup>243</sup> GREINER, Geschichte (wie Anm. 214), S. 8.

<sup>244</sup> D. EBERWEIN / W. BEYHL, Kirchengemeinde Creidlitz, in: KOLLMER, Kirchengemeinde (wie Anm. 35), S. 79 f.; MORSBACH / TTITZ, Coburg (wie Anm. 25), S. 442 f.

<sup>245</sup> A. BRINGMANN, St. Elisabeth Creidlitz. Werden von Gemeinde und Kirche, in: SCHILLING, Creidlitz (wie Anm. 3), S. 68 ff.

Kinder nach Niederfüllbach 1838 umgeschult werden.<sup>246</sup> Die schulische Verbindung in den Süden hielt bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Der starke Bevölkerungszuwachs im Zuge der Industrialisierung führte aber dazu, dass sich die Gemeinde schnell um den Bau eines eigenen Schulhauses bemühen musste. Unter dem energisch auftretenden Schultheißen Gehrlacher kamen die Planungen für dieses Projekt schnell voran. 1904 konnte nach einjähriger Bauzeit ein neues Schulgebäude am heutigen Florianweg eingeweiht werden. Damit entstand eine weitere wichtige Institution im Dorf. Das Haus verfügte anfangs über zwei Klassenräume, eine Lehrerwohnung und wurde von 110 Schülern besucht.<sup>247</sup> Weiteres Bevölkerungswachstum führte aber dazu, dass bis 1919 drei weitere Lehrer eingestellt und bis 1913 zwei weitere Klassenzimmer eingerichtet werden mussten. Das Problem zunehmender Schülerzahlen blieb weiterhin bestehen, besonders nach dem Zweiten Weltkrieg, als zahlreiche Vertriebene und Flüchtlinge nach Creidlitz kamen. Die Gemeinde stand wie viele andere bayerischen Kommunen vor der Notwendigkeit, ihre Schulräume zu erweitern. Dies geschah 1958 mit Errichtung eines fünften Klassenzimmers.<sup>248</sup> In den 1960er-Jahren wurde den politisch Verantwortlichen aber zunehmend klar, dass das Schulhaus den Ansprüchen eines modernen Schulbetriebes nicht mehr genügte. Die Initiative für eine strukturelle Veränderung kam ab 1964 vom Coburger Landratsamt. Dieses schlug die Gründung einer neuen gemeinsamen Verbandsschule für Creidlitz und Niederfüllbach vor. Während sich die Creidlitzer Gemeinderäte für diese Idee offen zeigten, reagierte der Gemeinderat des Nachbardorfes sehr zurückhaltend. Erheblichen Widerstand leisteten die Eltern der Schulkinder. Sie fürchteten sich vor einem Abfall des Bildungsniveaus und kritisierten in scharfer rhetorischer Form, dass man ihre Kinder in eine andere Schule „deportieren“ würde. Derartige Vorbehalte gegen Verbandsschulen waren damals die Regel. Aufgrund der großen Widerstände wurde dieser Vorschlag zunächst nicht weiterverfolgt. 1966 griff ihn Landrat Klaus Groebe unter dem Eindruck steigender Schülerzahlen wieder auf. Der Creidlitzer Bürgermeister Hans Blümlein schlug dabei ein Zusammengehen mit den Schulgemeinden in Seidmannsdorf und Lützelbuch-Rögen vor. Nachdem sich aber die beiden Schulverbände 1968 dem Coburger Schulsystem angeschlossen hatten, fiel diese Alternative weg. Die Entscheidung über die Schulzugehörigkeit fiel aber zunächst 1969 im bayerischen Kultusministerium. Nach dem Willen der obersten Verwaltungsbehörde war in Grub am Forst der Bau einer Verbandsschule geplant. Dorthin sollten die Creidlitzer Schüler der 5. bis 9. Jahrgangsstufe verwiesen werden. Für die 1. bis 4. Jahrgangsstufe sah das Ministerium die Weiterführung des seit 1968 bestehenden Schulzweckverbandes zwischen Niederfüllbach und Creidlitz vor. Diese Zuweisung stieß aber auf wenig Begeisterung. Denn Creidlitz hatte schon positive Gespräche mit Coburg zwecks Eingliederung in das dortige Schulsystem geführt. Für den Gemeinderat ging es dabei hauptsächlich um die Frage, wohin die Verschiebung der Schüler mit einem von der Gemeinde finanzierten Schulbussystem günstiger wäre. Dies gab den Ausschlag für Coburg. Als der Coburger Stadtrat im Juni 1970 seine Zustimmung

<sup>246</sup> StACo, Patronatsgericht Niederfüllbach 56; StACo, LRA Co 8285, Einschulung nach Niederfüllbach, 1833-40.

<sup>247</sup> StACo, LRA Co 8597, Bau einer neuen Schule in Creidlitz, 1902-06; StadtACo, A 8351, der Schulbau in Creidlitz, 1903/04; StadtACo, Coburgica II/75, 50 Jahre Volksschule Creidlitz, S. 3.

<sup>248</sup> StACo, LRA Co 9468-9471, Besetzung der Schulstellen in Creidlitz; StadtACo, Coburgica II/75, S. 3, 5 f.; Coburger Tageblatt vom 17.2.1956; Neue Presse Coburg vom 17.1.1958 und 8.8.1958.



für die Aufnahme der insgesamt 38 Creidlitzer Hauptschüler zum Schuljahr 1971/72 gab, waren die Pläne des Kultusministeriums gescheitert.<sup>249</sup>

### 6.5 Justizwesen

Gerade in Creidlitz lässt sich ablesen, wie stark im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit Grund- und Landesherrschaft auf der einen und die Rechtsprechung auf der anderen Seite miteinander verwoben waren. So oblag die Blut- und Hochgerichtsbarkeit in diesem Dorf dem Zentgericht Lauter mit Sitz in Coburg. Die Gemeinde musste dem Gericht einen Schöffen und einen Rüter (Ankläger) stellen. Davon befreit war ein Anwesen, der sogenannte Rosenauer Hof an der Creidlitzer Straße (Nr. 92), der unzentbar blieb. Das bedeutet, dass die höhere Gerichtsbarkeit nicht beim Landesherrn, sondern beim Grundherrn lag. Im konkreten Fall übten die Rittergutsbesitzer in Ahorn die Blut- und Hochgerichtsbarkeit aus.<sup>250</sup> Die niedere Gerichtsbarkeit oblag im Mittelalter als einzigem Grundherrn dem Kloster Saalfeld. Für die Verwaltung ihrer Güter setzte die Abtei Vögte ein, die auch die Rechtsprechung vor Ort übernahmen. Nach Schilling waren dies u. a. die Ritter von Schaumberg auf Niederfüllbach. Das Kloster vergab aber auch einige Lehen an Niederadelige, so an die Ritter von Coburg auf Einberg und die Ritter von Rosenau auf Ahorn.<sup>251</sup> Inwieweit sich daraus eine dezentrale Rechtsprechung zwischen verschiedenen Gerichtsherrn entwickelt hat, lässt sich anhand der Quellen nicht sagen. Sie ist erst für das 16. Jahrhundert nachweisbar. Gerade nach 1526 kam es im Creidlitzer Justizwesen zu nachhaltigen Veränderungen. Mit der Auflösung des Klosters Saalfeld im Zuge der Reformation fiel die Abtei als Grundherrn weg. Die Ritter von Rosenau und Coburg nutzten dieses Vakuum und übernahmen auf ihren Gütern (jeweils drei an der Zahl) die Rolle der Grundherren. Damit verbunden war die Übernahme der Niedergerichtsbarkeit auf den jeweiligen Anwesen. Die restlichen acht Klosterlehen (darunter das Gut Hambach), die direkt von der Abtei bzw. der Propstei bewirtschaftet worden waren, fielen zunächst den wettinischen Landesherrn zu. 1555 übergaben sie die Güter der Stadt Coburg, die fortan über die Lehenschaften frei verfügen konnte. Die niedere Rechtsprechung oblag seither dem Coburger Stadtgericht. Einen weiteren Wechsel der rechtlichen Zuständigkeit erlebte Creidlitz 1596 mit dem Aussterben des Rittergeschlechts der Coburger. Deren Grundbesitz fiel vollständig an die Landesherrschaft, also an Herzog Johann Casimir von Sachsen-Coburg (1564-1633) zurück. Dieser behielt die Creidlitzer Lehen, wodurch das sächsische Amt Coburg die Niedergerichtsbarkeit auf den drei Gütern besaß.<sup>252</sup> An dieser Dreiteilung im niederen Gerichtswesen änderte sich bis zum Ende des Frühen Neuzeit nichts mehr. Erst 1801 kam es im

<sup>249</sup> StACo, LRA Co 16.523, Nr. 110, Bildung eines Schulzweckverbandes; StACo, LRA Co 16.418, Nr. 210, Schulfähigkeit von Creidlitz; KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 12; MATTERN, Dörfer (wie Anm. 1), S. 76. Für das Schuljahr 1971/72 wurden für die Creidlitzer Schule mit 227 Schülern gerechnet.

<sup>250</sup> StACo, LA M 1, Erbbuch, 1516; WIPPENBECK, Geschichte (wie Anm. 214), S. 5; GRUNER, Beschreibung (wie Anm. 5), S. 172.

<sup>251</sup> KOCH, Lehenbuch (wie Anm. 123), S. 112, 120; SCHULTES, Diplomatische Geschichte (wie Anm. 45), S. 116; TALAZKO, Propstei (wie Anm. 5), S. 203; SCHILLING, Creidlitz (wie Anm. 3), S. 43. Das Kloster besaß ursprünglich zwei Höfe, sechs Güter, zwei Sölden und ein Haus mit Garten.

<sup>252</sup> StACo, LA M 100, Steueranschlag, 1728; GRUNER, Beschreibung (wie Anm. 5), S. 172; E. SIEGEL, Heimatskunde und Ortschronik von Einberg, Norderstedt 2017, S. 128; KOCH, Geschichte (wie Anm. 229), S. 16.

Zuge der Verwaltungsreformen des Staatsministers von Kretschmann zu einer Vereinfachung des Justizsystems. Als zentrale Institution schuf der Politiker das Justizamt Coburg, welches die gesamte Rechtsprechung im Fürstentum Coburg übernahm. Von dieser Rationalisierungsmaßnahme unberührt blieben aber die Patrimonialgerichte des Landadels. So konnten die Ahorner Schlossherren noch bis 1848 auf ihren Creidlitzer Gütern Recht sprechen. Erst infolge der Deutschen Revolution von 1848/49 verloren die Adeligen diese Privilegien. Ab diesem Zeitpunkt lag bis zur Einführung des heutigen Gerichtssystems im Jahr 1879 die Rechtsprechung in Creidlitz in der Hand eines Organs.<sup>253</sup>

### 6.6 Vereinsleben und Feuerlöschwesen

Die über die Jahrzehnte stark ausgeprägte und vielseitige Vereinstätigkeit lässt sich in Creidlitz institutionell bis in die 1890er Jahre zurückverfolgen. Als erstes konstituierte sich 1895 ein Geselligkeitsverein namens Eintracht Creidlitz. Drei Jahre später folgte die Gründung eines Militärvereins.<sup>254</sup> Großer Beliebtheit erfreute sich auch der gemeinsame Gesang. 1904 wurden der Gesangsverein „Liederkrantz“ und einige Wochen später der Arbeitergesangsverein „Harmonie“ aus der Taufe gehoben. 1925 gesellte sich ein weiterer Gesangsverein hinzu. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 endete die Tätigkeit der drei Vereine. Sie wurden fortan in der Sängervereinigung Creidlitz zusammengefasst und gleichgeschaltet. Die Fusion blieb nach dem Zweiten Weltkrieg bestehen. Frauen waren zum Gesang zunächst nicht zugelassen. Erst 1955 konstituierte sich ein gemischter Chor. Heute (2022) besteht der Verein aus 24 aktiven Mitgliedern.<sup>255</sup>

Ein wichtiger Club im Vereinsleben ist bis heute auch die Turn- und Sportgemeinschaft (TSG) Creidlitz. Sie wurde 1908 von 45 aktiven Turnern als reiner Turnverein ins Leben gerufen. Als Turnraum diente zunächst der Tanzsaal des Gasthofs „Goldene Sonne“. In den Sommermonaten fanden die Turnstunden auf dem Schulturnplatz und später in einem Privatgarten statt. Neben Männern durften von Anfang an auch Frauen am Turnsport teilnehmen. Nach dem Ersten Weltkrieg gründeten sich innerhalb des Vereins die ersten Abteilungen, so 1919 für Fußball und 1930 für Handball. Die Fußballabteilung machte sich 1921 selbstständig und trat fortan unter dem Namen „SC Pfeil Creidlitz“ an. Dieser Verein bestand 18 Jahre und fusionierte 1939 wieder mit seinen Mutterverein. In diesem Zusammenhang entstand aus dem Turnverein die heutige Turn- und Sportgemeinschaft. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Sportangebot des Vereins facettenreicher. Es entstand eine „Hausfrauenabteilung“, aus der sich die heutige Frauengymnastikgruppe entwickelte. Daneben konstituierte sich eine Schwimm- und 1968 eine Tischtennisabteilung. Es gelang sogar 1954 einen Spielmannszug ins Leben zu rufen, der bis heute als Musikzug Creidlitz bei Umzügen auftritt. So verfügte der Verein im Jahr 1970 über sieben Abteilungen mit insgesamt 455 Mitgliedern (1995: 668 Mitglieder). Die nächsten 25 Jahre kamen weitere Sportarten wie Volleyball, Leichtathletik oder

---

<sup>253</sup> ANDRIAN-WERBURG, Gerichtsorganisation (wie Anm. 45), S. 39-74.

<sup>254</sup> StACo, LRA Co 594 und 595, Vereinsgründungen in Creidlitz 1895/1898.

<sup>255</sup> StACo, LRA Co 596, Satzung des Gesangsvereins Liedertafel, 1904; SCHILLING, Creidlitz (wie Anm. 3), S. 116 f.

Wintersport hinzu.<sup>256</sup> Problematisch gestaltete sich für Jahrzehnte das Fehlen eines Sportplatzes. Zunächst wurden Plätze in Niederfüllbach oder einfache Wiesen zum Spielen benutzt. Zeitweise fanden Sportveranstaltungen auf dem Kasernenhof der Coburger Landespolizei statt. 1932 gelang es, einen Spiel- und Sportplatz unterhalb des Steinrückens zu pachten. Dort entstand auch 1954 mit der sogenannten Sporthütte eine kleine Gastronomie. Während also das Sportplatzproblem relativ früh gelöst wurde, fehlte es lange an adäquaten Übungsstätten für die Turner. Dies änderte sich erst 1965 mit der Eröffnung der Turnhalle am Florianweg. Damit endete vorläufig der Ausbau der Sporteinrichtungen. Die weitere Modernisierung und Verbesserung der Sportanlagen übernahm nach 1972 die Stadt Coburg.<sup>257</sup> Neben dem Turnverein Creidlitz existierte in der Anfangszeit des örtlichen Turnsports ein weiterer Verein, der die gleichen sportlichen Ziele verfolgte. Es handelte sich dabei um die Freie Turnerschaft Creidlitz, die 1910 gegründet wurde. Dieser Verein musste sich 1933 im Zuge der nationalsozialistischen Machtübernahme auflösen. Die Mitglieder wechselten danach zu anderen Creidlitzer Sportvereinen.<sup>258</sup>

Neben den Sängern und Turnern konstituierten sich in der Kaiserzeit auch die Kleintierzüchter in einem bis heute bestehenden Verein.<sup>259</sup> Nach dem Ersten Weltkrieg gründeten versehrte Kriegsheimkehrer und Hinterbliebene gefallener Soldaten eine Ortsgruppe des Reichsbundes. Nachdem diese Organisation 1945 von den Alliierten verboten worden war, konstituierte sich 1947 in Creidlitz mit dem Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands (VDK) eine Nachfolgeinstitution, welche die sozialen Interessen ihrer Mitglieder bis heute vertritt.<sup>260</sup> 1932 entstand zudem ein Gartenbauverein, der in den Itzwiesen über eine eigene Kleingartenanlage verfügte. Wegen des Ausbaus der Bundesstraße 4 und deren Verlegung an den westlichen Ortsrand von Creidlitz musste diese Anlage aufgegeben werden. Als Ersatz diente ab 1984 eine neue Kleingartenanlage mit 14 Parzellen am Lehengraben. Dort wurde auch ein Obst-Lehrgarten angelegt.<sup>261</sup>

Nach 1945 entstanden zwei weitere Vereine, die gegenwärtig das gesellschaftliche Leben in Creidlitz prägen. Zunächst ist der 1963 gegründete Schützenverein Creidlitz zu nennen. Dessen Schießveranstaltungen fanden zunächst im Tanzsaal des Gasthofs „Zum Bahnhof“ statt. Allerdings war schon bald die Notwendigkeit einer eigenen Schießsportanlage gegeben. Mit Unterstützung der Gemeinde konnte der Verein am Lehengraben ein günstiger Bauplatz erwerben. Dort entstand ab 1965 ein neues Schützenhaus mit elf Luftgewährständen und zwei Kleinkaliberständen.<sup>262</sup> Ebenfalls im Jahr 1963 konstituierte sich der Creidlitzer Billard-Club,

<sup>256</sup> StACo, Coburgica XII/71, S. 48, 68; SCHILLING, Creidlitz (wie Anm. 3), S. 117-121.

<sup>257</sup> Coburger Tageblatt vom 26.9.1959; SCHILLING, Creidlitz (wie Anm. 3), S. 119, 121. Vgl. dazu auch das Kapitel über die Eingemeindung von Creidlitz nach Coburg.

<sup>258</sup> SCHILLING, Creidlitz (wie Anm. 3), S. 118 ff.

<sup>259</sup> SCHILLING, Creidlitz (wie Anm. 3), S. 122 f.

<sup>260</sup> StadtACo, Coburgica XII/71, S. 14.

<sup>261</sup> StadtACo, Coburgica XII/71, S. 19.

<sup>262</sup> SCHILLING, Creidlitz (wie Anm. 3), S. 131 f.; StadtACo, Coburgica XII/71, S. 40. Zur weiteren Geschichte des Schützenvereins vgl. die weitere Entwicklung des Ortes nach der Eingemeindung.

der seine Spiele zunächst im Gasthof „Grüner Baum“ abhielt. Nach einiger Zeit ließen vor allem die hohen Raummieten Kosten und Mitgliedsbeiträge derart steigen, dass kaum noch Vereinsmitglieder zu gewinnen waren. Aus diesem Grund fusionierten 1977 der Coburger und Creidlitz Billard-Club zu einem Verein. Die neu gegründeten Billardfreunde Creidlitz-Coburg sahen ihre Hauptaufgabe darin, das Billardspiel zu fördern, dieses weiter bekannt zu machen und eine turniergerechte Sportstätte zu schaffen. Dies gelang schließlich mit Hilfe der Stadt Coburg. Unter den Creidlitz Vereinen konnten die Billardfreunde die bisher größten Erfolge feiern. So gehörte der Club in Saisons 1990/91, 1992/93 und von 1996 bis 1998 der 2. Bundesliga an. Bei Bayerischen und Deutschen Meisterschaften erreichten Spieler und Spielerinnen Plätze unter den drei. Zudem nahmen Creidlitz Spieler an internationalen Wettbewerben teil. Gleichzeitig fanden bei den Billardfreunden nationale und internationale Meisterschaften statt. 2002 erfolgte eine weitere Fusion mit dem 1. Pool Billard Club Coburg.<sup>263</sup>

Mit der Einführung der Allgemeinen Feuerordnung 1834 wurde die moderne Basis für das Feuerlöschwesen in Creidlitz geschaffen. Zugleich entstand dadurch eine wichtige Institution im dörflichen Alltagsleben. Der Ort gehörte seit 1839 organisatorisch zum fünften Feuerwehrverein („Concurrenz“) im Amtsbezirk Coburg. An Feuerwehrgerätschaften besaß das Dorf zwei Feuerhäken, zwei Leitern und einen Feuerpickel. Die nächste Handdruckspritze befand sich in Niederfüllbach. Erst nach der neuen Feuerlöschverordnung von 1872 wurde zwei Jahre später eine eigene Handdruckspritze angeschafft. Zu der Ausstattung gehörten auch drei Feuerlöschteiche, die am Gutshof Hambach sowie an den Straßen nach Tribsdorf und Ketschendorf lagen. Die Mannschaft bestand seinerzeit aus drei Männern, die zu den Leitern und Häken gingen, vier Männer, welche für die Personenrettung zuständig waren, und zwei Männer die als Feuerboten in die Nachbarorte gingen, um Hilfe zu holen.<sup>264</sup> Aus dieser neunköpfigen Mannschaft entwickelte sich zunächst eine Pflichtfeuerwehr, die sich 1874 in eine Freiwillige Feuerwehr umwandelte. Organisatorisch unterstand diese ab 1872 nach der Auflösung der „Concurrenzen“ der Gemeinde. Die Oberaufsicht oblag dem Landratsamt. 1930 erfolgte schließlich die Gründung eines Feuerwehrvereins.<sup>265</sup> Ab 1945 legte die Gemeinde großen Wert auf die Modernisierung ihrer Feuerwehr. Dies zeigte sich zunächst anhand der finanziellen Investitionen in die Löschgerätschaften. Schon 1946 bzw. 1950 erwarb die Gemeinde eine 800-Liter-Tragkraftspritze mit dazugehörigem Anhänger, wodurch die alte Handdruckspritze außer Dienst gestellt werden konnte. Eine zweite Tragkraftspritze mit Anhänger kam 1958 hinzu. Daneben wurden immer wieder neue Feuerwehrschräume angeschafft. Aufgrund der baulichen Entwicklung von Creidlitz reichten diese beiden Spritzen für die Feuerbekämpfung aber bald nicht mehr aus. Deshalb erwarb die Gemeinde 1966 ein Löschgruppen-Fahrzeug

<sup>263</sup> StadtACo, Coburgica V/459, 40 Jahre Billardfreunde Creidlitz-Coburg e.V. Zur weiteren Historie des Vereins siehe die weitere Entwicklung des Ortes nach der Eingemeindung.

<sup>264</sup> StACo, LRA Co 15.159, Bürgermeister an Landratsamt, Creidlitz, 4.10.1945; Coburger Tageblatt vom 9.4.1958; SCHOLZ, Verordnungen (wie Anm. 51), S. 69, 71.

<sup>265</sup> Coburger Tageblatt vom 25.9.1959; SCHOLZ, Verordnungen (wie Anm. 51), S. 84; SCHILLING, Creidlitz (wie Anm. 3), S. 127.

mit technischem Zubehör, womit der Feuerschutz im Dorf wesentlich erhöht wurde.<sup>266</sup> Neben der Modernisierung des Löschgerätes konzentrierte sich die Gemeinde auf den Bau eines Feuerwehrgerätehauses. Ein solches konnte bereits 1949 der Feuerwehr übergeben werden. Es befand sich an der Creidlitzer Straße auf Höhe des Hauses Nr. 99. Dieses Gebäude besaß allerdings keine Unterstellmöglichkeit für das 1966 erworbene Löschgruppenfahrzeug. Deshalb beabsichtigte die Gemeinde bereits 1965, ein größeres Gerätehaus mit einem Schlauchrockenturm zu bauen. Nachdem die entsprechenden finanziellen Fördermittel bewilligt wurden, errichtete die Gemeinde am Florianweg 1968/69 ein neues Feuerwehrgerätehaus. Das Gebäude besaß neben Lagerräumen auch einen Aufenthalts- und Unterrichtsraum.<sup>267</sup> Die Zahl der Feuerwehrmänner bewegte sich in diesen Jahren zwischen 31 und 39.<sup>268</sup> Problematisch gestaltete sich in dieser Zeit die Löschwasserversorgung. Zwei der Löschteiche (Hambach und Creidlitzer Straße) lagen in privaten Händen und waren von deren Eigentümern entweder nicht instandgehalten worden oder konnten durch Baumaßnahmen von der Feuerwehr nicht mehr erreicht werden. Zudem musste der dritte Löschteich Richtung Triebsdorf einer vollbiologischen Kläranlage weichen. Die Gemeinde entschloss sich daher, unterm Buchberg und am Gemeindehaus in der Creidlitzer Straße zwei Löschwasserbehälter mit je 80 Kubikmeter Volumen zu errichten. Die beiden Behälter wurden 1968 fertiggestellt.<sup>269</sup> Die FFW Creidlitz war damit 1970 eine der modernsten Feuerwehren im Landkreis.

### 6.7 Infrastruktureller Aufbau

Der Aufbau der technischen Infrastruktur begann in Creidlitz im 20. Jahrhundert und ging in erster Linie von der Coburger Gasanstalt aus. 1910 gründete diese zur Versorgung der umliegenden Dörfer mit Elektrizität ein Überlandwerk. Zu den ersten Stromabnehmern gehörte Creidlitz. 1911 wurde die Hochspannungsleitung vom Coburger Überlandwerk aus in Betrieb genommen. Sie endete seinerzeit in Niederfüllbach. Die Dorfbewohner nahmen die Elektrizität durchaus positiv auf. Zwischen Dezember 1910 und Oktober 1913 finden sich zahlreiche Anträge für einen Stromanschluss. 1912 waren bereits 27 Wohnhäuser mit Elektrizität versorgt. Das Stromnetz des Ortes breitete sich in den nächsten Jahren weiter aus, sodass Creidlitz bald voll elektrifiziert wurde. Mit der Ausdehnung des Ortes vergrößerte sich auch das Stromnetz rasant. Um die Versorgung zur gewährleisten, wurde 1954 an der Lehengasse eine Transformatorstation errichtet und 1964 erweitert.<sup>270</sup> Einen Gasanschluss erhielt das Dorf 1954 über das Ferngaswerk in Neustadt bei Coburg. Nachdem rd. 80 Prozent aller Hauseigentümer

<sup>266</sup> StACo, LRA Co 15.159 und 15.160, Feuerwehr in Creidlitz.

<sup>267</sup> Ebd., SCHILLING, Creidlitz (wie Anm. 3), S. 127 f. Aufgrund des dort befindlichen Feuerwehrgerätehauses wurde der dort vorbeiführende Weg nach dem Schutzpatron der Feuerwehrleute, dem Hl. Florian benannt. (Vgl. EBERLEIN, Straßennamen (wie Anm. 24), S. 43.

<sup>268</sup> StACo, LRA Co 15.159, FFW Creidlitz an Landratsamt, Creidlitz, 9.1.1961; ebd., Gemeinde an Landratsamt, Creidlitz, 8.1.1962; Neue Presse Coburg vom 17.1.1957.

<sup>269</sup> StACo, LRA Co 15.159 und 15.160, Investitionen für die FFW Creidlitz.

<sup>270</sup> StACo, LRA Co 7512, Herstellung elektrischer Starkstromanlagen, 1910/11; StACo, LRA Co 7521, Herstellung von elektrischen Licht- und Kraftanlagen in Creidlitz, 1910-13, Coburger Zeitung vom 24.4.1912; Coburger Tagblatt vom 12.11.1954; Neue Presse Coburg vom 14.5.1964.

sich bereit erklärt hatten, ihre Anwesen an die Ferngasleitung anzuschließen, erhielten alle Haushalte einen Gasanschluss. Zum Service des Gaswerkes gehörte auch eine öffentliche Vorführung über den Umgang mit Gasherden, die in erster Linie an Hausfrauen gerichtet war.<sup>271</sup>



*Abb. 20: Der Personenbahnhof, um 1995.*

Aufgrund seiner Lage an der alten Handelsstraße nach Nürnberg spielte in Creidlitz der Verkehr immer eine große Rolle. Die technischen Erfindungen und Neuerungen im Bereich der Mobilität kamen deshalb hier eher an, als in den abseits der großen Verkehrsrouten liegenden Ortschaften. Relativ früh kam Creidlitz deshalb mit dem Eisenbahnverkehr in Berührung. Seit 1858 verlief westlich des Dorfes die sogenannte Werrabahn, die Eisenach und Lichtenfels miteinander verband. Einen Bahnhof besaß Creidlitz damals noch nicht. Die nächsten Haltestellen befanden sich in Coburg und Niederfüllbach. Doch schon bald tauchten Forderungen nach einem eigenen Bahnhof auf. Diese wurden immer nachdrücklicher, je mehr Menschen mit der Eisenbahn reisten. Die Werra-Eisenbahn-Gesellschaft als Eigentümer der Bahnstrecke hielt sich in dieser Frage aber lange zurück. Dies änderte sich 1892, als die ersten Planungen

<sup>271</sup> Coburger Tageblatt vom 25.9.1954; Neue Presse Coburg vom 25.11.1954; Neue Presse Coburg vom 9.12.1954.

für die sogenannte Itzgrundbahn nach Rossach aufgenommen wurden. Diese Bahn sollte als Nebenstrecke von der Werrabahn auf Höhe von Creidlitz abzweigen. Die Königl.-Preuß. Staatsbahn, als Nachfolger der Werra-Eisenbahn-Gesellschaft, plante deshalb dort den Bau eines Keilbahnhofs mit zwei Bahnsteigen. In den nächsten acht Jahren ging die Bahn daran, diesen Plan zu realisieren. Anfang Dezember 1900 wurde schließlich der neue Creidlitzer Bahnhof eingeweiht. Der Ort bekam so einen Anschluss zur Werra- und zur Itzgrundbahn. Der Bahnhof in Niederfüllbach wurde hingegen wegen der geringen Entfernung zum neuen Haltepunkt geschlossen.<sup>272</sup> In den Folgejahren wurde der Personenbahnhof immer weiter ausgebaut. So erhielt er 1902 einen Güterschuppen, 1906 einen Kiosk sowie einen Warteraum für die Reisenden der zweiten und dritten Klasse, und schließlich 1910 ein Petroleumlager. Weitere technische Einrichtungen wie zum Beispiel ein Stellwerk (1934) kamen ebenfalls hinzu.<sup>273</sup> Diese Erweiterungen zeigen, dass der Bahnhof nicht nur von den Dorfbewohnern, sondern auch von der Industrie positiv angenommen wurde. 1934 hielten täglich neun Personenzüge in jeder Richtung auf der Werrabahnstrecke an. Auf der Itzgrundbahnstrecke fuhren pro Tag vier Personenzüge nach Rossach und kehrten von dort wieder zurück. Die Frequentierung am Creidlitzer Bahnhof stieg mit den Jahren weiter an und erreichte in den 1950er-Jahren ihren Höhepunkt. So fuhren 1953 täglich sieben Personenzüge nach Rossach und kehrten von dort zurück. Erst die zunehmende Motorisierung des Straßenverkehrs ließ die Zahl der Bahnreisenden und Pendler zurückgehen.<sup>274</sup>

Die Einrichtung und Inbetriebnahme einer öffentlichen Verkehrslinie von Creidlitz nach Coburg wurde schon 1928 in Erwägung gezogen. Die Idee dazu stammte von der neugegründeten Coburger Omnibusgesellschaft und dem Landratsamt. Ziel war ein besserer Verkehrsanschluss der Vorortgemeinden an die Vestestadt. Hierfür wurde 1929 eine Linie von Coburg über Creidlitz nach Niederfüllbach in Betrieb genommen.<sup>275</sup> Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurden sämtliche Omnibuslinien, welche inzwischen von der Reichspost betrieben worden waren, eingestellt. Um 1950 nahmen die städtischen Verkehrsbetriebe den Busverkehr nach Creidlitz wieder auf. Aktuell kann der Ort über zwei Linien erreicht werden. Im Dorf selbst gibt es acht Haltestellen, die an Wochentagen von Coburg aus 30-mal angefahren werden.<sup>276</sup>

Mit der zunehmenden Mobilität der Bevölkerung stieg die Nachfrage nach Benzin für Personenkraftwagen und landwirtschaftliche Nutzfahrzeuge. Für Creidlitz spielte wegen seiner Lage an der Reichsstraße 4 auch der Fernverkehr eine wichtige Rolle. Dadurch steigerte sich

---

<sup>272</sup> S. DIETSCH / S. GOLDSCHMIDT / H. LÖHNER, Die Werrabahn. die Geschichte der längsten Nebenfernstrecke Deutschlands, Neustadt b. Coburg 2008; W. BLEIWEIS / S. GOLDSCHMIDT / B. SCHMITT, Eisenbahn im Coburger Land, Coburg 1996, S. 10-15, 172 f.

<sup>273</sup> StACo, LRA Co 11.345, Bau eines Stellwerks, 1934; StadtACo, B 698, fol. 10, Bau eines Güterschuppens, 1902; StadtACo, B 700-24, Bau eines Kioskes, 1906; StadtACo, B 702-18, Bau eines Petroleumlagers, 1910; MORSBACH / TITZ, Coburg (wie Anm. 25), S. 442.

<sup>274</sup> BLEIWEIS / GOLDSCHMIDT / SCHMITT, Eisenbahn (wie Anm. 272), S. 18, 177.

<sup>275</sup> StACo, LRA Co, 11.372, Anschluss von Creidlitz an die öffentlichen Verkehrsmittel, 1928.

<sup>276</sup> Gerade nach 1945 fehlen die Quellen über einen Creidlitzer Stadtbusanchluss. Einen ersten Hinweis über eine solche Verkehrsanbindung findet sich im Coburger Tageblatt vom 22.10.1955.

zusätzlich die Nachfrage nach Benzin. 1930 eröffnete daher Fahrradhändler Edmund Gahn an der Creidlitzer Straße (Haus-Nr. 44) eine Esso-Tankstelle. 1959 kam mit der SOPI-Tankstelle eine zweite Benzinstation hinzu. Auch dieser Tankplatz befand sich an der Creidlitzer Straße (Haus-Nr. 74) und wurde von Heinz Resch betrieben. Mit der Fertigstellung der Creidlitzer Ortsumgehung verloren diese Tankstellen ab 1963 allmählich an Bedeutung. Der Fernverkehr musste von nun an nicht mehr durch das Dorf fahren. Diese Kunden fielen für die Tankstellenbetreiber weg und allein von den Einwohnern konnten die beiden Benzinstationen wirtschaftlich nicht überleben. Die Tankstellen schlossen nacheinander, die letzte (Tankstelle Resch) in den 1990er-Jahren.<sup>277</sup>

Mit einer Modernisierung der Trinkwasserversorgung befasste sich die Gemeinde ab 1925. Durch das Bevölkerungswachstum war die traditionelle Wasserversorgung über Brunnen an ihre Grenzen gekommen. Es mussten daher Wasserquellen erschlossen und ein Leitungssystem aufgebaut werden. Die Planungen für dieses Projekt dauerten zwei Jahre. Schließlich ging 1927 die Wasserleitung für 49.180 Reichsmark in Betrieb. Versorgt wurde das Leitungsnetz von Quellen im Lehngraben. Zudem wurde ein Hochbehälter mit einem Fassungsvermögen von 150 Kubikmeter oberhalb des heutigen Florianweges angelegt. Nach dem Zweiten Weltkrieg reichte die Wasserversorgung aufgrund des starken Zustroms von Vertriebenen und Flüchtlinge wieder nicht mehr aus, um alle Einwohner zu versorgen. Die Gemeinde bemühte sich daher seit 1946, eine zweite Quelle zu erschließen und das Leitungsnetz auszubauen. Das Vorhaben scheiterte jedoch 1948 an den fehlenden Wasservorkommen. Die Gemeinde entschloss sich daher, das Trinkwasser ergänzend aus dem Coburger Leitungsnetz zu beziehen. Damit ging man dem Bau einer eigenen Wasserversorgungsanlage aus dem Weg. Einen entsprechenden Vertrag schloss die Gemeinde mit den Städtischen Werken im Jahr 1955. Bis zur Eingemeindung war damit das Problem der Wasserversorgung für Creidlitz erledigt und weitere Investitionen unnötig. 1971 kamen rd. 70 Prozent des örtlichen Wasserbedarfs bereits aus Coburg.<sup>278</sup>

Eher als anderswo machte man sich in Creidlitz auch Gedanken über den Bau einer Kanalisation. Bereits 1951 sah der Gemeinderat die Notwendigkeit, die Abwasserentsorgung zu modernisieren. Die Planungen dazu begannen 1953. Neben der eigentlichen Kanalisation sollte auch eine mechanische Kläranlage rechts von der Straße von Triebsdorf nach Finkenua entstehen. Die Bauarbeiten zogen sich annähernd zwei Jahre bis Ende 1955 hin und kosteten rd. 590.000 DM.<sup>279</sup> Dabei blieb es aber nicht. Schon sechs Jahre später plante Creidlitz den Bau einer biologischen Kläranlage als Ergänzung zu den bisherigen Abwasseranlagen. Die Planung und Finanzierung verzögerte sich jedoch, da sich die verantwortlichen Stellen nicht darüber klar werden konnten, ob Creidlitz eine eigene biologische Kläranlage bauen, sich an

<sup>277</sup> SCHILLING, Creidlitz (wie Anm. 3), S. 73, 76; SANDNER, Coburg (wie Anm. 151), S. 242.

<sup>278</sup> StACo, LRA Co 13.310, Die Wasserversorgung in Creidlitz, 1925-48; StACo, LRA Co 14.656, Gemeindevisitation vom 30.6.1966; Neue Presse Coburg vom 11.11.1954, 24.12.1954 und 2.3.1955; GREINER, Geschichte (wie Anm. 214), S. 59; KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 12.

<sup>279</sup> Neue Presse Coburg vom 17.2.1951, 10.7.1954 und 25.11.1954; Coburger Tageblatt vom 26.8.1955 und 21.10.1955; BACKERT, Creidlitz (wie Anm. 219), S. 3.



das Coburger Abwassersystem oder sich an die beabsichtigte Anlage des Zweckverbandes Abwasserbeseitigung „Mittlerer Itzgrund“ bei Meschenbach anschließen sollte.<sup>280</sup> Eine Entscheidung darüber wurde bis zur Eingemeindung nicht mehr getroffen.

Creidlitz lag seit der Frühen Neuzeit auch an einer bekannten Poststraße. In Bezug auf das Post- und Fernmeldewesen gehörte der Ort seit Gründung der Reichspost (1871) zu Coburg, wo sich das zentrale kaiserliche Postamt befand. Mit der Industrialisierung des Dorfes wurden schon bald Forderungen laut, eine Postagentur in Creidlitz zu eröffnen. Derartige Forderungen stellte u. a. die Porzellanfabrik Schmidt & Co im Jahr 1903. Die zuständige Oberpostdirektion in Erfurt lehnte zwar das Ansinnen ab, zeigte sich aber für die Einrichtung einer Posthilfsstelle offen. Eine solche wurde noch im gleichen Jahr in der Bäckerei Rittweger (Creidlitzer Straße Nr. 44) eröffnet. Dort befand sich seit 1904 auch das öffentliche Telegrafienbüro des Dorfes. Creidlitz erhielt damit einen Zugang zum Fernsprechnetz des Herzogtums. Die langgeforderte Postagentur kam 1907. Dabei handelte sich um ein kleineres Postamt mit eigenem Zustellbereich. Dieser veränderte sich in den nächsten Jahren häufig, umfasste aber im Kern neben Creidlitz auch Niederfüllbach, Finkenau und Triebsdorf. 1962 verzog die Agentur, inzwischen als Postamt bezeichnet, in die Creidlitzer Straße Nr. 66, wo sie heute noch ihren Sitz hat.<sup>281</sup> Eine öffentliche Telefonsprechstelle erhielt Creidlitz im Jahr 1924 als Ersatz für das aufgelöste Telegrafienbüro. Die Sprechstelle verblieb in der Postagentur Rittweger. Schon in den 1930er-Jahren erhielten die ersten Haushalte und Fabrikanlagen einen eigenen Anschluss. So vermerkt das Adressbuch von 1937 für Creidlitz bereits sechs Telefonanschlüsse, 1955 waren es bereits 18 und 1961 deutlich über 20. Damit entwickelte sich das Telefonnetz für eine Landgemeinde relativ früh, was wohl in Zusammenhang mit dem hohen Industrialisierungsgrad gesehen werden muss.<sup>282</sup>

Bedeutend für die dörfliche Infrastruktur war auch die Existenz einer Raiffeisenbank, die 1918 gegründet wurde. Damals taten sich Einwohner aus Creidlitz und Grub am Forst zusammen, um eine Genossenschaftsbank zu gründen. Eine erste Zahlstätte errichtete die Raiffeisenbank im Jahr 1962. Das Kreditinstitut besaß nahezu 1000 Genossenschaftsmitglieder. 1976 fusionierte das Geldhaus mit den Genossenschaftsbanken in Lautertal und Gestungshausen zur Raiffeisenbank Coburg. Neuer Hauptsitz des Finanzinstituts wurde das sogenannte Ärztehaus in der Coburger Mohrenstraße. Die Bank unterhält seither eine Filiale an Creidlitzer Straße (Nr. 40). Durch verschiedene weitere Fusionen ist die Raiffeisenbank heute ein Teil der VR-Bank Coburg.<sup>283</sup> Neben diesem Kreditinstitut unterhält heute die Sparkasse Coburg-Lichtenfels eine Filiale im Spindlerweg.

Weiter ausgebildet als in den bisherigen Stadtteilen war die soziale Infrastruktur. Zunächst ist hier auf das Gesundheitssystem hinzuweisen. Bereits 1901 konstituierte sich ein Marien-

<sup>280</sup> StACo, LRA Co 14.656, Gemeindevisitation vom 30.6.1966; Neue Presse Coburg vom 4.4.1961.

<sup>281</sup> SCHILLING, Creidlitz (wie Anm. 3), S. 48-51.

<sup>282</sup> Adressbuch 1937 (wie Anm. 65), S. 12-15; Adressbuch 1955 (wie Anm. 48), S. 8-11.

<sup>283</sup> Coburger Tageblatt vom 14.12.1963; J. FALKENBERG / R. DLOUHY, Die Wirtschaft im Coburger Grenzland, Kulmbach 1982, S. 256; SCHILLING, Creidlitz (wie Anm. 3), S. 123.

verein, dessen Ziel es war, seine Mitglieder bei Krankheits- und Notfällen fürsorglich zu betreuen. Benannt wurden diese Vereine nach der Herzogin Marie von Sachsen-Coburg und Gotha (1853-1920). Der Verein wurde inzwischen in Rotkreuzgemeinschaft Creidlitz umbenannt und stellt eine Gliederung des BRK-Kreisverbandes Coburg dar. Die Mitgliederzahl belief sich 1995 auf 338 Personen. Eine erste Pflegestation für Kranke richtete die Gemeinde 1921 ein. Sie war von verschiedenen Schwestern des Coburger Marienhauses besetzt. Die ersten Arztpraxen für Allgemein- und Zahnmedizin eröffneten 1955. Eine Apotheke existiert in Creidlitz seit 1949.<sup>284</sup> Zu den gesundheitlichen Einrichtungen gehörte auch eine gemeindliche Badeanstalt. 1953 wurde im Schulhaus ein Baderaum mit neun Brause- und zwei Wannenbäder eingerichtet. Derartige öffentliche Badeanstalten waren notwendig, da die meisten Haushalte noch über keine Badezimmer verfügten. Die Bevölkerung nutzte daher dieses Angebot häufig. So verkaufte die Gemeinde im Geschäftsjahr 1956 an die 5287 Badekarten.<sup>285</sup> Die Bedeutung der Badeanstalt ging ab dem Zeitpunkt zurück, als durch gesetzliche Vorgaben, die Einrichtung von Bädern in Wohnungen zur Pflicht wurden. Als weitere Fürsorge-Einrichtung existierte seit 1950 ein Kindergarten, der über 35 Plätze verfügte. Aufgrund der steigenden Kinderzahlen musste das Gebäude an der Creidlitzer Straße (Haus-Nr. 105) bereits 1954 aufgestockt werden. An Platzproblemen litt der Kindergarten aber weiterhin.<sup>286</sup>

An kulturellen Einrichtungen bestand seit 1950 ein von der Coburger Kinobesitzerin Margarethe Birnbaum (1899-1979) gegründetes Lichtspielhaus, welches im Saalbau des Gasthofs „Goldene Sonne“ untergebracht war und den Namen „Sonnen-Lichtspiele“ trug. Dort fanden 240 Zuschauer Platz.<sup>287</sup> Daneben gab es seit 1953 eine Volksbücherei, die sich zunehmend großer Beliebtheit erfreute. Gab es 1955 rd. 170 ständige Leser mit einem Ausleihumfang von 750 Bänden, so stiegen die Zahlen 1957 auf 251 ständige Leser mit einem Ausleihumfang von 1153 Bänden an. Der Gemeinderat beschloss daher 1959, im Gemeindehaus einen Lesesaal einzurichten. Dieser musste wegen der steigenden Ausleihzahlen 1966 ausgebaut werden.<sup>288</sup>

---

<sup>284</sup> StadtACo, Coburgica XII/71, S. 12; Neue Presse Coburg vom 24.12.1954; Coburger Tageblatt vom 26.9.1959; SCHILLING, Creidlitz (wie Anm. 3), S. 124 f.

<sup>285</sup> Neue Presse Coburg vom 14.3.1957; Coburger Tageblatt vom 26.9.1959.

<sup>286</sup> StadtACo, Coburgica XII/71, S. 53; Coburger Tageblatt vom 26.9.1959 und 27.1.1961; BACKERT, Creidlitz (wie Anm. 219), S. 3.

<sup>287</sup> StACo, LRA Co 15.238, Kinolizenz, 1950; Coburger Tageblatt vom 26.9.1959; Der Neue Film 66/1956; Ch. BOSECKERT, 100 Jahre Uniontheater („Utopolis“) oder die emanzipatorischen Bestrebungen der Margarethe Birnbaum, in: Coburger Geschichtsblätter 27 (2019), S. 103-112.

<sup>288</sup> StACo, LRA Co 14.653, Protokoll der Bürgerversammlung vom 25.1.1955; Neue Presse Coburg vom 14.3.1957 und 1.4.1963; Coburger Tageblatt vom 21.4.1959.

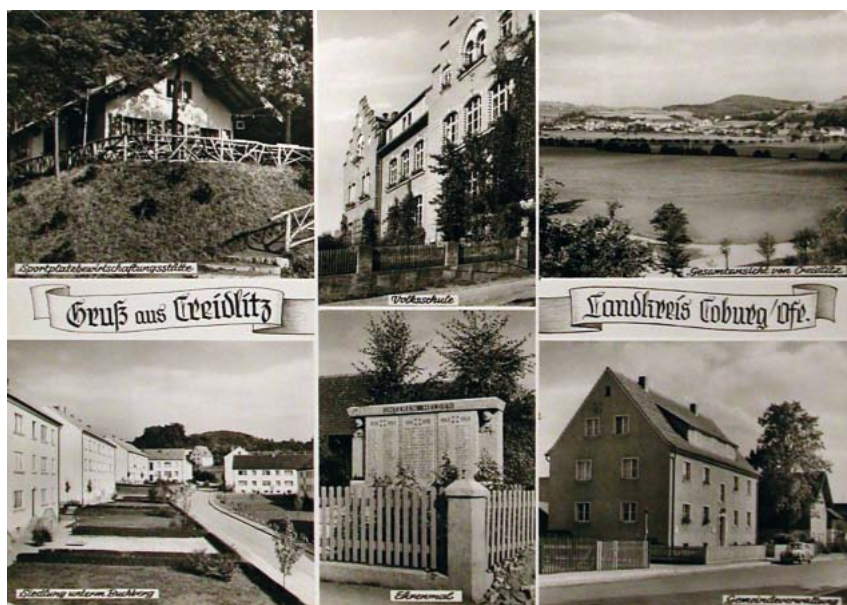


Abb. 21: Schon in den 1960er-Jahren betonte die Gemeinde ihre moderne Infrastruktur, welche sie durch Mehrbildkarten wie diese, nach außen hin zeigte.

Die Fortschrittlichkeit von Creidlitz bildete sich auch in der politischen Organisation wieder. Der Gemeinderat bestand aus zehn Gemeinderäten und seit 1952 aus einem hauptamtlichen Bürgermeister. Für die Landgemeinden der damaligen Zeit waren noch ehrenamtliche Bürgermeister üblich, wie am Beispiel der bisher betrachteten Orte gesehen werden konnte. Um den Problemen der Gemeinde Herr zu werden, entstanden zugleich nach städtischem Vorbild Fachausschüsse für die Bereiche Finanzen, Wohnungsbau, Soziales, Kultur und Jugend / Waisen. Die Zahl der Ausschussmitglieder betrug fünf Personen (Der Bürgermeister und vier Gemeinderäte).<sup>289</sup> Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung existierte sogar zwischen 1921 und 1936 ein Gendarmerieposten.<sup>290</sup> Ein Gemeindehaus besaß Creidlitz schon im 19. Jahrhundert. Der vor 1728 errichtete zweistöckige Fachwerkbau befand sich an der Creidlitzer Straße (Höhe Haus-Nr. 97). Die wachsenden Aufgaben einer Industriegemeinde konnte dieses Haus aber nicht bewältigen. Deshalb beschloss der Gemeinderat 1938, den Bau eines neuen Gemeindezentrums auf dem Grundstück Creidlitzer Straße Nr. 109. Wegen des Kriegsausbruchs 1939 konnte diese Baumaßnahme zunächst nicht durchgeführt werden. Die Gemein-

<sup>289</sup> StACo, LRA Co 14.653, Nr. 25, Gemeindeverwaltung; SCHILLING, Creidlitz (wie Anm. 3), S. 52 f.

<sup>290</sup> StACo, LRA Co 10.399, Gendarmerieposten Creidlitz.

deverwaltung und das Standesamt befanden sich daher seit 1949 behelfsmäßig in einem Gebäude im Rennerweg (Nr. 25). Erst 1954 konnte das neue Gemeindehaus bezogen werden, welches bis Ende 1971 benutzt wurde.<sup>291</sup>

Creidlitz nahm auch am Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ teil. 1961 erreichte man hier den 1. Platz. Zwei Jahre später wurde der vom Münchner Bildhauer Carl Braun geschaffene Siegerbrunnen in der Siedlung „Unterm Buchberg“ aufgestellt.<sup>292</sup> In diesem Wohngebiet entstand 1954 auch die erste Grünanlage.<sup>293</sup>

Insgesamt lassen sich in Creidlitz bis 1972 schon kleinstädtische Strukturen feststellen. Umfangreiche technische und soziale Einrichtungen waren für die Bevölkerung geschaffen worden. Auslöser dieser Entwicklung mag die Ende des 19. Jahrhunderts einsetzende Industrialisierung in Verbindung mit der Schaffung eines Personenbahnhofes gewesen sein. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze brachte neue Einwohner ins Dorf, für die neuer Wohnraum geschaffen werden musste. Hinzu kam nach 1945 das Problem der Vertriebenen und Flüchtlinge, die in Creidlitz wohnen und arbeiten wollten. Dieses über Jahrzehnte andauernde Bevölkerungswachstum machte es nötig, die infrastrukturellen Einrichtungen des Dorfes immer weiter an der Einwohnerzahl anzupassen. Eine derartige Entwicklung fand aber nur in wenigen Orten des Landkreises statt. Die Rahmenbedingungen für den Erhalt der politischen Selbstständigkeit waren äußerlich betrachtet also recht günstig. Es kam jedoch anders, wie wir im zweiten Teil noch sehen werden.

---

<sup>291</sup> StACo, LA M 100, fol. 196 f., Steueranschlag 1728; StACo, LRA Co 14.653, Nr. 26, Gemeindehaus Creidlitz; StadtACo, B 714-37, Bau Gemeindehaus, 1938-40.

<sup>292</sup> Coburger Tageblatt vom 14.12.1963.

<sup>293</sup> Neue Presse Coburg vom 24.12.1954.

## 7. BEIERSDORF



### 7.1 Anfänge

Der Ort Beiersdorf wurde erstmals 1231 in einer Urkunde des Ritters Ulrich von Callenberg erwähnt. Damals verkaufte der reichsunmittelbare Niederadelige seinen Besitz, nämlich die Burg Callenberg sowie die Dörfer Breitenau, Wiesenfeld und Beiersdorf an das Hochstift Würzburg.<sup>294</sup> Dieser Verkauf war allerdings politisch umstritten. Er stand im Zusammenhang

---

<sup>294</sup> O. DOBENECKER (Bearb.), *Regesta diplomatica necnon epistolaria historiae Thuringiae*. Bd. 3, 1228-1266, Jena 1925, S. 37. Vgl. auch R. AXMANN, *Die Edelfreien von Callenberg: Studien zur Geschichte eines adeligen Geschlechts im Coburger Land im 12. und 13. Jahrhundert*, in: *Jahrbuch der Coburger Landesstiftung* 26 (1981), S. 280-283.

mit den Auseinandersetzungen zwischen den Würzburger Bischöfen und den Grafen von Henneberg um Land und Macht im nördlichen Franken. Schon kurz nach dem Verkauf gelang es Graf Poppo VII. von Henneberg (vor 1202-1245) von seiner Residenz Strauf bei Rodach her, dem Bischof zuvorzukommen und sich Burg und Dörfer anzueignen. Ab diesem Zeitpunkt gehörte Beiersdorf zum Herrschaftsgebiet der Henneberger und ihrer Nachfolger, der sächsischen Wettiner.<sup>295</sup>

Bei Beiersdorf handelte es sich ursprünglich um ein Straßendorf, welches an der sogenannten Hildburghäuser Geleitstraße nach Meiningen, Osnabrück und Bremen lag. Der Ortskern befindet sich im Einmündungsbereich der Beiersdorfer Straße in die Rodacher Straße.<sup>296</sup> Die Herkunft des Ortsnamens konnten die Sprachforscher einwandfrei klären. Es handelt sich dabei um eine Ableitung des althochdeutschen Personennamens Beir oder Peiger. Übersetzt wäre Beiersdorf das Dorf oder die Siedlung eines Beier gewesen. Erich Meißner gibt in diesem Zusammenhang einen weiteren Hinweis. Die dort oft vorkommenden Flur- und Ortsnamen mit Bär, Beer oder Beier waren für ihn ein Hinweis auf zahlreiche Hügelhöfe, die sich in dieser Gegend befunden haben müssen. Meißner lokalisierte diese Höfe am Kropfweiher, am Wehlberg in den Sulzwiesen und am Neuhof südlich der Wildbahn nach Weidach.<sup>297</sup> Diese Höfe bestehen heute nicht mehr.

## 7.2 Weitere Entwicklung des Dorfes

Einen ersten Hinweis über die Größe des Ortes findet sich im Jahr 1618. Damals gab es in Beiersdorf 31 Wohnhäuser. Im Dreißigjährigen Krieg (1618-48) wurde das Dorf größtenteils zerstört. Die Zahl der Wohnhäuser ging dabei auf sieben zurück. Die restlichen bebauten Grundstücke (rd. 77 Prozent) lagen noch verwüstet darnieder. Auch die Zahl der Einwohner hatte sich während des Krieges um 50 Prozent reduziert.<sup>298</sup> Rund 80 Jahre später zeigte sich der Ort von den Kriegsschäden wieder erholt. So vermerkt der Steueranschlag von 1728 für Beiersdorf bereits 34 Wohnhäuser. 1783 lebten im Dorf 156 Personen. Die Zahl der Wohnhäuser erhöhte sich gegenüber 1728 nicht.<sup>299</sup> Eine wesentliche Expansion erlebte der Ort erst im 19. Jahrhundert. Dies zeigt sich vor allem an der Zahl der Einwohner und der bebauten Anwesen. Bereits 1837 zählte das Dorf 224 Einwohner.<sup>300</sup> Zum Zeitpunkt der Reichsgründung (1871) lebten 258 Personen in 38 Wohnhäusern im Ort.<sup>301</sup> Bis 1925 stieg die Einwohnerzahl auf 336 Personen an, während sich die Zahl der Wohnhäuser auf 62 erhöhte.<sup>302</sup> Der

<sup>295</sup> HÖHN, Henneberger Herrschaft (wie Anm. 170), S. 15; AXMANN, Edelfreien (wie Anm. 294), S. 261, 293 ff.

<sup>296</sup> MORSBACH/TITZ, Stadt Coburg (wie Anm. 25), S. 419; BACHMANN, Handelsstraßen (wie Anm. 10), S. 10.

<sup>297</sup> RIEMANN, Ortsnamen (wie Anm. 173), S. 33; GRAßMUCK, Ortsnamen (wie Anm. 11), S. 5; MORSBACH/TITZ, Stadt Coburg (wie Anm. 25), S. 482; E. MEIBNER, Was unsere Flurnamen verraten. Befestigte Höfe im Coburger Land, in: Heimatkundliche Lesebogen für das Coburger Land 19 (1971), S. 1-10.

<sup>298</sup> DIETZE, Dreißigjähriger Krieg (wie Anm. 13), S. 121, 180.

<sup>299</sup> StACo, LA M 91, Steueranschlag Beiersdorf, 1728; GRUNER, Beschreibung (wie Anm. 5), S. 165.

<sup>300</sup> Adreß-Handbuch, 1837 (wie Anm. 15), S. 73.

<sup>301</sup> Ortschafts-Verzeichnis, 1871 (wie Anm. 16), S. 5.

<sup>302</sup> LANDESAMT, Ortschaften-Verzeichnis (wie Anm. 17), Sp. 1045.

Ort dehnte sich dabei Richtung Süden (Schloßberg, Lilienweg), Osten (Akazienweg, Birkenweg) und Norden (entlang der Rodacher Straße) aus. Durch Vertriebene und Flüchtlinge schwoll nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Zahl der Dorfbewohner bis 1950 auf 585 an. Dies entsprach einem Zuwachs von ca. 74 Prozent. Die Anzahl der Wohnhäuser stieg auf 71.<sup>303</sup> Durch die Ausweisung neuer Baugebiete Richtung Callenberg und nach Westen blieb diese Entwicklung in den Wirtschaftswunderjahren ungebrochen. So lebten 1970 in Beiersdorf 840 Personen in 141 Häusern, 1987 waren es 975 Einwohner in 273 Gebäuden.<sup>304</sup> 2009 erreichte die Zahl der Ortsbewohner 1504 Personen. Das entsprach nochmals einem Bevölkerungszuwachs von rd. 54 Prozent. In diesem Zusammenhang entstanden weitere Wohngebiete, diesmal vor allem im Nordwesten des Ortes, so im Bereich Kiefernweg (1995) oder Breite Leite (2000).<sup>305</sup>

### 7.3 Wirtschaftliche Entwicklung

Eine große ökonomische Bedeutung besaß für Beiersdorf die Landwirtschaft.<sup>306</sup> Einen ersten Umfang über die Zahl der Höfe gibt eine Statistik aus dem Jahr 1618. Damals existierten im Dorf drei größere Bauerngüter und 28 kleinere Sölden. Der Steueranschlag von 1728 erwähnte fünf Bauerngüter, 26 Sölden, drei Söldenhäuser und zwei Mühlen.<sup>307</sup> Die Zahl der Agrarbetriebe stieg im 19. Jahrhundert weiter auf 36 an. Erst mit der zunehmenden Industrialisierung ging der Anteil der landwirtschaftlichen Unternehmen zurück. So gab es 1935 noch 25 Höfe, während zwanzig Jahre später nur noch elf Betriebe im Agrarsektor tätig waren. Davon besaßen drei Bauernhöfe über 30 Hektar, zwei zwischen zehn und 20 Hektar und sechs unter zehn Hektar Land. Trotz der zunehmenden Entwicklung Beiersdorfs zu einer Wohngemeinde hat sich der landwirtschaftliche Charakter an manchen Stellen des Ortskerns bis in die Gegenwart erhalten. Heute gibt es dort noch einen Vollerwerbs- und zwei Nebenerwerbslandwirte.<sup>308</sup>

<sup>303</sup> LANDESAMT, Ortschaften-Verzeichnis 1950 (wie Anm. 18), Sp. 899. Zur Flüchtlingssituation vgl. FREUDENBERG [u. a.], Beiersdorf (wie Anm. 3), S. 12 ff.

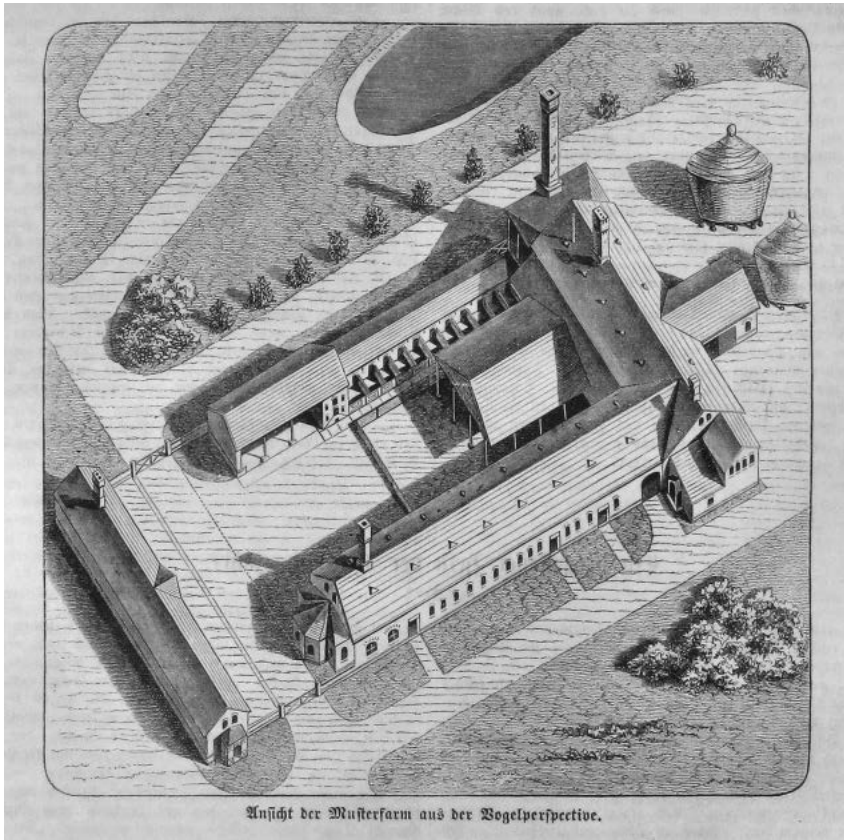
<sup>304</sup> LANDESAMT, Amtliches Ortsverzeichnis 1970 (wie Anm. 19), S. 145; LANDESAMT, Ortsverzeichnis 1987 (wie Anm. 111), S. 287.

<sup>305</sup> WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT, Wirtschaftsraum (wie Anm. 111), S. 8; BÜRGERVEREIN BEIERSDORF (Hrsg.), 40 Jahre Bürgerverein Coburg-Beiersdorf. 1972-2012, Coburg 2012, S. 13.

<sup>306</sup> Siehe dazu StACo, Min D 78, fol. 6v-12r.

<sup>307</sup> StACo, LA M 91, Steueranschlag Beiersdorf, 1728; DIETZE, Dreißigjähriger Krieg (wie Anm. 13), S. 121. Ein Söldenhaus war ein kleines Wohnhaus mit Garten, in welchem hauptsächlich Tagelöhner lebten. Vgl. GRIMM, Deutsches Wörterbuch, Bd. 16 (wie Anm. 221), Sp. 512.

<sup>308</sup> StACo, LA M 719, Steueranschlag Beiersdorf, 1868; StACo, LRA Co 14.639, Gemeindevisitation vom 5.11.1956; StadtACo, Coburgica I/507, S. 7; FREUDENBERG [u. a.], Beiersdorf (wie Anm. 3), S. 15 f.



*Abb. 22: Die Farm Callenberg bei ihrer Eröffnung 1863.*

Außerhalb von Beiersdorf sticht besonders die südlich des Ortes gelegene Farm Callenberg hervor. Die Ursprünge dieser Anlage gingen auf den herzoglichen Wirtschaftshof unterhalb des Schlosses und das landwirtschaftliche Interesse Herzog Ernsts II. von Sachsen-Coburg und Gotha (1818-1893) zurück. Bereits 1842 übertrug ihm sein Vater die Verwaltung der Ökonomie auf dem Callenberg. Ernsts Ziel war es dort, eine landwirtschaftliche Musterfarm nach englischem Vorbild zu errichten. Dort betrieb man Landwirtschaft unter rationalen und agrarwissenschaftlichen Erwägungen, die Vergeudung minimierte und Betriebsabläufe optimierte. Über die verwandtschaftlichen Beziehungen mit Großbritannien (Ernsts Bruder Albert war der Ehemann der englischen Königin Viktoria) kamen die ersten technischen Gerätschaften nach Coburg. 1861 entschied sich Ernst, den Wirtschaftshof aus Rentabilitätsgründen aufzugeben und stattdessen eine komplett neue Musterfarm aufzubauen. Hierfür inspizierten zwei Coburger Gesandte auf Einladung von Prinz Albert die königlichen Farmen in England. Nach zweijähriger Bauzeit konnte die Musterfarm Callenberg 1863 eingeweiht werden. Die Kosten beliefen sich auf 60.000 Gulden. Die Farm besaß seinerzeit eine hervorzuhebende



technische Einrichtung. Dabei handelte es sich um ein Maschinenhaus mit Transmissionsvorrichtung, welche die Kraft einer acht PS starken Dampfmaschine auf andere Gerätschaften übertrug. Der abgehende Dampf erwärmte das Wasser, welches zum Reinigen und zum Waschen benutzt wurde. Im Allgemeinen besaß die Farm einen hohen technischen Standard und berücksichtigte die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse. Charakteristisch waren hierfür die klimatischen Bedingungen in den Ställen, ein hoher Hygienestandard und die Festlegung der Stallboxenfläche. Die Stallungen nahmen 30 Schweine, 20 Milchkühe, zwölf Stück Jungvieh, elf Pferde und zwei Bullen auf. Die Rentabilität der Farm ließ trotz ihrer Modernität zu wünschen übrig, was vor allem mit der naturräumlichen Heterogenität und der unterschiedlichen Bodenqualität des Coburger Landes zu tun hatte. Dementsprechend besaß die Farm Callenberg keinen Einfluss auf die weitere Entwicklung der Landwirtschaft im Herzogtum Coburg. Die Ideen aus England kamen für das Coburger Land zu früh. 1920 gelangte die Farm in den Besitz des Freistaates Bayern, der den landwirtschaftlichen Betrieb bis 1976 über Pächter weiterführte.<sup>309</sup>

Während in Beiersdorf Feld- und Viehwirtschaft weit verbreitet waren, wurden nur wenige Flächen für den Weinbau genutzt. Das lag vor allem an den topografischen Gegebenheiten der Beiersdorfer Flur. Die einzigen Weingärten des Dorfes befanden sich im heutigen Neubaugebiet im Bereich Ulmenweg / Birkenweg. Der Anbau dürfte infolge des Temperaturrückgangs, bedingt durch die sogenannte „Kleine Eiszeit“ im 17. und 18. Jahrhundert aufgegeben worden sein. Im Flurbuch von 1864 werden die Weinberge nur noch als Flurbezeichnung erwähnt.<sup>310</sup>

In alter Zeit existierte in Beiersdorf auch eine Schäferei. Es handelte sich dabei um den eingangs erwähnten NeuhoF, der zum Gut Callenberg gehörte. Im Dreißigjährigen Krieg brannte diese Schäferei ab. Sie wurde in der Folge nicht wieder aufgebaut, sondern auf den Hof Weiher verlegt, der seither Schafweiher hieß. 1868 bestand die Schäferei aus einem Wohnhaus mit Backhaus, Schafstall, einem weiteren Wohnhaus und einem Teich. Der Komplex befand sich an der Beiersdorfer Straße, wovon heute noch ein Nebengebäude (Haus Nr. 47) erhalten ist. Neben der Schäferei existierte noch ein einstöckiges Hirtenhaus (Beiersdorfer Str. Nr. 15), welches im Besitz der Gemeinde war.<sup>311</sup>

Im Gegensatz zu den vielen landwirtschaftlichen Betrieben gab es in Beiersdorf nur wenige selbstständige Handwerker. Ein Bericht aus dem Jahr 1802 vermerkt hier lediglich Schneider und Leineweber, die lediglich als Lohnarbeiter tätig waren und keinen eigenen Handel betrieben. Eine Übersicht aus dem Jahr 1923 erwähnt zwei Wagnerbetriebe, zwei Korbmachereien, zwei Huf- und Wagenschmieden, zwei Gasthäuser sowie eine Mühle. 1930 wurden schon 16 Handwerker in Beiersdorf gezählt. Hinzu kamen vor allem Damenschneidereien und zwei Fleischereien. 1961 existierten im Ort zwei Schreinereien mit acht und elf Beschäftigten, eine

<sup>309</sup> Ch. BOSECKERT, Ernst II. und die industrielle Revolution, in: MELVILLE / WOLZ, Entwicklung (wie Anm. 148), S. 48-52.

<sup>310</sup> StACo, LA M 91, Steueranschlag, 1728 (Darin Angaben zu den Weinbergen); StACo, LReg 5741, Der Weinzehnt und seine Vererbung zu Beiersdorf; StACo, Min D 78, fol. 2v; StadtACo, B 575, Flurbuch, 1864, fol. 274b.

<sup>311</sup> StACo, LA M 974, Nr. 12; StACo, LA M 791, S. 69; StadtACo, Coburgica I/507, S. 4.

Metzgerei, eine Bäckerei und zwei Lebensmittelgeschäfte.<sup>312</sup> Selbstverständlich für ein großes Bauerndorf war das Vorhandensein einer Schmiede. Eine solche wird erstmals in einer Beschreibung von 1802 erwähnt. Langfristig konnten in Beiersdorf sogar zwei Schmiedemeister von ihrer Arbeit leben. 1864 befanden sich die beiden Schmieden an der Beiersdorfer Straße (Sattler) und an der Braugasse (Eckardt). Während die Familie Sattler über Generationen hinweg bis weit in die 1960er-Jahre die Huf- und Wagenschmiede betrieb, wechselten die Betreiber der zweiten Schmiede häufiger. 1868 erwarb Conrad Wolf die Eckardt'sche Schmiede. Sie wurde von ihm und seinen Sohn Johann Georg bis 1927 weiterbetrieben. Danach übernahm Wolfs Schwiegersohn Edmund Trunzer den Betrieb, welchen er mit über 80 Jahren noch zu Beginn der 1980er-Jahre führte. Er war auch der letzte Hufschmied des Dorfes.<sup>313</sup>



Abb. 23: Der Gasthof „Zum schwarzen Bären“ mit seinem Saalbau, nach 1910.

Beiersdorfs Lage an einer alten Geleitstraße führte auch dazu, dass sich hier einige Gasthäuser etablierten. Eine erste Lokalität wurde bereits 1670 erwähnt. Diese befand sich im sogenannten Kanzleihof an der Rodacher Straße Nr. 264. Das Gasthaus existierte aber nur bis 1726.<sup>314</sup> Dessen Schließung förderte den Entschluss der Gemeinde, selbst ein Wirtshaus zu bauen. Die notwendige Konzession erhielt sie von den Herzögen von Sachsen-Meiningen und Sachsen-Gotha-Altenburg. Der neue Gemeindegasthof eröffnete, gut gewählt in der Ortsmitte. Aus diesem Lokal entstand schließlich der heutige Gasthof „Zum Schwarzen Bären“. Die Wirtschafft blieb bis ca. 1835 in Gemeindeeigentum, wurde aber danach wegen der zunehmenden

<sup>312</sup> StACo, LRA Co 14.639, Gemeindevisitation vom 6.11.1961; StadtACo, A 8862, Gewerbeverzeichnis von Beiersdorf, 1923-54; StACo, Min D 78, fol. 12r.

<sup>313</sup> StadtACo, B 575, fol. 25v-26r, 50v-51r; StACo, Min D 78, fol. 12r; StadtACo, Stadtchronik 1981/4 vom 9.12.1981; StACo, Grundbuch Beiersdorf, Bd. I, Nr. 22.

<sup>314</sup> StACo, Lehenhof 69, Sölde- und Wirtshaus von Beiersdorf, 1634-1764.

Verschuldung der Kommune an den Gastronomen Leonhardt Drogmanns verkauft. 1841 erwarb der Gastronom Carl Friedrich Schuffner durch eine Versteigerung das Lokal. Dieser Wirt zeichnete sich durch eine große Unternehmungslust aus. 1844 erwarb er südlich der Wildbahn Richtung Weidach ein Gartengrundstück, errichtete darauf ein Kellerhaus und eröffnete dort einen Biergarten. Drei Jahre später bat er bei der Landesregierung um die Erteilung einer Braukonzession. Das Bier wurde bis dahin von auswärtigen Brauereien, u. a. aus Meeder bezogen. Schließlich bewilligte Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg und Gotha die Konzession, sodass Schuffner mit dem Bau einer Brauerei direkt neben seinem Wirtshaus beginnen konnte. Nach dem Tod des Gastwirts 1854 verpachtete dessen Familie zunächst Wirtschaft und Brauerei. Später übernahm sie wieder selbst die Leitung des Betriebes. In dieser Zeit wurde das Gasthaus als zweistöckiges Gebäude mit Wohn- und Schankstube, einem Gastzimmer, dazu einer Malztenne und einem Tanzboden beschrieben.<sup>315</sup> 1881 kamen Gasthof und Brauerei durch Erbschaft in den Besitz der Familie Hanft. Unter ihrer Führung wurde das Lokal weiter ausgebaut und dabei u. a. eine Kegelbahn (1888) und eine Veranda (1902) angelegt. Die bedeutendste Maßnahme bildete jedoch der Bau des heute noch ortsprägenden Saalbaus im Jahr 1910 durch Wilhelm Hanft. Auch die Brauerei erfuhr in diesen Jahren eine Erweiterung. Sie existierte offiziell bis 1951. Allerdings war der Familie Hanft schon vorher wegen ihrer Gegnerschaft zu den Nationalsozialisten das Braurecht entzogen worden. Die Familie Hanft ließ die Brauerei nach deren Schließung größtenteils abreißen, sodass heute nur noch die Braugasse an diesen Betrieb erinnert.<sup>316</sup> Neben dem „Schwarzen Bären“ gab es seit dem 19. Jahrhundert eine zweite Gaststätte in Beiersdorf. Es handelte sich dabei um den späteren Gasthof „Zum Braunen Ross“ in der Rodacher Straße Nr. 283. Dieser wurde lange Jahre von der Familie Römhild (1845 erstmals erwähnt) betrieben. Das Lokal verfügte laut Flurbuch von 1864 über eine Wirts- und Gaststube, einem Kaufladen und einem Tanzboden. 1889 erwarb der Wirt Carl Faber den Gasthof. Ihm folgte 1910 sein Schwiegersohn Albin Bohl nach. Dieser erweiterte das Geschäft 1929 um eine Metzgerei. Nach 1945 wurden Gaststätte und Fleischerei verpachtet und schließlich 1995 aufgegeben. 1998 erfolgte dann der Abbruch des Wirtshauses.<sup>317</sup>

<sup>315</sup> StACo, LReg 4907, fol. 9, Gastwirtskonzession, Gotha / Meiningen, 5.8.1726; StACo, Staatskasse 1165, Braukonzession, Coburg, 9.6.1847; StACo, LA F 78, fol. 13v; Herzogl.-Sachsen-Coburgisches Regierungs- und Intelligenzblatt vom 18.2.1832, Sp. 100; vom 5.5.1838, Sp. 272; vom 12.10.1844, Sp. 780 und vom 21.1.1854, Sp. 103; MORSBACH / TITZ, Stadt Coburg (wie Anm. 25), S. 420; OTTO, Gaststättenführer (wie Anm. 119), S. 45.

<sup>316</sup> StadtACo, B 635-18, Bau Kegelbahn, 1888; StadtACo, B 638-14, Bau Veranda, 1902; StadtACo, B 640-3, Bau Tanzsaal, 1910; StadtACo, A 8862, Gewerbeverzeichnis, 1950; MORSBACH / TITZ, Stadt Coburg (wie Anm. 25), S. 420 f.; EBERLEIN, Straßennamen (wie Anm. 24), S. 27; FREUDENBERG [u. a.], Beiersdorf (wie Anm. 3), S. 25 ff.

<sup>317</sup> StACo, Grundbuch Beiersdorf, Bd. I, Nr. 25; StACo, Min D 78, fol. 12v-13r, StACo, LA M 719, Steueranschlag, 1868, S. 89; StadtACo, B 575, fol. 54v-55r; StadtACo, B 642-39, Bau eines Schlachthauses, 1929; StadtACo, A 22.310, Bauakte Rodacher Straße 283; FREUDENBERG [u. a.], Beiersdorf (wie Anm. 3), S. 27 f. Ab 1964 gab es eine dritte Gaststätte in Beiersdorf. Diese hieß „Zur Wildbahn“ und befand sich in der Beiersdorfer Straße Nr. 37. Dabei handelte es sich eine Bierwirtschaft mit einem Gastzimmer und einem Nebenraum. Das Lokal besaß als Besonderheit eine von unten beleuchtete Glastanzfläche und eine Bar, die vor allem die Jugend anlockte. Die Gaststätte, welche lange Jahre von der Familie Jung betrieben wurde, musste 2007 aus Altersgründen schließen.

Auf Callenberg gab es seit 1844 auf Anregung von Herzog Ernst II. eine Ausflugsgaststätte mit Kegelbahn und Biergarten. Diese befand sich auf dem Gelände des alten Wirtschaftshofes unterhalb des Schlosses. Der Herzog trat dabei als Verpächter des Lokals auf. Durch die Pacht konnte er die Einnahmen seines defizitär arbeitenden Gutes in einem gewissen Umfang steigern. Die Errichtung eines Ausflugslokals an dieser Stelle kam nicht von ungefähr. Das Coburger Bürgertum nutzte die Sonntagnachmittage vornehmlich zum Spazierengehen in die nähere Umgebung. Zu den beliebtesten Strecken gehörte u. a. auch ein Ausflug nach Callenberg und seinen Parkanlagen.<sup>318</sup> 1873 entschloss sich jedoch Ernst II., den Gasthof zu einem Gäste- oder Kavaliershaus umzubauen. Um die Parkbesucher aber weiterhin bewirten zu können, entschied er sich für den Bau einer neuen Gaststätte am Verbindungsweg zur Straße nach Coburg. Das 1873 geschlossene Lokal umfasste 165 Sitzplätze im Inneren und 400 Sitzplätze im Außenbereich.<sup>319</sup> Heute befindet sich in dem Gebäude das Pfadfinder-Centrum Callenberg. Es dient als Übernachtungsgebäude mit Seminarräumen und einem Zeltplatz.

Neben Gastwirtschaften gab es in Beiersdorf auch zwei Mühlen. Die älteste davon war die Weihermühle, die ursprünglich zum Gut Callenberg gehörte. Gegen Ende des Dreißigjährigen Krieges wurde sie von einer Familie Quenzlein betrieben, die noch 1728 als Eigentümer aufgeführt werden. Die Weihermühle war eine Mahlmühle mit einem Mahlgang und lag am sogenannten Mühlgraben in der Nähe des Mühlteiches. Um 1800 erfolgte eine Umbenennung des Hauses in Haselmühle. Im 19. Jahrhundert gehörte sie einer Familie Förster. Durch Erbschaft kam 1919 die Haselmühle schließlich in den Besitz der Familie Herppich. Diese erweiterte den Betrieb 1953 um eine Bäckerei. Diese befindet sich seit 1972 in einem größeren Neubau an der Rodacher Straße (Nr. 270). Den Mahlbetrieb indes gab die Familie Herppich auf.<sup>320</sup> Eine zweite Mühle entstand 1732 an der Landstraße zwischen Beiersdorf und Neuses. Diese wurde in den zeitgenössischen Texten als Hain- oder Hahnemühle bezeichnet. Erster Müller dieser neu errichteten eingängigen Mahlmühle war Johann Sauer. Das notwendige Wasser erhielt sie von den zahlreichen Teichen im Callenberger Park, die über verschiedene Leitungen miteinander verbunden waren. 1837 erwarb Herzog Ernst I. von Sachsen-Coburg und Gotha (1744-1844) das Mühlengrundstück. Es diente zur Erweiterung seines Schlossparks. Die Mühle wurde daraufhin verpachtet, aber schon 1855/56 unter Herzog Ernst II. abgerissen und durch einen Neubau ersetzt. Mit dem Abbruch verfolgte der Monarch zwei Ziele: Zum

---

(Vgl. StadtACo, B 651-10, Bauakte Beiersdorfer Straße Nr. 37; FREUDENBERG [u. a.], Beiersdorf (wie Anm. 3), S. 28).

<sup>318</sup> StACo, LA A 8301 und 8302, Bau und Unterhalt eines Wirtshauses auf dem Callenberg 1842-63; StACo, LA M 974, Nr. 15; MORSBACH / TITZ, Stadt Coburg (wie Anm. 25), S. 432; BOSECKERT, Ernst II. (wie Anm. 309), S. 49; E. ECKERLEIN, Ein Sonntagsausflug nach Callenberg vor über 70 Jahren und die Geschichte des Schlosses, in: EBD., Coburger Heimat, Bd. VI, Coburg 1986, S. 133-136.

<sup>319</sup> StadtACo, A 16.379, Gaststättenkonzession für die Schlosswirtschaft Callenberg, 1955-74; MORSBACH / TITZ, Stadt Coburg (wie Anm. 25), S. 433 f.; OTTO, Gaststättenführer (wie Anm. 119), S. 9; FREUDENBERG [u. a.], Beiersdorf (wie Anm. 3), 28 f.

<sup>320</sup> StACo, Grundbuch Beiersdorf, Bd. I, Nr. 38; StACo, LA M 91, fol. 154, Steueranschlag, 1728; StACo, Patrimonialgericht Callenberg 17, Übergabe der Haselmühle, 1823-37; StACo, LA M 719, S. 217, Steueranschlag 1868; StadtACo, Coburgica I/507, S. 4; StadtACo, A 8862, Gewerberegister Beiersdorf, 1953; FREUDENBERG [u. a.], Beiersdorf (wie Anm. 3), 21 ff.

einen sollten die neuen Mühlengebäude den Eingang zum Callenberger Schlosspark verschönern. Zum anderen wollte der Herzog in seinem Park eine „Kunstmühle“ errichten. Darunter verstand man Mühlen, die einen hohen technischen Standard aufwiesen. Der Begriff „Kunst“ bezog sich dabei auf die Ingenieurskunst. Mit dem Ende der Monarchie verlor die Mühle an wirtschaftlicher und technischer Bedeutung. Sie wurde 1935 abgerissen und das Areal nicht mehr wieder bebaut.<sup>321</sup>

Ein erster Bericht über die soziale Situation in Beiersdorf erwähnt im Jahr 1802, dass große Teile der Einwohnerschaft in ärmlichen Verhältnissen lebten. Das lag vor allem daran, dass neben Landwirten viele Tagelöhner im Ort beheimatet waren. Daraus entwickelte sich eine Arbeiterschicht, die jedoch wegen des Fehlens von Industriebetrieben in Coburg oder Neuses ihren Lebensunterhalt verdienen musste. Dementsprechend kam es früh zwischen den Orten zu einem Pendelverkehr. 1956 betrug der Anteil der Arbeiterschicht an der Einwohnerschaft rd. 67 Prozent. Die Arbeiter betrieben in kleinem Umfang Landwirtschaft, die nur zur Eigenversorgung diente. Besonders beliebt war die Kleinviehhaltung.<sup>322</sup> Dies änderte sich erst mit dem zunehmenden Wohlstand der Gesellschaft im Laufe des Wirtschaftswunders in den 1950er- und 1960er-Jahren. Zeitgleich stieg die Motorisierung. Viele Arbeiter konnten sich nun ein Auto leisten. Dadurch erschlossen sie sich weitere Arbeitsplätze außerhalb des eigenen Wohnorts. In Beiersdorf, aber auch in anderen Dörfern bedeutete dieser Pendelverkehr eine zunehmende Verstädterung. Das, was es in Stadt an Infrastruktur gab, wollte man auch auf dem Land haben, was sich für die betroffenen Gemeinden noch problematisch darstellen sollte.<sup>323</sup>

---

<sup>321</sup> StACo, LA F 12.973, Mühlbau bei Beiersdorf 1732; StACo, LA M 91, fol. 159, Steueranschlag, 1728; StACo, Patrimonialgericht Callenberg 21, Verkauf der Mühle, 1836/37; StACo, LA M 974, Nr. 13; StACo, Min E 1412, Verpachtung der Hahnmühle, 1837-43; StACo, Min E 1677, Wiederherstellung der Hahnmühle, 1855/56; StadtACo, A 3377, Wiedererrichtung der Hahnmühle, 1857; FREUDENBERG [u. a.], Beiersdorf (wie Anm. 3), S. 21.

<sup>322</sup> StACo, Min D 78, fol. 6r; StACo, LRA Co 14.639, Gemeindevisitation vom 5.11.1956; StadtACo, A 8857, Feuerwehrausstattung in Beiersdorf; FREUDENBERG [u. a.], Beiersdorf (wie Anm. 3), S. 15.

<sup>323</sup> MATTERN, Dörfer (wie Anm. 1), S. 80.

## 7.4 Schloss Callenberg



Abb. 24: Ansichtskarte von Schloss Callenberg und der dazugehörigen Schlosswirtschaft (unten links), um 1900.

Aufgrund der zahlreichen Literatur über die Geschichte des Schlosses werden hier nur die wichtigsten Eckpunkte aus der Historie dieses Adelsitzes wiedergegeben. Im Mittelalter befand sich auf dem Callenberg die Burg eines reichsunmittelbaren Rittergeschlechts gleichen Namens. 1122 wird hier erstmalig ein Thimo von Chalwinberch erwähnt. Die Burg taucht erstmals 1231 in dem bereits erwähnten Kaufvertrag Ulrichs von Callenberg mit dem Hochstift Würzburg auf. Wie schon anhand der Beiersdorfer Geschichte zu sehen gewesen ist, gelang es Graf Poppo VII. von Henneberg (vor 1202-1245), die Burg in seine Gewalt zu bekommen, bevor der Würzburger Bischof von dieser Besitz ergreifen konnte. Dies war Ausdruck eines Territorialkonflikts, der zwischen Henneberg und Würzburg schon lange gährte. Es folgten deshalb jahrelange rechtliche Auseinandersetzungen, die an der Herrschaft der Henneberger über Callenberg nichts änderten. 1317 belehnte Graf Berthold VII. von Henneberg-Schleusingen (1272-1340) seinen Ministerialen Hermann Hunt von Sternberg mit der Burg.<sup>324</sup> Das Geschlecht der Sternberger saß ab diesem Zeitpunkt für die nächsten zwei Jahrhunderte auf dem Callenberg. Der bedeutendste Vertreter dieser Familie war Hans von Sternberg (+1535). Als Pfleger und damit Stellvertreter des sächsischen Kurfürsten in Coburg trieb er in den 1520er-Jahren die Reformation im Coburger Land mit voran. Er unterhielt gute Beziehungen zu Martin Luther (1483-1546), den er 1521 zum Reichstag nach Worms begleitete. Der Reformator widmete ihm bei seinem Coburger Aufenthalt im Jahr 1530 die Auslegung

<sup>324</sup> AXMANN, Edelfreien (wie Anm. 294), S. 253-312.

des Psalms 117.<sup>325</sup> Knapp 60 Jahre später, im Jahr 1588, starb die Familie von Sternberg im Mannesstamm aus. Das Lehen fiel an Herzog Johann Casimir von Sachsen-Coburg (1564-1633) zurück, der die Burg in der Folge zu einem seiner Residenzschlösser ausbauen ließ. Bedeutendstes Gebäude aus dieser Zeit ist die zwischen 1610 und 1613 errichtete Schlosskirche, die als erster Sakralraum des Fürstentums vollständig nach protestantischen Vorstellungen erbaut wurde.<sup>326</sup> Nach Casimirs kinderlosen Tod 1633 gehörte das Schloss verschiedenen Linien der ernestinischen Wettiner. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts besaßen die Herzöge von Sachsen-Meiningen das Schloss. 1826 kam es durch den Hildburghäuser Teilungsvertrag an Herzog Ernst I. von Sachsen-Coburg und Gotha (1784-1844). Dieser ließ 1827-30 und 1842-44 Umbaumaßnahmen durchführen, die unter seinem Sohn Ernst II. von 1856 bis 1860 weitergeführt wurden. Ernst II. erhielt Callenberg 1842 als Wohnsitz zugewiesen. Dort wurde unter seinem Schutz 1853 der Vorläufer des Deutschen Nationalvereins, nämlich der Literarisch-politische Verein, ins Leben gerufen. Ziel der Vereine war die Schaffung eines liberalen kleindeutschen Gesamtstaates unter preußischer Führung. 1871 wurden diese Forderungen mit der Gründung des Deutschen Reiches teilweise verwirklicht. Nach Ernsts Tod 1893 nutzte seine Ehefrau Alexandrine (1820-1904) das Schloss als Witwensitz. Schließlich bezog Herzog Carl Eduard (1884-1954) mit seiner Familie ab 1905 den Callenberg. Unter ihm wurde das Schloss in den 1930er-Jahren letztmalig umgebaut. Ab 1945 war der Schlosskomplex an verschiedenen Institutionen vermietet, u. a. an ein Altenheim oder der Mathilde-Zimmer-Stiftung, die dort eine Frauenfach- und Haushaltsschule unterhielt. 1974 verkaufte die Familie von Sachsen-Coburg und Gotha das Schloss. In der Folge verfiel die Anlage zusehends. Nach dem Rückkauf des Schlosses durch das Herzogshaus im Jahr 1982 gelang es durch eine flächendeckende und gründliche Restaurierung (1984-97), den weiteren Verfall der Anlage zu verhindern. 1997 wurde das Schloss im Rahmen der Bayerischen Landesausstellung „Ein Herzogtum und viele Kronen – Coburg in Bayern und Europa“ für Besucher geöffnet. Seither ist in den Räumen ein Schlossmuseum und seit 2004 das Deutsche Schützenmuseum untergebracht.<sup>327</sup>

### 7.5 Der Zoologische Garten auf dem Callenberg

Kaum bekannt ist die Existenz eines zoologischen Gartens auf dem Callenberg. Dieser besaß seine Ursprünge in einem Wildpark, den Herzog Ernst I. von Sachsen-Coburg und Gotha (1744-1844) nach der Übernahme des Callenbergs ab 1827 anlegen ließ. Dazu erwarb er zahlreiche Grundstücke, u. a. den Hof Kropfweihers mit seinen fünf Teichen. Dadurch entstand auf langer Sicht ein ca. 319 Hektar großer Wildpark, in welchem zwischen 250 und 260 Stück

<sup>325</sup> R. AXMANN, Zur Geschichte der Reformation in der Pflege Coburg, in: P. WOLF / E. BROCKHOFF / F. FIEDERER / A. FRANZ / C. GROTH (Hrsg.), Ritter, Bauern, Lutheraner. Katalog zur Bayerischen Landesausstellung 2017 (Veröffentlichungen zur Bayerischen Geschichte und Kultur 66), Augsburg 2017, S. 64; STADT COBURG (Hrsg.), Luther in Coburg. Coburg und die Reformation, Coburg 2016, S. 32.

<sup>326</sup> Ch. BOSECKERT, Ein Herzog und sein Staat. Eine politische Biografie Herzog Johann Casimirs von Sachsen-Coburg (1564-1633) (Norm und Struktur. Studien zum sozialen Wandel in Mittelalter und Früher Neuzeit 53), Wien / Köln / Weimar 2022, S. 249 ff.

<sup>327</sup> A. ARNOLD, Schloss Callenberg. Ein Beitrag zum frühen neugotischen Schloßbau im Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha, in: Jahrbuch der Coburger Landesstiftung 47 (2002), S. 67-157; MORSBACH / TRITZ, Stadt Coburg (wie Anm. 25), S. 426-431, FREUDENBERG [u. a.], Beiersdorf (wie Anm. 3), S. 52 f.

Dammwild, eine kleinere Anzahl von Axis-Hirschen sowie ein Rothirsch lebten. Der Schritt hin zu einem zoologischen Garten erfolgte schließlich unter Herzog Ernst II. Gleich nach seinem Regierungsantritt 1844 begann er, den bisherigen Park um eine Fasanerie zu erweitern. Diese befand sich mit ihrem rd. 26 Hektar umfassenden Gehegen im östlichen Teil des Callenberger Schlossparks. Der Durchschnittsbestand lag bei 500 bis 600 Fasanen. Die Leitung dieser Einrichtung oblag dem sogenannten Fasanenmeister, der auch die Aufsicht über den Wildpark und den späteren zoologischen Garten ausübte. Neben Fasanen wurde auch weitere Vögel auf dem Areal gezüchtet. Dazu gehörten Pfauen, Hühner, Gänse oder Tauben. Zeitgleich mit der Errichtung der Fasanerie ließ Ernst II. ein Cottage errichten, in welchem er zunächst Hunde für die Parforce-Jagd hielt. Aber schon 1850 löste er den Hundezwinger auf und erweiterte die Anlage um weitere Gehege und Volieren, um dort neue Tiere unterbringen zu können. Daraus entwickelte sich ein zoologischer Zwinger, in welchem zahlreiche heimische und exotische Tierarten zu sehen waren. Es gab dabei zahlreiche Attraktionen. So lebten in diesem Zoo bspw. ein Löwenpaar, Hyänen, Schakale, Gebirgswölfe, Affen oder Bären. Auch zahlreiche Vögel wie Papageien, Ibis, kalifornische Wachteln, Seeadler oder Möwen konnte man im Callenberger Tierpark finden. Der Tierbestand war demnach sehr umfangreich und konnte sich im Vergleich zu anderen zoologischen Gärten sehen lassen. Der Tierpark wurde aber auch eine wirtschaftliche genutzt. So baute der Fasanenmeister um 1868 eine Seidenraupenzucht auf, die Rohseide zu Bekleidungsstoffen herstellen konnte. Eine andere Form der wirtschaftlichen Nutzung zeigte sich daran, dass die drei Parkanlagen (Wildpark, Zoo und Fasanerie) von Anfang an gegen ein Eintrittsgeld von drei Kreuzern für die Öffentlichkeit zugänglich waren. Damit sollte der Unterhalt der 1863 fertiggestellten Anlage und das Gehalt des Fasanenmeisters finanziert werden. Schulklassen und Militärangehörige hatten freien Eintritt. Insgesamt zählte man jährlich zwischen 5000 und 6000 Besucher. Ernst II. verfolgte mit der Öffnung des Parks aber auch andere Ziele. Zum einen wollte er durch die Öffnung des Parks seine volksnahe und liberale Haltung zum Ausdruck bringen. Zum anderen ging es ihm um die Gesundheitsversorgung seiner Untertanen. Ab Ende des 18. Jahrhunderts waren in den europäischen Städten Volksparks entstanden. Diese sollten gerade der arbeitenden Bevölkerung durch Spaziergänge in der Natur und an der frischen Luft, den Zugang zu Erholungsgebieten ermöglichen. Die Notwendigkeit solcher Gärten erkannte Ernst schon früh. Sie findet ihren Ausdruck u. a. in der Vergrößerung des Coburger Hofgartens 1856/57. Die Bevölkerung nahm dieses Angebot dankbar an und nutzte die Parkanlagen für Sonntagsspaziergänge. Allerdings benahm sich nicht jeder Besucher in den Gärten so, wie man es sich gewünscht hätte. 1852 musste der Park aufgrund von Wildfrevl und anderer Beschädigungen geschlossen werden. Erst nach mehreren Jahren der Umgestaltung und der Verlegung von Spazierwegen wurde die Anlage wieder eröffnet. Trotz der offensichtlichen Beliebtheit konnten der Zoo und die Fasanerie langfristig nicht erhalten werden. Mit dem Ende der Monarchie 1918 kam auch das Ende des Tierparks. Heute finden sich nur noch wenige Spuren aus dieser Zeit. Erhalten haben sich das Cottage und das Fasaneriegebäude, welches gegenwärtig als Forsthaus dient. Der Park wird heute forst- und landwirtschaftlich genutzt.<sup>328</sup>

<sup>328</sup> MORSBACH/TITZ, Stadt Coburg (wie Anm. 25), S. 425 f., 433; BOSECKERT, Ernst II. (wie Anm. 309), S. 61 f.; G. AUMANN, Der Wildpark von Callenberg, in: Coburger Geschichtsblätter 5 (1997), S. 56-59; R. KIRSCH, Der



## 7.6 Kirche und Schule

Beiersdorf gehörte im Mittelalter zum Sprengel der „Ur-Pfarrei“ Meeder. Von dort aus richtete man zur geistlichen Versorgung der zahlreichen Gläubigen Filialkirchen ein. Eine dieser Kirchen entstand vor 1412 in Neuses bei Coburg. Im Zuge der zweiten Kirchenvisitation von 1535 in der Pflege Coburg wurde Neuses zur Pfarrei erhoben. Zu dem neu gebildeten Pfarrsprengel gehörte auch Beiersdorf. Diese kirchliche Zugehörigkeit besteht bis zum heutigen Tag. Sie findet ihren Ausdruck vor allem in dem 1972 errichteten Gemeindezentrum am Akazienweg, in welchem Gottesdienste und andere kirchliche Veranstaltungen abgehalten werden können.<sup>329</sup> Der Neuseser Pfarrer besorgte auch den Gottesdienst in der 1618 geweihten Callenberger Schlosskirche. Das Gotteshaus dort wurde meist von den Schlossherren, dessen Höflingen und Gutsangestellten genutzt. Die Beiersdorfer Bevölkerung hatte hier über Jahrhunderte hinweg keinen Zutritt. Die ersten öffentlichen Gottesdienste fanden zwischen 1957 und 1972 statt, als im Schloss die Frauenfach- und Haushaltsschule der Mathilde-Zimmer-Stiftung untergebracht war. Nach einer jahrelangen Grundsanierung des Schlosskomplexes steht die Kirche seit 1997 wieder der Öffentlichkeit für religiöse Veranstaltungen zur Verfügung.<sup>330</sup>

Die kirchliche Nähe zu Neuses spiegelt sich auch im Bestattungswesen wider. So wurden die Einwohner von Beiersdorf über Jahrhunderte auf dem Friedhof des Nachbarortes beerdigt. Das rasante Bevölkerungswachstum machte aber nach dem Ersten Weltkrieg die Anlage eines eigenen Gottesackers notwendig. Erste Gedanken kamen dazu 1921 auf. Es dauerte aber noch vier Jahre, bis am Schlossberg ein Gottesacker eingeweiht werden konnte. 1951/52 wurde dort auch eine Leichenhalle errichtet. Der weitere Zuzug von Familien machte jedoch ab 1970 eine Erweiterung des Friedhofs notwendig, welche die Gemeinde noch vor ihrer Eingemeindung nach Coburg durchführte.<sup>331</sup> Neben dem Beiersdorfer Friedhof existiert seit 1944 südwestlich des Schlosses Callenberg eine Grablege, die Herzog Carl Eduard für sich, seine Familie und deren Nachkommen anlegen ließ. Die erste Bestattung fand im Jahr der Einweihung statt. Damals wurde ein Sohn Carl Eduards, Prinz Hubertus (1909-1943), dort bestattet, nachdem dieser als Luftwaffenoffizier im Kriegseinsatz ums Leben gekommen war. Gegenwärtig (2022) sind auf dem Friedhof sieben Angehörige der Familie von Sachsen-Coburg und Gotha bestattet, darunter auch das letzte regierende Herzogspaar Carl Eduard

---

Landschaftspark von Schloss Callenberg bei Coburg, in: F. BOSBACH / G. GRÖNING (Hgg.), *Landschaftsgärten des 18. und 19. Jahrhunderts* (Prinz-Albert-Studien 26), München 2008, S. 165-177; ECKERLEIN, *Sonntagsausflug* (wie Anm. 318), S. 133-136.

<sup>329</sup> StACo, LRA Co 14.639, Gemeindevisitation vom 5.11.1956; MORSBACH / TITZ, *Stadt Coburg* (wie Anm. 25), S. 467; W. BREMER, *Neuses – St. Matthäus*, in: KOLLMER, *Kirchengemeinde* (wie Anm. 35), S. 83.

<sup>330</sup> StadtACo, Coburgica II/36, S. 78 f. Zur Geschichte der Schlosskirche vgl. R. AXMANN, *Zum Bau der Kirche auf Schloß Callenberg unter Herzog Johann Casimir*, in: *Jahrbuch der Coburger Landesstiftung* 43 (1998), S. 93-148; STADT COBURG (Hrsg.), *Lesebuch Digitales Stadtgedächtnis*. Bd. 5, *Bildung*, Coburg 2013, S. 18 f.

<sup>331</sup> StACo, LRA Co 10.047, *Der Friedhof in Beiersdorf, 1921-28*; StadtACo, A 8856, *Friedhof in Beiersdorf*; StadtACo, Coburgica II/36, S. 278 f.; StACo, LRA Co 14.639, *Gemeindevisitation vom 6.11.1961 und vom 24.2.1970*; *Coburger Zeitung* vom 16.5.1925.

und Viktoria Adelheid.<sup>332</sup> Daneben gibt es im Park Callenberg noch einen Hundefriedhof, den Herzog Ernst II. 1846 im Weiherholz am Süden des Langen Grundes anlegen ließ. Dort wurden bis 1896 insgesamt sechs Lieblingshunde des Herzogs bestattet. Ernsts Nachfolger Alfred verzichtete auf die weitere Nutzung des Hundefriedhofs.<sup>333</sup>

Im Dunkeln liegt die schulorganisatorische Zugehörigkeit von Beiersdorf im Mittelalter und in der ersten Hälfte der Frühen Neuzeit. Die Überlieferung setzt 1715 ein, als erstmals ein Lehrer erwähnt wird, welcher der Beiersdorfer Präzeptorschule vorstand. Das Schulgebäude befand sich seinerzeit in der Braugasse (Nr. 3) und existierte bis 1840. Danach mussten die Beiersdorfer Kinder nach Neuses in die Schule. Eine Ausnahme bildeten zunächst die Schüler aus Callenberg. Dort errichtete Herzog Ernst I. für die Kinder, deren Eltern auf dem Schloss beschäftigt waren, eine Privatschule. Diese befand sich im Kavaliershaus unterhalb des Schlosses. Spätestens 1859 dürfte aber auch diese Einrichtung geschlossen worden sein.<sup>334</sup> Nachdem 1858 ein neues Schulgesetz für das Herzogtum Coburg in Kraft getreten war, mussten die meisten Schulen, die eine Klassenstärke von über 80 Kinder besaßen, geteilt werden. Zu den betroffenen Einrichtungen gehörte auch die Schule in Neuses, die damals von rd. 120 Kindern besucht wurde. Es stellte sich daher die Frage, ob in Neuses eine zweite Lehrerstelle eingerichtet werden sollte. Auch dachten die Verantwortlichen an den Bau einer neuen Schule in Beiersdorf. Nach längeren Verhandlungen entschloss sich die Gemeinde schließlich zum Schulbau und damit zur Gründung einer neuen Institution für das Dorf. Der Bau entstand 1861 nach Plänen des Baumeisters Julius Girtanner an der Rodacher Straße (Nr. 266). Im November des gleichen Jahres zogen die ersten 42 Schüler (darunter auch die vom Callenberg) in das Schulhaus ein. Dort wurden sie von einem Lehrer unterrichtet.<sup>335</sup> In den folgenden Jahren stiegen die Schülerzahlen weiter an. Ab 1902 hatten sich diese zwischen 60 und 70 Kinder eingependelt. Nach 1920 gingen sie etwas auf 40 bis 50 Schüler zurück.<sup>336</sup> Trotz dieses Rückgangs plante die Gemeinde ab 1927 den Bau eines neuen Schulhauses. Dafür waren zwei Faktoren ausschlaggebend: Zum einen herrschte im Schulhaus ein Platzmangel. Zum anderen wurde die Lage des Gebäudes an der Rodacher Straße zunehmend zu einem Problem. Durch den stärker werdenden Durchgangsverkehr vor dem Schulhaus stieg die Gefahr von Unfällen. Die Kinder spielten noch vor der Schule auf der Straße, da kein Pausenhof vorhanden war. Auch wurde durch den Verkehr der Schulweg immer gefährlicher. Das Projekt eines Schulneubaus scheiterte aber zunächst am fehlenden Geld. Es sollte zehn Jahre dauern, bis diese Pläne umgesetzt werden konnten. So entstand 1937/38 am Akazienweg (Nr. 6) ein neues Schulhaus mit einem Klassenraum und einer Lehrerwohnung.<sup>337</sup>

---

<sup>332</sup> MORSBACH / TITZ, Stadt Coburg (wie Anm. 25), S. 435.

<sup>333</sup> Ebd.

<sup>334</sup> StadtACo, Coburgica II/36, S. 9; StadtACo, Coburgica I/507, S. 6.

<sup>335</sup> StACo, LRA Co 8309, Die Schulstelle in Beiersdorf, 1861-63; StACo, LRA Co 8540, Errichtung einer Volksschule in Beiersdorf, 1860-65; StadtACo, Coburgica II/135, S. 173 f.; StadtACo, Coburgica I/507, S. 6.

<sup>336</sup> StadtACo, Coburgica II/135, S. 63-69.

<sup>337</sup> StACo, LRA Co 16.412, fol. 1-152, Schulneubau, 1927-39; StadtACo, Coburgica II/36, S. 27-47, 278 f.



*Abb. 25: Ehemalige Schule, später Gemeindehaus, um 1938.*



*Abb. 26: Klassenraum in der neubauten Beiersdorfer Schule, 1938.*

Damit war aber die bauliche Entwicklung noch nicht abgeschlossen. Durch den Zuzug zahlreicher Vertriebener und Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg reichten auch in Beiersdorf die Schulräume bald nicht mehr aus, um alle Kinder zu unterrichten. Es musste 1948 eine zweite Lehrerstelle geschaffen werden. Seit diesem Zeitpunkt teilten sich zwei Klassen einen Unterrichtsraum miteinander. Als die Schülerzahl schließlich an die 90 heranreichte, entschloss sich die Gemeinde 1956 für eine Erweiterung der bestehenden Schule. Dieser Ausbau erfolgte 1957/58 und kostete die Kommune über 127.000 DM. Es entstand dabei eine dreiklassige Volksschule, die nun über 100 Schüler aufnehmen konnte.<sup>338</sup> Doch auch diese bauliche Maßnahme reichte nicht aus, um die immer noch wachsende Schülerschar dauerhaft aufzunehmen. In der Folge musste sich die Gemeinde ab 1964 zwischen zwei Möglichkeiten entscheiden. Die erste Variante sah den Erhalt des Schulstandortes vor, was durch den Gemeinderat auch bevorzugt wurde. Man dachte dabei an eine erneute Erweiterung des bestehenden Schulhauses oder an einen Neubau an anderer Stelle. Es sollte so eine vierklassige Schule entstehen, die später auf sechs Klassen erweitert werden konnte. Die Regierung von Oberfranken lehnte jedoch 1965 die Pläne mit der Begründung ab, dass zum einen ein solches Projekt nicht durch den Freistaat Bayern finanziell unterstützt würde und zum anderen dies der Gründung einer Verbandsschule entgegenstünde. Die Gemeinde schlug daraufhin vor, die Klassen der 7. und 8. Jahrgangsstufe auf eine Verbandsschule zu schicken und die unteren Klassen weiterhin in Beiersdorf zu unterrichten. Damit schwenkten die Gemeindepolitiker auf die Vorstellungen des Schulamtes und der Bezirksregierung ein. Denn diese hatten in einer weiteren Variante schon 1964 die Gründung einer Verbandsschule mit Wiesenfeld den Vorzug gegeben. Zunächst schien ein Zusammengehen möglich und beide Gemeinden einigten auf einen Schulbau auf halbem Weg zwischen beiden Orten auf der Höhe von Kösfeld. Doch scheiterte das Projekt an Verständnisschwierigkeiten zwischen beiden Gemeindevertretungen, sodass eine Zusammenarbeit nicht mehr möglich war. Das Scheitern des Schulverbandes führte dazu, dass das Schulamt und die Bezirksregierung die kombinierte Lösung des Beiersdorfer Gemeinderates den Vorzug gab. Allerdings begann damit die schwierige Suche nach einer Schule, welche bereit war, die Beiersdorfer Kinder aufzunehmen. 1966 standen drei Alternativen zur Auswahl: Coburg, Meeder und Weidach. Die Aufnahme in den Coburger Schulverband scheiterte an den fehlenden Schulräumen und den vielen kritischen Stimmen aus der Bevölkerung. Ähnlich verhielten sich die Einwohner gegenüber dem Vorschlag, die Kinder nach Meeder zur Schule zu schicken. Auch die Gemeinde stand dieser Idee skeptisch gegenüber. Sie verwies auf die hohen Kosten des notwendigen Schulbusverkehrs, wodurch zusätzliche Belastungen für die Gemeindekasse entstehen würden. Eine Mehrheit fand dagegen das Zusammengehen mit Weidach. Auf Bitten der Gemeinde erließ daher die Bezirksregierung 1967 eine Anordnung, dass die Beiersdorfer Schüler der 7. und 8. Jahrgangsstufe ab dem Schuljahr 1967/68 für zwei Jahre in der Weidacher Schule zu unterrichten seien. Dies sollte die Grundlage für die Schaffung einer Verbandsschule bilden, die vom Coburger Schulamt favorisiert worden war und der die Orte Beiersdorf, Weidach und Scheuerfeld angehören sollten. Das Projekt scheiterte

---

<sup>338</sup> StACo, LRA Co 16.412, ab fol. 153, Schulanbau; StadtACo, Coburgica II/36, S. 278 f.; StACo, LRA Co 14.639, Gemeindevisitation vom 5.11.1956 und 1.11.1966; ebd., Protokoll der Bürgerversammlung vom 29.12.1954; Neue Presse Coburg vom 7.10.1954 und 4.7.1958; Coburger Tageblatt vom 24.4.1956.

aber, da die Bezirksregierung die Anordnung 1969 nicht verlängerte. Sie begründete dies damit, dass in Weidach auch ohne die Beiersdorfer Kinder in den nächsten Jahren mit höheren Schülerzahlen zu rechnen seien. In Meeder hingegen fehlen diese Schüler, sodass der Bestand der Verbandsschule dort in Gefahr sei. Die Regierung von Oberfranken gruppierte deshalb die Beiersdorfer Kinder ab der 5. Jahrgangsstufe entgegen dem Wunsch der Gemeinde nach Meeder um. In Beiersdorf verblieben nur noch die Grundschüler der 1. bis 4. Jahrgangsstufe.<sup>339</sup> Diese Aufteilung blieb bis zur Eingemeindung nach Coburg 1972 bestehen.

### 7.7 Justizwesen

In Beiersdorf lässt sich wie auch in Creidlitz ablesen, wie stark im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit Grund- und Landesherrschaft auf der einen und die Rechtsprechung auf der anderen Seite miteinander verbunden waren. So oblag die Blut- und Hochgerichtsbarkeit über den meisten Anwesen des Ortes dem in Coburg ansässigen landesherrschaftlichen Zentgericht Lauter. Davon befreit blieben wenige unzentbare Lehen, bei denen die Blutgerichtsbarkeit vom Grundherrn ausgeübt wurde. Im konkreten Fall hatten die Schlossbesitzer auf dem Callenberg die Blut- und Hochgerichtsbarkeit inne. Dieses Nebeneinander zweier Gerichtsherren blieb nicht immer konfliktfrei, wie drei Fälle aus dem 18. Jahrhundert beweisen. Dabei ging es hauptsächlich um Fragen der Zuständigkeit, die zwischen den Gerichtsherren strittig waren.<sup>340</sup> Nicht weniger kompliziert waren die Verhältnisse bei der niederen Gerichtsbarkeit. Diese oblag mehreren Lehensherren. Die meisten Lehensgüter besaß mit 21 Anwesen der Callenberger Schlossherr. Darunter befanden sich auch zwei größere Bauerngüter, die sogenannten Gült-höfe. Für die Bewohner dieser Güter war das Nieder- oder Patrimonialgericht auf Schloss Callenberg zuständig. Weitere sechs Lehen (darunter ein Gültthof) gehörten den Rittern von Brandenstein, die ein eigenes Patrimonialgericht in Lützelbuch unterhielten. Drei Lehen gehörten noch dem Amt Coburg sowie jeweils eines der herzoglichen Kanzlei und dem fürstlichen Kastenamt (Finanzamt) zu Coburg. In den letzten drei genannten Fällen oblag die Niedergerichtsbarkeit dem Coburger Herzog, der sich als Gerichtsherr durch Beamte vertreten ließ.<sup>341</sup> Erst 1801 kam es im Zuge der Kretschmann'schen Verwaltungsreformen zu einer ersten Vereinfachung des Justizsystems. Die neue zentrale Institution, das Justizamt in Coburg, übernahm in Beiersdorf große Teile der höheren Gerichtsbarkeit und auf den fünf Anwesen der herzoglichen Ämter die niedere Gerichtsbarkeit. Von dieser Maßnahme unberührt blieben die Nieder- oder Patrimonialgerichte auf Schloss Callenberg und in Lützelbuch. Nachdem das Rittergut Lützelbuch 1818 in den Besitz des Herzogs gelangt war, wurde das dortige Niedergericht aufgelöst und dessen Befugnisse ebenfalls vom Justizamt Coburg übernommen. Die

<sup>339</sup> StACo, LRA Co 16.288, Schulerweiterung, 1965; StACo, LRA Co 16.414, Schulangelegenheiten, 1964-69; StACo, LRA Co 14.639, Bezirksschulamt an Landratsamt, Coburg, 27.10.1966; ebd., Gemeindevision am 1.11.1966 und 24.2.1970; Coburger Tageblatt vom 5.6.1964.

<sup>340</sup> StACo, LReg 1093, Zentamt vs. Callenberger Vogtei, 1724; StACo, LReg 1095, Zentamt vs. Callenberger Vogtei, 1729-33; StACo, LReg 1097, Zentamt vs. Callenberger Vogtei, 1773/74; GRUNER, Beschreibung (wie Anm. 5), S. 165.

<sup>341</sup> StACo, LA M 91, Steueranschlag Beiersdorf, 1728.

Callenberger Schlossbesitzer konnten noch bis 1848 ihren Gütern Recht sprechen. Erst infolge der Revolution von 1848/49 verloren auch sie dieses Privileg an das Justizamt. Damit lag bis zur Einführung des heutigen Gerichtssystems im Jahr 1879 die Rechtsprechung in der Hand einer Institution.<sup>342</sup>



*Abb. 27: Ausdruck des Dorf- und Vereinslebens war auch der Gregorius-Umzug, 1955.*

### 7.8 Vereinsleben und Feuerlöschwesen

Relativ früh etablierte sich in Beiersdorf ein institutionelles Vereinsleben. Schon 1865 wurde ein Leseverein ins Leben gerufen. 1876 kam ein Militärverein und 1902 ein Radler-Verein dazu. Außergewöhnlich aus heutiger Sicht ist die Existenz eines Ziegenversicherungsvereins, der 1899 ins Leben gerufen wurde.<sup>343</sup> Dabei handelte es sich um eine Vorform einer Tierhaftpflichtversicherung. Zum bedeutendsten Verein entwickelte sich allerdings der 1913 gegründete Turnverein. Ursprünglich ging es den Vereinsgründern nur um das Männerturnen. Der Vorschlag, eine Damenriege aufzustellen, wurde 1913 von den Mitgliedern abgelehnt. Dem Turnsport wurde in den nächsten zwei Jahrzehnten erfolgreich gefrönt, bis in den 1930er-Jahren das Interesse an Turnwettkämpfen nachließ. Die Sportbegeisterten wandten sich damals anderen Sportarten wie dem Handball zu. Aus diesem Grund konstituierte sich 1932 eine erste Handballmannschaft der Herren. 1948 folgte eine Damenmannschaft. Der Ballsport bil-

<sup>342</sup> ANDRIAN-WERBURG, Gerichtsorganisation (wie Anm. 45), S. 39-74. Zu der Gerichtssituation in Lützelbuch siehe den dortigen Beitrag in diesem Buch.

<sup>343</sup> StACo, LRA Co 544, Gründung Leseverein, 1865; StACo, LRA Co 546, Militärverein, 1876; StACo, LRA Co 547, Statuten Radlerverein, 1902; StACo, LRA Co 5703, Statuten Ziegenversicherungsverein, 1899.

dete fortan die zweite sportliche Säule des Vereins. Die Spiele fanden seinerzeit auf dem Großfeld an den Sulzwiesen statt. Die größten Erfolge erreichten die Beiersdorfer Handballer 1974 mit dem Aufstieg in die Bayernliga und 1980 mit dem Gewinn der bayerischen Handballmeisterschaft. Ab den 1990er-Jahren ließ das Interesse an dieser Sportart nach. Die Bemühungen, den Betrieb aufrechtzuerhalten, scheiterten – auch wegen der fehlenden sportlichen Erfolge. Dementsprechend endete 2002 mit der Auflösung der Damenmannschaft die Handball-Ära in Beiersdorf. Die Handball-Herren stellten ihren Spielbetrieb wegen Spielermangels schon im Jahr 2000 ein. Neben dem Turnen und dem Ballsport gewann nach dem Zweiten Weltkrieg die Leichtathletik zunehmend an Bedeutung. Sie bildete das dritte sportliche Standbein des Vereins. Diese Ausdehnung des sportlichen Angebots führte zunächst dazu, dass sich die Organisation 1955 in Turn- und Sportverein (TSV) Beiersdorf umbenannte. Damals zählte er Verein rd. 120 Mitglieder. Als weitere Folge konstituierten sich in den 1960er-Jahren weitere Sportgruppen u. a. für Gymnastik (1963), Wandern (1964) und Reiten (1969). Danach ging das Interesse am Vereinsleben etwas zurück, sodass es sich nur vereinzelt neue Abteilungen wie eine Tennis- oder Tischtennisgruppe konstituierten. Eine zweite Gründungswelle an neuen Sportabteilungen erlebte der Verein Anfang des 21. Jahrhunderts. Dabei wurde das sportliche Angebot um Aerobic (2000), Volleyball (2001), Nordic Walking (2004) und Badminton (2005) erweitert. Für Kinder entstand eine separate Ballsport- und Turngruppe. Die Gründung des Turnvereins machte jedoch den Bau einer Sportstätte in Beiersdorf notwendig. Die Turner richteten daher am westlichen Ortsausgang einen kleinen Turnplatz ein, auf dem die ersten Übungsstunden stattfanden. Nach dem Ersten Weltkrieg konnte der Verein einen größeren Sportplatz mit einem Geräteschuppen anlegen. Dieser befand sich in den Sulzwiesen Richtung Sulzdorf. Das erste Sportheim erhielt der Verein 1953, wobei es sich um eine kleinere Holzhütte zum Umkleiden ohne Wasseranschluss und sanitären Einrichtungen handelte. Eine Turnhalle gab es nicht. Der TSV plante jedoch ab der Mitte der 1960er-Jahre den Neubau eines massiven Sportheims. Dieses sollte einen Jugendraum und die notwendigen Sanitäranlagen vorweisen. Das Bauprojekt konnte mit Hilfe der Gemeinde zwischen 1967 und 1969 realisiert werden. Zudem erhielt die Sportanlage 1974 einen Hartplatz und ein Jahr später einen Kunststoff-Kleinfeldplatz. Für die Reitgruppe entstand zusätzlich ein Dressur-, Longier- und ein Springplatz.<sup>344</sup>

Neben dem Sport spielt in Beiersdorf seit jeher auch Musik und Gesang eine wichtige Rolle. Davon zeugt zunächst der 1865 gegründete Gesangverein. Die Gruppe verfügte 1956 über eine Mitgliederzahl von etwa 110, obwohl Frauen damals noch gar nicht zugelassen waren.<sup>345</sup> Das änderte sich erst in den 1970er-Jahren. Eine weitere Größe in der Beiersdorfer Vereinswelt ist heute der Musikverein. Seine Ursprünge gehen auf das Jahr 1953 zurück, als sich innerhalb des Turnvereins ein Spielmannszug konstituierte. Rasch feierten die Musiker

---

<sup>344</sup> StACo, LRA Co 14.639, Gemeindevisitation vom 5.11.1956 und vom 24.2.1970; Neue Presse Coburg vom 2.6.1951; Vgl. auch TURN- UND SPORTVEREIN BEIERSDORF (Hrsg.), 100 Jahre TSV Beiersdorf. 1913-2013, Beiersdorf 2013.

<sup>345</sup> StACo, LRA Co 545, Gründung Gesangverein, 1865; StACo, LRA Co 14.639, Gemeindevisitation vom 5.11.1956.

die ersten Erfolge. Es gab viele junge und talentierte Musiker, die sich weiterentwickeln wollten. Das war aber auf Dauer in der Abteilung eines Turn- und Sportvereins nicht möglich. So gründete sich 1985 ein eigener Musikverein. Infolgedessen wanderte ein Großteil der Musiker des TSV Beiersdorf in den neuen Verein ab. In der Kapelle musizieren gegenwärtig (2022) über 30 Musiker.<sup>346</sup>

Neben den genannten Vereinen gibt es in Beiersdorf noch eine Siedlergemeinschaft, die 1963 aus der Taufe gehoben wurde. Den Mitgliedsfamilien geht es bis heute um die Bildung eines sozialen Gemeinschaftslebens innerhalb der Siedlung. Dazu gehört die Organisation gemeinsamer Arbeitseinsätze und Sammelbestellungen (bspw. für Heizöl), eine gut funktionierende Nachbarschaftshilfe, die auch Krankenbetreuung und Unterstützung gebrechlicher Nachbarn beinhalten kann, sowie die Abhaltung von Festen und gemeinsamen Aktivitäten zur Förderung der Geselligkeit. Die Gemeinschaft erfreut sich gegenwärtig großer Beliebtheit. 2020 gehörten dem Verein 184 Mitglieder an.<sup>347</sup>

Mit der Einführung der Allgemeinen Feuerordnung im Jahr 1834 wurde eine weitere Institution in Beiersdorf gegründet und die moderne Grundlage für das Feuerlöschwesen im Ort geschaffen. Das Dorf gehörte organisatorisch seit 1839 zum neunten Feuerwehrverein („Concurrenz“) im Amtsbezirk Coburg. An Gerätschaften besaß die damalige Feuerwehr zwei Feuerhaken und zwei Leitern. Spritzen mussten im Brandfall zunächst aus Coburg, Unterlauter oder Scheuerfeld herbeigebracht werden. Erst 1847 schaffte man sich eine Handdruckspritze der Erfurter Firma Wettig an. Als Wasserquellen fungierten der Hofgraben und verschiedene Dorfbrunnen. Löschteiche gab es nicht. Die Mannschaft bestand seinerzeit aus zehn Männer, die zu den Leitern und Haken gingen, fünf Männer, welche für die Personenrettung zuständig waren, und zwei Männer, die als Feuerboten in die Nachbarorte liefen, um Hilfe zu holen. Zudem existierte an der Rodacher Straße auf Höhe des heutigen Anwesens Nr. 274 ein Spritzenhaus.<sup>348</sup> Die weitere Historie der Feuerwehr ist aufgrund der wenigen Quellen nur bruchstückhaft überliefert. 1921 bestand die Pflichtfeuerwehr aus 29 Männern, darunter drei Führern, sechs Steigern und 20 Spritzenmännern. Als Gerätschaften standen eine Druckspritze, drei Feuerleitern und zwei Stangen mit Haken zur Verfügung.<sup>349</sup> Wann die Pflichtfeuerwehr in eine Freiwillige Feuerwehr umgewandelt wurde, geht aus den Akten nicht hervor. Auch die Gründung des 1971 erstmals erwähnten Feuerwehrvereins muss aus dem gleichen Grund im Dunklen bleiben. 1947 erhielt die Feuerwehr als Ersatz für die alte Handdruckspritze eine Tragkraftspritze, die aber wegen einiger technischer Defekte bereits 1956 außer Dienst gestellt werden musste. Die Gemeinde erwarb daher 1955 eine neue Tragkraftspritze mit VW-Motor

---

<sup>346</sup> TSV BEIERSDORF, 100 Jahre (wie Anm. 344), S. 25 f.

<sup>347</sup> SIEDLUNGSGEMEINSCHAFT BEIERSDORF (Hrsg.), 50 Jahre Siedlergemeinschaft Coburg-Beiersdorf 1963-2013. Festschrift zum Jubiläum, Coburg 2013 (Standort: StadtACo).

<sup>348</sup> StadtACo, A 8844, Erhebung über den Bestand der Feuerwehrmannschaften und der Löschgeräte im Freistaat Coburg, 1921; StadtACo, B 575, fol. 64v-65r; SCHOLZ, Verordnungen (wie Anm. 51), S. 63, 75-79; FREUDENBERG [u. a.], Beiersdorf (wie Anm. 3), S. 17, 33.

<sup>349</sup> StadtACo, A 8844, Erhebung über den Bestand der Feuerwehrmannschaften und der Löschgeräte im Freistaat Coburg, 1921.



und Transportwagen für 5550 DM.<sup>350</sup> Ab 1953 plante die Gemeinde den Bau eines neuen Feuerwehrgerätehauses. Es dauerte aber zehn Jahre, bis ein geeignetes Grundstück gefunden wurde und genügend Geld für den Bau des Gebäudes vorhanden war. Schließlich konnte 1965 nach rund zweijähriger Bauzeit ein Gerätehaus mit Schlauchtrockenturm an der Beiersdorfer Straße (Nr. 23) eingeweiht werden.<sup>351</sup> Problematisch war lange Zeit auch die Löschwasserversorgung. Da es in Beiersdorf nur zwei Staustufen am Hofgraben gab, aus denen im Ernstfall genügend Löschwasser gepumpt werden konnte, benötigte die Feuerwehr infolge der langen Leitungsstrecken einen großen Schlauchvorrat. Die Gemeinde entschied sich daher 1966, einen unterirdischen Löschwasserbehälter mit einem Fassungsvermögen von 120 Kubikmetern zu bauen. Dieser befindet sich noch heute an der ehemaligen Milchsammelstelle des Ortes. Als Löschwasserreserven kamen damals noch der Hofgraben und der Mühlteich dazu.<sup>352</sup> Damit waren die Investitionen der Gemeinde vor der Eingliederung abgeschlossen.

### 7.9 Infrastruktureller Aufbau

Der Aufbau der technischen Infrastruktur begann auch in Beiersdorf im 20. Jahrhundert und stand in Zusammenhang mit der Gründung des Überlandwerkes der Coburger Gasanstalt im Jahre 1910. Dieses neue Werk hatte die Aufgabe, die Dörfer des Coburger Landes mit Elektrizität zu versorgen. Beiersdorf gehörte allerdings nicht zu den ersten Orten, die aus Coburg Strom erhielten. Erst 1914 begannen seitens der Gasanstalt die dazu nötigen Planungen. Dabei sollte eine Hochspannungsfreileitung nach Beiersdorf und darüber hinaus in andere Orte gelegt werden. Die Gemeinde ergriff die Chance und schloss noch im Sommer 1914 einen Stromliefervertrag mit der Stadt Coburg ab. Es dauerte aber noch bis Herbst 1915, bis die notwendigen Genehmigungen eingeholt waren. Zunächst errichteten die Städtische Werke eine Hochspannungsfreileitung von Weidach über Callenberg nach Beiersdorf. Dazu gehörte die Errichtung eines inzwischen abgerissenen Transformatorenhäuschens nach Plänen des Coburger Stadtbaumeisters Max Böhme (1870-1925) am Narzissenweg. Die Stromleitung konnte schließlich nach rd. sechsmonatiger Bauzeit im Mai 1916 in Betrieb genommen werden. Allerdings fehlten noch die Stromanschlüsse für die einzelnen Haushalte. Die Gemeinde war daher gezwungen, im Ort eigene Niederspannungsfreileitungen zu errichten, die eine Verbindung zum Transformatorenhäuschen der Städtischen Werke besaßen. Diese Leitungen wurden bis Juni 1916 gelegt und erreichten einen Großteil der Haushalte. Das Leitungssystem blieb danach in Gemeindeeigentum und wurde erst 1945 von den Städtischen Werken übernommen.<sup>353</sup> Während also der Ort relativ früh über eine Stromversorgung verfügte, blieb der

---

<sup>350</sup> StadtACo, A 8857, Feuerwehrausstattung in Beiersdorf.

<sup>351</sup> StACo, LRA Co 14.639, Protokoll der Bürgerversammlung vom 1.12.1953; ebd., Gemeindevisitation vom 1.11.1966; StadtACo, B 652-70, Bau Feuerwehrgerätehaus, 1963.

<sup>352</sup> StACo, LRA Co 14.639, Gemeindevisitation vom 5.11.1956, vom 1.11.1966 und vom 24.2.1970.

<sup>353</sup> StACo, LRA Co 7726, Verlegung Hochspannungsfernleitung, 1915/16; StACo, LRA Co 7727, Verlegung Niederspannungsfreileitung, 1915/16; StadtACo, A 8858, Elektrizität in Beiersdorf; Coburger Zeitung vom 8.7.1914 und 28.7.1914; StACo, LRA Co 7721, Verlegung Stromleitungen von Weidach nach Callenberg, 1915.

Wunsch nach einem Gasanschluss ungehört. Nur Schloss Callenberg besaß seit 1874 einen Gasanschluss.<sup>354</sup>

Aufgrund seiner Lage an der alten Handelsstraße nach Osnabrück und Bremen spielte in Beiersdorf der Verkehr eine große Rolle. In der Neuzeit machte sich das am Eisenbahnbau bemerkbar. Erste Pläne für den Bau einer Strecke von Coburg über Beiersdorf nach Rodach kamen in den 1860er-Jahre auf. Aber erst 1890 einigte sich die Coburger Landesregierung mit der Werra-Eisenbahngesellschaft auf den Bau und den Betrieb einer Eisenbahnstrecke von Coburg nach Rodach. Mit dem Bau der Strecke wurde Mitte Juni 1891 begonnen. Bei den Bauarbeiten gab es jedoch Ärger. Verschiedene Beiersdorfer Landwirte glaubten, mit der Bahn ein großes Geschäft machen zu können. Die für den Bau benötigten Äcker und Felder wollten sie zu überhöhten Preisen an die Werrabahn-Eisenbahngesellschaft verkaufen. Das führte in vielen Fällen zu Enteignungen, wodurch sich der Bahnbau verzögerte. Es gelang aber dennoch, die Bahnstrecke zum 1. Juli 1892 fertigzustellen. Beiersdorf erhielt dabei einen Personenbahnhof mit Stationsgebäude. In den ersten Jahren verkehrten drei Zugpaare auf der Strecke. Um 1910 kam es aufgrund der hohen Transportzahlen im Personenverkehr zu einer Aufstockung um zwei weitere Züge. Ende der 1920er-Jahre gab es sogar fünf Personenzüge. Der Höhepunkt wurde allerdings erst nach 1945 erreicht, als bis zu acht Zugpaare zwischen Rodach und Coburg verkehrten. Erst durch die zunehmende Motorisierung des Straßenverkehrs dünnte die Bundesbahn bis 1974 ihr Angebot auf fünf Züge nach Coburg bzw. sechs Züge nach Rodach aus.<sup>355</sup>

Schwierig gestalteten sich die Busverbindungen nach Coburg. Zwar bestand eine Bahnbuslinie von Coburg nach Rodach und Meeder. Einen Anschluss an das Stadtbusnetz gab es in Beiersdorf aber vor der Eingemeindung nicht. Mit den steigenden Einwohnerzahlen entstand daraus ein Problem. Die Bahn war nämlich nicht in der Lage, das öffentliche Verkehrsangebot dementsprechend zu erweitern. Die Gemeinde sah sich dadurch 1970 gezwungen, Gespräche mit der SÜC über eine Stadtbusverbindung nach Beiersdorf zu führen. Diese Gespräche waren bis zur Eingliederung nach Coburg noch nicht abgeschlossen.<sup>356</sup>

Bezüglich des Baus einer Trink- und Abwasserleitung konnte Beiersdorf ein Novum vorweisen. Denn die Gemeinde ging unüblicherweise daran, zuerst eine Kanalisation anstatt einer Trinkwasserleitung zu bauen. Allerdings waren schon 1954 die diesbezüglichen Verhältnisse so unerträglich geworden, dass sich die Gemeinde gezwungen sah, in diesem Bereich tätig zu werden. Doch erste Bemühungen um eine Verbesserung der Situation verliefen ergebnislos. In Callenberg hingegen ließ die Herzogliche Hauptverwaltung schon 1956 eine Kanalisation bauen. Dies brachte aber die Gemeinde Beiersdorf in Zugzwang, sodass sie die Initiative ergreifen musste. Ihr Vorschlag von 1959 sah den Bau eines Abwassersystems mit biologischer Kläranlage, Klärgrube und Oberflächenentwässerung vor. Schon bald darauf, im Oktober 1960, wurden die ersten Abwasserleitungen verlegt. Gleichzeitig entstand in der Nähe des

---

<sup>354</sup> KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 17; BOSECKERT, Ernst II. (wie Anm. 309), S. 56.

<sup>355</sup> StACo, LRA Co 7341, Bahnbau in der Beiersdorfer Flur, 1889-91; StACo, LRA Co 7343, Zwangsenteignungen zum Bahnbau, 1891; BLEIWEIS / GOLDSCHMIDT / SCHMITT, Eisenbahn (wie Anm. 272), S. 170.

<sup>356</sup> StACo, LRA Co 14.639, Gemeindevisitation vom 6.11.1961 und vom 24.2.1970.

Bahnhofs die Kläranlage und am Ortsausgang Richtung Wiesenfeld ein Abwasserhebewerk. Diese Pumpstation war nötig, um die Abwässer aus den tiefer liegenden Anwesen in die höher liegende Kanalisation zu drücken. Die Arbeiten an dem Projekt konnten 1963 abgeschlossen werden. Die Kosten dafür betrugen knapp 400.000 DM.<sup>357</sup> Über eine moderne Wasserleitung verfügten zunächst nur Schloss und Farm Callenberg. Herzog Ernst II. ließ schon bei der Errichtung seines Agrarbetriebes 1863 eine solche einbauen. Das Trinkwasser wurde dabei von einer weiter entfernten Quelle über gusseiserne Rohre zur Farm geleitet. Über ein Sammelbecken und der Nutzung natürlicher sowie künstlicher Gefälle gelangte das Wasser schließlich zu den Entnahmestellen und den Viehstallungen.<sup>358</sup> Erst 100 Jahre später sah auch die Gemeinde die Notwendigkeit, eine Wasserleitung zu bauen. Doch die Einwohner lehnten die Pläne ab, sodass die Kommune das Projekt nicht weiterverfolgte. Zu diesem Zeitpunkt erhielten 80 Prozent der Haushalte ihr Trinkwasser aus elektrischen Hauswasserversorgungsanlagen. Daneben gab es noch einen öffentlichen Gemeindebrunnen. Ein Umdenken in dieser Frage setzte erst um 1970 ein. Die Gemeinde ließ bis dahin nur erste Quellen im Callenberger Forst untersuchen. Die Ergebnisse waren hinsichtlich der Trinkwasserqualität durchweg positiv, sodass der Aufbau einer Wasserleitung ernsthaft in Erwägung gezogen wurde. Zu einer Realisierung sollte es bis zur Eingliederung aber nicht mehr kommen.<sup>359</sup> In Callenberg bestand eine Trinkwasserversorgung bereits in den 1860er-Jahren. Die Quellen lagen südlich des Drehenweiher. Über ein Maschinenhaus wurde das Wasser zum Schloss hochgepumpt. Damit war sogleich das ganze Gut mit Trinkwasser versorgt.<sup>360</sup>

Das Kommunikationsnetz entwickelte sich, wie in vielen anderen Dörfern, erst spät. Für Beiersdorf war nach der Einführung des Norddeutschen Postbezirks (1868) zunächst die kaiserliche Hauptpost in Coburg zuständig. Im Ort gab es anfangs nur einen Briefkasten, der sich seit 1892 am Bahnhof befand. 1906 eröffnete in Neuses eine Postagentur, welche die Zuständigkeit für den Ort übernahm. In Beiersdorf selbst existierte ab diesem Zeitpunkt eine Posthilfsstelle in der Braugasse Nr. 5, die der Schreinermeister Johann Friedrich Trunzer betrieb. Dieser erhielt für seine Tätigkeit anfangs 50 Goldmark. 1908 erhöhte die Reichspost sein Gehalt auf 65 Goldmark. Der Posttransport erfolgte über damals die Eisenbahn, sodass Trunzer zwischen dem Bahnhof und der Hilfsstelle immer hin und her pendeln musste, um Briefe und Pakete abzuholen. Im Jahr 1913 übernahm der Bildhauer Gustav Schmidt die Posthilfsstelle und verlegte sie in die Rodacher Straße Nr. 262. Dort wurde die Hilfsstelle 1935 in eine Post-

<sup>357</sup> StACo, LRA Co 14.639, Gemeindevisitation vom 6.11.1961, 1.11.1966 und vom 24.2.1970; Neue Presse Coburg vom 8.7.1954, 28.7.1960 und 8.4.1961; Coburger Tageblatt vom 4.11.1966; StadtACo, Coburgica II/36, o. S.

<sup>358</sup> StACo, LA A 8310, Die Wasserleitung auf dem Callenberg, 1845; BOSECKERT, Ernst II. (wie Anm. 309), S. 51; FREUDENBERG [u. a.], Beiersdorf (wie Anm. 3), S. 46. Die Quelle seit Sommer 2020 versiegt.

<sup>359</sup> StACo, LA A 14.639, Gemeinde an Landratsamt, Beiersdorf, 1.6.1964; ebd., Gemeindevisitation vom 6.11.1961 und 24.2.1970; Neue Presse Coburg vom 8.4.1961.

<sup>360</sup> StACo, LA M 974, Nr. 8; StACo, LA A 14.639, Gemeindevisitation vom 24.2.1970; FREUDENBERG [u. a.], Beiersdorf (wie Anm. 3), S. 45.

stelle II umgewandelt und bis Ende 1955 betrieben. Danach wechselte der Standort der Postfiliale. Seit 1960 befand sie sich im Haus Beiersdorfer Straße Nr. 3, wo sie bis 1996 verblieb.<sup>361</sup> Mit der Posthilfsstelle war seit 1906 eine Telegrafenanstalt nebst öffentlicher Fernsprechstelle verbunden. Einen zweiten öffentlichen Fernsprecher gab es 1937 im Gasthof „Zum Schwarzen Bären“. Bis 1961 erhöhte sich die Zahl der Anschlüsse auf vier.<sup>362</sup> Erst im Laufe der nächsten Jahre erhielten sämtliche Haushalte ein eigenes Telefon. Weitaus fortschrittlicher war man in diesem Bereich auf dem Callenberg. Das Schloss besaß seit 1860 einen Anschluss an das Telegrafennetz des Herzogtums. Dieses war zusammen mit dem Bau der Werrabahn errichtet worden. 25 Jahre später erfolgte der Einbau einer Telefonleitung. 1937 gab in Callenberg bereits vier Telefonanschlüsse, und zwar für den früheren Herzog Carl Eduard, seinem Hofintendanten, den Pächter der Farm Callenberg und für die Schlossgaststätte. Die Zahl der Anschlüsse erhöhte sich bis 1955 auf fünf, da auch die herzogliche Gärtnerei ein eigenes Telefon erhielt. Später dürfte die Zahl der Telefonanschlüsse noch weiter gestiegen sein.<sup>363</sup>

Die Gemeinde investierte auch in die soziale Infrastruktur. 1961 erwarb sie neben der neuen Schule im Akazienweg ein Grundstück zum Bau eines Kinderspielplatzes, der ein Jahr später fertiggestellt wurde.<sup>364</sup> Ebenfalls am Akazienweg erfolgte 1970-72 die Errichtung eines Kindergartens durch die Kirchengemeinde Neuses.<sup>365</sup> Auf Initiative der Herzoglichen Hauptverwaltung entstand 1949 am Oberweihersteich im Park Callenberg ein Waldbad, das ehrenamtlich vom TV 1894 Coburg-Neuses betrieben wurde. Der Verein errichtete dort 1951 ein Badehaus mit Umkleieräumen, Sanitätsbereich, Wirtschafts- und Geräteräumen. Der Teich besaß eine Fläche von 70 x 120 Meter und konnte von Schimmern und Nichtschwimmern genutzt werden. Trotz dieser guten Rahmenbedingungen musste der Badebetrieb 1959 wieder eingestellt werden. Eine Weiterführung scheiterte an höheren Sicherheitsauflagen, am fehlenden ehrenamtlichen Personal und am zunehmenden Vandalismus, der immense Kosten für den Verein nach sich zog.<sup>366</sup> An weiterer sozialer Infrastruktur gab es von 1946 bis 1953 auf Schloss Callenberg ein kurzlebiges Altenheim. Im medizinischen Bereich fehlte es von Anfang an einer geeigneten Infrastruktur. Schon Anfang des 19. Jahrhunderts gingen die Einwohner zum Arzt nach Coburg. Die nächste Hebamme saß in Neuses. Das Nachbardorf war auch 150 Jahre später ein wichtiger Bezugsort im medizinischen Bereich. Dort existierten ein Marienverein und eine Gemeindepflegestation.<sup>367</sup> Die einzige kulturelle Institution vor Ort war die

<sup>361</sup> Coburger Zeitung vom 9.10.1894; Regierungs-Blatt für das Herzogtum Coburg vom 14.4.1906, Sp. 313 und vom 26.5.1906, Sp. 414; Einwohnerbuch 1927 (wie Anm. 48), S. 5; Adressbuch 1955 (wie Anm. 48), S. 3; Adressbuch 1961 (wie Anm. 64), S. 4, 6; FREUDENBERG [u. a.], Beiersdorf (wie Anm. 3), S. 30 f.

<sup>362</sup> Regierungs-Blatt für das Herzogtum Coburg vom 25.4.1906, Sp. 344; Adressbuch 1937 (wie Anm. 65), S. 5 f.; Adressbuch 1961 (wie Anm. 64), S. 4 f.

<sup>363</sup> Adressbuch 1937 (wie Anm. 65), S. 5 f.; Adresse 1955 (wie Anm. 48), S. 4; BOSECKERT, Ernst II. (wie Anm. 309), S. 57 f.

<sup>364</sup> StACo, LRA Co 14.639, Gemeindevisitation, 6.11.1961; ebd., Protokoll der Bürgerversammlung vom 28.3.1962.

<sup>365</sup> StACo, LRA Co 14.639, Gemeindevisitation, 24.2.1970; BREMER, Neuses (wie Anm. 329), S. 83.

<sup>366</sup> TV 1894 COBURG-NEUSES (Hrsg.), 75 Jahre TV 1894 Coburg-Neuses, Coburg 1969, S. 19; FREUDENBERG [u. a.], Beiersdorf (wie Anm. 3), S. 49.

<sup>367</sup> StACo, Min D 78, fol. 15v; StACo, LRA Co 14.639, Gemeindevisitation vom 6.11.1961 und 1.11.1966; StadtACo 8879, Altersheim Callenberg, 1946-53; StACo, LRA Co 15.431, Altersheim Callenberg, 1949-53.

1888 gegründete und vom Dorflehrer betreute Schulbücherei mit 209 Bänden. Die Gemeinde verzichtete dabei auf den Aufbau einer eigenen Bibliothek.<sup>368</sup> Als Gemeindehaus diente seit 1938 die alte Schule an der Rodacher Straße. Dort tagte auch der Gemeinderat mit seinen acht Mitgliedern und dem Bürgermeister. 1970 reichten die Räumlichkeiten im Gemeindehaus nicht mehr aus, sodass sich der Rat überlegen musste, das Gebäude zu erweitern, die Gemeinderatssitzungen wie früher in Wirtshäusern abzuhalten oder in das neue Schulhaus am Akazienweg umzuziehen. Zwar entschied sich der Rat für eine Vergrößerung des bestehenden Gebäudes. Diese wurde durch die Eingemeindung 1972 aber nicht mehr notwendig.<sup>369</sup> Für die öffentliche Ordnung sorgte zwischen 1921 und 1932 eine Gendarmeriestation auf dem Callenberg. Ansonsten übernahm die Polizei in Coburg diese Aufgabe.<sup>370</sup>

---

<sup>368</sup> StadtACo, Coburgica II/135, S. 24; StACo, LRA Co 14.639, Gemeinde an Landratsamt, Beiersdorf, 14.1.1964; ebd., Gemeindevisitation vom 5.11.1956.

<sup>369</sup> StadtACo, Coburgica XII/72, 2; StACo, LRA Co. 14.639, Gemeindevisitation vom 24.2.1970; Neue Presse Coburg vom 30.7.1965.

<sup>370</sup> StACo, LRA Co 10.397, Gendarmeriestation Callenberg, 1921-32.

## 8. SCHEUERFELD



### 8.1 Anfänge

Die erstmalige Erwähnung Scheuerfelds erfolgte im Jahr 1100 als „Schurinvelt“ in einer Schenkungsurkunde des Adligen Sibot und seiner Ehefrau Hildegunt an das Kloster Saalfeld. Zur Schenkung gehörten sieben Güter und eine Kapelle, deren Existenz aber umstritten ist.<sup>371</sup> Neben dem Kloster waren die Herren von Burghausen als Vasallen der Grafen von Wildberg Grundherren in Scheuerfeld. 1296/97 erwarb das Kloster Langheim, welches seit 1155 im

---

<sup>371</sup> StACo, LA F 8023, fol. 33, abgedruckt in: BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 28 f.; LORENZ, Urkundenstudien II (wie Anm. 5), S. 27 ff.

Raum Tambach über Grundbesitz verfügte, fast alle Güter im Ort.<sup>372</sup> An diesen Herrschaftsverhältnissen änderte sich bis zum Ende des 16. Jahrhunderts nicht viel.

Das Dorf entwickelte sich entlang der Haßfurter Geleitstraße, die eine wichtige Route für den Weintransport vom Main nach Coburg darstellte. Von ihr zweigte im nördlichen Dorf eine zweite Altstraße, die sogenannte Heldburger Geleitstraße ab. Sie spielte bei der Siedlungsentwicklung ebenfalls eine Rolle. Entlang der Straßenverläufe lassen sich deshalb drei Siedlungsschwerpunkte erkennen: Der erste lag im südlichen Ortsbereich zwischen der Schmiedsgasse und dem Tiefen Graben bzw. der Langen Maas. Dort befand sich eine Straßenkreuzung, auf der die Haßfurter Geleitstraße von Norden kommend nach Westen in Richtung Hergramsdorf abzweigte. Die anderen beiden Straßen führten nach Wüstenahorn und Schorkendorf. Der mittlere Siedlungskern lag zwischen dem Schustersdamm und der Schmiedsgasse. Auffällig ist hier eine deutliche Verbreiterung der Geleitstraße hin zu einem langgestreckten Platz, der auf einen Marktbereich hindeuten könnte. Dieser Handelsplatz wurde später von der Pfarrkirche im Süden und dem Rittergut im Norden begrenzt. Der letzte Siedlungsbereich befand sich am Abzweig der Heldburger von der Haßfurter Geleitstraße. Dort lag ein separates Dorf namens Dörfles, welches 1303 erstmalig als „Dorfleysn“ urkundlich erwähnt wurde. Heute mündet an der gleichen Stelle die von-Merklin-Straße in die Nicolaus-Zech-Straße.<sup>373</sup> An der Heldburger Geleitstraße befand sich zudem das Rittergut Eichhof. Das Gut war ursprünglich einer von zehn mutmaßlichen Hühelhöfen in der Scheuerfelder Flur. Es wurde erstmals 1440 erwähnt, als ein Peter von Eychhof das Coburger Bürgerrecht erwarb. Der Eichhof gehörte allerdings nicht zum Langheimer Besitz, sondern war wohl eher ein Landsitz einer Coburger Patrizierfamilie, wie er uns bspw. in Lützelbuch begegnet.<sup>374</sup>

Der Name Scheuerfeld stammt indes aus dem Althochdeutschen „Skura“ oder „Skiura“ und bedeutet so viel wie „Scheune“. Es handelte sich dabei um einen Flurnamen, der später auf das Dorf übertragen wurde.<sup>375</sup>

## 8.2 Weitere Entwicklung des Dorfes

Zu Beginn des 17. Jahrhunderts existierten in Scheuerfeld 25 Wohnhäuser. Im Dreißigjährigen Krieg (1618-48) wurde das Dorf allerdings vollständig ausgeplündert und niedergebrannt, sodass 1636 nur noch drei Gebäude bewohnbar blieben. Damit lagen 88 Prozent des Ortes verwüstet darnieder. Bis 1650 stieg die Zahl der Haushalte auf sieben an. Neben Scheuerfeld fielen auch andere Dörfer wie Tiefenstein (an der Straße nach Coburg gelegen) und Distelhof (am oberen Ende des Kurengrundes befindlich) der Zerstörung anheim. Beide Orte wurden

<sup>372</sup> TALAZKO, Propstei (wie Anm. 5), S. 99; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 27, 30 f.; R. AXMANN, Besitz und Herrschaft im westlichen Coburger Land, in: Jahrbuch der Coburger Landessiftung 25 (1980), S. 3 f., 8.

<sup>373</sup> MORSBACH / TITZ, Coburg (wie Anm. 25), S. 472; BACHMANN, Handelsstraßen (wie Anm. 10), S. 9 f. An den Ort erinnert auch die Straßenbezeichnung Dörflesweg, vgl. EBERLEIN, Straßennamen (wie Anm. 24), S. 34.

<sup>374</sup> E. MEIBNER, Die Hühelhöfe, in: BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 16-24; AXMANN, Besitz (wie Anm. 372), S. 9.

<sup>375</sup> GRABMUCK, Ortsnamen (wie Anm. 11), S. 59; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 32.

vollständig zerstört und nicht wieder aufgebaut.<sup>376</sup> Scheuerfeld dagegen zeigte sich knapp 80 Jahre später von den Kriegsschäden erholt. Auch scheint das Dorf relativ schnell einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt zu haben. So vermerkt der Steueranschlag von 1728 bereits 38 Wohnhäuser, 13 mehr als vor dem Dreißigjährigen Krieg. Hinzu kamen die drei Dörfleser Güter. 1783 lebten in beiden Dörfern 230 Personen in 47 Gebäuden.<sup>377</sup> Die Expansion des Ortes setzte sich auch im 19. Jahrhundert fort. 1837 zählten Scheuerfeld und Dörfles insgesamt 280 Einwohner. Weitere 72 Personen lebten in Eichhof.<sup>378</sup> Mit dem Zusammenschluss von Scheuerfeld, Dörfles und Eichhof zu einer Gemeinde im Jahr 1869 waren die Zahlen nochmals gestiegen. Die neu geordnete Kommune besaß 631 Einwohner, welche in 94 Wohnhäusern lebten.<sup>379</sup> Besonders bemerkenswert ist dabei die Steigerung der Einwohnerzahlen von 79 Prozent in den letzten 30 Jahren. Bis 1925 stieg die Zahl der Bewohner nochmals auf 837 Personen an, während sich die Zahl der Wohnhäuser auf 147 erhöhte.<sup>380</sup> Die bereits erwähnten Siedlungskerne und das Gut Eichhof verschmolzen zu einer zusammenhängenden Ortschaft. Einen weiteren Anstieg der Bevölkerung erlebte Scheuerfeld nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, als zahlreiche Vertriebene und Flüchtlinge in das Dorf kamen. So stieg die Zahl der Bewohner bis 1950 auf 1210 an. Dies entsprach einem Zuwachs von ca. 45 Prozent. Die Anzahl der Wohnhäuser stieg auf 187.<sup>381</sup> Durch die Ausweisung neuer Baugebiete blieb diese Entwicklung nach 1950 ungebrochen. So lebten 1970 in Scheuerfeld 1553 Personen in 290 Häusern.<sup>382</sup> 1987 waren es 1991 Einwohner in 520 Gebäuden.<sup>383</sup> In den letzten Jahren erreichte die Zahl der Ortsbewohner 2305 Personen. Das entsprach nochmals einem Bevölkerungszuwachs von rd. 16 Prozent. In diesem Zusammenhang entstanden, vor allem im Südwesten des Ortes, erneut Wohngebiete.<sup>384</sup>

### 8.3 Wirtschaftliche Entwicklung

Auch für Scheuerfeld besaß die Landwirtschaft eine große Bedeutung. Allerdings gab es in der Gegend nur wenige ertragreiche Wiesen und Felder. Unter dem Scheuerfelder Grundherrn Nicolaus Zech (1559-1607) wurden daher erste Reformen eingeleitet. Ihm gelang, getreu nach dem Motto: „Wer viel sät, der wird viel ernten“, die Steigerung der Felderträge um das Sechsfache. Eine solche Vorgehensweise fand sich zu jener Zeit nur in ökonomischen Lehrbüchern

<sup>376</sup> DIETZE, Dreißigjähriger Krieg (wie Anm. 13), S. 83; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 42 ff. Anstelle des Dorfes Tiefenstein entstand 1935 eine gleichnamige Siedlung, vgl. EBERLEIN, Straßennamen (wie Anm. 24), S. 130.

<sup>377</sup> Ch. BOSECKERT, Die Dorfgrundherrschaft in Scheuerfeld in der Frühen Neuzeit, in: Coburger Geschichtsblätter 24 (2016), S. 7 ff.; GRUNER, Beschreibung (wie Anm. 5), S. 210.

<sup>378</sup> Adreß-Handbuch, 1837 (wie Anm. 15), S. 73 f.

<sup>379</sup> Ortschafts-Verzeichnis, 1871 (wie Anm. 16), S. 8-11.

<sup>380</sup> LANDESAMT, Ortschaften-Verzeichnis (wie Anm. 17), Sp. 1048.

<sup>381</sup> LANDESAMT, Ortschaften-Verzeichnis 1950 (wie Anm. 18), Sp. 904.

<sup>382</sup> LANDESAMT, Amtliches Ortsverzeichnis 1970 (wie Anm. 19), S. 145.

<sup>383</sup> LANDESAMT, Ortsverzeichnis 1987 (wie Anm. 111), S. 287.

<sup>384</sup> WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT, Wirtschaftsraum (wie Anm. 111), S. 8.



in Italien.<sup>385</sup> Der Dreißigjährige Krieg machte jedoch solche Reformen schnell zunichte. Einen ersten Überblick über die Zahl der Gehöfte gibt eine Statistik aus dem Jahr 1727. Damals existierten im Dorf neun größere Bauerngüter, neun Gütl,<sup>386</sup> vier Söldengütl<sup>387</sup> und zwölf kleinere Sölden.<sup>388</sup> Die Zahl der Agrarbetriebe erreichte schließlich im 19. Jahrhundert ihren Höhepunkt. Durch die zunehmende Industrialisierung ging jedoch ihr Anteil in der Folge stetig zurück. So gab es 1931 noch 26 Landwirte, während 30 Jahre später lediglich sechs Bauernhöfe mit einer Fläche von über 30 Hektar bewirtschaftet wurden. 1999 gab der letzte Vollerwerbslandwirt in Scheuerfeld auf, sodass der Ort seinen bäuerlichen Charakter inzwischen vollständig verloren hat.<sup>389</sup>



*Abb. 28: Die Ernstfarm bei ihrer Eröffnung 1879.*

Unter den vielen Agrarbetrieben in dieser Gegend sticht besonders die nördlich des Ortes gelegene Ernstfarm hervor. Ihr Bau steht in Zusammenhang mit der Errichtung der Farm Callenberg im Jahr 1863. Als diese in Betrieb ging, stellte man fest, dass die vorhandenen

<sup>385</sup> StACo, LA F 12.948, fol. 3r, Zech an die Räte, Oeslau, 31.5.1599; StACo, LA M 141, fol. 1, Steueranschlag, 1727; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 37.

<sup>386</sup> Bezeichnung für ein landwirtschaftlich geprägtes Lehen, welches einem mittelgroßen Bauernhof entsprach. Vgl. GRIMM, Deutsches Wörterbuch, Bd. 9 (wie Anm. 221), Sp. 1456.

<sup>387</sup> Ein Söldengütl entsprach einem kleinen Bauernhof mit wenig Land und Vieh. Vgl. KRÜNITZ, Enzyklopädie, Bd. 155 (wie Anm. 222), S. 301.

<sup>388</sup> BOSECKERT, Dorfgrundherrschaft (wie Anm. 377), S. 7.

<sup>389</sup> StACo, LA M 905, Steueranschlag Scheuerfeld, 1868; StACo, LRA Co 14.755, Gemeindevisitation vom 23.8.1963; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 206 f.

Acker- und Weideflächen nicht ausreichten, um eine hohe Auslastung zu erzielen. Um dies zu erreichen, erwarb Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg und Gotha (1818-1893) im Jahr 1864 das Rittergut Eichhof. Zusätzlich gelang ihm 1877 der Kauf des Gutes Kürengrund. Durch den Erwerb der beiden Güter kamen zusätzliche landwirtschaftlichen Flächen in den Besitz des Herzogs, die für eine Erhöhung der Rentabilität der Farm Callenberg sorgen sollten. Dabei beließ es Ernst II. aber nicht. Die gewonnenen Agrarflächen bildeten die Grundlage für den Bau einer zweiten Musterfarm, die zwischen 1877 und 1879 für rd. 185.000 Mark errichtet wurde. 1878 erhielt sie den Namen „Ernstfarm“. Ihre Ausstattung orientierte sich am Callenberger Betrieb und den dort gemachten Erfahrungen. Die Rentabilität des herzoglichen Unternehmens konnte die Ernstfarm indes nicht steigern. 1920 gelangte der Betrieb in den Besitz des Freistaates Bayern. Die Farm wurde danach bis 2003 an verschiedene Landwirte verpachtet.<sup>390</sup> Es folgte bis 2022 eine Nutzung als Handwerkerhof, Reitstall und Gasthaus. Aufgrund des hohen Sanierungsbedarfs steht jedoch die zukünftige Verwendung der Farm gegenwärtig in den Sternen.

Neben der Ernstfarm existierte auf Scheuerfelder Gebiet auch eine Schäferei. Diese befand sich auf dem Eichhof und wurde erstmals 1516 erwähnt. Die dortige Herde besaß eine Größe von 100 bis 500 Tiere und wurde von einem eigenen Schäfer gehütet, der in einem eigenen Haus auf dem Eichhof lebte. Die Schäferei dürfte nach der Inbetriebnahme der Ernstfarm 1879 aufgelöst worden sein. Zuletzt bestand die dortige Schafherde aus weniger als 100 Tieren.<sup>391</sup> Die Schafe in Scheuerfeld wurden von einem eigenen Gemeindevhirten gehütet, der 1741 erstmals namentlich erwähnt wird. Das dazugehörige Hirtenhaus, 1727 erstmals genannt, befand sich bis zu dessen Abbruch nach 1945 am Ende der Hirtengasse (Haus-Nr. 8).<sup>392</sup>

Eine wichtige Rolle spielte aufgrund der schlechten Bodenverhältnisse für die Landwirtschaft das Handwerk, welches von vielen Bauern im Nebenberuf ausgeübt wurde. Weit verbreitet war dabei das Korbmacherhandwerk. Dieses fand durch die zahlreichen Weidenstöcke in der Scheuerfelder Flur optimale Voraussetzungen vor. Archivalisch nachweisen lässt sich dieser Berufszweig erst 1864. Um 1900 gab es fünf Korbmachereien im Ort, 1935 noch zwei. Allerdings fertigten viele Familien Korbwaren in Heimarbeit, sodass sie als eigenständige Unternehmer nicht auftraten. Sie belieferten mit ihren Produkten größere Korbwarenhandlungen, die u. a. in Coburg ansässig waren. Die Korbmacherei wurde noch bis 1963/64 in Scheuerfeld betrieben.<sup>393</sup>

---

<sup>390</sup> BOSECKERT, Ernst II. (wie Anm. 309), S. 51 f.

<sup>391</sup> BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 211 f.

<sup>392</sup> EBERLEIN, Straßennamen (wie Anm. 24), S. 61; BOSECKERT, Dorfgrundherrschaft (wie Anm. 377), S. 8; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 211.

<sup>393</sup> BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 209 f.



*Abb. 29: Scheuerfelder Korbmacher mit ihren Familien bei der Arbeit, um 1920.*

Ebenso zahlreich wie die Korbmacher waren die Leineweber in Scheuerfeld ansässig. Ihr Hauptrohstoff, der Flachs, wurde durch das Rösten bereits 1595 auf dem Eichhof hergestellt. Im 17. Jahrhundert lebten schon einige Weber in Scheuerfeld und selbst rd. 150 Jahre später waren noch sieben Meister dieses Handwerks im Ort ansässig. Mit der Industrialisierung starb dieser Beruf Ende des 19. Jahrhunderts jedoch aus. Zu diesem Zeitpunkt arbeitete ein Teil der Einwohner bereits in einer mechanischen Weberei in Coburg.<sup>394</sup> Wichtig für ein landwirtschaftlich geprägtes Dorf war auch das Vorhandensein einer Schmiede. Eine solche wird in Scheuerfeld erstmals 1614 erwähnt. Eine zweite Werkstatt existierte 1727 auf dem Eichhof. Offensichtlich gab es im Scheuerfelder Raum noch mehrere Hufschmiede, die sich wohl an unterschiedlichen Standorten befunden haben. 1927 lebten noch zwei Schmiedemeister (Reißenweber und Schmidt) von diesem Handwerk. Beide Betriebe lagen an der zentralen Dorfstraße und existierten bis in die 1950er-Jahre hinein. Aufgrund der steigenden Motorisierung in der Landwirtschaft mussten sich die Schmiede in den Wirtschaftswunderjahren nach einer neuen Betätigung umsehen. Dies gelang beiden Handwerksmeistern. Während sich aus der Hufschmiede Reißenweber eine Landmaschinenwerkstatt entwickelte, spezialisierte sich die Schmidt'sche Schmiede auf feinmechanische Arbeiten.<sup>395</sup>

Die Aufzählung der in Scheuerfeld vertretenen Handwerke ließe sich fortschreiben. So gab es 1912 im Ort 21 Handwerksbetriebe mit zwölf Handwerksgesellen und vier Lehrlingen.

<sup>394</sup> BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 213.

<sup>395</sup> StACo, LA M 471, fol. 1, Steueranschlag Eichhof, 1727; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 215-218.

Nicht erwähnt sind dabei die zahlreichen Tagelöhner, die bereits im 19. Jahrhundert in Scheuerfeld vor allem von Gelegenheits- und Saisonarbeiten lebten. 1914 stieg die Zahl der Unternehmen auf 23 an. Es handelte sich dabei u. a. um sieben Korbmacher, vier Schuster, drei Schneider und zwei Zimmergeschäfte. Eine ausführlichere Darstellung findet sich in der Gemeindevisitation von 1963. Größtes Unternehmen war damals mit 45 Beschäftigten die 1863 gegründete Zimmerei Griebel (geschlossen 1996), die auch über ein eigenes Sägewerk verfügte. Es folgte mit 40 Angestellten die bereits erwähnte Feinmechanische Werkstatt Schmidt und mit 35 Beschäftigten das 1953 ins Leben gerufene Baugeschäft Forkel. Daneben gab es noch zwei Malerbetriebe mit jeweils 15 Mitarbeitern, zwei Schreinereien mit insgesamt 40 Beschäftigten sowie jeweils zwei Bäckereien und Metzgereien. Insgesamt zeigt sich anhand dieser Aufstellung, dass in Scheuerfeld vor allem kleine und mittlere Unternehmen ansässig waren. Der entscheidende Sprung zur Ansiedlung größerer Industriebetriebe wie in Creidlitz gelang in Scheuerfeld indes nicht. Dementsprechend entsprach die Realsteuerkraft des Dorfes nur 57,49 DM, womit der Ort an 44. Stelle im Landkreis lag.<sup>396</sup>

Einen Gasthof gab es in Scheuerfeld wohl schon zu Beginn des 17. Jahrhunderts. Nicolaus Zech hatte bereits 1598 von Herzog Johann Casimir von Sachsen-Coburg (1564-1633) das Schankrecht und damit die Erlaubnis für den Bau eines Wirtshauses erhalten. Wo dieser Gasthof stand, lässt sich heute nicht mehr klären.<sup>397</sup> Erste schriftliche Zeugnisse stammen aus dem Jahr 1707. Damals wurde in Dörfles an der Geleitstraße ein Wirtshaus, die spätere „Weiße Lilie“ (von-Merklin-Straße Nr. 9), erbaut. 1714 folgte die Eröffnung eines zweiten Wirtshauses, der Gaststätte „Zum Ölberg“ an der heutigen Bayernstraße (Haus Nr. 16). Schließlich kam 1727 ein Wirtshaus auf dem Eichhof dazu. Während die ersten beiden Gasthöfe noch heute (2022) teils unter anderem Namen existieren, schloss das Eichhofer Gasthaus bereits 1822 seine Pforten. Im Zuge der rasanten steigenden Bevölkerungszahlen eröffneten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert drei weitere Lokale im Ort, und zwar die Bierwirtschaften „Zum Wilden Mann“ (1863, heute Party-Service Reck) an der Nicolaus-Zech-Straße (Nr. 10), Schindhelm (1877, heute Gasthof Löhnert) am Schustersdamm (Nr. 28) und Koch (1882, ehemals Gasthaus Jucht) an der Kirche.<sup>398</sup> Die größte Ausstrahlungskraft über Scheuerfeld hinaus besaß aber das Ausflugslokal „Waldschänke“ im Mühlengrund. Betrieben wurde die Gaststätte von Karl und Alice Meier, die auch das Gasthaus „Zum Ölberg“ bewirtschafteten. Beide bauten das Ausflugslokal nach dem Zweiten Weltkrieg auf. Noch Jahre später schwärmte man von den schönen Stunden in der Waldschänke: „Am Sommerwochenenden waren die Tanzabende [...] eine tolle Abwechslung für die Jugend. [...] Sonntags war bei schönem Wetter jeder Platz in der Waldschänke belegt. Bei Spielen zur Fußballweltmeisterschaft 1954 war sie ebenfalls bis über den letzten Platz hinaus überfüllt, denn Karl Meier hatte eines

<sup>396</sup> StACo, LRA Co 14.755, Gemeindevisitation vom 23.8.1963; StadtACo, A 8903, Gewerbeverzeichnis Scheuerfeld, 1889-1919; StACo, LA M 905, Steueranschlag Scheuerfeld; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 225 ff., 233.

<sup>397</sup> StACo, LA F 2726, fol. 1-4, Begnadungs- und Befreiungsbrief für Scheuerfeld, Coburg, 1.1.1598; BOSECKERT, Dorfgrundherrschaft (wie Anm. 377), S. 7.

<sup>398</sup> StACo, LA M 471, fol. 1, Steueranschlag Eichhof, 1727; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 178, 181-187; OTTO, Gaststättenführer (wie Anm. 119), S. 14, 24, 56.

der ersten Fernsehgeräte dort aufgestellt.“<sup>399</sup> Die Schänke verfügte über 120 Innen- und 250 Außenplätze und wurde noch bis Mitte der 1990er-Jahre betrieben.<sup>400</sup>



Abb. 30: Wirtshausszene aus der Bierwirtschaft „Zum Wilden Mann“ (heute Reck), um 1910.

Unabhängig von den Gasthäusern entstand in Scheuerfeld die erste Brauerei. Es handelte sich dabei um die Rittergutsbrauerei, für die Nicolaus Zech schon 1598 das Braurecht erhielt. Die Braustätte versorgte den ganzen Ort mit dem Gerstensaft. Sie existierte bis 1856. Auch auf dem Eichhof gab es eine eigene Gutsbrauerei, die aber nur zwischen 1678 und 1782 bestand. Spätere Reaktivierungsversuche seitens des Gutsherrn scheiterten. Als Ersatz für die Scheuerfelder Gutsbrauerei entstand 1856 beim Gasthof „Weiße Lilie“ an der von-Merklin-Straße ein neues Brauhaus. Letzter Brauer war dort der Wirt Heinrich Schaumberger, der den Betrieb bis 1920 führte.<sup>401</sup>

Zum Schluss sei auf die zwei Mühlen in der Scheuerfelder Flur verwiesen. Die älteste von beiden, die Knochenmühle, entstand 1599 in Zusammenhang mit der Erteilung einer Mühlenkonzession an Nicolaus Zech im Jahr zuvor. Bis dahin mussten die Bauern ihr Getreide in Neuses oder Tambach mahlen lassen. Die Mühle lag am Tiefen Graben, einem Bach, der seine

<sup>399</sup> BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 179 f.

<sup>400</sup> OTTO, Gaststättenführer (wie Anm. 119), S. 9.

<sup>401</sup> BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 214 f.

Quellen in der Scheuerfelder Ortsmitte besitzt und gen Westen verläuft. Zusätzliches Wasser brachten die zahlreichen Teiche, die oberhalb der Knochenmühle lagen. Sie wurden genutzt, wenn der Pegel des Tiefen Grabens zu niedrig war, um das Mühlrad anzutreiben. Während des Dreißigjährigen Krieges brannte die Mühle ab und lag Jahrzehnte wüst darnieder. Erst nach 1676 dürfte der Wiederaufbau erfolgt sein. 1727 wird sie erstmals als Grundmühle, später als „Untere Mühle“ bezeichnet. Der heutige Name rührte von einer Familie Knoch her, die 1772 den Mühlbetrieb übernahm. Später wurde der Mühle noch ein Gipshammer angegliedert. Die Gipsmühle diente zum Stampfen und Pochen von Gipsbrocken, die es als Rohstoff im Coburger Land häufig gab. Gips spielte damals als Düngemittel eine große Rolle in der Landwirtschaft. 1887 brannte die Knochenmühle infolge einer Brandstiftung ab. Die Familie Knoch führte danach die Mühle nicht mehr weiter. Sie errichtete auf dem Brandgrundstück einen Bauernhof, den sie bis 1926 führte.<sup>402</sup> Anders verlief die Geschichte der sogenannten Lämmermühle. Auf Initiative des Eichhofer Gutsherrn, Friedrich Christian von Merklin, entstand 1733 am südlichen Ende des Flurstücks „Lämmereller“ eine zweite Mahlmühle. Als erster Müllermeister wird dort ein Johann Luther erwähnt. Die zunächst als „Obere Mühle“ bezeichnete Einrichtung benötigte zum Antrieb des Mühlrades zwei Wasserläufe. Das waren zum einen der Wohlbach und zum anderen ein Mühlgraben. Über diesen leitete man Wasser in einen nördlich der Mühle gelegenen Teich. Von dort aus konnte im Bedarfsfall zusätzliches Wasser zugeführt werden. Die Familie Luther betrieb in der Folge die Lämmermühle über 150 Jahre hinweg bis 1884. Das Anwesen verblieb noch bis 1919 in Familienbesitz. Um das Wässerungsrecht nicht verfallen zu lassen, wurde die Mühle 1925 nochmals reaktiviert. Nach dem Anschluss an das Stromnetz 1934/35 kam aber ihr endgültiges Aus.<sup>403</sup> Das Mühlengebäude wurde zu Beginn des 21. Jahrhunderts abgerissen. An gleicher Stelle steht heute (2022) ein Einfamilienwohnhaus.

---

<sup>402</sup> StACo, LA F 12.948, Der Mühlbau in Scheuerfeld, 1599; StACo, LA M 141, fol. 593, Steueranschlag Grundmühle, 1727; E. MEIBNER, Mühlen im Scheuerfelder Grund, in: Blätter zur Geschichte des Coburger Landes 4 (1975), S. 85-90.

<sup>403</sup> StACo, LA M 471, fol. 18, Steueranschlag Lämmermühle; MEIBNER, Mühlen (wie Anm. 402), S. 90-98.

## 8.4 Rittergut Scheuerfeld



*Abb. 31: Das Herrenhaus des Scheuerfelder Ritterguts, heute Pfarrhaus, um 1900.*

Die Entstehung des Ritterguts Scheuerfeld steht in Verbindung mit dem fürstlichen Rentmeister Nicolaus Zech. 1588 belehnte ihn der Langheimer Abt Conrad II. Holzmann mit mehreren Gütern in Scheuerfeld. In der Folge kamen weitere Güter im Ort dazu. 1597 gelang es Zech schließlich, vom Kloster Langheim das gesamte Dorf käuflich zu erwerben. Er wurde damit der alleinige Grundherr Scheuerfelds. Der neuen politischen Position des Rentmeisters entsprechend, errichtete Zech auf dem Gelände einer mittelalterlichen Turmhügelanlage ein Herrenhaus. Um den neuen Adelssitz herum bildete sich mit zahlreichen Wirtschafts- und Nebengebäuden das Rittergut. Mit diesem Gut erhielt Zech das Recht, den Coburger Landtag zu besuchen, dort an der Landesherrschaft mitzuwirken und auf der Versammlung seine Interessen vertreten zu dürfen. Er selbst nutzte das Herrenhaus als Wohnsitz bis zu seiner Verhaftung 1603. Höfische Intrigen führten seinerzeit zu seiner Festnahme und zu seiner Verurteilung wegen Beleidigung und Geheimnisverrat. Er starb 1607 nach vierjähriger Haft auf der Veste Coburg. Das Rittergut blieb danach noch im Familienbesitz. 1612 heiratete die Tochter Helena Zech den Rechtsassessor Johann Christian Merklin, der als Jurist am Coburger Hofgericht wirkte. Über diese Heirat gelangte das Rittergut in den Besitz dieser Beamtenfamilie, die 1630 von Kaiser Ferdinand II. die Nobilitierung erhielt. Während des Dreißigjährigen Krieges wurde das Herrenhaus 1641 stark beschädigt oder zerstört. Erst Georg Christoph von Merklin ließ den Adelssitz 1712-14 in seiner heutigen Form wieder aufbauen. Damals bestand das Rit-

tergut aus einem Schloss, einem Stadel, einem Gesindehaus, jeweils einem Gras- und Baumgarten, einem Wirtshaus (der spätere Gasthof „Zum Ölberg“) und einem Gütl. Bald darauf geriet das Gut in wirtschaftliche Schwierigkeiten, sodass die Eigentümer ab 1727 häufig wechselten. Die Besitzer waren hauptsächlich fürstliche Beamte und Juristen. Adelige finden sich unter den Eigentümern nicht. Der letzte Gutsbesitzer war der Geheime Justizrat Dr. Carl Otto (1820-1893), dessen Familie das Rittergut 1817 durch Erbschaft übernommen hatte. Da Otto kinderlos geblieben war, entschied er sich, seinen gesamten Besitz der evangelischen Kirchengemeinde zu vermachen. Der Erbfall trat schließlich 1893 ein. Das Herrenhaus diente fortan als Wohnsitz des Pfarrers, der zur Verbesserung seiner Besoldung die landwirtschaftlichen Erträge aus dem Rittergut erhielt. 1895 riss die Kirchengemeinde die ehemalige Gutsbrauerei und damit große Teile des Ritterguts ab. Die Äcker und Felder des Gutes (rd. 12 Hektar) gingen an die Evangelisch-Lutherische Pfründenstiftung, die in den folgenden Jahrzehnten ungefähr die Hälfte der Flächen veräußerte. Das Herrenhaus ist bis heute (2022) im Besitz der Kirchengemeinde und wird von ihr als Pfarrhaus genutzt.<sup>404</sup>

### 8.5 Rittergut Eichhof

Der 1440 erstmals erwähnte Eichhof gehörte seinerzeit dem Coburger Bürger Peter von Eychhof. Dieser dürfte wohl einer Patrizierfamilie angehört haben. 1499 befand sich das Gut im Besitz des Rittergeschlechts von Rosenau auf Ahorn. Kurz darauf (1516) verkauften sie es an das Kloster Mönchröden. Durch die Reformation gelangte das Gut an die Landesherrschaft und wurde dem neu eingerichteten Mönchrödener Klosteramt unterstellt. 1598 übertrug Herzog Johann Casimir den Eichhof an Nicolaus Zech, der das Gut wohl für den Aufbau seiner Scheuerfelder Herrschaft benötigte. Seit diesem Zeitpunkt lagen die Rittergüter von Scheuerfeld und Eichhof in einer Hand. 1676 kam es jedoch innerhalb der Familie von Merklin zu einer Erbteilung. Die beiden Güter wurden voneinander getrennt, wobei sich der Eichhof zu einem selbständigen Adelssitz mit eigener Verwaltung entwickelte. Die Gutsbesitzer gehörten fortan auch dem Landtag an, wo sie an der Landesherrschaft mitwirken und ihre Interessen vertreten konnten. Der erste eigenständige Gutsherr, Heinrich Christian von Merklin, baute in der Folge den Eichhof aus. Es entstanden ein Brauhaus, ein Wirtshaus und eine Schmiede. In dieser Zeit dürfte auch das heutige Herrenhaus erbaut worden sein. Damit einher ging eine zunehmende Verschuldung des Ritterguts. Schließlich musste die Familie von Merklin den Eichhof 1765 aus finanziellen Gründen verkaufen. Als Eigentümer folgten bürgerliche Kaufleute, die das Rittergut verpachteten. 1864 erwarb Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg und

<sup>404</sup> StACo, Urk LA F 517, Belehnung von Gütern in Scheuerfeld an Nicolaus Zech, Tambach, 26.10.1588; MORSBACH / TITZ, Coburg (wie Anm. 25), S. 475 f.; BOSECKERT, Grundherrschaft (wie Anm. 377), S. 7; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 53-58, 61, 93 f.; R. AXMANN, Einblicke in die Geschichte der Kirchengemeinde und der Kirche zu Scheuerfeld. Aus Anlaß des 400jährigen Bestehens der Pfarrei Scheuerfeld im Jahre 2001, in: EVANG.-LUTH. PFARRAMT SCHEUERFELD (Hrsg.), Miteinander Leben und Lernen. Festschrift zur 400-Jahr-Feier Kirchengemeinde und Schule Scheuerfeld, Coburg 2001, S. 183-186. Zur Vita Nicolaus Zechs vgl. BOSECKERT, Herzog (wie Anm. 326), S. 367-375; E. MEIBNER, Der Fall Nicolaus Zech. Eine Tragödie am Hofe des Herzogs Johann Casimir, in: Blätter zur Geschichte des Coburger Landes 5 (1976), S. 2-25. An die Scheuerfelder Gutsherren erinnern Straßennamen wie die Nicolaus-Zech-Straße, die von-Merklin-Straße und die Dr.-Otto-Straße (vgl. EBERLEIN, Straßennamen (wie Anm. 24), S. 35, 97, 136.



Gotha den Eichhof und fügte ihn in seinen landwirtschaftlichen Grundbesitz ein. Die Verwaltung des Gutes oblag der Farm Callenberg und dem dort tätigen Farminspektor. Mit dem Bau der Ernstfarm (1877-79) verlor der Eichhof an wirtschaftlicher Bedeutung. Ernst II. nutzte das Schloss ab den 1880er-Jahren häufiger als temporären Wohnsitz. Nach seinem Tod 1893 wurde das Herrenhaus an herzogliche Bedienstete vermietet, zuletzt an den ehemaligen Adjutanten Herzog Carl Eduards Erich Randt, der 1945 bei einem Überfall durch plündernde Displaced Persons (DPs) getötet wurde. Das Gut blieb bis 1976 im Besitz der Familie von Sachsen-Coburg und Gotha. Danach erfolgte der Verkauf an eine Privatperson.<sup>405</sup>

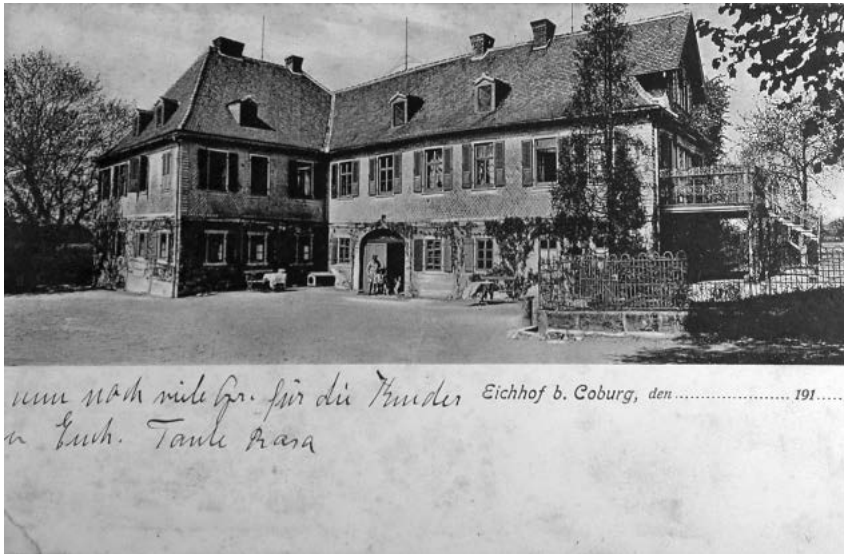


Abb. 32: Schloss Eichhof, um 1900.

### 8.6 Kirche und Schule

Scheuerfeld gehörte im Mittelalter kirchlich zur „Ur-Pfarrei“ Meeder. Von dort aus wurden zur geistlichen Versorgung der zahlreichen Gläubigen Filialkirchen eingerichtet. Eine dieser Kirchen entstand vor 1412 in Neuses bei Coburg. Im Zuge der Kirchenvisitation von 1535 in der Pflege Coburg wurde Neuses zur Pfarrei erhoben. Zu dem neu gebildeten Pfarrsprengel gehörte auch Scheuerfeld. Dort gab es seit dem 12. oder 13. Jahrhundert ein Gotteshaus, was durch die Bauweise des mittelalterlichen Chorturmes nachgewiesen werden kann. Erstmalig

<sup>405</sup> StACo, LA F 2726, fol. 1-4, Begnadungs- und Befreiungsbrief für Scheuerfeld, Coburg, 1.1.1598; MORSBACH / TITZ, Coburg (wie Anm. 25), S. 444 f.; BOSECKERT, Grundherrschaft (wie Anm. 378), S. 10; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 78-84; A. HÖHN, Die Geschichte des Schlosses Eichhof im Wandel der Zeit, in: Coburger Geschichtsblätter 5 (1997), S. 22-24; HEINS, Mönchröden (wie Anm. 169), S. 49 f. Zu den Displaced Persons vgl. J. WETZEL, Displaced Persons (DPs), publiziert am 26.3.2013; in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <[https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Displaced\\_Persons\\_\(DPs\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Displaced_Persons_(DPs))> (15.05.2022).

erwähnt wird die Kirche aber erst im Tambacher Urbar von 1525. Es dürfte sich damals um eine Filialkirche von Meeder und Neuses gehandelt haben, in der wohl regelmäßig Gottesdienste abgehalten wurden. Die kirchliche Zugehörigkeit zu Neuses endete erst mit dem Auftreten von Nicolaus Zech. Dieser erhielt von Herzog Johann Casimir 1598 das Patronatsrecht. Zech besaß damit die Erlaubnis, eine eigene Pfarrei zu gründen und die dafür benötigten Geistlichen selbst einzusetzen. Er nutzte dieses Privileg und richtete 1601 eine Kirchengemeinde ein. Zu der neuen Pfarrei gehörten neben Scheuerfeld auch Dörfles, Eichhof und die im Dreißigjährigen Krieg zerstörten Ortschaften Tiefenstein und Distelhof. 1839 kam auch Weidach nach Scheuerfeld, nachdem der Nachbarort jahrhundertlang zur Pfarrei Neuses gehört hatte. Kirchenorganisatorisch wurde der neue Pfarrsprengel der Superintendentur Coburg zugeordnet.<sup>406</sup> Durch die Gründung der Kirchengemeinde diente das Scheuerfelder Gotteshaus fortan als Pfarrkirche und zugleich als Grablege für einige Grundherren, vor allem für die Familie von Merklin. Davon zeugen ein Epitaph für Johann Christian Merklin und eine Grabinschrift für Helena Merklin, geborene Zech, im Inneren der Kirche. Nicolaus Zech besaß offensichtlich schon vor der Gründung der Pfarrei eine eigene Erbbegräbnisstätte auf dem Coburger Salvatorfriedhof, sodass er selbst in der Kirche nicht beigesetzt wurde. Die Präsenz der Patronatsherren machte sich aber auch in einem anderen Fall bemerkbar. Unter der Familie von Merklin wurde frühestens in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts an der nördlichen Längsseite des Kirchenschiffs ein Anbau errichtet, in dem eine Loge untergebracht war. Von dort aus konnte der Kirchenpatron mit seiner Familie dem Gottesdienst beiwohnen.<sup>407</sup> Dieses bauliche Zeugnis ist heute nicht mehr zu finden. Mit der Zeit war nämlich das alte Kirchengebäude baufällig geworden und auch die Größe des Kirchenraumes reichte nicht mehr aus, die immer größere werdende Zahl an Gläubigen zu fassen. 1824 wandte sich deshalb der Scheuerfelder Pfarrer an die oberste Kirchenbehörde, dem sogenannten Konsistorium, in Coburg. Dort erkannte man die Notwendigkeit eines Kirchenneubaus sofort. Es dauerte aber noch bis 1832, bis mit den Abbrucharbeiten am Kirchenschiff begonnen werden konnte. Der Beginn hatte sich aus finanziellen Gründen verzögert. Unter der Leitung des späteren Landbaumeisters Friedrich Streib (1781-1852) entstand schließlich bis 1834 das heutige Kirchenschiff. Sechs Jahre später (1839/40) folgte noch die Erhöhung des Turmes um eine Etage. Die Kosten für beide Baumaßnahmen beliefen sich auf insgesamt 5364 Gulden.<sup>408</sup> Ein großer Einschnitt im kirchlichen Leben bildete noch die Schenkung des letzten Rittergutbesitzers Carl Otto im Jahr 1893. Durch diese Erbschaft erhielt die Kirchengemeinde großen Grundbesitz und den ehemaligen Adelssitz als neues Pfarrhaus zugewiesen. Bis dahin befand sich die Pfar-

<sup>406</sup> StACo, LA F 2726, fol. 1-4, Begnadungs- u. Befreiungsbrief, Coburg, 1.1.1598; StACo, Konsistorium 1702, Gründung der Pfarrei Scheuerfeld, 1601; AXMANN, Einblicke (wie Anm. 404), S. 130 ff., 135, 149, 154 f., 181 f.; MORSBACH/ TITZ, Coburg (wie Anm. 25), S. 474; GRÜNER, Beschreibung (wie Anm. 5), S. 60.

<sup>407</sup> A. LEISTNER, Alte Grabdenkmäler und Epitaphien des Coburger Landes, I. Teil, in: Jahrbuch der Coburger Landesstiftung 21 (1976), S. 106 f.; AXMANN, Einblicke (wie Anm. 404), S. 159.

<sup>408</sup> StACo, Planslg. 1670-1674, Bau- und Situationspläne für die Kirche in Scheuerfeld, 1827-32; AXMANN, Einblicke (wie Anm. 404), S. 175-179.

terswohnung in heutigen Wohnhaus Nicolaus-Zech-Straße Nr. 24, welches 1893 von der Kirchengemeinde verkauft wurde.<sup>409</sup> Das 20. Jahrhundert war vor allem von einer immer größer werdenden Schar an Gläubigen geprägt. Dies führte zum Ausbau kirchenorganisatorischer Strukturen. Von dieser Entwicklung war vor allem Weidach betroffen. In Scheuerfeld entstand 1977 mit dem „Haus der Jugend“ lediglich ein neues Pfarrzentrum, welches sich bis heute vor allem der Jugendarbeit widmet.<sup>410</sup>

Im Umfeld der Pfarrkirche befand sich auch der erste Friedhof. Dieser Kirchhof musste aber wegen drohender Überbelegung aufgegeben werden. Deshalb wurde 1831 südlich der Wüstenahorner Straße ein neuer Friedhof angelegt, auf dem auch die Verstorbenen aus Weidach ihre letzte Ruhe fanden. Nach 60 Jahren war aber auch dieser Gottesacker zu klein geworden, sodass weit außerhalb des damaligen Dorfes an der Langen Maas der heutige Friedhof entstand. Die dortige Anlage wurde 1949-51 um eine Leichenhalle ergänzt.<sup>411</sup> Ein zweiter Friedhof existierte ab 1807 auf dem Gelände des Ritterguts. Es handelte sich dabei um die Erbbegräbnisstätte der Gutsfamilie Blank, die bereits 1798 um die Anlegung eines Friedhofs hinter dem Herrenhaus beim Coburger Konsistorium nachsuchte. Dies war notwendig geworden, weil die bisherige Grablege der Dorfherren in der Pfarrkirche nicht mehr ausreichte, um weitere Familienangehörige aufzunehmen. Bis 1862 fanden Bestattungen auf diesem Friedhof statt. Nach 1893 verwehrte die Anlage, sodass sie aus Sicherheitsgründen mit der Zeit eingeebnet wurde.<sup>412</sup>

Die Geschichte der nun folgenden Scheuerfelder Schule ist engverbunden mit der Kirchengeschichte des Ortes. Bis zu Beginn des 17. Jahrhunderts mussten die Kinder des Dorfes die Schule in Neuses besuchen. Mit der Verleihung des Patronatsrechts besaß Nicolaus Zech ab 1598 die Möglichkeit, einen Lehrer in seiner Gemeinde einzusetzen. Dieses Recht nahm er 1601 wahr und bestimmte ein Gebäude südlich der Kirche zum Schulhaus. Er schuf damit eine der wichtigsten Institutionen des Ortes. In dem Anwesen am heutigen Elsa-Jucht-Platz (Nr. 6) war bis 1954 eine Lehranstalt ansässig, zuletzt die landwirtschaftliche Berufsschule für Mädchen. Das Schulhaus selbst wurde mehrere Male durch Neubauten ersetzt, zuletzt 1862.<sup>413</sup>

---

<sup>409</sup> StACo, LA M 905, No. 3, Steueranschlag Scheuerfeld, 1868; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 146 f.; AXMANN, Einblicke (wie Anm. 404), S. 183, 185; BOSECKERT, Dorfgrundherrschaft (wie Anm. 377), S. 8.

<sup>410</sup> StadtACo, Stadtchronik 1977, Nr. 93/3 vom 22.1.1977; D. LEIPOLZ, Scheuerfeld, in: KOLLMER, Kirchengemeinde (wie Anm. 35), S. 212-215; AXMANN, Einblicke (wie Anm. 404), S. 191.

<sup>411</sup> StadtACo, A 8946, Bau einer Leichenhalle 1949-51; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 149.

<sup>412</sup> BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 94, 148.

<sup>413</sup> StadtACo, A 8952, Gemeinde an Bayerische Gemeindebank München, Scheuerfeld, 4.4.1952; MORSBACH / TITZ, Coburg (wie Anm. 25), S. 472; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 166 f.



*Abb. 33: Alte Schule, Schulstadel und Pfarrkirche zu Scheuerfeld, um 1900.*

Aufgrund der immer größer werdenden Schülerschar reichte aber das Schulgebäude nicht mehr aus, um alle Kinder aufzunehmen. Es wurde daher 1874/75 in der heutigen Hirtengasse ein neues Gebäude errichtet. Zeitgleich erhielt Scheuerfeld eine zweite Lehrerstelle. Damit waren die Platzprobleme langfristig aber nicht gelöst und es setzte eine Entwicklung ein, die auch andere Dorfschulen betreffen sollte. In den nächsten Jahrzehnten wurde die Scheuerfelder Schule immer wieder um- und ausgebaut, so 1920/21 und 1952. Bis 1948 war die Zahl der Lehrerstellen auf vier gestiegen. Als durch die steigenden Schülerzahlen (im Schuljahr 1963/64 besuchten rd. 160 Kinder die Schule) ein fünfter Klassenraum notwendig wurde, entschied der Gemeinderat im Mai 1964, ein drittes Schulhaus am heutigen Lämmerweg zu bauen. Dort plante man auch eine Turnhalle, die für den Sportunterricht offenstehen sollte. Zugleich wurde der dort bestehende Sportplatz des TSV Scheuerfeld in die Planungen miteinbezogen. Die Bevölkerung unterstützte dieses Projekt mit Nachdruck. Noch 1964 konstituierte sich ein Schulförderungsverein, dessen Ziel es war, durch finanzielle Beiträge den Bau einer eigenen Schule zu unterstützen.<sup>414</sup> Die schwierige Schulsituation in Scheuerfeld erkannte auch der

<sup>414</sup> StACo, LRA Co 14.755, Gemeindevisitation vom 23.8.1963; StACo, LRA Co 8569, Bau einer zweiten Schule, 1873-78; StACo, LRA Co, 8453, Einrichtung zweite Lehrerstelle, 1876-91; StACo, LRA Co 9686, Schülerweiterungsbau, 1909-22; StACo, LRA Co, 9616, Einrichtung dritte Lehrerstelle, 1919-36; StACo, LRA Co 16.472, Schulumbauten, 1933-53; StACo, LRA Co 16.471, Gemeinderatsprotokoll vom 22.5.1964; StadtACo, A 8914, Rechnungen Schülerweiterungsbau, 1920/21; StadtACo, A 8915, Rechnungen Schulausbau 1952; StadtACo, A 8952 und 8953, Allgemeines zum Schulhausbau, 1952; StadtACo, A 8981, Schulpflegschaft an Gemeinderat, Scheuerfeld, 19.6.1950; Coburger Tageblatt vom 7.12.1965; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 174.

Landkreis. Dieser zog aber eine andere Schlussfolgerung daraus. Der damalige Schulrat Peschke forcierte, auch im Hinblick auf eine mögliche Entstehung einer großen politischen Westgemeinde, die Gründung eines Schulverbandes mit Weidach. Nach seinen Vorstellungen sollte die Scheuerfelder Schule aufgelöst und die Kinder in die 1960/61 neu erbaute Weidacher Schule umgeschult werden. Derartige Bestrebungen scheiterten im Juni 1964 am Widerstand der Eltern. Auch der Vorschlag, die 7. und 8. Klasse gastweise in Weidach unterzubringen, fand keine Zustimmung. Die Staatsregierung stellte schließlich 1966 klar, dass sie weder den Bau einer neuen noch den Umbau der alten Schule in Scheuerfeld finanziell unterstützen werde. Auch favorisierte sie das vom Landkreis vorgeschlagene Verbandsschulmodell.<sup>415</sup> In den folgenden Jahren blieben die Fronten zwischen den Parteien verhärtet. Die Entscheidung fiel schließlich auf höherer Ebene beim Coburger Schulamt. Auf Basis des 1966 eingeführten Bayerischen Volksschulgesetzes erfolgte 1968 die zwangsweise Herabstufung der Scheuerfelder Schule zur vierklassigen Grundschule, womit die Regierung der Gemeinde sehr entgegenkam. Das bisherige Schulgebäude sollte dazu, zwischen 1968 und 1970, renoviert werden. Die neue Schulgliederung sah zudem die Unterbringung der 5. und 6. Jahrgangsstufe in der Weidacher Schule vor. Die Schüler der Klassen 7 bis 9 sollten die Schule in Weitraumsdorf besuchen. Scheuerfeld protestierte gegen diese Aufteilung seiner Schüler scharf. Trotz dieses Protestes setzte die Bezirksregierung diese schulische Gliederung durch eine Rechtsverordnung zum 1. September 1969 in Kraft.<sup>416</sup> Erfolgreicher gestaltete sich für Scheuerfeld der Kampf um eine Turnhalle. Das Schulamt präferierte hier den bisher geplanten Standort am Lämmerweg. Dieser lag nahe der Weidacher Schule, die lediglich über einen Gymnastikraum verfügte. Die neue Turnhalle sollte deshalb den Scheuerfelder und Weidacher Schülern offenstehen. Scheuerfeld setzte aber durch, dass die Sportstätte 1970/71 in Verbindung mit der nahegelegenen Grundschule errichtet wurde. Die Gemeinde erkannte, dass nur durch den Ausbau der schulischen Infrastruktur der Schulstandort langfristig erhalten bleiben konnte. Diese Weitsicht zählt sich für Scheuerfeld bis heute aus.<sup>417</sup>

### 8.7 Justizwesen

Die Trennung von Blut- und Niedergerichtsbarkeit war auch in Scheuerfeld gegeben. Während die Blut- oder Hochgerichtsbarkeit dem fürstlichen Zentgericht Lauter mit Sitz in Coburg oblag, verfügten die Scheuerfelder Grundherren nur über die niedere Gerichtsbarkeit. Während der Saalfelder Grundherrschaft übernahmen Vögte die Rechtsprechung. Diese stammten aus meranischen bzw. bambergischen Ministerialenfamilien. Nach dem Verkauf Scheuerfelds

<sup>415</sup> StACo, LRA Co 16.471, Protokoll vom 11.8.1964; ebd., Bezirksschulamt an Landratsamt, Coburg, 12.7.1965; ebd., Dienstreisebericht vom 31.3.1966; Coburger Tageblatt vom 6.6.1964 und 7.4.1966; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 176.

<sup>416</sup> StACo, LRA Co 16.470, Schulrat an Landratsamt, Coburg, 23.4.1968; StACo, LRA Co 16.471, Schulamt an Bezirksregierung, Coburg, 9.4.1968; ebd., Landratsamt an Gemeinde, Coburg, 12.6.1968; ebd., Schulamt an Regierung von Oberfranken, Coburg, 24.7.1968; ebd., Rechtsverordnung der Regierung von Oberfranken vom 5.6.1969; StACo, LRA 16.289, Schulumbau in Scheuerfeld, 1968-70; Coburger Tageblatt vom 6.9.1969.

<sup>417</sup> StACo, LRA Co 16.470, Schulamt an Landratsamt, Coburg, 15.1.1969; ebd., Protokoll vom 21.1.1969; ebd., Gemeinde an Landratsamt, Scheuerfeld, 7.11.1969; Coburger Tageblatt vom 7.10.1971; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 176 f.

an das Kloster Langheim vertrat der Hofmeister von Tambach den Abt als Gerichtsherr. Im dortigen Klosterhof fanden auch die Gerichtstage statt. Diese Gerichtsordnung änderte sich nachhaltig, nachdem Nicolaus Zech zum Scheuerfelder Grundherr aufgestiegen war. Durch den 1598 ausgestellten Begnadungs- und Befreiungsbrief erhielt er von Herzog Johann Casimir auch die Niedergerichtsbarkeit. Das Scheuerfelder Herrenhaus diente damit fortan als Gerichtssitz. Auf dem Gelände des Ritterguts befanden sich auch die Arrestzellen. Mit der Merklin'schen Erbteilung von 1676 wurden auch die Rechtsprechungsgebiete zwischen Scheuerfeld und Eichhof aufgeteilt, sodass es auf heutigen Ortsgebiet zwei Niedergerichte gab. Ein dritter Gerichtsherr trat ab 1715 auf, nachdem Georg Christian von Merklin das Dorf Dörfles samt seiner niederen Gerichtsbarkeit veräußert hatte. Die Rechtsprechung übernahmen dort die Ahorner Schlossherren Hendrich, Baumbach und Erffa. Die Ausübung dieser Gerichtsrechte oblag den drei Grundherren bis 1848. Danach ging dieses Recht auf das Justizamt Coburg über, das bis zur Einführung der heutigen Gerichtsorganisation im Jahr 1879 bestand. Die Blutgerichtsbarkeit lag schon seit 1801 beim Coburger Justizamt, sodass seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die gesamte Gerichtsbarkeit in der Hand einer zentralen Behörde lag.<sup>418</sup>

### 8.8 Vereinsleben und Feuerlöschwesen

Untersucht man das Scheuerfelder Vereinswesen genauer, können drei zeitliche Phasen der Vereinsgründungen bzw. von Institutionalisierungsprozessen festgestellt werden. Die erste Phase konzentrierte sich auf den Zeitraum zwischen 1865 und 1875. Dabei stand zunächst die Gründung von Lesevereinen in Scheuerfeld (1866) und Dörfles (1869) im Mittelpunkt. Ziel dieser Vereine war es, die Menschen wissenschaftlich zu unterhalten und sie dadurch zu bilden.<sup>419</sup> 1870 folgte dann die Konstituierung eines Gesangvereines. Mit der Gründung des Liederkranzes begann 1904 eine Zeit permanenter Veränderungen im Scheuerfelder Gesangwesen. Es entstanden neue Vereine, denen keine lange Existenz beschieden war. Diese Gruppierungen machten sich immer wieder Konkurrenz, was zu einer gewissen Stagnation führte. Dies änderte sich mit der Wiederbegründung des Liederkranzes Scheuerfeld im Jahr 1949. In den folgenden Jahren konnten neben einem Männer-, ein Frauen- und ein gemischter Chor ins Leben gerufen werden. In den 1960er-Jahren erlebte daher der Chorgesang in Scheuerfeld seine Blütezeit.<sup>420</sup> Zu den ersten Vereinen gehörte in Scheuerfeld auch der 1873 gegründete und bis 1945 existierende Kriegerverein.<sup>421</sup> Komplettiert wurde diese frühe Vereinslandschaft

<sup>418</sup> StACo, LA F 2726, fol. 1-4, Begnadungs- und Befreiungsbrief für Scheuerfeld, Coburg, 1.1.1598; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 31, 35, 74; Adreß-Handbuch, 1837 (wie Anm. 15), S. 67, 69, 72; ANDRIAN-WERBURG, Gerichtsorganisation (wie Anm. 45), S. 39-74. Zu Tambach vgl. H. PELLENDER, Tambach – vom Langheimer Klosteramt zur Ortenburgschen Grafschaft (Schriftenreihe der Historischen Gesellschaft Coburg 3), Coburg 1985.

<sup>419</sup> StACo, LRA Co 991, Leseverein Scheuerfeld; StACo, LRA Co 603, Leseverein Dörfles; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 257 f.

<sup>420</sup> StACo, LRA Co 992, Gesangverein; StACo, LRA Co 997, Gesangverein Liederkranz; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 287 f.; GESANGVEREIN LIEDERKRANZ 1870 (Hrsg.), 125 Jahre Gesangverein „Liederkranz 1870“ Scheuerfeld. Mitglied im Deutschen Allgemeinen Sängerbund e.V., 125 Jahre Vereinsleben durch Höhen und Tiefen der Geschichte, 1870-1995, Sonnefeld 1995.

<sup>421</sup> StACo, LRA Co 993, Kriegerverein; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 261 ff.

durch das Vorhandensein eines Turnvereins, der allerdings archivalisch nicht greifbar ist. Sichere Zeugnisse finden sich erst während der zweiten Gründungsphase Scheuerfelder Vereine von 1900 bis 1914. In diesem Zeitraum entstand auch der heutige TSV Scheuerfeld. Seinen Ursprung besaß der Sportclub in zwei Turnvereinen, die 1900 und 1909 gegründet und 1933 im Zuge der nationalsozialistischen Gleichschaltung unter dem Dach der „Turngemeinschaft Scheuerfeld“ zwangsvereinigt wurden. Sportlich brachte diese Fusion große Vorteile. Besonders die inzwischen gegründeten Abteilungen für Hand- und Fußball profitierten davon und konnten durch die Bündelung der Kräfte sportliche Erfolge feiern. Der Verein blieb nach 1945 bestehen, nahm aber den Namen „Turn- und Sportverein Scheuerfeld“ an. In den Jahren danach erlebte der Verein eine Aufwärtsentwicklung. Das machte sich u. a. durch die Konstituierung neuer Sportabteilungen bemerkbar. So wurde bspw. 1994 eine Tennisabteilung gegründet. Zwei Jahre später erfolgte Anschluss des Tanzsportclubs TTC Residenz Coburg. Durch diese Ausdehnung des sportlichen Angebots stieg die Zahl der Mitglieder bis ins Jahr 2000 auf rd. 850 an. Neben den bereits genannten Sportarten gab es zu diesem Zeitpunkt Abteilungen für Tischtennis und Wandern. Gegenwärtig (2022) bestehen neun Abteilungen mit insgesamt rd. 540 Mitgliedern. Dabei sind besonders in den letzten Jahren neue Trendsportarten hinzugekommen.<sup>422</sup>

In diesem Zusammenhang sei auf die Situation der Sportstätten in Scheuerfeld verwiesen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts fehlte es an einem geeigneten Turnplatz. Die Sportler mussten daher auf verschiedene Scheuerfelder Gastwirtschaften ausweichen, wo die Abhaltung von einigen Turnstunden pro Woche möglich war. Schließlich errichtete der Turnverein „Freier Turner Scheuerfeld“ zwischen 1927 und 1930 in Eigenregie am heutigen Lämmerweg einen eigenen Sportplatz. Dieser wurde 1933 von der Scheuerfelder Turngemeinschaft übernommen. 1938 entstand durch den Umbau einer Scheune die erste Turnhalle einer Gemeinde im Landkreis Coburg. Für einen Turnverein waren dies optimale Rahmenbedingungen. Dieses strukturelle Umfeld musste nach 1945 mit den steigenden Einwohnerzahlen natürlich wachsen. Das mündete 1970/71 in den Bau einer neuen Turnhalle gegenüber der Schule.<sup>423</sup>

Die dritte Phase an Vereinsgründungen erlebte Scheuerfeld in den Wirtschaftswunderjahren bis 1961. In dieser Zeit (1956) wurde die Schützengilde Mühlengrund gegründet. Dabei ging es nicht um das Wiederaufleben militärischer Traditionen, wie sie der Kriegerverein verkörperte. Es ging allein um das Interesse am Schießsport. Die ersten Vergleichsschießen mit Luftgewähren fanden zunächst in einem Gastraum des Ausflugslokals „Waldschänke“ statt. Schließlich gelang es, neben der Gaststätte einen Schießstand aufzubauen. 1959 wurde dort das erste Schützenhaus eingeweiht. Das gestiegene Interesse am Schießsport brachte es aber mit sich, dass sich auch dieser Verein vergrößerte und seine Strukturen anpassen musste. 1971 wurde deshalb ein Pistolenstand angelegt. Gleichzeitig bekam der Luftgewehrstand eine Überdachung. Die heutige Schießanlage mit 27 Schießbahnen entstand zwischen 1988 und 1990. Schon bald kamen die sportlichen Erfolge. So stellte die Schützengilde 1976 den zweiten Deutschen Meister im Vorderladergewehrscießen und 1991 den zweiten Deutschen Meister in

<sup>422</sup> BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 282-287; TURN- UND SPORTVEREIN SCHEUERFELD (Hrsg.), 100 Jahre TSV Scheuerfeld. „vom Saatkorn zur Blüte“, Scheuerfeld 2000.

<sup>423</sup> Ebd.

Perkussionsgewehrschießen. Der Erfolg brachte weitere Mitglieder in den Verein, sodass die Schützengilde 1984 mit 131 Mitgliedern zum zweitgrößten Schützenverein innerhalb des Coburger Stadtkreises heranwuchs. 1999 erreichte die Mitgliederzahl fast 200.<sup>424</sup> Diese wenigen Zahlen beweisen bereits, dass das Vereinsleben in Scheuerfeld bis heute stark ausgeprägt ist. Das hat zur Folge, dass hier nur ein Bruchteil der Vereine vorgestellt werden kann. Zu den ältesten Korporationen des Ortes gehören noch der 1908 gegründete Obst- und Gartenbauverein, der 1912 ins Leben gerufene Musikverein und der Sportkegelclub Gut Holz Scheuerfeld, der 1919 aus der Taufe gehoben wurde.<sup>425</sup>

Mit der Einführung der Allgemeinen Feuerordnung von 1834 wurde die moderne Basis für das Feuerlöschwesen und damit für eine weitere Institution in Scheuerfeld geschaffen. Der Ort gehörte seit 1839 organisatorisch zum achten Feuerwehrverein („Concurrenz“) im Amtsbezirk Coburg. An Feuerwehrgerätschaften besaß das Dorf zwei Feuerhäken, zwei Leitern und zwei Tragspritzen. Vier Brunnen und zwei Teiche versorgten den Ort mit Löschwasser. Die Mannschaft bestand seinerzeit aus sechs Männern, die zu den Leitern und Häken gingen, fünf Männer, welche für die Personenrettung zuständig waren, acht Feuerwehrleute, welche die Spritzen bedienten, und fünf Männer, die als Feuerboten in die Nachbarorte gingen, um Hilfe zu holen. Bis 1906 erhöhte sich die Zahl der Feuerwehrleute auf 44 (vier Führer, acht Steiger und 32 Spritzenmänner). Inzwischen besaß die Feuerwehr eine Stoßspritze und seit 1867 eine Spritze mit Saug- und Druckwerk, die bis 1945 ihren Dienst tat. Die Zahl der Häken und Leitern hatte sich auf vier erhöht.<sup>426</sup> 1922 wandelte sich die bisher bestehende Pflichtfeuerwehr in eine Freiwillige Feuerwehr um. Schon bald darauf stellten die Brandbekämpfer bei der Gemeinde einen Antrag auf Kauf einer Motorspritze. Die Gemeinde konnte jedoch die notwendigen finanziellen Mittel nicht aufbringen, sodass dieser Wunsch nicht erfüllt wurde. Erst 1945 gelang der Kauf einer gebrauchten Tragkraftspritze TS 8/8. Sie wurde 1958 durch ein neueres Modell ersetzt. Ein modernes Löschfahrzeug erhielt die Feuerwehr im Jahr 1966. Neben den Löschgeräten investierte die Gemeinde auch in die Infrastruktur. Das alte Gerätehaus – ein alter Holzschuppen an der Hirtengasse (1906 erstmals erwähnt) – reichte nach dem Zweiten Weltkrieg für die Bedürfnisse der Feuerwehr nicht mehr aus. Die Gemeinde errichtete daher nach Plänen des Architekten Willi Völker 1960/61 anstelle der alten Schulscheune am heutigen Elsa-Jucht-Platz ein modernes Gerätehaus mit Schulungsraum und Schlauchtrockenturm. Bis dahin waren die Schläuche am Kirchturm und ab 1949 an einem Mast getrocknet worden. Die Kosten für das neue Feuerwehrgerätehaus beliefen sich auf 106.656 DM. Problematisch gestaltete sich in der Nachkriegszeit die Löschwassersituation. Sie reichte aufgrund des immensen Wachstums des Ortes nicht mehr aus, um die Löschsicherheit zu garantieren. 1957 scheiterte der Bau eines Löschwasserbehälters an der von-Merklin-Straße wegen eines fehlenden Grundstücks. Erst der Bau der Trinkwasserleitung 1964 und die damit verbundene Aufstellung von 48 Hydranten brachte eine Entspannung. Gleichzeitig erhielt die

---

<sup>424</sup> BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 277 ff.

<sup>425</sup> BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 267, 270, 292.

<sup>426</sup> StadtACo, A 8964, Feuerlöschwesen in Scheuerfeld; SCHOLZ, Verordnungen (wie Anm. 51), S. 75; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 259.



Gemeinde über die Wasserleitung einen Zugang zum Weidacher Wasserturm und zum Wasserbehälter am Coburger Bismarkturm. Damit standen zusätzlich 2100 Kubikmeter Löschwasser zur Verfügung. Erfreulich war die Entwicklung der Mitgliederzahlen in jenen Jahren. Vor der Eingemeindung umfasste die Scheuerfelder Feuerwehr rd. 30 aktive und 120 passive Mitglieder.<sup>427</sup>

### 8.9 Infrastruktureller Aufbau

Der Aufbau der heutigen technischen Infrastruktur Scheuerfeld begann schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts. 1910 entschloss sich die Coburger Gasanstalt dazu, zur Versorgung der umliegenden Dörfer mit Elektrizität ein Überlandwerk zu bauen. Zu den ersten Stromabnehmern gehörte die Gemeinde Scheuerfeld. 1911 wurde die Hochspannungsleitung vom Überlandwerk aus in Betrieb genommen. Sie endete seinerzeit in Weidach. Bis 1913 erhielten auch Dörfles und Eichhof einen Anschluss an das Stromnetz. In diesem Zusammenhang errichtete die Stadt Coburg 1913 eine Transformatorenstation, die sich noch heute bei der Einmündung der Dr.-Otto-Straße in die Nicolaus-Zech-Straße befindet. Als einer der letzten Betriebe bekam 1919 die Ernstfarm eine Anschlussleitung an das Ortsnetz. Insgesamt besaßen die Bewohner ein großes Interesse an dieser Technologie. Schon 1912 waren in Scheuerfeld 20 Wohnhäuser mit Elektrizität versorgt. Das Stromnetz breitete sich in den nächsten Jahren rasant aus, sodass der Ort bald voll elektrifiziert wurde. Einen Anschluss an das Erdgasnetz gab es hingegen bis 1972 nicht.<sup>428</sup>

Beim Aufbau eines öffentlichen Nahverkehrs spielte Scheuerfeld eine wichtige Rolle. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts existierte dort eine Postkutschenverbindung, die von Coburg nach Ummerstadt führte. Mit der Übernahme der Linie durch den Coburger Posthalter Leopold Mönch wurde 1931 der motorisierte Omnibusverkehr nach Ummerstadt und damit nach Scheuerfeld eingeführt. Darauf fußte nach dem Zweiten Weltkrieg der spätere Anschluss des Dorfes an den Coburger Stadtbusverkehr. Gegenwärtig besitzt der Ort neun Haltestellen, die täglich 30-mal von zwei Buslinien aus Richtung Coburg angefahren werden.<sup>429</sup> Interessant war Scheuerfeld auch für die Eisenbahnplaner. 1911 entwarfen diese eine Bahnlinie von Coburg nach Schweinfurt. Der Streckenverlauf sollte vom Bahnhof Coburg durch den Kürengrund an Scheuerfeld vorbei in Richtung Mühlengrund und Tambach führen. Die Gemeinde sagte

<sup>427</sup> StACo, LRA Co 15.195, Feuerwehrausstattung, 1945-71; StACo, LRA Co 14.755, Gemeindevisitation vom 31.10.1966 und vom 17.2.1970; StadtACo, A 8921, Gründung der Freiwilligen Feuerwehr, 1922; Coburger Tageblatt vom 29.11.1956, 19.7.1960, 2.12.1964 und 29.11.1966; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 259 ff.

<sup>428</sup> StACo, LRA Co 7512, Herstellung elektrischer Starkstromanlagen, 1910/11; StACo, LRA Co 7519, Herstellung von elektrischen Licht- und Kraftanlagen in Scheuerfeld, 1910-12; StACo, LRA Co 7564, Herstellung elektrischer Starkstromanlagen in den Gemeindebezirken Scheuerfeld und Weidach, 1911-13; StACo, LRA Co 7565, Herstellung von elektrischen Licht- und Kraftanlagen im Gemeindebezirk Scheuerfeld, 1911-14; StACo, LRA Co 7577, Herstellung einer elektrischen Niederspannungs-Freileitung nach Dörfles, 1912/13; StACo, LRA Co 7597, Herstellung einer elektrischen Niederspannungsfreileitung nach Eichhof, 1913; StadtACo, A 8937, Aufbau Stromnetz, 1913-19; Coburger Zeitung vom 24.4.1912; KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 18.

<sup>429</sup> StACo, LRA Co 14.755, Gemeindevisitation vom 23.8.1963; E. ECKERLEIN, Einst fuhren die Coburger auch über Ummerstadt-Colberg und Heldburg nach Königshofen, in: DERS., Coburger Heimat, Bd. II, Coburg 1981, S. 78.

der Königl.-Preuß. Eisenbahn als bauausführende Behörde alle Unterstützung zu. Dennoch scheiterte das Projekt am Widerstand eines Großgrundbesitzers, der sein Land nicht verkaufen wollte. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 und die daraus resultierenden finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten taten ihr Übriges dazu, dass diese Bahnstrecke nicht realisiert werden konnte.<sup>430</sup>

Bestrebungen, ein Trinkwassernetz aufzubauen, gab es in Scheuerfeld seit 1955. Die Initiative dafür ging vom damaligen Bürgermeister Bühling aus, der fragte, ob es nicht zweckmäßig wäre, wenn sich Scheuerfeld der Wasserversorgungsanlage in Weidach anschließen würde. Dieser Vorschlag wurde von der Bevölkerung begrüßt, sodass die Gemeinde mit den Planungen für dieses Projekt begann. Es dauerte allerdings bis 1962, bis die Finanzierung des Projekts gesichert war. Im selben Jahr gründeten Scheuerfeld und Weidach einen Wasserzweckverband. Dies entsprach einer weit verbreiteten Vorgehensweise, um Kosten und Leistungen aufzuteilen. Von Weidach aus, wo seit 1959 ein Wasserturm existierte, wurden auch die ersten Wasserleitungen nach Eichhof und Dörfles verlegt. Die Arbeiten in Scheuerfeld waren bis 1965 abgeschlossen. Die Baukosten beliefen sich auf rd. eine Million DM. Um die Wasserversorgung auch in trockenen Jahren zu gewährleisten, entschloss sich die Gemeinde auch zum Bau eines Drucksteigerungspumpwerkes. Dieses ermöglichte einen Anschluss an das Coburger Trinkwassernetz für den Fall, dass die Wasserversorgung aus Weidach nicht mehr ausreichen würde. Inwieweit dieses Pumpwerk realisiert wurde, ist aus den Akten bis 1972 nicht ersichtlich. Jedenfalls gelang es, eine Leitung zum städtischen Wasserwerk am Bismarckturm herzustellen und so Zugang zum Coburger Trinkwassernetz zu erhalten. Zur weiteren Sicherstellung entstand schließlich zwischen 1977 und 1979 am Steinmitzig ein 8000 Kubikmeter umfassender Hochbehälter, der endgültig den Wassernotstand beseitigte.<sup>431</sup> Nach der Fertigstellung der zentralen Wasserversorgungsanlage ging die Gemeinde daran, eine Kanalisation in Scheuerfeld aufzubauen. Erste Vorarbeiten wurden dazu 1963 geleistet. Im Jahr darauf begannen die eigentlichen Bauarbeiten an der Kanalisation und an einer dazugehörigen Kläranlage bei der Lämmermühle. Die Kläranlage verfügte über eine mechanische und biologische Reinigungsstufe, die im Frühjahr 1966 in Betrieb genommen wurden. 1970 waren die Arbeiten an der Abwasserbeseitigungsanlage im Wesentlichen abgeschlossen. Die Kosten betrugen hierfür 1,5 Millionen DM. Dieses Abwassersystem sollte bis 1998 in Betrieb bleiben. Durch die immer höher werdenden Anforderungen der bayerischen Staatsregierung an die Abwasserbeseitigung war jedoch der weitere Betrieb der Kläranlage nicht mehr möglich. Der Coburger Stadtrat entschied deshalb 1995, die Scheuerfelder Abwässer in das Coburger Klärwerk

---

<sup>430</sup> BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 97.

<sup>431</sup> StACo, LRA Co 14.755, Protokoll Bürgerversammlung vom 5.4.1955; StadtACo, Stadtchronik 1977, Nr. 93/3 vom 22.1.1977; StadtACo, Stadtchronik 1979, Nr. 44/2 vom 12.2.1979; Coburger Tageblatt vom 5.12.1959, 6.10.1962 und 23.1.1963; Neue Presse Coburg vom 10.12.1965; MATTERN, Dörfer (wie Anm. 1), S. 226. Zum Wasserwerk am Bismarckturm vgl. MORSBACH / TITZ, Coburg (wie Anm. 25), S. 116.

einzuleiten. Dazu mussten zwei Pumpwerke und eine Druckleitung gebaut werden. Diese Umstellungsarbeiten waren nach drei Jahren abgeschlossen. In der Folge wurde die Scheuerfelder Anlage aufgelassen.<sup>432</sup>

Innerhalb des deutschen Postsystems gehörte Scheuerfeld nach der Einführung des Norddeutschen Postbezirks (1868) zum Postamt Coburg. 1907 entstand zur Entlastung der Coburger Hauptpost eine Posthilfsstelle in der Gastwirtschaft Knorr (heute Reck) an der Nicolaus-Zech-Straße. Ab 1928 wurden die Hilfsstellen im Zuge der Neuordnung der postalischen Verhältnisse im Deutschen Reich in Poststellen umgewandelt oder aufgelöst. In Scheuerfeld blieb die Einrichtung unter der Bezeichnung „Poststelle II“ weiter bestehen. Diese Umwandlung erfolgte allerdings erst 1934. Dabei schied die Familie Knorr aus dem Postdienst aus. Es entstanden zwei neue Poststellen, zum einen im Gasthof „Zum Ölberg“ und zum anderen im Wohnhaus des Malers Stephan Zier an der Weidacher Straße (Nr. 37) in Eichhof. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Poststellen zunächst aufgelöst und deren Aufgabenbereich der Coburger Hauptpost zugewiesen. Erst 1952 erhielt Scheuerfeld wieder eine Poststelle. Diese war zunächst im Hause des Gemeindedieners Heinfried Wöhner in der Bayernstraße (Nr. 29) und ab 1953 in der alten Schule am Elsa-Jucht-Platz untergebracht. Dort befand sich die Poststelle bis 1990. Mit der Reorganisation des Postdienstes änderten sich auch die Strukturen vor Ort. Aus der Poststelle wurde eine Postagentur, die 1998 in einem Supermarkt am Altenhofer Weg ihre Pforten öffnete.<sup>433</sup> Mit der Eröffnung der Posthilfsstelle entstand zugleich eine Telegrafenanstalt mit einer öffentlichen Fernsprechstelle. Schon 1905 gab es Entwürfe über die Errichtung einer oberirdischen Telegrafienlinie an der Landstraße von Coburg nach Weitramsdorf, über die der Ort angeschlossen werden sollte. Diese Pläne wurden zwei Jahre später von der Post realisiert. Die erste Telegrafenanstalt befand sich im Gasthof Knorr. Die Errichtung einer zweiten Anstalt in Dörfles scheiterte 1910 aus finanziellen Gründen. 1924 wandelte die Reichspost die Telegrafenanstalt in eine gemeindliche öffentliche Telefonsprechstelle um. Diese befand sich zunächst im Gasthaus Knorr und dann zusammen mit der Poststelle im Haus des Gemeindedieners Wöhner. Bis 1934 besaßen bereits vier Haushalte einen Telefonanschluss. Danach stagnierte die Entwicklung. Erst in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre kamen weitere Anschlüsse dazu, sodass es noch Jahre dauern sollte, bis alle Scheuerfelder Haushalte über einen eigenen Telefonanschluss verfügten.<sup>434</sup>

Über Einrichtungen des Finanzwesens verfügte Scheuerfeld seit 1882. Damals gründeten Einwohner einen Vorschuss- und Sparverein. Der Verein stellte sich zur Aufgabe, seine Mitglieder finanziell gegen eine mäßige Verzinsung zu unterstützen und die Sparsamkeit durch die Einführung von Sparkonten zu fördern. Dieses Institut ging wohl in den 1930er-Jahren in

---

<sup>432</sup> StACo, LRA Co 14.755, Gemeindevisitation vom 17.2.1970; StadtACo, A 8988, Pläne für eine Kanalisation; StadtACo, A 8975, Kanalisationsanschlüsse; Coburger Tageblatt vom 23.1.1963 und 25.1.1964; Neue Presse Coburg vom 10.12.1965; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 140 f.

<sup>433</sup> Coburger Zeitung vom 19.4.1907; Adressbuch 1934 (wie Anm. 65), S. 88; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 240 ff.

<sup>434</sup> StadtACo, A 8903, Telegrafienlinien in der Scheuerfelder Flur, 1905-07; Coburger Zeitung vom 14.4.1907; Adressbuch 1934 (wie Anm. 65), S. 88 ff.; Adressbuch 1955 (wie Anm. 48), S. 73 ff.; Adressbuch 1961 (wie Anm. 64), S. 63-66.

den Raiffeisenverband auf. Noch heute ist ein Nachfolger der Raiffeisenbank, die VR-Bank Coburg, mit einer Filiale in Scheuerfeld vor Ort.<sup>435</sup> Auch die Sparkasse Coburg-Lichtenfels unterhielt am Tambacher Weg jahrelang eine Niederlassung.

Erste Hinweise auf den Ausbau der sozialen Infrastruktur Scheuerfelds finden sich schon im 19. Jahrhundert. So gab es um 1890 einen Kindergarten, der im alten Pfarrhaus an der Nicolaus-Zech-Straße untergebracht war. Diese Anstalt wurde 1893 geschlossen. Danach finden sich vereinzelte Hinweise, die für eine weitere Existenz eines Kindergartens sprechen. Die schriftliche Überlieferung setzt erst wieder 1951 ein, als ein Kindergarten im ehemaligen Herrenhaus eröffnet wurde. Es zeigte sich aber schon bald, dass die Räumlichkeiten dort nicht ausreichen würden, um die wachsende Schar an Kleinkindern aufzunehmen. Die Kirchengemeinde plante daher den Bau eines neuen Kindergartens. Dafür wurde 1960 ein Kindergarten-Bau- und Förderungsverein gegründet. Zwischen 1963 und 1965 gelang es schließlich, einen Neubau, die heutige Kindertagesstätte „Kuckucksnest“, zu errichten. Der neue Kindergarten besaß 66 Plätze, die aber schon bald nicht mehr ausreichten, um den Nachwuchs aus Scheuerfeld und Weidach aufzunehmen. Diese Situation änderte sich erst zwischen 1985 und 1987, als die Einrichtung auf 74 Plätze erweitert und gleichzeitig in Weidach ein eigener Kindergarten errichtet wurde.<sup>436</sup> Medizinische Einrichtungen gab es in Scheuerfeld nur wenige. Es fehlte eine Pflegestation und ein Marienverein. Für einige Jahre gab es aber eine Unfallstation und spätestens seit 1861 eine Hebamme. 1966 praktizierte eine Tierärztin im Ort, während der nächste Allgemeinmediziner seine Praxis in Weidach-Vogelherd unterhielt. Gegenwärtig ist ein praktischer Arzt in Scheuerfeld ansässig. Eine eigene Apotheke gibt es im Dorf seit 1993.<sup>437</sup> Als kulturelle Einrichtung bestand seit 1862 eine Schulbibliothek. Bis 1901 wies die Bücherei einen Bestand von 223 Bänden auf, die auch von vielen Erwachsenen gelesen wurden. Dadurch entwickelte sich die Schulbibliothek zu einer Gemeindebücherei, die noch 1963 großen Zuspruch erhielt.<sup>438</sup>

Fortschrittlich zeigte sich die politischen Organisation Scheuerfelds. Der Gemeinderat bestand aus zehn Gemeinderäten und seit 1960 aus einem hauptamtlichen Bürgermeister. Für die Landgemeinden der damaligen Zeit waren noch ehrenamtliche Gemeindeoberhäupter üblich. In der hier durchgeführten Untersuchung besaß lediglich Creidlitz einen hauptamtlichen Bürgermeister. Um den Problemen der Gemeinde Herr zu werden, entstanden zugleich nach städtischem Vorbild Fachausschüsse für die Bereiche Finanzen, Personal, Bauwesen und Verkehr, Wohnungswesen und gemeindliche Eigenbetriebe. Die Zahl der Ausschussmitglieder betrug drei Personen (der Bürgermeister und zwei Gemeinderäte).<sup>439</sup> Ein eigenes Wappen er-

---

<sup>435</sup> BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 265.

<sup>436</sup> StACo, LRA Co 14.755, Gemeindevisitation vom 23.8.1963; Neue Presse Coburg vom 27.8.1963; Coburger Tageblatt vom 2.11.1966; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 162-165.

<sup>437</sup> StACo, LRA Co 14.755, Gemeindevisitation vom 23.8.1963 und 31.10.1966; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 162-165.

<sup>438</sup> Coburger Tageblatt vom 28.11.1963; Neue Presse vom 27.8.1963; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 173.

<sup>439</sup> StACo, LRA Co 14.755, Geschäftsordnung des Gemeinderats vom 10.3.1955; ebd., Geschäftsordnung des Gemeinderats vom 21.6.1960; ebd., Gemeinde an Landratsamt, Scheuerfeld, 28.4.1959.

hielt die Gemeinde 1968. Damit schuf sich der Ort ein Hoheitszeichen, das gleichzeitig Ausdruck einer gewachsenen Dorfgemeinschaft und eines gestiegenen Selbstbewusstseins war.<sup>440</sup> Das Gemeindehaus befand sich seinerzeit in der alten Schule am Elsa-Jucht-Platz. Dort saßen das Gemeindebüro und das Standesamt. Insgesamt nutzte die Gemeinde vier Verwaltungsräume. Die Gemeinderatssitzungen fanden im Wechsel in Gasthöfen und im Gemeindebüro statt. Insgesamt gab es 15 Sitzungen pro Jahr. 1966 plante man den Neubau eines Rathauses. Dieses Projekt kam jedoch wegen der Eingemeindung nach Coburg nicht mehr zustande.<sup>441</sup>

Insgesamt gelang es Scheuerfeld, die notwendigen Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur durchzuführen. Dementsprechend ging man selbstbewusst in die 1970er-Jahre hinein. Allerdings deuteten die strukturellen Verbindungen mit Weidach daraufhin, dass mit dem Nachbarort eine politische Vereinigung möglich wäre. Wieweit diese Bestrebungen gingen, wird sich im nächsten Kapitel zeigen.

---

<sup>440</sup> StACo, LRA Co 14.755, Innministerium an Gemeinde, München, 13.3.1968; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 32 f.; MATTERN, Dörfer (wie Anm. 1), S. 74.

<sup>441</sup> StACo, LRA Co 14.755, Gemeindevisitation vom 23.8.1963, 31.10.1966 und 17.2.1970.

## 9. DIE GESCHICHTE DER GEMEINDEGEBIETSREFORM

### 9.1 Grundlagen und die Gebietsreform von 1868/69

Gebietsreformen können als Phänomen der modernen Epoche angesehen werden. Diese Ära ist vor allem durch eine Rationalisierung weiter Teile der Gesellschaft gekennzeichnet. Es gilt dabei, Vergeudung zu minimieren und die Effizienz zu steigern. Davon betroffen war auch die Verwaltung. Ab dem 19. Jahrhundert begann man damit, Behörden zu reformieren, um sie so effektiver zu machen. Dies umfassten bspw. Arbeitsabläufe, Zentralisierungsmaßnahmen und die Neufassung von Arbeitsbereichen. Derartige Reformen vollzog ab 1801 auf Landesebene der Coburger Staatsminister Theodor von Kretschmann (1762-1820). Damit begann ein ständiger Reform- und Rationalisierungsprozess, um das Herzogtum Coburg auf lange Sicht finanziell und ökonomisch überlebensfähig zu halten.<sup>442</sup> Dieses Bemühen um Effizienz erfasste in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch die dörflichen Gemeinden des Herzogtums. Damals waren sämtliche Orte des Coburger Landes politisch eigenständig. Sie besaßen einen eigenen Bürgermeister und einen Gemeinderat. Selbst Miniortschaften unter 50 Einwohnern verfügten über solche Institutionen. Diese Siedlungen waren allerdings schon im 19. Jahrhundert ökonomisch und finanziell nicht überlebensfähig. Darauf reagierte die Coburger Landesregierung. Sie erließ 1867 ein neues Gemeindegesetz, welches unter Artikel 12 die Kriterien für eine Eingemeindung festlegte. So mussten Dörfer, die nicht in der Lage waren, ihre politischen Aufgaben zu erfüllen, mit der nächstgelegenen Gemeinde fusioniert werden. Die daraus resultierende Gebietsreform sollte bis Ende 1868 abgeschlossen sein.<sup>443</sup> Offensichtlich scheiterte jedoch die Umsetzung an der zögerlichen Haltung der Gemeinden, da bis zu diesem Zeitpunkt keine Eingliederungen zustande kamen. Erst der massive Druck des Staatsministeriums brachte die Angelegenheit in Gang. Nach Rücksprache mit den betroffenen Gemeinden legte das Ministerium per Erlass vom 24. Dezember 1868 fest, welche Dörfer ihre Eigenständigkeit aufgeben müssen. Davon waren 14 Kleinstgemeinden betroffen. Auf heutigem Coburger Gebiet betraf das Löbelstein, Hambach, Dörfles, Eichhof und Glend, die nach Seidmannsdorf, Creidlitz, Scheuerfeld und Bertelsdorf eingemeindet werden sollten.<sup>444</sup> Die nun folgenden Eingliederungsverhandlungen entwickelten sich dabei unterschiedlich schwierig. So war Seidmannsdorf nicht bereit, die mittellose Gemeinde Löbelstein aufzunehmen und deren Schulden zu bezahlen. Um die Gebietsreform an dieser Stelle durchzusetzen, griff die Regierung zum radikalen Mittel einer Zwangseingemeindung, die im Februar 1869

---

<sup>442</sup> Ch. BOSECKERT, „Coburgs staatliche Selbstständigkeit ist dahin – eine an sich gewiss nicht erfreuliche, aber unvermeidliche und notwendige Folge.“ Die Bemühungen um eine Reichsreform in der Weimarer Republik am Beispiel Coburgs, in: A. WOLZ / Ch. BOSECKERT, Der Anschluss Coburgs an Bayern im Jahre 1920. „...zu einem einheitlichen Gebiet vereinigt.“ (Schriftenreihe der Historischen Gesellschaft Coburg 30), Coburg 2020, S. 43.

<sup>443</sup> Gesetz-Sammlung für das Herzogthum Coburg, Nr. 568, Gemeindegesetz für das Herzogthum Coburg vom 22.2.1867, § 12, S. 686; FFW LÖBELSTEIN, Festschrift (wie Anm. 22), S. 58.

<sup>444</sup> FFW LÖBELSTEIN, Festschrift (wie Anm. 22), S. 58.

durchgeführt wurde.<sup>445</sup> Ähnlich verliefen die Gespräche zwischen dem verarmten Dörfles und Scheuerfeld. Auch hier musste wohl im November 1869 mit dem Mittel der Zwangseingliederung gearbeitet werden.<sup>446</sup> Wesentlich konsensorientierter verliefen die Verhandlungen zwischen Hambach und Creidlitz sowie zwischen Eichhof und Scheuerfeld, die im Laufe des Jahres 1869 eingemeindet wurden.<sup>447</sup> In den folgenden Jahrzehnten kam es dann auf dem Gebiet des Landkreises zu weiteren Eingliederungen, so 1879, 1898, 1920, 1928 und 1931.<sup>448</sup> Für Coburg sollten allerdings erst die Eingemeindungen des Jahres 1934 von Bedeutung sein.

## 9.2 Die Gebietsreform von 1934

Die Gebietsreform hatte ihre Ursachen in der Industrialisierung, die sich ab 1858 in Coburg abzeichnete. Damit einher gingen die Ansiedlung neuer Unternehmen und der Zuzug zahlreicher Menschen, die in der Stadt ihr Glück suchten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts zeichnete sich aber ab, dass die vorhandenen Flächen nicht mehr ausreichten, um alle Betriebe und Menschen aufzunehmen. Oberbürgermeister Gustav Hirschfeld (1854-1938) und der Coburger Magistrat bemühten sich daher, neue Flächen für die Stadt zu erwerben. In einem zweiten Schritt sollten dann Eingemeindungen erfolgen. Als erste Nachbargemeinde nahmen die Stadtoberen 1911 Neuses in Visier, das damals an die städtische Wasserleitung angeschlossen wurde. Der Gemeinderat hegte zwar Interesse an einem Anschluss. Dennoch scheiterte das Vorhaben 1912 an den Neuseser Schulverhältnissen, die für den Magistrat inakzeptabel waren. Besonders der Schulzweckverband zwischen Neuses und Bertelsdorf stand in seiner vorliegenden Form in der Kritik. Daran scheiterte zunächst die Eingliederung.<sup>449</sup> Auch die Gespräche mit anderen Dörfern blieben für die Stadt Coburg ergebnislos. Der Platzbedarf wurde aber immer dringlicher. 1923 erklärte Stadtbaumeister Max Böhme (1870-1925) in einer Stellungnahme, dass wenn man größere Industrie in Coburg ansiedeln möchte, dies nur ginge, wenn die Stadt eine Vielzahl von Randgemeinden eingemeinden würde. Für geeignet hielt Böhme die Gemeinden Neuses, Bertelsdorf mit Glend, Unterlauter, Dörfles-Esbach und Cortendorf. Sollte dies in dem betroffenen Ort auf Ablehnung stoßen, so könnte man die Gründung eines Zweckverbandes ins Auge fassen, der als erste Stufe für eine spätere Eingemeindung dienen soll.<sup>450</sup> Es vergingen aber noch zwei Jahre, bis die Stadt Coburg die Initiative ergriff. 1925 lud Bürgermeister Erich Unverfähr (1882-1945) seine Bürgermeisterkollegen aus Cortendorf, Ketschendorf, Wüstenahorn und Neuses zu Gesprächen ins Coburger Rathaus ein. Dabei ging es um eine mögliche Eingemeindung der vier Ortschaften. Allerdings besaßen die eingeladenen Dörfer kein Interesse, sich der Stadt anzuschließen. Da eine Zwangseingliederung mit Hilfe des bayerischen Innenministeriums und der Regierung von Oberfranken für

<sup>445</sup> StACo, LRA Co 2655, Vereinigung mit Seidmannsdorf, 1868; FFW LÖBELSTEIN, Festschrift (wie Anm. 22), S. 58.

<sup>446</sup> StACo, LRA Co 1873, Vereinigung mit Scheuerfeld, 1868-70; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 86.

<sup>447</sup> StACo, LRA Co 1931, Vereinigung mit Scheuerfeld, 1868/69; SCHILLING, Creidlitz (wie Anm. 3), S. 45 f.; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 85.

<sup>448</sup> ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 18.

<sup>449</sup> StadtACo, A 7963, Eingemeindung von Neuses, 1911-14.

<sup>450</sup> StadtACo, A 7963, fol. 31, Stellungnahme Max Böhme, Coburg, 26.1.1923.

Coburg nicht in Betracht kam, gründete die Vestestadt 1925 zusammen mit Ketschendorf und Neuses einen Zweckverband, der einen gemeinsamen Bebauungsplan ausarbeiten sollte. Der Verband war auch zuständig für den Ausbau der technischen Infrastruktur (Verkehrsinfrastruktur, Energie- und Wasserversorgung) und neuer Wohngebiete.<sup>451</sup> Weitere Bemühungen um eine Eingliederung benachbarter Dörfer fanden in der Weimarer Republik nicht mehr statt. Das Thema griff erst NS-Oberbürgermeister Franz Schwede (1888-1960) Anfang Januar 1933 wieder auf. Unter seiner Leitung beschloss der Verwaltungssenat, die Verhandlungen über eine Eingliederung der vier Gemeinden wieder aufzunehmen. Entsprechende Anfragen gingen Anfang April 1933 an die betroffenen Dörfer heraus. Während Cortendorf und Neuses einen Anschluss ablehnten, zeigte sich Ketschendorf zurückhaltend für ein solches Ansinnen. Wüstenahorn dagegen stimmte Eingemeindungsverhandlungen vorbehaltlos zu. Auf die zögerliche bis ablehnende Haltung der drei Gemeinden reagierte die Stadt scharf. Sie stellte Ende Juni 1933 bei der Regierung von Ober- und Mittelfranken einen Antrag auf Einleitung eines schiedsgerichtlichen Verfahrens. Auch das bayerische Innenministerium wurde eingeschaltet. Gleichzeitig bemühte sich Coburg um weitere Gespräche mit den Gemeinden. Der Geduldsfaden auf städtischer Seite riss aber endgültig, als die Ortschaften im Dezember 1933 erklärten, sie würden vor der Einführung der Reichsfinanzreform, welche für den Herbst 1934 vorgesehen war, keine Verhandlungen mehr über eine Eingemeindung führen. Auch auf höherer Ebene duldete man fortan keine Verzögerungen mehr. Ende Februar 1934 ordneten der bayerische Innenminister Adolf Wagner (1890-1944) und der zuständige Gauleiter Hans Schemm (1891-1935) die Wiederaufnahme der Eingliederungsgespräche an. Ansonsten würde man, so die Drohung der beiden Politiker, Zwangseingemeindungen durchführen. Unter diesem Druck konnten die Verhandlungen im Laufe des Frühjahres erfolgreich abgeschlossen werden.<sup>452</sup> In einem Schreiben an die Bezirksregierung begründete die Stadt Coburg im April 1934 ausführlich die Notwendigkeit dieser Eingliederungen. An erster Stelle wurde dabei die wirtschaftliche Ausdehnungsmöglichkeit genannt, die eine Vergrößerung des Stadtgebietes biete. Auch wolle man, die Grenzen zwischen Coburg und den einzelnen Dörfern bereinigen, da einige Gemeinden sehr stark in das Stadtgebiet hineinragen würden. Dies hätte bisher die Ausarbeitung eines zweckmäßigen Bebauungs- und Siedlungsplan verhindert. Exemplarisch wurde auch auf die bisher vorhandenen Verbindungen zwischen Coburg und den einzelnen Orten hingewiesen. So gäbe es bereits eine Buslinie nach Neuses und Ketschendorf. Auch wurde auf die wirtschaftliche Verknüpfung der Dörfer mit der Vestestadt durch die zahlreichen Pendler verwiesen. In einem letzten Punkt ging man auf die Verwaltungsstrukturen vor Ort ein. Durch die Zusammenfassung mehrerer Gemeinden würde die oft gewünschte Verwaltungsvereinfachung bzw. eine Effizienzsteigerung eintreten, die mit einem Kostenersparnis einherginge. Abschließend erklärte Oberbürgermeister Schwede: „Der Wille unserer Stadt ist es, ihre wirtschaftliche Ausdehnungs- und Entfaltungsmöglichkeit durch Einverleibung der

---

<sup>451</sup> StadtACo, A 7961, Eingemeindung von Cortendorf, 1925; StadtACo, A 7962, Eingemeindung von Ketschendorf, 1925; StadtACo, A 7963, Eingemeindung von Neuses, 1925.

<sup>452</sup> StadtACo, A 7961, Eingemeindung von Cortendorf, 1933/34; StadtACo, A 7962, Eingemeindung von Ketschendorf, 1933/34; StadtACo, A 7963, Eingemeindung von Neuses, 1933/34.



genannten Gemeinden sicher zu stellen.<sup>443</sup> Ein weiterer, nicht öffentlich genannter Grund, für die Eingemeindungen war die damals noch im Geheimen stattfindende Aufrüstung der Reichswehr, von der Coburg profitieren wollte. Die Stadt sollte nämlich nach dem Willen Franz Schwedes Militärstandort werden. Dafür war aber eine Mindesteinwohnerzahl von 30.000 notwendig. Mit den Eingemeindungen gelang es der Stadt, diese Hürde knapp zu erreichen. Schon bald nach der Eingliederung ging der Wunsch Franz Schwedes in Erfüllung. Bereits im Oktober 1934 begannen die Bauarbeiten zu den Kasernen an der Neustadter und von-Gruner-Straße.<sup>454</sup>

Die Eingemeindung der vier Ortschaften erfolgte zwei Tage nach der Unterzeichnung der Eingliederungsverträge am 1. Juli 1934. Der feierliche Eingemeindungsakt fand allerdings erst zwei Monate später mit einer Festsitzung des Coburger Stadtrats und einem sich anschließenden Marktfest statt.<sup>455</sup> Damit war aber der Flächenbedarf der Stadt Coburg noch nicht gedeckt. 1935 lud Bürgermeister Otto Schmidt (1901-1945) die Gemeinde Seidmannsdorf zu Verhandlungen über eine Eingemeindung ein. Die Gespräche brachten aber kein Ergebnis. Ab 1938 intensivierte die Stadt wieder ihre Bemühungen um die Eingliederung weiterer Ortschaften nach Coburg. Die rechtliche Grundlage bildete dazu die Deutsche Gemeindeordnung von 1935. Besonders dem Coburger NS-Kreisleiter und späteren Oberbürgermeister August Greim (1895-1975) schwebte eine massive Vergrößerung des Stadtkreises vor. Seine Pläne stellte er zunächst dem Gemeinderat von Dörfles vor. Vor dem Gremium erklärte er, dass die Stadt für den weiteren Flächenverbrauch die Dörfer Bertelsdorf, Dörfles, Esbach, Seidmannsdorf, Rögen, Löbelstein, Lützelbuch und Ahorn benötigen würde. Er forderte deshalb die Ortsvertreter zu Eingemeindungsverhandlungen auf. Die betroffenen Gemeinden besaßen jedoch kein Interesse an einer Eingemeindung und ließen dies Greim deutlich spüren. Der Oberbürgermeister ließ sich dadurch nicht beirren. Im April 1939 erweiterte er die Liste der einzugliedernden Orte um Creidlitz und Scheuerfeld. Mit diesen Ideen ging er im Mai 1939 zu einem landesweiten Treffen nach Nürnberg, auf welchem die künftige Gebietsreform in Bayern diskutiert werden sollte. Die Vertreter der bayerischen Staatsregierung befürworteten einen Großteil der Coburger Vorschläge. Lediglich die Eingliederung von Scheuerfeld, Dörfles und Esbach wurde abgelehnt. Daraus resultierten weitere Gespräche zwischen Coburg und München. Denn gerade die Coburger Seite pochte auf die Eingemeindung von Dörfles und Esbach wegen deren Nähe zu den neugebauten Kasernen. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im September 1939 wurden diese Verhandlungen ergebnislos abgebrochen und die Planungen für weitere Eingemeindungen auf die Zeit nach dem Krieg verschoben.<sup>456</sup>

---

<sup>443</sup> StadtACo, A 7961, fol. 23-26, Stadt Coburg an Bezirksregierung, Coburg, 19.4.1934.

<sup>444</sup> H. HABEL, *Kleine Coburger Stadtgeschichte*, Regensburg 2009, S. 110 f.; SANDNER, Coburg (wie Anm. 151), S. 129.

<sup>445</sup> StadtACo, A 10.716a, *Eingemeindungen*, 1934.

<sup>446</sup> StadtACo, A 7960, *Erweiterungen*, 1939; FFW LÖBELSTEIN, *Festschrift* (wie Anm. 22), S. 61 f.; U. GÖPFERT, *Entstehung der Hindenburg- und Paschendaale-Kasernen. Die Neubauten erfolgten auf ehemaliger Dörfleser Flur* (<https://ulrich-goepfert.de/index.php/de/archiv/67-aus-der-vergangenheit/632-entstehung-der-ehemaligen-hindenburg-und-paschendaale-kasernen>), aufgerufen am 16.6.2022.

### 9.3 Die Gebietsreform in Bayern

Die Ursprünge für eine Gebietsreform gingen in Bayern bis in die 1920er-Jahre zurück und waren von der Vorstellung geprägt, die vorhandenen Verwaltungsstrukturen zu vereinfachen und zu verschlanken. Diese Idee griff in den 1950er-Jahren die Arbeitsgemeinschaft für Staatsvereinfachung in Bayern auf und brachte diesbezüglich zwischen 1955 und 1957 mehrere Gutachten heraus, welche die positiven Effekte einer Gemeindegebietsreform herausstellten. Von politischer Seite gab es ähnliche Initiativen vom damaligen bayerischen Innenminister Alfons Goppel (1905-1991). Ein zweiter wesentlicher Grundstein für eine Gebietsreform war neben Rationalisierungsbestrebungen die Idee zentraler Verwaltungsorte, welche der Geograf Walter Christaller (1893-1969) auf Basis des sogenannten „Führerprinzips“ in den 1930er-Jahren konzipiert hatte. Dieser Plan unterschied Orte nach ihrer wirtschaftlichen und infrastrukturellen Ausstattung sowie nach ihrer Funktion für das Umland. Dörfer und Städte, welche diese Funktionen und infrastrukturellen Einrichtungen besaßen, wurden als „führende und folgende Siedlungseinheiten“ bezeichnet. Alle anderen Ortschaften spielten in diesem System keine Rolle. Trotz dieses Nachteils bildete dieses Konzept nach dem Zweiten Weltkrieg die Basis für die staatliche Raumordnung in der Bundesrepublik Deutschland. Den entscheidenden Schub in Richtung einer Gebietsreform brachte jedoch die Wahl Alfons Goppels zum bayerischen Ministerpräsidenten 1962. Aufbauend auf seinen Ideen als Innenminister, kündigte er im Januar 1967 eine Gebietsreform an. Dabei wurden beratende Gremien und Arbeitsgruppen gebildet, die bis 1968 bzw. bis 1970 einen Plan zu einer effektiven Verwaltungsgliederung ausarbeiten sollten.<sup>457</sup>

Die Experten befürworteten einstimmig eine Gebietsreform. Sie begründeten diese mit den Lebensverhältnissen im ländlichen Raum, die sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs stark verändert hätten. Dabei hoben sie folgende Punkte besonders hervor:

1. die gestiegenen Ansprüche der Bürger an die Verwaltung.
2. die Ausweitung der öffentlichen Aufgaben. Dadurch werde die Abschaffung der ehrenamtlichen Gemeindeleitungen zugunsten einer Professionalisierung des Behördenwesens unausweichlich.
3. die Gemeinden müssten, um den städtischen Lebensstandard (Urbanisierung) zu erreichen, große Summen Geldes in ihre technische und soziale Infrastruktur investieren. Doch gerade das sei nur in wenigen Fällen möglich. Investitionen sollten dabei in Schulen und Kindergärten, Trink- und Abwassersystemen, Sportanlagen oder in die Verbesserung der Verkehrsanbindung fließen.

In einem weiteren Schritt gliederten die Experten die Gebietsreform in drei Schwerpunkte, nämlich der Reform der Landkreise, kreisfreien Städte und Gemeinden auf. Dabei legten sie anhand der Einwohnerzahlen die Größe der zukünftigen Kreise, Städte und Gemeinden fest. Landkreise durften eine Höchststeinwohnerzahl von 80.000 besitzen, während kreisfreie Städte ein Minimum von 50.000 und Gemeinden von 5000 Personen vorweisen mussten. Möglich

---

<sup>457</sup> J. MATTERN, Gebietsreform, publiziert am 02.12.2020; in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <<https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Gebietsreform>> (05.06.2022).

war auch die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften, bei denen die Mitgliedsgemeinden über 1000 Einwohner verfügen sollten. Die Gründung kommunaler Zweckverbände wurde dagegen von den Experten abgelehnt. Insgesamt stand bei den Planungen das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung im Vordergrund. Die Gemeinden sollten so gebildet werden, dass sie: bürgernah, wirtschaftlich und finanziell überlebensfähig und effizient in ihrer Verwaltung wären. Die Leistungsfähigkeit bildete damit das zentrale Kriterium einer Gemeinde.<sup>458</sup>

Die Gebietsreform wurde 1969 mit einer Gemeindefinanzreform eingeleitet. Diese erste Reform förderte finanziell den Zusammenschluss kleinerer Gemeinden. Bis zur Kommunalwahl 1972 sollte dann die Reform der Landkreise und kreisfreien Städte erfolgen. Der nächste Schritt beinhaltete abschließend die Reform der Gemeinden. Für Coburg war damit die Zeit zwischen 1969 und 1972 entscheidend. Ab 1971 erarbeiteten die Bezirksregierungen nach Weisung des Innenministeriums Konzepte für die Neugliederung der Kreise und kreisfreien Städte. Anhand dieser Entwürfe erarbeitete das Ministerium einen Gesamtplan, den es den betroffenen Kreisen und Gemeinden in zwei Anhörungsverfahren vorstellte. Den Vollzug der Kreisreform beschloss der bayerische Landtag schließlich im November 1971. Die dazugehörige Verordnung trat Ende Dezember 1971 in Kraft. Sie reduzierte zum 1. Juli 1972 die Zahl der bayerischen Landkreise von 143 auf 71 und die Zahl kreisfreier Städte von 48 auf 25. Die Gemeindegebietsreform sollte weiterhin auf freiwilliger Basis und mit finanzieller Hilfe des Freistaates erfolgen. Allerdings lief diese Phase zum 1. Januar 1976 aus. Nach diesem Datum fiel die finanzielle Unterstützung weg. Gemeinden, welche sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht bereitgefunden hatten, ihre politische Selbstständigkeit aufzugeben, mussten von da an mit massivem Druck aus München rechnen. Dies ging so weit, dass das Innenministerium gegen den Willen dieser Dörfer und ihrer Einwohner Zwangseingemeindungen anordnen konnte. Ein effektives Mitspracherecht besaßen in diesem Fall die betroffenen Ortschaften nicht. So ging die Zahl der Gemeinden trotz mancherlei Widerstands bis zum offiziellen Ende der Gebietsreform am 1. Mai 1978 nochmals zurück.<sup>459</sup>

#### 9.4 Situation in Coburg

Die Stadt an der Itz erfuhr nach dem Zweiten Weltkrieg ein ungeheures Wachstum. Dies drückte sich u. a. durch die Ansiedlung neuer Industrie- und Gewerbebetriebe sowie durch den Zuzug zahlreicher Menschen aus. Die Stadt benötigte daher große unbebaute Flächen zur Ansiedlung neuer Unternehmen und neuer Wohngebiete. Allerdings zeigte sich, dass der vorhandene Platz nicht ausreichte, um die Nachfrage nach Bauplätzen zu befriedigen. Die Folgen für die Stadt Coburg waren verheerend. Bestehende Betriebe wanderten in den Landkreis ab. Neue kamen nicht hinzu. Dadurch brachen Steuereinnahmen für die Kommune weg. Da es auch an Wohnraum fehlte, verließen auch die Menschen die Stadt und zogen ins Umland. Infolge dieser Entwicklung sanken die Einwohnerzahlen von 46.000 im Jahr 1956 auf rd.

---

<sup>458</sup> Ebd.; ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 20.

<sup>459</sup> MATTERN, Gebietsreform (wie Anm. 457).

41.700 im Jahr 1971.<sup>460</sup> Nachdem das Innenministerium, den Experten folgend, die Mindesteinwohnerzahl einer kreisfreien Stadt auf 50.000 Personen festgesetzt hatte, fürchtete man in Coburg, die Eigenständigkeit zu verlieren und unter der Aufsicht des Landratsamtes zu geraten. Für die Vestestadt war deshalb die Eingliederung neuer Stadtteile von großer Bedeutung. Eine gewisse Entspannung trat erst ein, als im Februar 1971 die Regierung von Oberfranken mitteilte, dass die vier größten Städte des Bezirks kreisfrei bleiben würden. Zu diesen Orten gehörte auch Coburg.<sup>461</sup> Dennoch bemühte sich die Vestestadt um die Eingemeindung weiterer Randgemeinden. So kam es im Laufe des Jahres 1971 mit zahlreichen Orten zu Verhandlungen über eine Eingliederung. Diesbezüglich wurden von staatlicher Seite allgemeine Richtlinien eingeführt, die bei den Gesprächen berücksichtigt werden mussten. Dazu gehörten u. a. die Rücksichtnahme auf bestehende und anzustrebende siedlungsmäßige Verflechtungen, der Flächenbedarf der kreisfreien Stadt, bestehende verwaltungsmäßige Verbindungen oder eine mögliche Rückkehr in den Landkreis. Dies sollte dann erfolgen, wenn die Stadt ihre kommunalen Aufgaben nicht mehr erfüllt oder wenn ohne die Rückkreisung ein leistungsfähiger Landkreis nicht gebildet werden kann.<sup>462</sup> Allerdings war der zeitliche Rahmen für die Eingemeindungsverhandlungen relativ kurz. Sie mussten innerhalb eines halben Jahres abgeschlossen sein, um die gesetzlichen Vorgaben einer Eingemeindung bis spätestens zum 1. Juli 1972 zu erfüllen. Dementsprechend waren diese Verfahren allesamt kurz. Wie nun diese Verhandlungen zu den jeweiligen Randgemeinden vonstattengegangen sind, wird im folgenden Kapitel gezeigt.

### 9.5 Die Eingemeindung des Coburger Ostens

Aufgrund der engen Beziehungen der Orte Seidmannsdorf, Löbelstein, Lützelbuch und Rögen zueinander ist es notwendig, die Eingemeindung dieser Dörfer unter dem Oberbegriff „Coburger Osten“ zusammen zu betrachten.

Schon vor dem Beginn der bayerischen Gebietsreform gab es Bestrebungen, die Dörfer im Coburger Osten verwaltungsorganisatorisch zusammenzufassen. Die Initiative dazu kam 1956 aus dem Coburger Landratsamt. Damals konzentrierten sich die Planungen aber nur auf einen Zusammenschluss von Rögen und Lützelbuch. Diese Bemühungen verliefen zunächst ergebnislos, wurden aber 1961 erneut aufgegriffen. Anlass war eine Stellungnahme der Gemeinde Lützelbuch, die ein Zusammengehen mit Rögen befürwortete. Das Landratsamt argumentierte, dass beide Orte inzwischen zusammengewachsen seien und die gleichen Probleme zu lösen hätten. Man bat daher die Gemeinde Rögen um eine Stellungnahme. Dort hielt man die Idee eines Zusammenschlusses für verfrüht. Zwar sei es zweckmäßig, die Probleme der Gemeinden gemeinsam zu lösen. Doch dies kann nur eine Vorstufe für ein späteres Zusammengehen sein. Das Landratsamt ließ aber in der Frage nicht locker. Anlässlich der bevorste-

---

<sup>460</sup> KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 10. Zur allgemeinen Entwicklung vgl. G. MELVILLE, 45-75. Coburgs Weg in die Gegenwart (Schriftenreihe der Historischen Gesellschaft Coburg 20), Coburg 2006.

<sup>461</sup> KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 8.

<sup>462</sup> ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 20 f.

henden Gründung des Wasserzweckverbandes zwischen Seidmannsdorf, Lützelbuch und Rösen 1963 bat die Behörde erneut, einen Zusammenschluss ins Auge zu fassen. Gerade der Bau einer Wasserversorgungsanlage würde unter diesen Rahmenbedingungen schneller vonstattengehen. Auch die Finanzierung wäre unter diesen Umständen leichter. Der Rögener Bürgermeister erklärte aber, dass sich seine Einwohner gegen das Zusammengehen ausgesprochen hätten. Auch sei das Verhältnis zwischen den Bewohnern von Lützelbuch und Rösen sei nicht das Beste. Zudem wolle man im Gemeinderat nicht, über die Köpfe der Bürger hinweg eine solche Entscheidung treffen.<sup>463</sup> Damit waren die Bemühungen des Landratsamtes gescheitert. Ein neuerlicher Versuch wurde von dieser Seite erst 1968 wieder unternommen. Diesmal plädierte das Landratsamt für einen Zusammenschluss aller Gemeinden des Coburger Ostens. Es führte vor allem Rationalisierungsgründe und eine mögliche Verwaltungsvereinfachung an, die für eine Vereinigung der Orte sprechen würden. Landrat Klaus Groebe (1912-2001) versuchte zudem den betroffenen Einwohnern, die Vereinigung mit großzügigen Eingemeindungsgeschenken schmackhaft zu machen. Der Vorstoß des Landratsamtes wurde in den angesprochenen Dörfern eher zurückhaltend aufgenommen. In Rösen fühlten sich die Einwohner seit Jahren vom Landratsamt vernachlässigt und man misstraute daher den Worten des Landrats. Deshalb suchten sie hier Heil in einer Eingemeindung nach Coburg. Weitere Alternativen boten sich nach der generellen Absage an einen Zusammenschluss mit Lützelbuch aber auch nicht an. Die Seidmannsdorfer schwankten in ihrer Meinung zwischen einer Beibehaltung der Selbstständigkeit, dem Zusammenschluss mit anderen Dörfern oder einem Zusammengehen mit Coburg. In Lützelbuch hingegen wollte die Bevölkerung die Eigenständigkeit unbedingt erhalten.<sup>464</sup>

Die Chancen zur Bildung einer größeren Gemeinde im Coburger Osten standen daher schlecht. Der Vorstoß von Landrat Groebe rief allerdings Oberbürgermeister Walter Langer (1892-1977) auf den Plan. Vor dem Hintergrund der im März 1969 verabschiedeten Gemeindefinanzreform bot Langer den Orten die Eingemeindung nach Coburg an. Dafür wäre die Stadt bereit, in die Infrastruktur der Dörfer zu investieren. Der Oberbürgermeister nannte dabei eine Investitionssumme von sechs Millionen DM. Diese Idee war wegen der strukturellen Verbindungen zwischen Coburg und den Gemeinden nur folgerichtig. Alle Dörfer waren am städtischen Verkehrsnetz angeschlossen, sämtliche Schüler besuchten Coburger Schulen und die Zahl der Pendler war bis Ende der 1960er-Jahre auf 210 Personen gestiegen. Auch versorgten die Städtischen Werke die Orte mit Strom und Gas.<sup>465</sup>

Als erste Gemeinde ging Rösen auf das Angebot Langers ein. Bereits im November 1969 lag ein Eingemeindungsvertrag vor, dessen Einzelheiten in einer eiligst einberufenen Bürgerversammlung diskutiert wurden. Dort stimmten von den 48 anwesenden Rösenern 40 in einer geheimen Abstimmung für die Eingemeindung. Damit war die Bildung einer rd. 1200 Einwohner umfassenden Gemeinde im Coburger Osten endgültig gescheitert. Nachdem sich der

<sup>463</sup> StACo, LRA Co 14.473, Gemeindegebietsveränderungen in Rösen, 1956-62; StACo, LRA Co 14.707, Gemeindegebietsveränderungen in Lützelbuch, 1956-62.

<sup>464</sup> StACo, LRA Co 14.760; Neue Presse Coburg vom 20.9.1969.

<sup>465</sup> StadtACo, A 8340, Langer an die drei Bürgermeister, Coburg, 18.11.1968; Neue Presse Coburg vom 12.6.1970; KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 15; ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 31.

Rögener Gemeinderat und der Coburger Stadtrat sich für eine Eingemeindung ausgesprochen hatten, reichte die Stadt Ende April 1970 bei der Regierung von Oberfranken den Antrag auf Eingliederung ein. Zuvor war das 33 Hektar umfassende gemeindefreie Gebiet „Coburger Forst-Nordwest“ (sogenannter Bausenberg) zum 1. Januar 1970 nach Coburg eingegliedert worden, sodass beide Orte eine gemeinsame Grenze besaßen. Die Bezirksregierung stoppte zunächst die Pläne, da sie inhaltliche Bedenken gegen den Eingemeindungsvertrag erhob. Coburg und Rögen mussten daher nachverhandeln, sodass Ende März 1971 Oberbürgermeister Stammberger und der Rögener Bürgermeister Faber erneut einen Eingliederungsantrag bei der Bezirksregierung stellten. Der am 20. November 1970 unterzeichnete Vertrag wurde diesmal auf Bezirksebene akzeptiert.<sup>466</sup>

Weniger klar war die politische Lage in Seidmannsdorf und Löbelstein. Hier schwankte die Meinung der Bevölkerung zwischen einer Eingemeindung nach Coburg, der Bildung einer Großgemeinde mit Lützelbuch und Rohrbach oder dem Erhalt der Selbstständigkeit. Für die Bildung einer Großgemeinde sprach seinerzeit der identische Sprengel der Pfarrei Seidmannsdorf. Die politisch Verantwortlichen erkannten aber schon bald, dass die Idee einer Großgemeinde keine nennenswerten wirtschaftlichen Vorteile versprach. Auch der Erhalt der Selbstständigkeit sei aus ökonomischen Gründen nicht länger möglich. Der Gemeinderat entschied sich daher für eine Eingemeindung nach Coburg. Die darauffolgenden Verhandlungen mit der Stadt konnten Ende 1970 erfolgreich abgeschlossen werden. Nach der Zustimmung des Stadt- und Gemeinderates im Januar und Februar 1971 stellten beide Kommunen Ende März 1971 einen Eingliederungsantrag. Die Bezirksregierung stimmte dem Ansinnen der beiden Orte zu und führte auch keine Bedenken gegen den Inhalt des Eingemeindungsvertrages an.<sup>467</sup>

Lange Zeit reserviert zeigte sich der Lützelbacher Gemeinderat gegenüber einer Eingliederung nach Coburg. Erst Mitte Dezember 1970, also über ein Jahr nach dem Beginn der Rögener Verhandlungen, fanden die ersten offiziellen Gespräche zwischen den beiden Kommunen statt. Der damalige Lützelbacher Bürgermeister Rolf Forkel zeigte sich dabei als harter und zäher Verhandlungspartner. Dennoch konnte relativ schnell eine Einigung in den einzelnen Punkten erzielt werden. Ende Februar 1971 stellten die Vertragspartner ihre Verhandlungsergebnisse in einer Bürgerversammlung vor. In einer dort abgehaltenen geheimen Abstimmung votierten von den 122 anwesenden Wahlberechtigten 79 für den Anschluss und 38 für den Erhalt der Selbstständigkeit. Fünf Teilnehmer enthielten sich der Stimme. Die Stadt Coburg hatte schon im Vorfeld der Bürgerversammlung versucht, die Abstimmung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Dies zeigt sich vor allem an den unterschiedlichen Busfahrpreisen, die Lützelbacher und Rögener bezahlen mussten. Der schnelle Anschluss Rögens an Coburg führte dazu, dass die Städtischen Werke relativ bald den Stadttarif in Höhe von 1,60 DM einführten. In Lützelbuch galt jedoch weiterhin der höhere Landtarif von 2,20 DM, was für ziemlichen Unmut sorgte. Hinzu kam, dass nur Fahrgäste einen Anspruch auf den Stadttarif besaßen, die auch wirklich in Rögen lebten. Die Bewohner dort erhielten sogar einen separaten Fahrausweis. Es brachte also den Lützelbuchern nichts, nach Rögen zu laufen und von dort

---

<sup>466</sup> ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 31.

<sup>467</sup> COBURGER TAGEBLATT, 25 Jahre Gebietsreform (wie Anm. 220), S. 7; ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 32.

mit dem günstigeren Tarif in die Stadt zu fahren. Ein gewisser Neideffekt mag wohl deshalb neben den ökonomischen Aspekten eine Rolle bei der Zustimmung Lützelbuchs zur Eingemeindung gespielt haben. Jedenfalls verschloss sich der Gemeinderat dem Mehrheitsvotum der Dorfbewölkerung nicht. Im März 1971 votierte auch er für die Eingemeindung. Kurz darauf stimmte der Coburger Stadtrat der Eingliederung zu. Der darauffolgende Eingemeindungsantrag wurde von der Bezirksregierung in Bayreuth positiv beschieden. Damit waren nach rd. drei Jahren (1968-71) die Bemühungen der Coburger Stadtspitze um Walter Langer und seinem Nachfolger Wolfgang Stammler um eine Erweiterung des Stadtgebietes gen Osten vorerst abgeschlossen.<sup>468</sup>

Schließlich trug auch die Bevölkerung diese Bestrebungen mit. In einer von der Bezirksregierung für den 5. September 1971 angeordneten Bürgerbefragung (nach Art. 11 Abs. 2 Gemeindeordnung) stimmte eine Mehrheit in allen Dörfern für die Eingemeindung. In Seidmannsdorf und Löbelstein votierten 158 Einwohner für die Eingemeindung (rd. 77 Prozent) und 48 für die Selbstständigkeit (rd. 23 Prozent). In Lützelbuch stimmten 227 Bewohner für die Eingliederung (rd. 89 Prozent), 28 wollten dagegen die Selbstständigkeit erhalten (rd. 11 Prozent). Ein nahezu einstimmiges Ergebnis meldete Rögen, wo von den 90 abgegebenen Stimmen sich 89 für den Anschluss an Coburg aussprachen. Das Coburger Tageblatt sah in dem Ergebnis einen Ausdruck der harmonischen Zusammenarbeit mit der Stadt Coburg, die im Wahlergebnis ihren Niederschlag gefunden habe.<sup>469</sup> Auf dieser Grundlage bat die Stadt Coburg das Innenministerium um den Vollzug der Eingemeindung zum 1. Januar 1972. Das Ministerium entsprach dieser Bitte per Ministerialentscheidung Anfang Oktober 1971.<sup>470</sup>

### 9.5.1 Die Vereinbarungen mit der Stadt Coburg

Die drei Eingemeindungsverträge besaßen inhaltliche Überschneidungen, wiesen aber auch Punkte auf, welche die individuellen Gegebenheiten in jedem Ort widerspiegeln. Jeder Gemeinde garantierte die Stadt Coburg die Übernahme des Vermögens und der Schulden. Die Grund- und Gewerbesteuerätze wurden für sieben Jahre beibehalten. Erst danach sollten die Hebesätze auf städtisches Niveau angepasst werden. Eine Abweichung von dieser Vereinbarung war nur dann vorgesehen, wenn der Gesetzgeber in diesen sieben Jahren neue Hebesätze einführen sollte. Ebenfalls unangetastet blieb die Hundesteuer. Erst für 1979 war hier die Anpassung an das städtische Abgabenniveau geplant. Die auf dem Land weitverbreiteten Hauschlachtungen akzeptierte die Stadt bis 1982. Zudem regelten die Verträge auch die Reinigung der Straßen. Die Bewohner wurden für 20 Jahre nicht an die städtische Straßenreinigung angeschlossen. Eine Fristverkürzung erfolgte nur, wenn zwingende Gründe des Gemeinwohls den Anschluss erforderten. Anstatt eines Anschlusses an die städtische Straßenreinigung musste die Stadt auf Bitten der Bürgervereine, Reinigungsbesen zur Verfügung stellen. Diese konnten von den Dorfbewohnern an die vorhandenen Traktoren angeschlossen und damit

<sup>468</sup> COBURGER TAGEBLATT, 25 Jahre Gebietsreform (wie Anm. 220), S. 6; ZECH, Lützelbuch (wie Anm. 60), o. S.; ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 32.

<sup>469</sup> Coburger Tageblatt vom 6.9.1971; KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 37 f.

<sup>470</sup> KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 39, 44.

zur Straßenreinigung eingesetzt werden. Damit trugen die Vertragsparteien den besonderen Verhältnissen der landwirtschaftlichen Betriebe mit ihren meist langen Straßenfronten Rechnung. Dem CEB oblag lediglich der Winterdienst. Um diesen für die vier Orte zu gewährleisten, wurde 1972 ein Unimog mit Schneeräumvorrichtung angeschafft und im städtischen Bauhof stationiert. Die Müllabfuhr verblieb in der Verantwortung eines Privatunternehmens.<sup>471</sup>

Die Freiwilligen Feuerwehren erhielten eine Bestandsgarantie, solange es auch in Coburg eine solche Einrichtung gäbe. Auch sicherte die Stadt den Wehren zu, ihnen die erforderliche Ausrüstung nach dem Stand der übrigen Vorort-Löschzüge zu finanzieren. Sie zahlte zudem den Mitgliedern der Feuerwehrvereine eine Ablöse für deren eingebrachten Gegenstände. Schließlich versprach sie, die Löschwasserverhältnisse in den einzelnen Gemeinden den dortigen Erfordernissen anzupassen und zur Verbesserung des Warnsystems in jedem Ort Notrufsäulen aufzustellen. Abgeschafft wurde die Feuerschutzabgabe, die es nur auf den Dörfern, aber nicht in Coburg gab. Die Vereinbarungen betrafen hauptsächlich die Feuerwehren in Löbelstein, Lützelbuch und Rögen. Die Freiwillige Feuerwehr Seidmannsdorf hatte sich kurz nach der Eingemeindung aufgelöst, sodass dort die Vereinbarungen des Eingemeindungsvertrages keine Wirkung entfalten konnten.<sup>472</sup>

Gefördert wurden seitens der Stadt die Gründung von Bürgervereinen, die gewissermaßen als Nachfolger für Gemeinderäte und Bürgermeister, die Interessen ihres Ortes vertreten sollten. Dies galt insbesondere bei der Bauleitplanung der Stadt. Hier mussten die Bürgervereine im Vorfeld gehört werden, soweit Gemeindegebiet davon betroffen war. In Rögen konstituierte sich ein Bürger- und Heimatverein bereits im Juli 1971. Lützelbuch folgte im Februar 1972 nach. Die Stadt unterstützte die Vereine finanziell auf 20 Jahre mit unterschiedlichen Geldbeträgen. In Lützelbuch und Rögen betrug die Unterstützung 500 DM, in Seidmannsdorf / Löbelstein 300 DM jährlich.<sup>473</sup> Neben den Bürgervereinen entstanden als Ersatz für die Gemeindeämter Ortskanzleien. Diese sollten für zehn Jahre die Aufgaben eines Amtes für Bürgerhilfe übernehmen. Je nach Wunsch der Bürgerversammlungen konnte diese Frist verkürzt oder verlängert werden.<sup>474</sup> Erhalten blieb in diesem Zusammenhang auch die Gemeindebücherei in Lützelbuch, die als Außenstelle der Stadtbücherei weiter betrieben wurde.<sup>475</sup>

Unterschiedlich gestalteten sich die Verpflichtungen der Finanzierung eines Abwassersystems. Während in Rögen und Seidmannsdorf die Kanalisation größtenteils schon vor 1972

---

<sup>471</sup> StadtACo, U 303, Eingemeindungsvertrag Seidmannsdorf, Coburg, 18./19.12.1970; StadtACo, U 304, Eingemeindungsvertrag Rögen, Coburg 20.11.1970/18.2.1971; StadtACo, U 305, Eingemeindungsvertrag Lützelbuch, Coburg, 18.2.1971.

<sup>472</sup> Ebd.; FFW LÖBELSTEIN, Festschrift (wie Anm. 22), S. 32.

<sup>473</sup> StadtACo, U 303, Eingemeindungsvertrag Seidmannsdorf, Coburg, 18./19.12.1970; StadtACo, U 304, Eingemeindungsvertrag Rögen, Coburg 20.11.1970/18.2.1971; StadtACo, U 305, Eingemeindungsvertrag Lützelbuch, Coburg, 18.2.1971; BÜRGERVEREIN LÜTZELBUCH, 25 Jahre (wie Anm. 112), S. 15; HEIMATVEREIN, 25 Jahre (wie Anm. 191), S. 6.

<sup>474</sup> StadtACo, U 303, Eingemeindungsvertrag Seidmannsdorf, Coburg, 18./19.12.1970; StadtACo, U 304, Eingemeindungsvertrag Rögen, Coburg 20.11.1970/18.2.1971; StadtACo, U 305, Eingemeindungsvertrag Lützelbuch, Coburg, 18.2.1971.

<sup>475</sup> StadtACo, U 305, Eingemeindungsvertrag Lützelbuch, Coburg, 18.2.1971, S. 8.



vollendet war, musste in Lützelbuch und Löbelstein diese noch erst gebaut werden. In den ersten beiden Orten garantierte die Stadt Coburg die Fertigstellung der Abwasserleitung. In den beiden anderen Fällen sollten die Kanalbauarbeiten durch die SÜC bis 1976 abgeschlossen sein. Die Stadt erfüllte diese Bedingungen mit zweijähriger Verspätung 1978. Die Vertragspartner legten außerdem die Höhe der Abwassergebühren, die Finanzierung des Kanalbaus und etwaige Ermäßigungen für landwirtschaftliche Betriebe fest. So durften die Bauern auf Antrag jährlich sechs Kubikmeter pro Großvieh an Abwasser absetzen und eigene Brunnen benutzen.<sup>476</sup> Bezüglich der Trinkwasserversorgung wurde der bisherige Wasserzweckverband Seidmannsdorf-Lützelbuch-Rögen aufgelöst und diese Aufgabe den Städtischen Werken in Coburg übertragen.<sup>477</sup> Davon unberührt blieb vorerst die Situation in Seidmannsdorf. Die Gemeinde konnte bei den Gesprächen ihre Sonderrolle in der Wasserversorgung erhalten. Die Stadt garantierte, den Ort erst dann an das Versorgungsnetz der Städtischen Werke anzuschließen, wenn die Mehrheit der Seidmannsdorfer Einwohner es wünscht, die Wasserversorgungsanlage des Dorfes nicht mehr verwendet wird oder sonstige zwingende Gründe dies erfordern. Bis zu dieser Änderung sollte weiterhin die bisherige Wassersatzung mit ihren Gebühren gelten. Mit der Inbetriebnahme der Kanalisation mussten Wasseruhren eingebaut werden, um die Abwassergebühren des nach Kubikmetern verbrauchten Frischwassers und die Wasserabnahme berechnen zu können. Der Anschluss an das städtische Wassernetz erfolgte schließlich 1974, sodass dieser Teil der Vereinbarungen heute ohne Bedeutung ist.<sup>478</sup>

Das gesellschaftliche Zentrum des Coburger Ostens sollte Lützelbuch werden. Bürgermeister Rolf Forkel hatte bei den Gesprächen mit der Stadt für seine Gemeinde den Bau einer Mehrzweck-Sporthalle ausgehandelt. Diese Halle wurde 1972/73 aus städtischen Finanzmitteln errichtet. Der weitere bauliche und finanzielle Unterhalt sollte einem nicht näher genannten Ortsverein obliegen. Diese Aufgabe übernahm nach der Fertigstellung des Gebäudes der Bürgerverein Lützelbuch. Die Stadt hielt sich hier zurück. Sie wollte erst finanziell eingreifen, wenn der Verein den Unterhalt aus eigenen Mitteln nicht mehr bestreiten könne. Die Halle steht bis heute allen Institutionen des Coburger Ostens gegen eine ansprechende Vergütung offen, womit auch eine rentable Auslastung gewährleistet ist. Letzteres war damals eines der Hauptkriterien für die Realisierung derartiger Projekte in Orts- und Stadtteilen.<sup>479</sup> Aus heutiger Sicht zahlte sich diese Investition aus, denn dadurch erfuhr das Vereinsleben eine massive Förderung. Eine solche Unterstützung geschah auch auf anderer Weise. So sagte die Stadt Coburg zu, die bisher von den Gemeinden geleisteten Zuschüsse gegenüber Vereinen und

---

<sup>476</sup> StadtACo, U 303, Eingemeindungsvertrag Seidmannsdorf, Coburg, 18./19.12.1970; StadtACo, U 304, Eingemeindungsvertrag Rögen, Coburg 20.11.1970/18.2.1971; StadtACo, U 305, Eingemeindungsvertrag Lützelbuch, Coburg, 18.2.1971; BÜRGERVEREIN LÜTZELBUCH, 25 Jahre (wie Anm. 112), S. 24.

<sup>477</sup> StadtACo, U 304, Eingemeindungsvertrag Rögen, Coburg 20.11.1970/18.2.1971; StadtACo, U 305, Eingemeindungsvertrag Lützelbuch, Coburg, 18.2.1971; StadtACo, U 303, Eingemeindungsvertrag Seidmannsdorf, Coburg, 18./19.12.1970, S. 6.

<sup>478</sup> StadtACo, U 303, Eingemeindungsvertrag Seidmannsdorf, Coburg, 18./19.12.1970, S. 7; BÜRGERVEREIN, 25 Jahre (wie Anm. 26), S. 14.

<sup>479</sup> StadtACo, U 305, Eingemeindungsvertrag Lützelbuch, Coburg, 18.2.1971, S. 6; BÜRGERVEREIN LÜTZELBUCH, 25 Jahre (wie Anm. 112), S. 17, 24; MATTERN, Dörfer (wie Anm. 1), S. 217.

anderen Organisationen ohne Abstriche fortzuführen. Dies galt auch für die Feuerwehrvereine.<sup>480</sup>

Die Eingliederungsverträge beinhalteten auch verkehrspolitische Aspekte. Zentrale Bedeutung besaß hier die Aufnahme eines Busringverkehrs mit Coburg und die damit verbundene Umstellung der Überland- auf Stadttarife. Ziel war es, jeden der vier Orte an das Stadtbusnetz der Vestestadt anzuschließen. Zudem übernahm die Stadt den Unterhalt für die vorhandenen Feld- und Waldwege und garantierte die Anlegung von Bürgersteigen im Zusammenhang mit dem Bau der Kanalisation. Vereinzelt Straßen sollten außerdem von der Stadt verkehrsgerecht ausgebaut werden. Dazu gehörten die Ortsverbindungsstraßen von Seidmannsdorf nach Rohrbach durch den Kiengrund und von Löbelstein nach Rögen durch das Motschental. Letztere Verbindungsstraße wollte die Stadt bis 1973 fertigstellen. Die größten Projekte des innerörtlichen Straßenbaus stellten indes der Ausbau der Löbelsteiner Hauptstraße und die Sanierung sämtlicher öffentlicher Straßen in Rögen dar. Beide Baumaßnahmen sollten bis 1976 abgeschlossen sein. Gerade der Ausbau der Dorfstraße in Löbelstein gelang wegen der steilen Hanglage erst zwei Jahrzehnte später. Die Arbeiten endeten 1997. Schließlich einigten sich die Vertragspartner in diesem Kontext auf die Höhe der Erschließungsbeiträge für die Anwohner.<sup>481</sup>

Die erwähnten Investitionen dürften aber nicht jedem Einwohner Freude bereitet haben. Viele Menschen sorgten sich wohl, dass die Identität ihres Dorfes durch die Infrastrukturmaßnahmen verloren gehen würde. Diese Sorge spiegelt sich besonders in den Eingemeindungsverträgen von Seidmannsdorf und Rögen wider. Dort heißt es, dass „die Stadt bei der künftigen Entwicklung des Gemeindegebiets dem besonderen Charakter der Gemeinde Rechnung tragen“ soll. So verpflichtete sich Coburg, das jeweilige Ortsbild in seiner Eigenart zu pflegen und soweit wie möglich zu erhalten. In Rögen verlangten die Unterhändler sogar den Erhalt der beiden Gemeindebrunnen, da diese das Ortsbild prägen würden. Die Stadt garantierte dies auch, unabhängig einer etwaigen Verlegung der örtlichen Wasserleitung. In diesem Fall musste Coburg die Wasserversorgung der Brunnen sicherstellen.<sup>482</sup> In Lützelbuch hingegen finden sich derartige Vereinbarungen zwischen den Vertragsparteien nicht.

Einen letzten Schwerpunkt der Eingemeindungsverträge bildete das Schul- und Kindergartenwesen. Als zentrale Einrichtung für die vier Ortschaften versprach die Stadt Coburg den Bau eines neuen Kindergartens in Seidmannsdorf. Dieser wurde 1975 am Wildrosenweg im Gebäude der alten Schule eingeweiht und 1978 erweitert. Hinzu kam die Anlegung von zwei Kinderspielflächen auf der Brandensteinsebene bei Löbelstein und im Ketschengrund bei Seidmannsdorf. Die Stadt verpflichtete sich zudem, die Busverbindungen, die Schulwege und

---

<sup>480</sup> StadtACo, U 303, Eingemeindungsvertrag Seidmannsdorf, Coburg, 18./19.12.1970; StadtACo, U 304, Eingemeindungsvertrag Rögen, Coburg 20.11.1970/18.2.1971; StadtACo, U 305, Eingemeindungsvertrag Lützelbuch, Coburg, 18.2.1971.

<sup>481</sup> Ebd.; BÜRGERVEREIN, 25 Jahre (wie Anm. 26), S. 17 f., 40.

<sup>482</sup> StadtACo, U 303, Eingemeindungsvertrag Seidmannsdorf, Coburg, 18./19.12.1970; StadtACo, U 304, Eingemeindungsvertrag Rögen, Coburg 20.11.1970/18.2.1971; StadtACo, U 305, Eingemeindungsvertrag Lützelbuch, Coburg, 18.2.1971.

überhaupt die Schulverhältnisse für die Kinder der einzelnen Gemeinden so günstig wie möglich zu gestalten. Dabei sollten die Kosten für die Beförderung von Volksschülern vollumfänglich auf die Stadt übergehen. Die Idee, für die vier Ortschaften eine gemeinsame Grundschule zu bauen, wurde in diesem Zusammenhang wieder aufgegriffen. Es blieb aber bei den bestehenden schulischen Verhältnissen.<sup>483</sup>

Unabhängig von den Eingemeindungsverträgen führte Coburg die 1971 begründete Partnerschaft zwischen der Südtiroler Gemeinde Gais und der Gemeinde Lützelbuch weiter. Daraus entstand im Laufe der Jahre eine enge Verbundenheit beider Orte zueinander. Dies spiegelt sich in gegenseitigen Besuchen, Festen, einem zehn Jahre andauernden Schüleraustausch und den Straßenbezeichnungen „Gaiser Straße“ und „Lützelbacher Straße“ in den jeweiligen Partnergemeinden eindrucklich wider.<sup>484</sup>

Abschließend gingen die Eingemeindungsverträge auf das Sechs-Millionen-DM-Angebot von Walter Langer ein. Es wurde festgeschrieben, dass die finanziellen Leistungen der Stadt innerhalb von zehn Jahren auszuschütten seien. Der Geldbetrag floss in die in den Eingemeindungsverträgen aufgeführten Einzelprojekte. Die Vertragspartner gingen davon aus, dass damit die Investitionen finanziell vollständig gedeckt sind. Sollte von den sechs Millionen DM ein Rest übrigbleiben, durften die Bürgervereine weitere Wünsche geltend machen. Die Stadt musste dann diese Wünsche bevorzugt realisieren. Ziel war es, die gesamte Investitionssumme zum Wohle der neuen Stadtteile und der dort lebenden Menschen aufzubrauchen.<sup>485</sup>

#### 9.5.2 Reaktion des Landkreises

Der Landkreis zeigte sich vom politischen Gebaren der Stadt Coburg zunächst wenig begeistert. Zwischen Landrat Groebe und Oberbürgermeister Langer kam es sogar zu einem Disput. Groebe hatte auf einer Bürgerversammlung der drei Gemeinden behauptet, Langer hätte den Neusesern Gas und Wasser absperren wollen, als diese 1948 die Eingemeindung nach Coburg rückgängig machen wollten. Dieses Schicksal wollte der Landrat den vier Orten ersparen. Der Oberbürgermeister sah sich daraufhin zu einer Richtigstellung in einer Tageszeitung veranlasst, dass er niemals so etwas angedroht habe.<sup>486</sup> Die Auseinandersetzung der beiden Politiker endete erst mit dem Ausscheiden Walter Langers aus dem Oberbürgermeisteramt 1970. Fortan brachte das Landratsamt sachliche Argumente vor. Man sah vor allem die finanziellen Nachteile, die durch den Verlust der Dörfer entstehen würden. So rechnete man aus, dass durch die Eingliederung nach Coburg dem Landkreis ein Ausfall von 71,20 DM je Einwohner entstünde. Allerdings konnte sich der Kreis die Abtretung der vier Ortschaften an Coburg finanziell und ökonomisch leisten. Die Gemeinden besaßen aufgrund ihrer Größe und der

<sup>483</sup> Ebd., Coburger Tageblatt vom 27.2.1971; BÜRGERVEREIN LÜTZELBUCH, 25 Jahre (wie Anm. 112), S. 24; BÜRGERVEREIN, 25 Jahre (wie Anm. 26), S. 14, 16.

<sup>484</sup> BÜRGERVEREIN LÜTZELBUCH, 25 Jahre (wie Anm. 112), S. 21.

<sup>485</sup> StadtACo, U 303, Eingemeindungsvertrag Seidmannsdorf, Coburg, 18./19.12.1970; StadtACo, U 304, Eingemeindungsvertrag Rögen, Coburg 20.11.1970/18.2.1971; StadtACo, U 305, Eingemeindungsvertrag Lützelbuch, Coburg, 18.2.1971.

<sup>486</sup> Coburger Tageblatt vom 22.7.1969; Neue Presse Coburg vom 20.9.1969.

kaum vorhandenen industriellen Ansiedlungen wenig Steuerkraft und wirtschaftliche Potenz. Dementsprechend brachen keine tiefgreifenden Konflikte zwischen Stadt und Land auf. Der Kreistag akzeptierte in seiner Sitzung vom 21. Mai 1971 die Umgliederung, forderte aber, dass dem Landkreis für den Einnahmeausfall (nach Abzug der Ausgabeersparnisse) von der Stadt ein finanzieller Ausgleich zu leisten sei. Dies sollte nur entfallen, wenn seitens des Freistaates Bayern ein solcher geleistet wird oder im Zuge der Gebietsreform andere Dörfer zum Landkreis hinzukommen. Allerdings relativierte der Kreistag in der gleichen Sitzung den gefassten Beschluss hinsichtlich der geforderten Ausgleichszahlungen. Durch die Umgliederung der Gemeinden im Coburger Osten erleide zwar der Landkreis einen jährlichen Einnahmeverlust nach Abzug der Ausgaben von ca. 75.000 DM. Da aber durch die Eingemeindungen anstehende Baumaßnahmen an Kreisstraßen eingespart würden, können die Einnahmeminderungen durch Ersparnisse bei den finanziellen Ausgaben aufgewogen werden. Karl Zeitler formulierte die Politik des Kreises in dieser Angelegenheit so: „Der Landkreis, der seine Gemeinden zunächst natürlich zu halten versuchte, um im Kreisgebiet größere Verwaltungseinheiten bilden zu können, hatte schließlich unter Berücksichtigung des Bürgerwillens und der Interessen seiner Gemeinden sowie der kreisfreien Städte Coburg und Neustadt und aufgrund der anstehenden Landkreisreform seine Widerstände aufgegeben.“<sup>487</sup>

### 9.5.3 Die Entwicklung zum Stadtteil

Die Stadt Coburg ließ es bei den Investitionen in Höhe von sechs Millionen DM nicht bewenden. Bis 1997 gab die Kommune für die genannten Ortschaften fast 21 Millionen DM aus. Die Investitionen umfassten vor allem Tiefbaumaßnahmen (rd. 16 Millionen DM).<sup>488</sup> Im Nachhinein betrachtet, zahlte sich der Anschluss an Coburg für die vier Dörfer aus. Die Eingliederung erzeugte im Bereich der Infrastruktur einen Modernisierungsschub, von dem die Bewohner des Coburger Ostens profitierten. Zehn Jahre nach der Eingemeindung fragte das Coburger Tageblatt 1981 nach einem Resümee in den einzelnen Ortschaften nach. Dieses fiel in Rößen und Lützelbuch sehr positiv aus. Man lobte die harmonische Zusammenarbeit mit der Stadt, die Erfüllung der Eingemeindungsverträge und die Bewahrung einer gewissen politischen Unabhängigkeit, die durch die Bürgervereine und den Ortskanzleien ihren Ausdruck findet. Nachteile konnten keine festgestellt werden. Die Eingliederung nach Coburg wurde als großer Fortschritt für die weitere Entwicklung der beiden Dörfer gesehen. Kritische Töne gab es nur in Seidmannsdorf. Dort hieß es, dass die Stadt zwar ihre Verpflichtungen erfüllt habe. Dies sei aber nur sehr schleppend vorangegangen. Auch würde die Stadt Einfluss auf die Dorfgemeinschaft nehmen, was zu einer unnötigen Verstädterung des Dorfes führe. Spannungen kämen nur dann auf, wenn die Stadt etwas fordere, was von Seidmannsdorfer Seite niemand wolle. Der damalige Ortssprecher Gert Bamberger sprach zwar in seinem Resümee von einer

<sup>487</sup> StadtACo, A 14.760, Gemeindebesichtigung von Seidmannsdorf vom 29.9.1958; ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 30 f.; KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 26. So lag die Steuerkraftzahl je Einwohner in der Gemeinde Seidmannsdorf 1957 bei 29,79 DM. Das entsprach lediglich 48 Prozent der durchschnittlichen Steuerkraftzahl je Einwohner im Landkreis Coburg. Dort lag die Quote bei 62,15 DM. In den folgenden Jahren sollten sich diese Unterschiede nicht ändern.

<sup>488</sup> COBURGER TAGEBLATT, 25 Jahre Gebietsreform (wie Anm. 220), S. 4.

richtigen Entscheidung, sich Coburg anzuschließen. Er begründete dies aber einschränkend damit, dass damals nichts anderes übriggeblieben wäre.<sup>489</sup> Jahre später waren auch diese Töne verfliegen. So erklärte der Vorsitzende des Seidmannsdorfer und Löbelsteiner Bürgervereins Winfried Dinkel im Jahr 1997: „Die Eingemeindung hat für die Einwohner des Stadtteils die Geborgenheit in der Stadt Coburg mit sich gebracht.“<sup>490</sup> Aus der Gegnerschaft von Stadt und Dorf, wie sie 1981 beschrieben wurde, entstand mit den Jahren eine harmonische Beziehung.

Allerdings konnten im Laufe der Jahrzehnte nicht alle Zusagen von der Stadt eingehalten werden. Dazu gehörte die Schließung der Ortskanzleien 1988. Diese kosteten der Stadt relativ viel Geld, sodass sie langfristig nicht erhalten werden konnten. Die Ortskanzleien besaßen neben ihrer behördlichen Funktion eine identitätsstiftende Wirkung, welche sonst nur die Bürgervereine ausstrahlten. Zudem dienten sie als Vermittlungsstelle zwischen der Dorfbevölkerung und der Stadtverwaltung in Coburg. Ihre Tätigkeit unterschied sich zu den früheren Gemeindeämtern nur dadurch, dass sie kein Siegelrecht besaßen und sich mit der kommunalen Finanzpolitik nicht beschäftigen mussten. Die Kanzleien wurden von früheren Gemeindeangestellten oder Bürgermeistern betreut. Sie öffneten unter der Woche nur für einige Stunden. Über die Besucherfrequenz in diesen Ortskanzleien ist kaum etwas bekannt. Lediglich für die Rögener Kanzlei wurde 1981 eine durchschnittliche Nutzung der Einrichtung von fünf bis zehn Personen pro Woche ermittelt. Dies war aber dauerhaft zu wenig. Die Stadt entschloss sich daher, alle Ortskanzleien zum 31. Dezember 1988 aus finanziellen Gründen zu schließen.<sup>491</sup>

2016 schloss auch die Gemeindebücherei in Lützelbuch, nachdem die Ausleihzahlen drastisch auf ein einstelliges Jahresniveau zurückgegangen waren.<sup>492</sup> Weitaus hitziger wurde die Auflösung der Freiwilligen Feuerwehr Lützelbuch im selben Jahr diskutiert. Der Coburger Stadtrat hatte einstimmig beschlossen, die Feuerwehrorganisation zu reformieren und effizienter zu gestalten. Dazu gehörte die Zusammenlegung der Feuerwehren von Lützelbuch, Löbelstein sowie Neu- und Neershof zu einer gemeinsamen Feuerwehr für den Coburger Osten. Der zentrale Standort der neu formierten Truppe sollte in Löbelstein liegen. Damit waren aber die Feuerwehrleute in den anderen Orten nicht einverstanden. Sie quittierten ihren Dienst und überließen ihre Gerätschaften der Freiwilligen Feuerwehr in Coburg.<sup>493</sup>

Die Ortschaften selbst entwickelten sich nach 1972 immer stärker zu Wohngemeinden, wie sie im Umfeld größerer Städte anzutreffen sind. Die einzelnen Dorfbilder blieben dadurch erhalten. Begünstigt wurde dies durch die Ausweisung von Bauland für Familien. Zum Arbeiten ging man ins nahe Coburg. Diese Entwicklung drohte ab den 1990er-Jahren ins Stocken zu geraten. Dies hing mit drei Verkehrsprojekten zusammen, die nachhaltig in das Landschaftsbild des Coburger Ostens eingriffen. Im Rahmen der Planung des Verkehrsprojektes

---

<sup>489</sup> StadtACo, Stadtchronik 1981/3, S. 123.

<sup>490</sup> BÜRGERVEREIN, 25 Jahre (wie Anm. 26), S. 7.

<sup>491</sup> StadtACo, Stadtchronik 1981/3, S. 46; BÜRGERVEREIN LÜTZELBUCH, 25 Jahre (wie Anm. 112), S. 25; HEIMATVEREIN, 25 Jahre (wie Anm. 191), S. 20; BÜRGERVEREIN, 25 Jahre (wie Anm. 26), S. 18.

<sup>492</sup> Coburger Tageblatt vom 2.3.2016.

<sup>493</sup> Neue Presse Coburg vom 17.8.2016.

Deutsche Einheit Nr. 8, der ICE-Bahnstrecke von München nach Berlin, war 1992 eine Durchquerung der Stadt Coburg angedacht. Die Politik forderte aber eine alternative Streckenführung, sodass bald über eine Ostumfahrung der Vestestadt diskutiert wurde. Dies stieß auf den Widerstand der betroffenen Stadtteile. Die Bewohner fürchteten um ihre Wohnqualität, die Schönheit der Landschaft und die Abwanderung von Familien in andere Ortschaften. Man entschied sich dennoch für diese Streckenführung, die in der Hauptsache an Rögen und Lützelbuch vorbeiführte. 2017 wurde die Bahnstrecke eingeweiht. Den Dorfbewohnern kam die Bahn dahingehend entgegen, dass sie mit der Aufstellung von Lärmschutzwänden und einer teilweisen Untertunnelung der Strecke, die Lärmbelastung auf ein Mindestmaß reduzierte.<sup>494</sup> Ebenfalls für Unmut sorgte der Bau der neuen Bundesautobahn 73 von Nürnberg nach Erfurt. Die ab 1993 einsetzenden Planungen sahen die Streckenführung östlich der ICE-Bahnstrecke vor. Dieses Teilstück konnte 2007 für den Verkehr freigegeben werden.<sup>495</sup> Zum dritten klagten vor allem die Bewohner von Rögen 1997 über die Zunahme des Lärms vom Flugplatz Brandensteinsebene. Dem möglichen Ausbau der Landebahn, wie er zeitweise diskutiert wurde, standen die Bewohner ablehnend gegenüber.<sup>496</sup> Einen generellen Bevölkerungsschwund haben diese Projekte aber nicht verursacht. Zwar gingen die Einwohnerzahlen in Seidmannsdorf und Lützelbuch zwischen 1997 und 2010 um rd. zehn Prozent zurück, wobei hier auch andere Faktoren wie der demografische Wandel eine Rolle spielen können. In Rögen jedoch stieg die Zahl der Bewohner im gleichen Zeitraum um ca. fünf Prozent an.<sup>497</sup>

Politisch partizipierte der Coburger Osten schon kurz nach der Eingemeindung an der Stadtpolitik. Die Kommunalwahl vom 11. Juni 1972 brachte jeweils einen Vertreter aus den früheren Gemeinden in den Stadtrat. Für Seidmannsdorf und Löbelstein war dies Peter Fastnacht (bis 1978), für Rögen Arnfried Fischer (zunächst als Ortssprecher, dann bis 2008 als Stadtrat) und für Lützelbuch Rolf Forkel (bis 1996).<sup>498</sup> Nach 1978 nahm der Grad politischer Partizipation einen unterschiedlichen Verlauf, was aber der landesweiten Entwicklung entsprach.<sup>499</sup> Während Seidmannsdorf und Löbelstein seitdem nur über Ortssprecher im Stadtrat vertreten sind, konnten die anderen Ortsteile noch Stadträte stellen. Im aktuellen Stadtrat

---

<sup>494</sup> BÜRGERVEREIN LÜTZELBUCH, 25 Jahre (wie Anm. 112), S. 22; HEIMATVEREIN, 25 Jahre (wie Anm. 191), S. 22; BÜRGERVEREIN, 25 Jahre (wie Anm. 26), S. 19; COBURGER TAGEBLATT, 25 Jahre Gebietsreform (wie Anm. 220), S. 6.

<sup>495</sup> BÜRGERVEREIN LÜTZELBUCH, 25 Jahre (wie Anm. 112), S. 23; HEIMATVEREIN, 25 Jahre (wie Anm. 191), S. 22; BÜRGERVEREIN, 25 Jahre (wie Anm. 26), S. 19; COBURGER TAGEBLATT, 25 Jahre Gebietsreform (wie Anm. 220), S. 6.

<sup>496</sup> COBURGER TAGEBLATT, 25 Jahre Gebietsreform (wie Anm. 220), S. 6.

<sup>497</sup> COBURGER TAGEBLATT, 25 Jahre Gebietsreform (wie Anm. 220), S. 6 f.; WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT, Wirtschaftsraum (wie Anm. 111), S. 8. In Seidmannsdorf bspw. machte der Anteil der über 65-jährigen an der Dorfgesellschaft 2010 über 23 Prozent aus, der unter 18-jährigen aber nur 15 Prozent. In Rögen hingegen macht der Anteil der 65-jährigen nur ca. 18,5 Prozent und liegt damit hinter der Zahl der unter 18-jährigen mit rd. 20 Prozent. Die Daten aus Lützelbuch sind aufgrund des dort befindlichen Altersheims nicht aussagekräftig.

<sup>498</sup> Adressbuch Coburg mit den Städten Neustadt und Rodach sowie den Coburger Landgemeinden. Teil 1: Behördenverzeichnis, Coburg 1977, S. 1.

<sup>499</sup> MATTERN, Dörfer (wie Anm. 1), S. 148.

(2022) werden die Orte durch zwei Stadträte (für Rögen) und zwei Ortssprecher (für Seidmannsdorf und Lützelbuch) repräsentiert. Eine zweite politische Karriere konnten unter diesen Vertretern Rolf Forkel einschlagen. 1984 kandidierte er für SPD für das Amt des Oberbürgermeisters, unterlag aber dem parteilosen Amtsinhaber Karl-Heinz Höhn (1920-2004). In der Folge wählte ihn der Coburger Stadtrat zum 3. Bürgermeister. In diesem Amt trug er die Verantwortung für das Sozialreferat. 1995 trat Forkel aus gesundheitlichen Gründen als Bürgermeister zurück.<sup>500</sup>

### 9.6 Die Eingemeindung von Creidlitz

Aufgrund der wirtschaftlichen Stärke der Gemeinde sah es lange danach aus, dass Creidlitz selbstständig bleiben könnte. Diesen Eindruck vermittelte auch die Festschrift anlässlich des 1100-jährigen Jubiläums der Ersterwähnung des Dorfes im Jahr 1970. In dieser Festschrift stellte sich Creidlitz als ein selbstbewusster, wirtschaftlich prosperierender Ort vor, der seit 1961 sogar über ein eigenes Wappen als Identifikationsmerkmal verfügte.<sup>501</sup> Die industrielle Ausstrahlung des Dorfes zog auch die Nachbarorte an. Hier ist vor allem Tribsdorf zu nennen. Die Ortschaft gehörte seit der ersten Gemeindegebietsreform von 1869 zur Gemeinde Ahorn. Fast 100 Jahre später entschieden sich die Einwohner auf einer Bürgerversammlung mit rd. 70 Prozent für einen Anschluss an Creidlitz. Das kam nicht von ungefähr. Strukturell, wirtschaftlich und gesellschaftlich waren beide Dörfer im Laufe des 20. Jahrhunderts zusammengewachsen. Nach Ahorn bestanden kaum Verbindungen. Zudem fühlten sich die Bewohner von ihrer bisherigen Gemeinde politisch schlecht behandelt. Berechtigte Wünsche wurden in der Vergangenheit auf fast allen Gebieten in keiner Weise befriedigend erfüllt. Der Credlitzer Gemeinderat nahm das Ansinnen der Tribsdorfer positiv auf und beantragte deshalb 1965 bei der Regierung von Oberfranken, den Nachbarort umzugemeinden. Dies scheiterte jedoch am Widerstand der Gemeinde Ahorn. Nach der damaligen Rechtsprechung wäre aber eine Zustimmung dieser Kommune notwendig gewesen. Da auch für eine Zwangsumgliederung keine ausreichend rechtliche Grundlage bestand, zog die Gemeinde Creidlitz den Antrag 1966 zurück.<sup>502</sup> Es blieb daher bei den bestehenden politischen Verhältnissen. Inzwischen wurde aber die Credlitzer Selbstständigkeit Thema im Landratsamt. Besonders Landrat Klaus Groebe fürchtete den Verlust der finanzstarken Gemeinde an die Stadt Coburg. Er versuchte deshalb seit 1966, den Ort über die Schulfrage langfristig an den Landkreis zu binden. Dabei setzte er sich massiv für einen Schulzweckverband Creidlitz-Niederfüllbach, aber auch für den Bau einer gemeinsamen Grund- und Hauptschule auf dem Buchberg ein. Dort sollten auch die Kinder aus dem Coburger Osten zur Schule gehen. Für Groebe bildete die Gründung eines Schulzweckverbandes die Basis für die weitere Selbstständigkeit von Creidlitz und Unabhängigkeit von Coburg. Diese Politik scheiterte jedoch stufenweise zwischen 1968 und 1970. Die Kinder aus dem Coburger Osten besuchten bereits seit 1968 die Schulen der Vestestadt. Creidlitz wollte hier nachziehen, da der Gemeinderat eine Beteiligung an der Hauptschule in

<sup>500</sup> SANDNER, Coburg (wie Anm. 151), S. 314, 353.

<sup>501</sup> StACo, LRA Co 14.652, Nr. 21, Einführung eines Gemeindegewappens, 1961; SCHILLING, Creidlitz (wie Anm. 3), S. 35 f. Vgl. MATTERN, Dörfer (wie Anm. 1), S. 74.

<sup>502</sup> StACo, LRA Co 14.652, Nr. 22, Die Umgemeindung von Tribsdorf, 1964-66.

Grub am Forst ablehnte. Die Stadt Coburg zeigte sich offen für die Aufnahme der Creidlitz Hauptschüler. Der Coburger Stadtrat beschloss daher 1971, die Eingliederung von Creidlitz in das Coburger Schulsystem zum Schuljahr 1972/73 vorzunehmen. Damit war der erste Schritt zur Eingemeindung nach Coburg getan.<sup>503</sup> Wie sehr seitens des Landkreises um Creidlitz gekämpft wurde, zeigt eine weitere Episode aus dem Jahr 1968. Das Creidlitz Gemeindeblatt veröffentlichte am 27. März 1968 einen Artikel mit dem Titel „Zusammenlegung von Zwerggemeinden“ in dem über die Eingemeindung des Ortes nach Coburg zum 1. April 1968 berichtet wurde. Es handelte sich dabei um einen Aprilscherz. Dies nahm Landrat Groebe aber zum Anlass, die Möglichkeiten der Gemeinde aufzuzeigen. Entweder würde Coburg aufgrund seiner geringen Einwohnerzahlen in den Landkreis eingegliedert, oder die Stadt würde durch die Eingemeindung aller Randgemeinden kreisfrei bleiben. Letzteres gelte es zum Wohle von Creidlitz zu verhindern. Groebe schlug deshalb vor, den vorhandenen Grünstreifen nach Coburg unter gar keinen Umständen zu bebauen, damit die optische Trennung beider Orte erhalten bleibe. Zudem empfahl er ein Zusammengehen mit Niederfüllbach, da eine 3000 Einwohner starke Gemeinde große Chancen hätte, eigenständig und damit im Landkreis zu bleiben.<sup>504</sup> Doch die Creidlitzer wendeten sich zunehmend der Stadt zu.

Den entscheidenden Schub in Richtung Eingemeindung kam von der bayerischen Staatsregierung. Anfang Februar 1971 teilte die Regierung von Oberfranken den Landräten und Oberbürgermeistern ihres Bezirks mit, dass u. a. nur vier Städte kreisfrei bleiben würden. Dazu zählte auch Coburg. Da diese Maßnahme aber nicht ohne Auswirkung auf die Landkreisreform bliebe, wurde der Coburger Oberbürgermeister Wolfgang Stammberger dazu aufgefordert, Vorschläge für einzugliedernde Randgemeinden zu unterbreiten. Stammberger schlug daraufhin u. a. Creidlitz für eine Eingliederung vor. Er verwies dabei auf den Anschluss des Dorfes an das städtische Wasser-, Strom- und Schulnetz sowie an den öffentlichen Nahverkehr. Zudem besäße die Gemeinde Bauland, welches in der Vestestadt fehlen würde.<sup>505</sup> Da das Innenministerium die Landkreisreform bis zur nächsten Kommunalwahl im Juni 1972 abschließen wollte, sah sich der Oberbürgermeister genötigt, in kürzester Zeit Gespräche mit Creidlitz über eine Eingemeindung aufzunehmen. Diese begannen Anfang März 1971. Für die Gemeinde kam dieses Angebot gelegen. Es war nämlich abzusehen, dass Creidlitz in den nächsten Jahren rd. zehn Millionen DM in die Infrastruktur investieren musste, was aber die Steuereinnahmen nicht hergaben. Die Verhandlungen gestalteten sich daher zügig, sodass sie Ende Juli erfolgreich zum Abschluss gebracht werden konnten. Bereits Anfang Juli hatte das Innenministerium signalisiert, dass man die Eingemeindung von Creidlitz nach Coburg befür-

---

<sup>503</sup> StACo, LRA Co 16.523, Nr. 110, Bildung eines Schulzweckverbandes Creidlitz-Niederfüllbach; StACo, LRA Co 16.418, Nr. 210, Schulverhältnisse in Creidlitz, hier vor allem der Brief Klaus Groebes an Kreisamtmann Krauß, Coburg, 28.2.1967. In diesem erwähnt Groebe, dass ihm die Gründung einer Grund- und Hauptschule am Buchberg „aus Eingemeindungsgründen“ am liebsten sei. Zur Schulproblematik siehe auch die dazugehörigen Kapitel bei Lützelbuch und Creidlitz.

<sup>504</sup> StACo, LRA Co 14.652, Groebe am Bürgermeister Blümlein, Coburg, 28.5.1968; Gemeindeblatt Creidlitz vom 27.3.1968.

<sup>505</sup> KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 8, 12, 25, 27.



worten würde. Im August nahm dann der Coburger Stadtrat den fertiggestellten Eingemeindungsvertrag an.<sup>506</sup> In Creidlitz sollten die Ergebnisse der Verhandlungen zunächst im September in einer Bürgerversammlung vorgestellt werden. Dort wurde jedoch deutlich, dass die Einwohner im Gegensatz zu ihren Kommunalpolitikern weitaus gespaltenere waren, wie es mit ihrer Gemeinde weitergehen soll. Es kam zu heftigen verbalen Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Parteien. Es gab Anhänger, die für eine Eingemeindung nach Coburg stritten, andere bevorzugten eine Verbandsgemeinde mit Niederfüllbach, und wieder andere wünschten sich den Erhalt der bestehenden Gemeinde. Die Entscheidung brachte jedoch eine Volksbefragung am 5. September 1971. Bei einer Wahlbeteiligung von 57 Prozent sprachen sich 60,7 Prozent für die Eingemeindung nach Coburg aus. Den Erhalt der Selbstständigkeit wünschten 37,1 Prozent. Lediglich 2,2 Prozent wollten den Zusammenschluss mit Niederfüllbach. Drei Tage später entschied dann auch der Creidlitzer Gemeinderat mit 9:1 Stimmen für die Eingliederung nach Coburg.<sup>507</sup> Der Eingemeindungsvertrag wurde noch im September unterzeichnet, die entsprechenden Anträge Ende Oktober bei der Regierung von Oberfranken eingereicht. Da die Bezirksregierung noch Änderungen in Bezug auf das Schulwesen verlangte, mussten Coburg und Creidlitz in einigen Punkten nachverhandeln. Diese Gespräche endeten Anfang Dezember und mündeten in einer Zusatzvereinbarung, in der die offenen Fragen geklärt wurden. Der ursprüngliche Eingemeindungstermin zum 1. Januar 1972 ließ sich dadurch nicht mehr realisieren. Es kam daher erst ein halbes Jahr später zur Eingliederung.<sup>508</sup>

#### 9.6.1 Die Vereinbarungen mit der Stadt Coburg

Der Eingemeindungsvertrag garantierte zunächst die Übernahme des Vermögens und der Gemeindeschulden durch die Stadt Coburg. Die Grund- und Gewerbesteuersätze wurden für sieben Jahre beibehalten. Erst danach sollten die Hebesätze auf städtisches Niveau angepasst werden. Eine Abweichung von dieser Vereinbarung war nur dann vorgesehen, wenn der Gesetzgeber in diesen sieben Jahren neue Sätze einführen sollte. Ebenfalls unangetastet blieb die Hundesteuer. Erst für 1979 war hier die Anpassung an das städtische Abgabenniveau geplant. Auch Hausschlachtungen akzeptierte die Stadt für die nächsten zehn Jahre. Die Verträge regelten zudem die Reinigung der Straßen. So wurden die Bewohner für zehn Jahre nicht an die städtische Straßenreinigung angeschlossen. Die Frist konnte verkürzt werden, wenn zwingende Gründe des Gemeinwohls den Anschluss erforderten. Ebenfalls geregelt wurde die Müllabfuhr, die weiterhin durch ein Privatunternehmen erfolgte. Zudem versicherte die Stadt, für die Abwässer der Gemeinde eine biologische Reinigung, gegebenenfalls durch Zuleitung der mechanisch gereinigten Abwässer, in die städtische Kläranlage zu erstellen.<sup>509</sup>

<sup>506</sup> StadtACo, U 308 Eingemeindungsvertrag Creidlitz vom 30.7.1971; Neue Presse Coburg vom 26.3.1971; Coburger Tageblatt vom 4.8.1971; KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 19; ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 69 f.; BÜTTNER, Stadt (wie Anm. 240); MATTERN, Gebietsreform (wie Anm. 457).

<sup>507</sup> Coburger Tageblatt vom 3.9.1971; KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 37 f.; ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 70.

<sup>508</sup> StadtACo, U 308, Zusatzvereinbarung vom 2.12.1971; ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 70.

<sup>509</sup> StadtACo, U 308, Eingemeindungsvertrag Creidlitz, Coburg, 30.7.1971, S. 1 ff., 7.

Die Freiwillige Feuerwehr erhielt eine Bestandsgarantie, solange es auch in Coburg eine solche Einrichtung gäbe. Auch sicherte die Stadt zu, der Wehr die erforderliche Ausrüstung nach dem Stand der anderen Vorort-Löschzüge zu finanzieren. Die Stadt zahlte zudem den Mitgliedern des Feuerwehrvereins eine Ablöse für deren eingebrachten Gegenstände. Sie versprach außerdem, die Löschwasserverhältnisse den Erfordernissen vor Ort anzupassen und zur Verbesserung des Warnsystems eine Notrufsäule aufzustellen.<sup>510</sup>

Gefördert wurden seitens der Stadt die Gründung eines Bürgervereins, der als Nachfolger für Gemeinderäte und Bürgermeister, die Ortsinteressen vertreten sollte. Dies galt insbesondere bei der Bauleitplanung der Stadt. Hier sollte der Bürgerverein im Vorfeld gehört werden. Im Eingemeindungsvertrag wurde dies weiter präzisiert. So erklärte die Stadt, dass sie im Benehmen mit dem Bürgerverein ab 1973 den noch erforderlichen weiteren Ausbau der Creidlitz-er Straßen in der Reihenfolge der Dringlichkeit durchführen wolle. Zum weiteren Ausbau gehörte die Befestigung oder Verbreiterung der Fahrbahn, die Anlegung von Bürgersteigen und die Aufbringung von Teerdecken. Die Arbeiten sollten, wie auch andere Tiefbauprojekte, innerhalb von 15 Jahren, also bis 1988 abgeschlossen sein. Zudem besaß der Bürgerverein ein Vorschlagsrecht bei der Ausweisung neuer Naherholungsgebiete. Die bestehenden Gebiete im Lehen- und Hambachgrund sollten von der Stadt weiter erhalten und gepflegt werden. Damit der Bürgerverein seine Aufgabe wahrnehmen konnte, sagte die Stadt auf 20 Jahre eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 800 DM jährlich zu.<sup>511</sup> Neben den Bürgervereinen entstanden als Ersatz für die Gemeindeämter Ortskanzleien. Diese sollten für zehn Jahre die Aufgaben eines Amtes für Bürgerhilfe übernehmen. Das hierfür benötigte Personal wurde aus dem bisherigen Verwaltungsapparat der Gemeinde übernommen. Je nach Wunsch der Bürgerversammlungen konnte die Tätigkeit der Ortskanzlei verkürzt oder verlängert werden.<sup>512</sup> Erhalten blieb in diesem Zusammenhang auch die Volksbücherei, die als Außenstelle der Coburger Stadtbücherei weiter betrieben wurde.<sup>513</sup>

Ein zentrales Thema in den Verhandlungen war der Ausbau der sozialen Infrastruktur. So beabsichtigte die TSG Creidlitz zwischen 1972 und 1975, einen neuen Sportplatz nebst Sportheim zu errichten. Die Stadt garantierte hier die Finanzierung des Projekts, wenn das Vorhaben nicht durch Zuschüsse des Bayerischen Sportverbandes realisiert werden könne. Die Planungen sollten noch vor der Eingemeindung durch das Stadtbauamt unter Zuziehung von Experten aus beiden Orten beschleunigt erfolgen. Als Träger der Sportanlage fungierte von Beginn an die TSG Creidlitz.<sup>514</sup> Die Stadt versprach zudem den Bau eines Kindergartens, sobald ein geeigneter Platz verfügbar wäre und genügend Anmeldungen vorlägen. Die Vertragspartner planten dabei einen Kindergarten mit mindestens 50 Plätzen, der spätestens 1977 errichtet werden sollte. Zeitgleich garantierte die Stadt die Anlegung und Ausstattung von zwei

---

<sup>510</sup> StadtACo, U 308, Eingemeindungsvertrag Creidlitz, Coburg, 30.7.1971, S. 3 f.

<sup>511</sup> StadtACo, U 308, Eingemeindungsvertrag Creidlitz, Coburg, 30.7.1971, S. 4, 6 ff.

<sup>512</sup> StadtACo, U 308, Eingemeindungsvertrag Creidlitz, Coburg, 30.7.1971, S. 4.

<sup>513</sup> StadtACo, U 308, Eingemeindungsvertrag Creidlitz, Coburg, 30.7.1971, S. 5.

<sup>514</sup> StadtACo, U 308, Eingemeindungsvertrag Creidlitz, Coburg, 30.7.1971, S. 4 f.

Kinderspielplätzen, sobald geeignete Plätze verfügbar wären. Der Bau der Spielstätten war zwischen 1973 und 1978 vorgesehen.<sup>515</sup>

Umfangreich gestalteten sich auch die Vereinbarungen zum Schulwesen. Zunächst versicherte die Stadt bei der Bezirksregierung darauf hinzuwirken, dass die Volksschüler der Gemeinde weiterhin die Creidlitz Grundschule (Klassen 1 bis 4) und eine Hauptschule in Coburg (Klassen 5 bis 9) besuchen können. Die bisherigen Verbindungen sollten damit bestehen bleiben. Die Zuteilung der einzelnen Jahrgänge zu einem städtischen Sprengel nahm aber weiterhin, laut den Bestimmungen des Volksschulgesetzes, die Regierung von Oberfranken vor. Außerdem sagte Coburg zu, den baulichen Unterhalt für das Schulgebäude zu übernehmen und die Schulverhältnisse für die Kinder so günstig wie möglich zu gestalten. Dazu gehörte die Verbesserung der Schulwegsituation und des Schulbusnetzes. Im Gegenzug verpflichtete sich die Gemeinde zur Zahlung eines jährlichen Schulkostenbeitrages, der aber nur 1972 fällig wurde. Der Vertrag regelte dazu das Berechnungsverfahren. Zudem erkannte die Gemeinde an, dass sie ab 1973 einen einmaligen Kostenbeitrag entsprechend der Zahl der bei Vertragsabschluss vorhandenen volksschulpflichtigen Kinder zu leisten hat. Dieser Beitrag sollte den Baukosten von zwei Klassenzimmern entsprechen. Die Höhe richtete sich nach oberfränkischen Durchschnittswerten. Die Vertragsparteien kamen in dieser Frage überein, über den tatsächlich von der Gemeinde zu zahlenden Kostenbeitrag und den Zahlungsmodus im Laufe des Jahres 1973 eine besondere Vereinbarung zu treffen.<sup>516</sup>

Der Eingemeindungsvertrag regelte auch die weitere bauliche Entwicklung von Creidlitz. So blieben die bestehenden Bebauungspläne unter Vorbehalt einer späteren Aufhebung in Kraft. Dabei versprach die Stadt, sich um den weiteren Ausbau der bisher erschlossenen oder in Aussicht genommenen Wohnsiedlungs- und Industriegebiete zu bemühen. Im Rahmen weiterer noch zu erarbeitender Bebauungspläne erklärte sich Coburg bereit, verschiedene Straßen zu verlängern und auszubauen. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf den Ausbau des Fabrikweges und der Triebisdorfer Straße gelegt. Durch die schnelle Realisierung dieses Projektes konnte das Gelände zwischen der Bahnstrecke und der Bundesstraße 4 (heutige Stadtautobahn) für den Bau eines Gewerbegebietes erschlossen werden. Die Vertragsparteien schufen damit die Grundlage für die Entstehung des heutigen Gewerbegebietes Hahnwiese. In diesem Zusammenhang wurden auch die zukünftigen Erschließungsbeiträge festgelegt. Von diesen Geldern sollte auch die Anlegung von Bürgersteigen finanziert werden.<sup>517</sup>

Zuletzt verhandelten die Vertragsparteien über Einzelpunkte. Dabei ging es um die Einführung der städtischen Friedhofssatzung einschließlich der Gebührenordnung, um die finanzielle Unterstützung von Vereinen, die bisher Zuwendungen von der Gemeinde erhielten, um die Ergänzung der Straßenbeleuchtung und um die Anlegung von Parkplätzen nach 1976. Schließlich übernahm Coburg die Kosten für die Kfz-Gebühren, die durch die Ummeldung

---

<sup>515</sup> StadtACo, U 308, Eingemeindungsvertrag Creidlitz, Coburg, 30.7.1971, S. 5.

<sup>516</sup> StadtACo, U 308, Eingemeindungsvertrag Creidlitz, Coburg, 30.7.1971, S. 4 f.; StadtACo, U 308, Zusatzvereinbarung vom 2.12.1971.

<sup>517</sup> StadtACo, U 308, Eingemeindungsvertrag Creidlitz, Coburg, 30.7.1971, S. 2, 6 f.

vom Land in die Stadt angefallen waren.<sup>518</sup> Für die Umsetzung der Investitionen im Umfang von 4,7 Millionen DM war, wenn nichts anderes vereinbart wurde, ein Zeitraum von zehn Jahren vorgesehen. Eine Verlängerung war nur dann zulässig, wenn bis 1982 Maßnahmen notwendig wurden, die der Eingemeindungsvertrag noch nicht erfassen konnte, aber vorrangig durchgeführt werden mussten.<sup>519</sup>

### 9.6.2 Reaktion des Landkreises

Der Landkreis versuchte ab Mai 1971 mit allen Mitteln die Eingliederung von Creidlitz nach Coburg zu verhindern. Den Auftakt bildete ein Brief von Landrat Groebe an Bürgermeister Blümlein, der wenig später unter dem Titel „Ohne Kommentar“ in der Neuen Presse veröffentlicht wurde. In diesem Brief verwies Groebe auf die Stellungnahme des Vorsitzenden des Bayerischen Gemeindetages Dr. Peter Gröbner (1914-1972). Dieser argumentierte:

Die Eingemeindung ist die Lösung von vorgestern. Sie schafft immer größere, immer anonymere, immer schwerer administrierbare Verwaltungseinheiten. Sie macht blühende selbstständige Gemeinden mit lebendiger Selbstverwaltung zu kommunalpolitischen toten Vorstädten ohne jede Bürgerinitiative. Sie führt zumeist – wie die Erfahrungen der Eingemeindungswelle der 20er Jahre zeigen – zu einer Vernachlässigung dieser Vorstädte, so daß ihre weitere Entwicklung, insbesondere in den bisherigen Ortskernen stagniert. Darüber können auch die auf den ersten Blick manchmal verlockend erscheinenden finanziellen und personellen Angebote der Städte an Nachbargemeinden nicht hinwegtäuschen, zumal die Erfüllung nicht gesichert werden kann. Erst vor einigen Tagen war in der Süddeutschen Zeitung zu lesen, daß die früher selbstständige Gemeinde Solln noch immer die Zusagen aus dem Eingemeindungsvertrag von 1938 moniert.<sup>520</sup>

Weiter führte Gröbner aus, „dass ohne Bürgermeister und ohne Gemeinderäte langsam aber sich auch das Vereinsleben abstürbe und am Schluss nur noch eine Ansammlung von Wohnhäusern übrigbleibe, in der alljährlich der Oberbürgermeister zur Versammlung des Bürgervereins erscheine, um den Bürgern wieder einmal klar zu machen, warum diese oder jene Zusage zur Zeit aus finanziellen Gründen noch nicht erfüllt werden könne.“<sup>521</sup>

Schließlich verwies Groebe auf die Creidlitzer Situation und warnte die Gemeinde eindringlich vor einer Eingemeindung nach Coburg:

Wenn sie als Fremde von Süden kommen, dann halten Sie Creidlitz für eine blühende Vorstadt von Coburg, während sich in dem 1935 [sic!] eingemeindeten Ketschendorf der Eindruck aufdrängt, als handle es sich hier um ein nicht zu Coburg gehörendes Dorf. Wenn Sie vom Uniontheater aus in Richtung Cortendorf fahren und sich dort

<sup>518</sup> StadtACo, U 308, Eingemeindungsvertrag Creidlitz, Coburg, 30.7.1971, S. 3, 5 ff.

<sup>519</sup> StadtACo, U 308, Eingemeindungsvertrag Creidlitz, Coburg, 30.7.1971, S. 7 f.; KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 25.

<sup>520</sup> Zit. n. Groebe an die Gemeinde Creidlitz, Coburg, 14.5.1971, abgedruckt in: Neue Presse Coburg vom 18.5.1971.

<sup>521</sup> Ebd.

links und rechts der Straße umsehen, dann haben sie sicherlich auch nicht den Eindruck, daß in den letzten 35 Jahren seit der Eingemeindung dort ein städtisches Aussehen erzielt worden ist. Wie eine selbstständige Gemeinde Cortendorf mit den Betrieben Waldrich und Langenstein & Schemann aussehen könnte, braucht das Landratsamt Ihnen als den verantwortlichen Gemeindevätern nicht zu sagen. Das Geld aus diesen Betrieben fließt in die zentrale Kasse, kommt aber in die Vororte nicht wieder zurück. Nicht anders sieht es in dem ebenfalls 1935 [sic!] eingemeindeten Neuses aus. [...] Das Landratsamt, das seine Gemeinde einmal als das „Dorf auf der Sonnenseite von Coburg“ bezeichnet hat, hat ihm in Richtung Wohnungsbau und auch sonst jederzeit seine Unterstützung gewährt – auch noch im Jahr 1971 durch neuen Wohnungsbau – und wird dies auch in Zukunft tun. Angesichts des schwerwiegenden, für viele Jahrzehnte sich auswirkenden Beschlusses, vor dem die Gemeinde Creidlitz in der nächsten Zeit steht, fühlt sich das Landratsamt als ihrer Aufsichtsbehörde (wir fassen das auch auf als eine Art „Schutzbehörde“) verpflichtet, Ihnen alle diese Gesichtspunkte noch einmal rein sachlich darzulegen. Die Entscheidung wird in nächster Zeit bei Ihnen liegen. Wie auch immer ihr Entschluß ausfällt, entscheiden Sie bitte so, wie Sie glauben, es vor der Zukunft der blühenden Gemeinde Creidlitz verantworten zu können.<sup>522</sup>

Die erhoffte Reaktion blieb aber aus. Trotz des schauerhaften Bildes, welches Groebe zeichnete, verhandelten Creidlitz und Coburg miteinander weiter. Nachdem die Staatsregierung Anfang Juli 1971 erklärt hatte, dass sie die Eingemeindung befürworte, protestierte der Kreistag gegen die Zuteilung des Ortes zum kreisfreien Gebiet der Vestestadt. Das Gremium argumentierte, dass durch die Eingliederung von Creidlitz, die weitere bauliche Entwicklung der Stadt nicht nennenswert gefördert werde. Auch wäre die Einwohnerzahl nicht so hoch, als dass Coburg dadurch die Grenze von 50.000 Bewohnern für eine kreisfreie Gemeinde erreichen würde. Zudem besäße die Gemeinde das wirtschaftliche und finanzielle Potenzial, die anstehenden strukturellen Aufgaben selbst zu erfüllen. Die bestehenden Verflechtungen mit Coburg im Hinblick auf das Schulwesen oder die Trinkwasser- und Stromversorgung wären auch kein Grund, sich der Vestestadt anzuschließen. Solche Verbindungen könnten wieder neu entstehen.<sup>523</sup> Ähnlich äußerte sich der Landkreis Anfang August 1971 in seiner Stellungnahme. Auch er werde durch die Umgliederung erhebliche finanzielle Einbußen erleiden. Damit verwies man auf die hohe wirtschaftliche Potenz von Creidlitz, von der auch der Kreis über Steuern und Abgaben profitiere. Als weiteres Argument führte man die geplante Gebietsreform südlich von Coburg ins Feld. Durch den Verlust von Creidlitz würde es in Zukunft große Schwierigkeiten bei der Bildung einer 5000-Einwohner-Gemeinde geben. Um das Dorf für den Landkreis zu retten, schwebte dem Landratsamt vor, dass sich die Gemeinden Creidlitz, Niederfüllbach und Grub am Forst zu einer Großgemeinde mit 5800 Einwohnern zusammenschließen sollten. Die Gründung einer gemeinsamen Verbandsschule in Grub galt hier als Grundlage. Die Hinzunahme weiterer Gemeinden anstelle von Creidlitz war aufgrund

---

<sup>522</sup> Ebd.

<sup>523</sup> ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 43.

fehlender Alternativen nicht möglich.<sup>524</sup> Von dieser Argumentation ließ sich das Innenministerium aber nicht überzeugen. Creidlitz kam trotz des Protestes des Landkreises nach Coburg, während Niederfüllbach und Grub eine bis heute bestehende Verwaltungsgemeinschaft bildeten. Der Kreis musste sich dem beugen.

### 9.6.3 Die Entwicklung zum Stadtteil

Die Stadt Coburg ließ es bei den Investitionen in Höhe von 4,7 Millionen DM nicht bewenden. Bis 1997 gab die Kommune für den Stadtteil fast 10,7 Millionen DM aus. Die Investitionen umfassten vor allem Tiefbaumaßnahmen (rd. 5,8 Millionen DM).<sup>525</sup> Für Creidlitz bedeutete dies eine Weiterentwicklung der bisherigen umfangreichen Infrastruktur. Dabei ging es weniger um eine Modernisierung, wie sie in den Dörfern im Coburger Osten eine Rolle gespielt hatte. Die Gemeinde war diesbezüglich auf einem sehr guten Weg gewesen. Zehn Jahre nach der Eingemeindung fragte nun das Coburger Tageblatt 1981 nach einem Resümee. Richard Dlouhy, damals Stadtrat und späterer Zweiter Bürgermeister in Coburg, erklärte, dass der Ort mit dem Zusammenschluss gut gefahren sei. Es wäre die richtige Entscheidung gewesen, nach Coburg zu gehen. Auch hätte die Stadt die Verpflichtungen aus dem Eingemeindungsvertrag mehr als nur erfüllt. Dlouhy betonte vor allem die Bedeutung der Ortskanzlei, wodurch Creidlitz eine gewisse Eigenständigkeit im kulturellen Bereich bewahrt habe. Nachteile gab es durch die Eingemeindung nicht. Die Bevölkerung würde sich deshalb heute wieder für einen Anschluss an Coburg entscheiden.<sup>526</sup> Besonders der Ausbau Sport- und Freizeitanlagen fällt dabei positiv auf. Neben dem Ausbau der Sportanlage für die TSG Creidlitz trieb die Stadt ab 1973 den Bau einer Bezirkssportanlage Süd-Ost voran. Als absehbar wurde, dass es von Seiten der Staatsregierung keine Fördermittel für solch ein Projekt geben wird, verzichtete die Stadt 1979 auf eine Realisierung und konzentrierte sich auf den Ausbau der TSG-Sportanlage. Die Kommune erwarb dafür weitere Grundstücke, darunter die ehemalige Ziegelei, die 1981 abgerissen wurde. Zwischen 1982 und 1985 erfolgte schließlich die Erweiterung der bestehenden Sportanlage mit dem Bau eines neuen Sportheimes und eines zweiten Sportplatzes. Die alte Sporthütte aus dem Jahr 1954 wurde dabei abgerissen.<sup>527</sup> Das städtische Engagement blieb aber auf den Wünschen der TSG Creidlitz nicht beschränkt. Da wegen des Baus der Sportanlage das Schützenhaus abgerissen werden sollte, unterstützte die Stadt auch den Schützenverein beim Bau eines neuen Vereinsheims. Das 1978 fertiggestellte Gebäude besitzt gegenwärtig mehrere Schießstände u. a. für Pistolen, Luftgewehre oder Kleinkaliberwaffen sowie eine Gastronomie mit Festsaal und eine Kegelbahn. Die Gaststätte und die Schießstände schließen sich seitdem im Norden an den TSG-Sportplatz an.<sup>528</sup> Ebenfalls im Jahr 1978 stellte die Stadt den Billardfreunden westlich des Schützenhauses ein Baugrundstück auf Erbpachtbasis zur

---

<sup>524</sup> ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 51, 65 f.

<sup>525</sup> COBURGER TAGEBLATT, 25 Jahre Gebietsreform (wie Anm. 220), S. 4.

<sup>526</sup> StadtACo, Stadtchronik 1981/3, S. 123.

<sup>527</sup> StadtACo, Coburgica XII/71, S. 34; Coburger Tageblatt vom 5.3.1982.

<sup>528</sup> StadtACo, Coburgica XII/71, S. 40.

Verfügung, damit diese dort ein Billardzentrum errichten konnten. Dieses wurde nach neunmonatiger Bauzeit fertiggestellt. Das Billardzentrum umfasst bis heute einen über 180 Quadratmeter großen Spielsaal mit sieben Billardtischen, der vorbildhaft für eine Trainings- und Turnierstätte in dieser Sportart ist.<sup>529</sup> Mit dem Bau der Anlagen der TSG Creidlitz, des Schützenvereins und der Billardfreunde entstand mit kommunaler Unterstützung ein vielseitiges Sportzentrum, welches eine hohe Ausstrahlungskraft über Creidlitz hinaus besitzt.

Verluste musste Creidlitz hingegen im kulturellen Bereich hinnehmen. Es verlor die Volksbücherei, das Kino, 2017 die eigenständige evangelische Pfarrei zugunsten des neuen Pfarrsprengels Coburg-Süd und 1988 die Ortskanzlei.<sup>530</sup> Lange umkämpft war der Erhalt der Schule. In den Jahren nach 1972 waren nämlich die Schülerzahlen rapide zurückgegangen. Es gab daher seit 1990 Bestrebungen des Kultusministeriums und der Bezirksregierung, die Schulen von Creidlitz und Ketschendorf zusammenlegen. Dies scheiterte am Widerspruch der Eltern. Insgesamt gelang es nach schwierigen Diskussionen, die Schule zu erhalten und das Gebäude 2002 umfassend zu sanieren. Gegenwärtig (Schuljahr 2021/22) besuchen dort 53 Schüler in drei Klassen den Unterricht.<sup>531</sup> Eine Bestandsgarantie besaß dagegen der Kindergarten. Dieser wurde, wie im Eingemeindungsvertrag vereinbart, bis 1977 an der Hängeleite neu errichtet und mit 50 Plätzen versehen.<sup>532</sup> Eine große Förderung erhielt über die Jahre hinweg auch die Freiwillige Feuerwehr. Im Jubiläumsjahr der Eingemeindung (2022) wird am nördlichen Ortsrand Richtung Ketschendorf ein neues Feuerwehrgerätehaus fertiggestellt. Es wäre nach 1949 und 1969 der dritte Neubau innerhalb von 80 Jahren.

Kritik kam von Seiten des Bürgervereins lange Jahre wegen der fehlenden Ausweisung neuer Baugebiete für junge Familien. Man fürchtete eine Überalterung der Dorfbevölkerung und damit einhergehend den Verlust der Grundschule wegen des fehlenden Nachwuchses. Es schien, dass hier das Landratsamt recht behalten würde und durch die Eingliederung von Creidlitz, die weitere bauliche Entwicklung Coburgs tatsächlich nicht nennenswert gefördert werde. Erst 1997 genehmigte die Stadt die Erschließung von neuem Bauland im Umfang von vier Hektar am Hasenstein.<sup>533</sup> Die damit verbundenen Hoffnungen scheinen sich jedoch nicht erfüllt zu haben. Zwischen 1997 und 2009 ging die Einwohnerzahl aufgrund des demografischen Wandels um 3,5 Prozent von 1762 auf 1700 Einwohner zurück.<sup>534</sup>

Zum Nachteil entwickelte sich auch der Bahnverkehr. 1984 stellte die Bahn den Personenverkehr nach Rossach ein, elf Jahre später auch den Güterverkehr. Schon vorher gingen die Fahrten in Richtung Itzgrund zugunsten des Straßenverkehrs immer mehr zurück.<sup>535</sup> Diskussionen gibt es seit 1985 über den Fortbestand der beiden Bahnübergänge mit ihren langen

<sup>529</sup> StadtACo, Coburgica V/459, 40 Jahre Billardfreunde Creidlitz-Coburg e.V., o. S.

<sup>530</sup> BÜRGERVEREIN LÜTZELBUCH, 25 Jahre (wie Anm. 112), S. 25; HEIMATVEREIN, 25 Jahre (wie Anm. 191), S. 20.

<sup>531</sup> StadtACo, Coburgica XII/71, S. 54.

<sup>532</sup> StadtACo, Coburgica XII/71, S. 53.

<sup>533</sup> StadtACo, Coburgica XII/71, S. 54; COBURGER TAGEBLATT, 25 Jahre Gebietsreform (wie Anm. 220), S. 5.

<sup>534</sup> COBURGER TAGEBLATT, 25 Jahre Gebietsreform (wie Anm. 220), S. 5; WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT, Wirtschaftsraum (wie Anm. 111), S. 8.

<sup>535</sup> BLEIWEIS / GOLDSCHMIDT / SCHMITT, Eisenbahn (wie Anm. 272), S. 172 f.

Schrankschließzeiten und des Fußgängerweges über die Gleisanlage am Oberen Bahnweg. Diese intensivierten sich, nachdem die Bahnstrecke nach Coburg im 21. Jahrhundert zu einer ICE-Trasse hochgestuft wurde. Im Zuge dessen kam es seitens des Stadtbauamtes zu umfangreichen Planungen, die den Bau einer zentralen, zehn Millionen Euro teuren Bahnunterführung zum Inhalt hatten. Die Pläne scheiterten jedoch 2018 aufgrund eines Urteils des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes gegen den städtischen Bebauungsplan.<sup>536</sup> Das Thema ist seither nicht noch mal angegangen worden.

Politisch partizipierte Creidlitz bereits 1972 an der Stadtpolitik. Die Kommunalwahl vom 11. Juni des gleichen Jahres brachte insgesamt vier Vertreter des Ortes in den Stadtrat, darunter den letzten Bürgermeister Hans Blümlein. Die Creidlitzer Ratsmitglieder gehörten zunächst hauptsächlich der SPD-Fraktion an. Bei späteren Kommunalwahlen wurden auch Vertreter der CSU in den Stadtrat gewählt. 1997 stammten zwei Stadtratsmitglieder aus Creidlitz.<sup>537</sup> Im aktuellen Stadtrat (2022) wird Creidlitz durch drei Räte repräsentiert.

### 9.7 Die Eingemeindung von Beiersdorf

Aufgrund der fehlenden Industrie- und wenigen Handwerksbetriebe besaß Beiersdorf nur eine geringe Steuerkraft von 32,85 DM pro Person. Im kreisweiten Vergleich stand der Ort damit nur an 108. Stelle.<sup>538</sup> Es war also klar, dass die Gemeinde langfristig ihre Selbstständigkeit nicht erhalten konnte. Der Landkreis überlegte sich daher, den Ort an eine Großgemeinde Meeder anzuschließen. Die Bildung eines gemeinsamen Schulsprengels 1969 sollte hier wohl als Vorlauf dienen. In Beiersdorf selbst war man dieser Idee nicht abgeneigt und es kam zu intensiven Verhandlungen. Diese scheiterten jedoch daran, dass sich die Parteien nicht über den Bau einer Turnhalle einigen konnten.<sup>539</sup> Ebenso scheiterte die Einbindung Beiersdorfs an eine noch zu bildende Westgemeinde. Hier fürchtete man vom eigentlichen Verwaltungszentrum jenseits des Callenberger Forstes in Weitramsdorf zu weit abgeschnitten zu sein.<sup>540</sup> Das brachte schließlich die Stadt Coburg auf den Plan. Im Februar 1971 wurde Oberbürgermeister Stammberger von der oberfränkischen Bezirksregierung aufgefordert, Vorschläge für einzugliedernde Randgemeinden zu unterbreiten. Die Wahl fiel u. a. auf Beiersdorf. In dem 712 Hektar großen Gemeindegebiet sah die Stadt die Chance, den herrschenden Flächenmangel für Wohn- und Gewerbebetriebe zu beheben und die Einwohnerzahl zu steigern. Zudem verwies man auf den Callenberger Forst als wertvolles Wald- und Naherholungsgebiet für die Stadt.<sup>541</sup> Das bayerische Innenministerium schien aber von der Coburger Wahl überrascht worden zu sein. Schließlich schlug man im ersten Verordnungsentwurf das Dorf noch dem Landkreis zu. Der Vorschlag führte wohl von Seiten des Ministeriums zu einer Überprüfung

<sup>536</sup> Coburger Tageblatt vom 28.1.2016 und 20.1.2017; Neue Presse Coburg vom 21.8.2018.

<sup>537</sup> StadtACo, Coburgica XII/71, S. 24; COBURGER TAGEBLATT, 25 Jahre Gebietsreform (wie Anm. 220), S. 5.

<sup>538</sup> Coburger Tageblatt vom 4.11.1966.

<sup>539</sup> ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 50; COBURGER TAGEBLATT, 25 Jahre (wie Anm. 220), S. 5; BÜTTNER, Stadt (wie Anm. 240).

<sup>540</sup> BÜTTNER, Stadt (wie Anm. 240). Zur Westgemeinde siehe auch den Beitrag zu Scheuerfeld.

<sup>541</sup> KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 25, 28; ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 50.



der Ortsverhältnisse und zu weiteren Gesprächen. Das Ergebnis war eine Kehrtwende. Ende März 1971 bat das Innenministerium die Stadt darum, die Eingemeindung von Beiersdorf zu beantragen und auf einen möglichst schnellen Eingliederungstermin zu drängen. Als Termin für die Eingemeindung wurde der 1. Juli 1971 vorgeschlagen. Das Ministerium begründete die Meinungsänderung mit der Gefährdung des öffentlichen Wohls, welches auch die Änderung der Landkreisgrenze rechtfertigte. Als Gefährdung des öffentlichen Wohls sah das Ministerium u. a. das Fehlen der Trinkwasserleitung, den nicht vorhandenen Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr der Stadt, die fehlende Erdgasversorgung oder die strukturellen Defizite bei den Beiersdorfer Sportstätten an. Dabei verwies das Ministerium auf eine noch zu bauende Turnhalle und die Anlegung eines Handball-Hartplatzes hin.<sup>542</sup> Diesen Rückstand an moderner Infrastruktur konnte wohl nach Vorstellung der Behörde nur die Stadt Coburg auflösen. Das war auch die Meinung im Coburger Rathaus.<sup>543</sup> Nachdem nun seitens der Regierung grünes Licht für eine Eingemeindung nach Coburg gegeben wurde, entschied der Gemeinderat am 13. April 1971 einstimmig, Verhandlungen mit der Vestestadt aufzunehmen. Auch der Coburger Stadtrat stimmte zwei Tage später für die Aufnahme von Gesprächen. Die folgenden Eingemeindungsverhandlungen waren bis Mitte Juni abgeschlossen, sodass am 2. Juli 1971 der Eingliederungsvertrag unterzeichnet werden konnte. Der offizielle Antrag der Stadt Coburg zur Eingemeindung an das Innenministerium erfolgte Mitte September. Anfang Oktober bestätigte die Münchner Behörde offiziell die Eingliederung und nahm sie in den zweiten Verordnungsentwurf auf. Zeitgleich ordnete die Regierung von Oberfranken eine Volksabstimmung über die Eingemeindung zum 10. Oktober 1971 an. Bei einer Wahlbeteiligung von 70,1 Prozent stimmten 91,1 Prozent der Wähler für einen Anschluss an Coburg. Der ursprüngliche Eingemeindungstermin zum 1. Juli 1971 ließ sich allerdings in der Kürze der Zeit nicht mehr realisieren. Es kam daher erst zwölf Monate später, am 1. Juli 1972, zur Eingemeindung.<sup>544</sup>

### 9.7.1 Die Vereinbarungen mit der Stadt Coburg

Der Eingemeindungsvertrag garantierte zunächst die Übernahme des Vermögens und der Gemeindeschulden durch die Stadt Coburg. Die Grund- und Gewerbesteuersätze wurden für sieben Jahre beibehalten. Erst danach sollten die Hebesätze auf städtisches Niveau angepasst werden. Eine Abweichung von dieser Vereinbarung war nur dann vorgesehen, wenn der Gesetzgeber in diesen sieben Jahren neue Sätze einführen sollte. Ebenfalls unangetastet blieb die Hundesteuer. Erst für 1979 war hier die Anpassung an das städtische Abgabenniveau geplant. Bis 1982 akzeptierte die Stadt auch noch Hausschlachtungen. Zudem regelte der Vertrag die Reinigung der Straßen. Die Bewohner wurden für 20 Jahre nicht an die städtische Straßenreinigung angeschlossen. Diese Frist konnte verkürzt werden, wenn zwingende Gründe des Gemeinwohls den Anschluss erforderten. Bis dahin musste die Stadt auf Bitten des Bürgervers, Reinigungsbesen zur Verfügung stellen. Diese konnten von den Dorfbewohnern an die

<sup>542</sup> KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 16 f.

<sup>543</sup> KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 28.

<sup>544</sup> StadtACo, U 306, Eingemeindungsvertrag Beiersdorf, Coburg, 2.7.1971; Coburger Tageblatt vom 11.10.1971; ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 69; KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 39, 42.

vorhandenen Traktoren angeschlossen und damit zur Straßenreinigung eingesetzt werden. Damit trugen die Vertragsparteien den besonderen Verhältnissen der landwirtschaftlichen Betriebe mit ihren langen Straßenfronten Rechnung. Der gemeindliche Pflug zur Schneeräumung ging laut Vertrag in städtisches Eigentum über. Allerdings konnte die Räumung der Straßen durch einen Dorfbewohner versehen werden. Er musste aber die Arbeit ordnungsgemäß durchführen und eine angemessene Vergütung erhalten. Ebenfalls geregelt wurde die Müllabfuhr, die weiterhin durch ein Privatunternehmen erfolgte. Die bisherige Beiersdorfer Entwässerungssatzung blieb vorbehaltlich einer nötigen Änderung oder Erneuerung in Kraft. Die Möglichkeit einer einheitlichen Satzung im Stadtgebiet wurde dabei für die Zukunft nicht ausgeschlossen.<sup>545</sup> Die Freiwillige Feuerwehr erhielt eine Bestandsgarantie, solange es auch in Coburg eine solche Einrichtung gäbe. Auch sicherte die Stadt zu, die erforderliche Ausrüstung nach dem Stand der anderen Vorort-Löschzüge zu finanzieren. Die Stadt zahlte zudem den Mitgliedern des Feuerwehrvereins eine Ablöse für deren eingebrachten Gegenstände. Abgeschafft wurde die Feuerschutzabgabe, die es in Coburg nicht gab. Schließlich versprach die Stadt, die Löschwasserverhältnisse den Erfordernissen vor Ort anzupassen und zur Verbesserung des Warnsystems eine Notrufsäule aufzustellen.<sup>546</sup>

Gefördert wurde seitens der Stadt die Gründung eines Bürgervereins, der als Nachfolger für Gemeinderäte und Bürgermeister, die Interessen des Ortes vertreten sollte. Dies galt insbesondere bei der Bauleitplanung der Stadt. Hier sollte der Bürgerverein im Vorfeld gehört werden. Damit kam dem Verein eine zentrale Aufgabe zu. Denn es war schon 1971 abzusehen, dass die Stadt das Beiersdorfer Gemeindegebiet zum Bau neuer Wohn- und Gewerbegebiete dringend benötigt und daher größere Baumaßnahmen anstanden. Die bisherigen Bebauungspläne blieben dabei in Kraft. Der Bürgerverein sollte sich auch an der Gestaltung der Dorfstraßen beteiligen. Im Benehmen mit dem Verein wollte die Stadt je nach Verkehrsbedürfnis die Straßen mit Gehsteigen (ein- oder zweiseitig) versehen, die bisher noch nicht vorhanden waren. Zum weiteren Ausbau gehörte die Befestigung, Verbreiterung oder Verlängerung der Fahrbahn, die Anlegung von Schrammborden und die Aufbringung von Teerdecken. Zur Unterstützung seiner Arbeit sagte die Stadt dem Bürgerverein auf 20 Jahre, also bis 1992, eine jährliche finanzielle Hilfe in Höhe von 750 DM zu.<sup>547</sup> Neben den Bürgervereinen entstanden als Ersatz für die Gemeindeämter Ortskanzleien. Diese sollten für zehn Jahre die Aufgaben eines Amtes für Bürgerhilfe übernehmen. Das hierfür benötigte Personal wurde aus dem bisherigen Verwaltungsapparat der Gemeinde übernommen. Je nach Wunsch der Bürger konnte die Tätigkeit der Ortskanzlei verkürzt oder verlängert werden.<sup>548</sup>

Ein weiteres Thema in den Verhandlungen war der Bau einer Trinkwasserleitung für Beiersdorf. Dafür sollte der Ort 1973/74 an die städtische Wasserversorgung angeschlossen werden. Die bisher genutzten Privatbrunnen zur Trinkwasserversorgung blieben für Garten-

---

<sup>545</sup> StadtACo, U 306, Eingemeindungsvertrag Beiersdorf, Coburg, 2.7.1971, S. 1 ff., 8.

<sup>546</sup> StadtACo, U 306, Eingemeindungsvertrag Beiersdorf, Coburg, 2.7.1971, S. 3 f.

<sup>547</sup> StadtACo, U 306, Eingemeindungsvertrag Beiersdorf, Coburg, 2.7.1971, S. 2, 4, 6.

<sup>548</sup> StadtACo, U 306, Eingemeindungsvertrag Beiersdorf, Coburg, 2.7.1971, S. 4.

und Agrarbetriebe weiterhin zulässig.<sup>549</sup> In Zusammenhang mit dem Bau der Wasserleitung sollte auch der Dorfbach, der sogenannte Hofgraben entlang der Beiersdorfer Straße verrohrt, begradigt und teilweise verbreitert werden. Die Stadt erklärte sich bereit, die Kosten dafür zu übernehmen und zugleich die begradigte Strecke des Baches käuflich zu erwerben, sofern alle Anlieger dazu gegen ein angemessenes Entgelt bereit sind. Auch wurde den Landwirten eine Überfahrmöglichkeit in Aussicht gestellt, damit diese den Bach mit ihren Fahrzeugen überqueren konnten.<sup>550</sup> Des Weiteren sagte die Stadt zu, die Kosten für den Unterhalt des Hochwassergrabens zu übernehmen und in die Beiersdorfer Sportstätten zu investieren. Dazu gehörte die finanzielle Unterstützung (ein Drittel der Bausumme) für den geplanten neuen Handball-Hartplatz. Im Fall, dass der TSV Beiersdorf den Bau einer Turnhalle plane, erklärte sich die Stadt bereit, die Baukosten zu einem Drittel zu zahlen. Finanzielle Unterstützung sollten aber auch andere Vereine und Organisationen erhalten, vorausgesetzt sie bekamen schon von der Gemeinde einen monetären Zuschuss.<sup>551</sup>

In den Gesprächen bildete auch die Verkehrsanbindung nach Coburg einen Schwerpunkt. Mit der Eingliederung sollte Beiersdorf den lang geforderten Zugang zum Stadtbusnetz bekommen. Der Vertrag regelte den Fahrtarif, die Linienführung über die Beiersdorfer Straße und die Farm Callenberg sowie den Tag der Einführung der neuen Linie. Geplant waren zudem zwei Haltestellen mit Wartehallen.<sup>552</sup>

Thematisiert wurde neben dem Bau eines Kinderspielplatzes auch der Erhalt der Schule, wofür sich die Stadt einsetzen wollte. Der Zweckverband mit Meeder sollte aufgelöst und die Schüler der höheren Jahrgangsstufen nach Coburg eingeschult werden. Die Stadt verpflichtete sich auch, die Busverbindungen, die Schulwege und überhaupt die Schulverhältnisse für die Kinder so günstig wie möglich zu gestalten. Dabei sollten die Kosten für die Beförderung der Schüler vollumfänglich auf die Stadt übergehen. Bezüglich der Lehrerwohnungen im Schulhaus versicherte die Stadt, in den ersten sieben Jahren nach Inkrafttreten der Eingemeindung eine Mieterhöhung nur im gleichen Prozentsatz durchzuführen, wie sie bei städtischen Dienstwohnungen erfolgt. 1979 sollte die Miete für die Wohnungen endgültig auf Ortsniveau angehoben werden.<sup>553</sup>

Schließlich beinhaltete der Eingemeindungsvertrag einige Einzelpunkte, wie die Bestätigung der Friedhofsordnung, die Festlegung der Erschließungsbeiträge oder den Unterhalt für Wald- und Feldwege. Der letzte Verhandlungspunkt bezog sich auf den Erhalt der Poststelle, wofür sich die Stadt nachhaltig bei der Bundespost einsetzen wollte. Allerdings gelang es

---

<sup>549</sup> StadtACo, U 306, Eingemeindungsvertrag Beiersdorf, Coburg, 2.7.1971, S. 5.

<sup>550</sup> StadtACo, U 306, Eingemeindungsvertrag Beiersdorf, Coburg, 2.7.1971, S. 5, 7. Die Verrohrung des Hofgrabens im östlichen Dorfbereich unterblieb aufgrund der topografischen Verhältnisse.

<sup>551</sup> StadtACo, U 306, Eingemeindungsvertrag Beiersdorf, Coburg, 2.7.1971, S. 5 f., 9.

<sup>552</sup> StadtACo, U 306, Eingemeindungsvertrag Beiersdorf, Coburg, 2.7.1971, S. 7 f.

<sup>553</sup> StadtACo, U 306, Eingemeindungsvertrag Beiersdorf, Coburg, 2.7.1971, S. 7 ff.

dadurch langfristig nicht, die Poststelle zu erhalten. Sie wurde zuletzt als Postagentur betrieben und 2001 geschlossen. Seitdem befindet sich die nächste Poststation in Neuses.<sup>554</sup>

### 9.7.2 Reaktion des Landkreises

Gelassen reagierte der Landkreis auf die Eingemeindungsbestrebungen von Beiersdorf. Zwar zeigten sich Landratsamt und Kreistag von der plötzlichen Entscheidung des Innenministeriums überrascht, den Ort nach Coburg einzugemeinden. Laute Proteste gab es dagegen aber nicht. Viel mehr obsiegte die Vernunft. Kreistag und Landratsamt wussten, dass die Stadt Coburg geeignete Flächen für Wohnbebauung und für Industrieansiedlungen benötigte. Diese standen in Beiersdorf zur Verfügung. Der Kreis war deshalb bereit, die Gemeinde abzugeben. Allerdings hoffte man, dass stattdessen die Stadt auf die wirtschaftlich prosperierenden Orte Scheuerfeld und Creidlitz verzichten würde. Diese Hoffnungen zerschlugen sich jedoch bald. Die Umgliederung von Beiersdorf nahm man aber zum Anlass, auf die daraus resultierenden Nachteile für den Landkreis zu verweisen. So würden durch den Anschluss dem Kreis jährlich 200.000 DM an Steuergelder verloren gehen. Auch würde durch die Eingliederung nach Coburg die Bildung einer leistungsfähigen Großgemeinde Meeder außerordentlich erschwert werden.<sup>555</sup> Offensichtlich dienten diese Verweise dazu, die finanziellen und politischen Forderungen des Landkreises an anderer Stelle, Nachdruck zu verleihen.

### 9.7.3 Die Entwicklung zum Stadtteil

Die Stadt Coburg ging bereits 1971 von einem Investitionsvolumen von 3,7 Millionen DM aus, um die Infrastruktur in Beiersdorf zu verbessern. Tatsächlich investierte die Stadt bis 1997 rd. 9,8 Millionen DM in ihren neuen Stadtteil. Die Investitionen umfassten vor allem Tiefbaumaßnahmen (ca. 7,9 Millionen DM). Es folgten in den nächsten Jahren weitere Investitionen. So wurde Beiersdorf 2009 Musterstadtteil für ein flächendeckendes Glasfasernetz.<sup>556</sup> Für den Stadtteil bedeutete dies eine Weiterentwicklung der bisher vorhandenen Infrastruktur, was sich auch im Bau der Trinkwasserleitung niederschlug. Eine große Veränderung brachte die großflächige Ausdehnung des Ortes durch den Bau neuer Wohngebiete zwischen 1976 und 2000. Das führte auch zu Problemen. Davon berichtete 1997 der damalige Bürgervereinsvorsitzende Heinz Jacob. Er sprach offen die Spannungen zwischen Alteingesessenen und Neubürgern an. Letztere sind aus dem ganzen Bundesgebiet kommend nach Beiersdorf gezogen und hätten kein Interesse am Ortsgeschehen und am gesellschaftlichen Engagement. Sie wollten dort nur wohnen, während ihr eigentlicher Lebensmittelpunkt Coburg sei. Das mache die Identifizierung mit dem Stadtteil schwierig. Die Alteingesessenen feiern deshalb ihre Feste wie die Kirchweih unter sich, während die Neubürger dem distanziert gegenüberstünden. Dieses Verhalten

---

<sup>554</sup> StadtACo, U 306, Eingemeindungsvertrag Beiersdorf, Coburg, 2.7.1971, S. 3, 6, 9; FREUDENBERG [u. a.], Beiersdorf (wie Anm. 3), S. 31.

<sup>555</sup> ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 43, 45, 50 f., 63.

<sup>556</sup> COBURGER TAGEBLATT, 25 Jahre Gebietsreform (wie Anm. 220), S. 4; BÜRGERVEREIN BEIERSDORF, 40 Jahre (wie Anm. 305), S. 19; KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 26.

würde innerhalb der Dorfgemeinschaft negativ aufgefasst. Jacob gab sich aber auch zuversichtlich. Das Problem würde sich durch die zweite Generation der Neubürger lösen, die weit- aus integrationswilliger sei. Nicht von ungefähr gründete deshalb der Bürgerverein im Jahr 1996 einen Jugendclub, in welchem sich der Nachwuchs von Alt- und Neueinwohnern bis heute begegnen kann.<sup>557</sup> In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass einige identi- tätstiftende Institutionen in Beiersdorf geschlossen oder aufgegeben werden mussten. Dazu gehörte die Schließung der Volksschule 1983, deren Bestand schon 1972 gefährdet schien, die Aufgabe der Ortskanzlei 1988 und die Auflösung der Feuerwehr 2001, die im heute noch existierenden Feuerwehrverein fortlebt.<sup>558</sup> Der Bau neuer Wohnsiedlungen brachte aber auch Vorteile. Es zogen zahlreiche junge Familien nach Beiersdorf, sodass der demografische Wan- del im Ort kein Problem darstellt. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen ist hier deutlich höher als die der Rentner.<sup>559</sup>

Ein großes und facettenreiches Thema bildete nach der Eingemeindung die Verkehrssitu- ation in Beiersdorf. Zwar erhielt der Ort schon 1972 den langersehnten Anschluss an das Stadtbusnetz.<sup>560</sup> Auf der anderen Seite gingen Angebote des öffentlichen Nahverkehrs verlo- ren. So gab die Bundesbahn 1983 aufgrund sinkender Fahrgastzahlen ihren Beiersdorfer Hal- tepunkt auf und verwies auf das vorhandene Stadtbusangebot. Das Bahnhofsgelände wurde schon 1968 nach einem Brand abgerissen. Erst im Rahmen der geplanten Mobilitätswende und dem Ausbau des Angebots im öffentlichen Nahverkehr im ländlichen Raum wurde der Beiersdorfer Bahnhof im Dezember 2020 reaktiviert. Die Kosten von 1,1 Millionen Euro übernahmen der Freistaat Bayern und die Deutsche Bahn AG.<sup>561</sup> Zu einem großen Problem entwickelte sich dagegen der Durchgangsverkehr. Schon 1966 forderte die Gemeinde vom Landratsamt den Bau einer Umgehungsstraße. Diese Ortsumgehung sollte 1970 bald gebaut werden. Doch dazu kam es nicht. Stattdessen erhöhte sich das Verkehrsaufkommen weiter. Einen Schub brachte diesbezüglich die Wiedervereinigung 1989/90. Eine Lösung wurde im- mer dringlicher. Diese verzögerte sich wegen zahlreicher Klagen gegen die neue Trasse und langen Diskussionen über deren Verlauf. Erst 2019 wurde ab Wiesenfeld mit dem Bau der Ortsumgehung begonnen, die gegenwärtig (2022) noch nicht vollendet ist.<sup>562</sup> Die Gemüter hochkochen ließ aber vor allem die Planung eines Flugplatzes im Bereich Neida / Wiesenfeld ab 2007. Dies stieß in Beiersdorf auf erbitterten Widerstand. Man fürchtete um Umwelt und Natur, die eigene Wohnqualität, Lärmbelästigungen und einen höheren Durchgangsverkehr.

---

<sup>557</sup> COBURGER TAGEBLATT, 25 Jahre Gebietsreform (wie Anm. 220), S. 8; BÜRGERVEREIN BEIERSDORF, 40 Jahre (wie Anm. 305), S. 13, 17.

<sup>558</sup> BÜRGERVEREIN LÜTZELBUCH, 25 Jahre (wie Anm. 112), S. 25; HEIMATVEREIN, 25 Jahre (wie Anm. 191), S. 20; FREUDENBERG [u. a.], Beiersdorf (wie Anm. 3), S. 20, 33. Die Schließung der Volksschule erfolgte aufgrund Schülermangels.

<sup>559</sup> WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT, Wirtschaftsraum (wie Anm. 111), S. 8; BÜTTNER, Stadt (wie Anm. 240).

<sup>560</sup> BÜRGERVEREIN BEIERSDORF, 40 Jahre (wie Anm. 305), S. 16.

<sup>561</sup> Coburger Tageblatt vom 4. und 11.12.2020 sowie vom 9.5.2022.

<sup>562</sup> StACo, LRA Co 14.639, Gemeindevisitation vom 1.11.1966 und vom 24.2.1970; Coburger Tageblatt vom 2.12.2019.

Der Flugplatz sollte den bisherigen Verkehrslandeplatz auf der Coburger Brandensteinsebene ersetzen, der aufgrund der dortigen topografischen Verhältnisse nicht weiter ausgebaut werden konnte. Der Bau eines neuen Flugplatzes lag deshalb im Interesse der Stadt, des Kreises und der Industrie. Das Projekt kam aber über das Planfeststellungsverfahren nicht hinaus. 2019 wurde auf eine Realisierung verzichtet und stattdessen dem Ausbau des Bamberger Verkehrslandesplatzes in Kombination mit dem Erhalt der Brandensteinsebene den Vorzug gegeben.<sup>563</sup>

Beiersdorf stand zudem jahrzehntelang im Blickfeld der Hochwasserschützer. Um Coburg vor größeren Überschwemmungen zu schützen, ging man bereits 1978 daran, erste Planungen für den Bau eines Hochwasserrückhaltebeckens zwischen Neuses und Beiersdorf zu entwerfen. Bis 1981 waren auch schon die ersten Grundstücke für dieses Projekt aufgekauft. Es dauerte aber noch 22 Jahre, bis 2003 mit dem Bau des Beckens begonnen wurde. Dieses erhielt den Namen Goldbergsee, benannt nach dem nahe gelegenen Goldberg, auf dem der Dichter Friedrich Rückert (1788-1866) ein Gartenhaus besaß. Im Dezember 2012 waren die Bauarbeiten abgeschlossen. Die Kosten für dieses Hochwasserschutzprojekt beliefen sich auf 25,3 Millionen Euro. Seither nimmt der Goldbergsee die Hochwässer der Sulz und durch eine Überleitung auch die der Lauter auf. Der See umfasst eine ständige Wasserfläche von 71,5 Hektar, die bei Hochwasser auf 145 Hektar vergrößert werden kann. Das Speichervolumen beträgt vier Millionen Kubikmeter, während das Rückhaltevolumen rund zwei Millionen Kubikmeter umfasst. In diesem Zusammenhang mussten einige Versorgungsleitungen und die Straße von Neuses nach Beiersdorf verlegt werden. Der Goldbergsee hat sich seither zu einem beliebten Naherholungsgebiet für Spaziergänger entwickelt.<sup>564</sup>

Gekennzeichnet ist die Zeit nach 1972 auch durch den Ausbau der Sportstätten. Der im Eingemeindungsvertrag vereinbarte Bau eines Handball-Hartplatzes wurde 1974 ausgeführt. Hinzu kamen 1975 ein Kunststoff-Kleinfeldplatz und 1983 Tennisplätze. 1988 plante der TSV Beiersdorf, sein Sportheim zu erweitern und zu modernisieren. Zugleich sollten der Belag des Kleinfeldplatzes erneuert und neue Tennisplätze errichtet werden. Dies scheiterte jedoch, da das Vereinsgelände seit 1989 im Naturschutzgebiet „Glender Wiesen“ lag. Die daraus resultierenden Einschränkungen und Verbote machten einen Sportbetrieb unmöglich, was die Existenz des Vereins bedrohte. Nach vierjährigen Verhandlungen u. a. mit der Stadt Coburg und der Regierung von Oberfranken entschied sich der Verein 1993, ein neues Sportgelände an der Sulz zu errichten. Dafür gab es finanzielle Hilfe von der Stadt und anderer Organisationen. Dadurch konnte dieses Projekt relativ schnell zwischen 1995 und 2000 realisiert werden. Die Kosten für die neue Anlage und der Renaturierung der alten Sportstätte betrugen 1,3 Millionen DM.<sup>565</sup> Die Stadt förderte auch anderweitig den Beiersdorfer Sport, indem sie das frühere Schulhaus am Akazienweg den hiesigen Vereinen zur Verfügung stellte. Der TSV Beiersdorf nutzte die dortigen Räume zwischen 1994 und 2001/02 für Gymnastikübungen,

---

<sup>563</sup> Coburger Tageblatt vom 26.9. und 13.11.2019; BÜRGERVEREIN BEIERSDORF, 40 Jahre (wie Anm. 305), S. 18.

<sup>564</sup> StadtACo, Stadtchronik 1981/3 vom 3.10.1981; Coburger Tageblatt vom 23.11.2012; F. SCHUBART, Hochwasserschutz im Coburger Raum, in: Die Flußmeister. Magazin für die Wasserwirtschaft, Ausgabe 2010, S. 15 ff.

<sup>565</sup> TSV BEIERSDORF, 100 Jahre (wie Anm. 344), S. 36, 56 ff.

Tischtennisaktivitäten und Aerobicstunden.<sup>566</sup> Eine weitere Sportstätte entstand 2001 mit dem Bau einer Turnhalle für die 1988 eröffnete Rudolf-Steiner-Schule in der Farm Callenberg. Hier finden vor allem Volleyball- und Tischtennisspiele, Gymnastikstunden und Badmintonaktivitäten statt.<sup>567</sup>

Politisch partizipierte Beiersdorf bereits 1972 an der Stadtpolitik. Die Kommunalwahl vom 11. Juni des gleichen Jahres brachte insgesamt zwei Vertreter des Ortes in den Stadtrat. Die Beiersdorfer Ratsmitglieder gehörten der SPD (Ewald Höhn) und der CSU (Artur Jackisch) an. 1997 stammten drei Stadtratsmitglieder aus Beiersdorf.<sup>568</sup> Im aktuellen Stadtrat (2022) wird der Stadtteil durch zwei Stadträte repräsentiert.

### 9.8 Die Eingemeindung Scheuerfelds

Die Initiative für eine Gemeindegebietsreform ging in diesem Teil des Coburger Landes zunächst vom Landkreis aus. Ende der 1960er-Jahre fragte das Landratsamt an, ob sich nicht die Gemeinden Weidach und Scheuerfeld zusammenschließen wollten. Diese Idee scheiterte jedoch an der ablehnenden Haltung von Weidach.<sup>569</sup> Einen weiteren Vorstoß unternahm im Juni 1970 der Coburger Stadtkämmerer und spätere Oberbürgermeister Karl-Heinz Höhn (1920-2004). Bei einer Besprechung im Coburger Rathaus fragte er den Scheuerfelder Bürgermeister Rolf Lipfert, ob sich die Gemeinde einen Anschluss an Coburg vorstellen könnte. Lipfert antwortete darauf zurückhaltend. Er wies darauf hin, dass sich nur wenige Einwohner einen Anschluss an die Vestestadt vorstellen könnten und dass die strukturellen Verbindungen mit Weidach (Schule, Kirche, Wasser) stärker ausgeprägt seien als die nach Coburg. Dementsprechend sei ein Zusammengehen mit dem Nachbarort realistischer. Auch würde eine solche Eingemeindung erheblichen Widerstand des Landratsamtes nach sich ziehen. Schließlich erklärten beide Seiten, vorläufig nicht mehr über dieses Thema zu reden.<sup>570</sup> Im September 1970 schlug Landrat Klaus Groebe (1912-2001) die Gründung einer Gemeinde Eichhof vor, die aus Scheuerfeld und Weidach bestehen sollte. Zwar war man von Scheuerfelder Seite aus bereit, darüber zu verhandeln. Doch weder das Landratsamt noch die Gemeinde Weidach unternahmen weitere Schritte in diese Richtung.<sup>571</sup> Die nächste Initiative ging im Februar 1971 von der Bezirksregierung aus. Sie forderte den damaligen Coburger Oberbürgermeister Wolfgang Stammerberger (1920-1982) auf, Vorschläge zu machen, welche Randgemeinden nach Coburg eingegliedert werden sollten. Stammerberger nannte in seiner Auflistung auch Scheuerfeld. Coburg sah in dem Gemeindegebiet eine große Chance für seine weitere Entwicklung. Dort waren genug freie Flächen für neue Wohn- und Gewerbegebiete vorhanden. Zugleich besaß Scheuerfeld eine große Bedeutung für das Coburger Straßennetz. Es war damals Ziel

<sup>566</sup> TSV BEIERSDORF, 100 Jahre (wie Anm. 344), S. 14, 44 f., 58 f.

<sup>567</sup> MORSBACH / TITZ, Coburg (wie Anm. 25), S. 434; TSV BEIERSDORF, 100 Jahre (wie Anm. 344), S. 15, 53, 55; FREUDENBERG [u. a.], Beiersdorf (wie Anm. 3), S. 38.

<sup>568</sup> Adressbuch 1977 (wie Anm. 497), S. 1; COBURGER TAGEBLATT, 25 Jahre Gebietsreform (wie Anm. 220), S. 5.

<sup>569</sup> StACo, LRA Co 14.755, Nr. 23, Protokoll vom 29.6.1970.

<sup>570</sup> Ebd.

<sup>571</sup> BÄTZ [u. a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 117.

der Stadt, die westlichen Siedlungsgebiete auf der Hut, auf dem Judenberg und im Küregrund über Straßen miteinander zu verbinden. Um diesen Plan realisieren zu können, benötigte man seinerzeit Scheuerfelder Gemeindegebiet. Eine Eingliederung kam deshalb für Coburg gelegen, zumal beide Orte auf Höhe der 1935 angelegten Tiefenstein-Siedlung bereits miteinander verwachsen waren.<sup>572</sup> Zeitgleich nahm auch das Landratsamt sich der Sache wieder an. Die Behörde lud am 3. März 1971 die Gemeinden Altenhof, Weitramsdorf, Weidach, Scheuerfeld und Beiersdorf zu einer gemeinsamen Sitzung ein. Ziel des Treffens sollte es sein, eine sogenannte Westgemeinde zu gründen. Allerdings kam ein dementsprechender Beschluss nicht zustande, sodass das Landratsamt für Anfang April 1971 zu einer weiteren Sitzung einlud. Bis dahin blieb die Stadt Coburg aber nicht untätig.<sup>573</sup> Schon eine Woche vor dem geplanten Treffen der fünf Gemeinden bat Oberbürgermeister Stammberger um ein Treffen mit Bürgermeister Lipfert. Es ging dabei um eine Eingemeindung nach Coburg. Dieses Treffen fand am 31. März 1971 in der Scheuerfelder Schule statt. Einen Tag zuvor erhielt der Oberbürgermeister einen Schnellbrief des bayerischen Innenministeriums, in welchem stand, die Stadt möge die Eingemeindung von Scheuerfeld aus Gründen des öffentlichen Wohls zum 1. Juli 1971 beantragen. Als Gründe dafür wurden der weitere Ausbau der schulischen Strukturen (Renovierung des Schulhauses, Bau einer Turnhalle), die Verbesserung des Straßennetzes und die finanzielle Unterstützung des Kindergartens genannt. Zugleich fehlte es an einem Kinderspielfeld, dessen Bau durch die Stadt Coburg finanziert werden sollte. Durch die Stellungnahme des Innenministeriums war eine Entscheidung bezüglich der Eingliederung bereits vor den ersten Gesprächen gefallen. In den Verhandlungen schlug Coburg den Anschluss Scheuerfelds an die Vestestadt nach Vorbild von Lützelbuch vor.<sup>574</sup> Offensichtlich muss dieses Angebot einen bleibenden Eindruck in Scheuerfeld hinterlassen haben. War man davor geneigt, sich einer Westgemeinde anzuschließen, so änderte sich die Meinung des Gemeinderats grundlegend. Noch aber wollten die Gemeinderäte sich beide Optionen offenhalten. Auf dem zweiten Treffen der fünf Gemeinden am 7. April 1971 erklärten die Scheuerfelder Vertreter ihre Situation. Das Landratsamt empfahl der Gemeinde daraufhin, sich bis zum 15. April 1971 zu entscheiden, ob sie nach Coburg gehen oder mit den anderen Dörfern eine Westgemeinde bilden wolle. Daraufhin entschied der Scheuerfelder Gemeinderat am 13. April 1971, Verhandlungen mit Coburg aufzunehmen. Zwei Tage später beschloss der Coburger Stadtrat, bei der Regierung von Oberfranken die Eingemeindung Scheuerfelds zu beantragen. So begannen Mitte Juni 1971 die Eingemeindungsgespräche zwischen beide Parteien. Nach zähem Ringen konnten Ende Juli die Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden. Der fertige Eingemeindungsvertrag kam Anfang August 1971 zur Beratung und Entscheidung in beide Kommunalparlamente. Dort wurde er jeweils mit großer Mehrheit angenommen, sodass am 26. August 1971 der Vertrag im Coburger Kongreßhaus von beiden Bürgermeistern unterzeichnet werden konnte.<sup>575</sup> Die Bevölkerung blieb in der Frage der Eingemeindung zwiegespalten. Am liebsten wäre es den meisten gewesen, wenn Scheuerfeld eigenständig geblieben wäre. Schließlich habe

---

<sup>572</sup> KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 8, 28, 34, 36.

<sup>573</sup> BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 117 f.

<sup>574</sup> KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 16, 18; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 118.

<sup>575</sup> ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 70; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 118 ff.



man in den Jahren vor 1971 viel Geld in die Infrastruktur des Ortes investiert, um die Unabhängigkeit erhalten zu können. Auch eine Verwaltungsgemeinschaft mit Weidach, die von vielen Scheuerfeldern begrüßt wurde, ließ sich aufgrund der ablehnenden Haltung des Innenministeriums nicht mehr realisieren. Vor die Wahl gestellt, zwischen einer Westgemeinde und der Eingliederung nach Coburg entscheiden zu müssen, tendierten viele Scheuerfelder für letztere Option. Dies zeigt sich an der Volksabstimmung über die Eingemeindung, die auf Weisung der Regierung von Oberfranken am 10. Oktober 1971 durchgeführt wurde. Bei einer Wahlbeteiligung von 68,7 Prozent stimmten 65,7 Prozent der Wähler für einen Anschluss an Coburg. Aufgrund der Kürze der Zeit ließ sich der ursprüngliche Eingemeindungstermin zum 1. Juli 1971 nicht mehr realisieren. Es kam daher erst ein Jahr später am 1. Juli 1972 zur Eingemeindung.<sup>576</sup>

### 9.8.1 Die Vereinbarungen mit der Stadt Coburg

Der Eingemeindungsvertrag garantierte zunächst die Übernahme des Vermögens und der Gemeindeschulden durch die Stadt Coburg. Die Grund- und Gewerbesteuersätze wurden für sieben Jahre beibehalten. Erst danach sollten die Hebesätze auf städtisches Niveau angepasst werden. Eine Abweichung von dieser Vereinbarung war nur dann vorgesehen, wenn der Gesetzgeber in diesen sieben Jahren neue Sätze einführen sollte. Ebenfalls unangetastet blieb die Hundesteuer. Erst für 1979 war hier die Anpassung an das städtische Abgabenniveau geplant. Bis 1982 akzeptierte die Stadt auch Hausschlachtungen, die auf dem Land weitverbreitet waren. Der Vertrag regelte die Reinigung der Straßen. So wurden die Bewohner für 20 Jahre nicht an die städtische Straßenreinigung angeschlossen. Die Frist konnte verkürzt werden, wenn zwingende Gründe des Gemeinwohls den Anschluss erforderten. Bis dahin musste die Stadt laufend, auf Bitten des Bürgervereins, Reinigungsbesen zur Verfügung stellen. Diese konnten von den Dorfbewohnern an die vorhandenen Traktoren angeschlossen und damit zur Straßenreinigung eingesetzt werden. Damit trugen die Vertragsparteien den besonderen Verhältnissen der landwirtschaftlichen Betriebe mit ihren langen Straßenfronten Rechnung. Ebenfalls geregelt wurde die Müllabfuhr, die weiterhin durch ein Privatunternehmen erfolgte.<sup>577</sup>

Die Freiwillige Feuerwehr erhielt eine Bestandsgarantie, solange es auch in Coburg eine solche Einrichtung gäbe. Auch sicherte die Stadt zu, die erforderliche Ausrüstung nach dem Stand der anderen Vorort-Löschzüge zu finanzieren. Die Stadt zahlte zudem den Mitgliedern der Feuerwehrvereine eine Ablöse für deren eingebrachten Gegenstände. Abgeschafft wurde die Feuerschutzabgabe, die es in Coburg nicht gab. Schließlich versprach die Stadt, die Löschwasserverhältnisse den Erfordernissen vor Ort anzupassen und zur Verbesserung des Warnsystems eine Notrufsäule aufzustellen.<sup>578</sup>

<sup>576</sup> Coburger Tageblatt vom 11.10.1971 und 1.7.1972; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 119; KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 41; ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 69.

<sup>577</sup> StadtACo, U 307, Eingemeindungsvertrag Scheuerfeld, Coburg, 28.7.1971, S. 1 ff.

<sup>578</sup> StadtACo, U 307, Eingemeindungsvertrag Scheuerfeld, Coburg, 28.7.1971, S. 3 f.

Gefördert wurden seitens der Stadt die Gründung eines Bürgervereins, der als Nachfolger für Gemeinderäte und Bürgermeister, die Interessen des Ortes vertreten sollte. Dies galt insbesondere bei der Bauleitplanung der Stadt, wobei die bisherigen Bebauungspläne in Kraft blieben. Hier sollte der Bürgerverein im Vorfeld gehört werden. Im Eingemeindungsvertrag wurde dies weiter präzisiert. So war der Bürgerverein an der Ausgestaltung neuer Gehsteige (ein- oder zweiseitig) beteiligt und konnte dabei Einfluss auf die Reihenfolge der Realisierung nehmen. Zum weiteren Ausbau gehörte die Befestigung, Verbreiterung oder Verlängerung der Fahrbahn, die Anlegung von Schrammborden und die Aufbringung von Teerdecken. Zur Unterstützung seiner Arbeit sagte die Stadt dem Bürgerverein auf 20 Jahre eine jährliche finanzielle Hilfe in Höhe von 1000 DM zu.<sup>579</sup> Neben den Bürgervereinen entstanden als Ersatz für die Gemeindeämter Ortskanzleien. Diese sollten für zehn Jahre die Aufgaben eines Amtes für Bürgerhilfe übernehmen. Das hierfür benötigte Personal wurde aus dem bisherigen Verwaltungsapparat der Gemeinde übernommen. Je nach Wunsch der Bürgerversammlungen konnte die Tätigkeit der Ortskanzlei verkürzt oder verlängert werden.<sup>580</sup>

Großes Augenmerk wurde auf den weiteren Ausbau der sozialen Infrastruktur gelegt. Die Stadt verpflichtete sich, das Schulgebäude an der Hirtengasse alsbald zu überholen, dieses den veränderten Bedürfnissen durch Um- oder Ausbau anzupassen und die Renovierung, soweit erforderlich, auf andere Gebäudeteile zu erstrecken. Dadurch sollte ein zweckmäßig gestaltetes Schulhaus entstehen. Der Stadt oblag dabei die Aufgabe, sofort nach der Eingemeindung die erforderlichen Genehmigungen und staatlichen Zuschüsse zu beantragen. Den Scheuerfelder Unterhändlern ging es bei dem Thema auch um Detailfragen. So setzten sie durch, dass eine Hausmeisterwohnung und ein größerer Raum für die Gemeindebibliothek als Außenstelle der Coburger Stadtbücherei im Schulhaus entstehen. Außerdem übernahm die Stadt die Aufgabe, neben der Schule einen Pausenhof und einen Spielplatz mit Hartfläche in einer Größe von 45 x 20 Meter anzulegen. Bezüglich des Erhalts des Schulstandortes sollte die Stadt bei der Regierung eine Regelung anstreben, dass die Volksschüler die Scheuerfelder Schule weiterhin besuchen können. Eine spätere Änderung wurde damit aber nicht ausgeschlossen. Auch sollte fortan den Scheuerfelder Schülern der Zugang zu einer möglichst günstig gelegenen Hauptschule, wenn möglich in Coburg, offenstehen. Die Stadt verpflichtete sich, die Busverbindungen, die Schulwege und die Schulverhältnisse für die Kinder in der Gemeinde so günstig wie möglich zu gestalten. Dabei sollten die Kosten für die Schülerbeförderung vollumfänglich auf die Stadt übergehen.<sup>581</sup>

Neben der Schule war der Bau der Turn- und Sporthalle ein zentrales Thema der Verhandlungen. Die Stadt garantierte etwaige Finanzierungslücken, die schon 1971 einen Betrag von rd. 250.000 DM ausmachten, zu schließen und dem TSV Scheuerfeld als Eigentümer ein angemessenes Entgelt für Hallenbenutzung zu zahlen. Die Sporthalle sollte auch für den Turnunterricht der Grundschule offenstehen. Wie in Lützelbuch ging die Stadt auch in diesem Fall

---

<sup>579</sup> StadtACo, U 307, Eingemeindungsvertrag Scheuerfeld, Coburg, 28.7.1971, S. 2, 4, 6 f.

<sup>580</sup> StadtACo, U 307, Eingemeindungsvertrag Scheuerfeld, Coburg, 28.7.1971, S. 4.

<sup>581</sup> StadtACo, U 307, Eingemeindungsvertrag Scheuerfeld, Coburg, 28.7.1971, S. 5 f.

davon aus, dass die Einrichtung eine rentable Auslastung erreichen werde.<sup>582</sup> In Bezug auf die Kleinkinderbetreuung versicherte die Stadt, eine Vergrößerung des Kindergartens finanziell zu unterstützen. Es sollten dadurch zusätzliche 30 bis 50 Plätze entstehen. Zudem garantierte man den Bau eines Spielplatzes, sobald eine geeignete Fläche dafür zur Verfügung stünde.<sup>583</sup>

Einen großen Themenblock umfasste auch das Straßenwesen. Neben der Regelung der Erschließungsbeiträge für Straßenanlieger befasste sich der Vertrag mit dem erforderlichen Teil- und Vollausbau innerörtlicher Fahrbahnen, den die Stadt leisten musste. Welche Straßen davon betroffen waren, regelte der Eingemeindungsvertrag. Zugleich übernahm Coburg die Aufgabe, die Straßenbeleuchtung zu ergänzen, wenn diese unzureichend vorhanden wäre. Der Unterhalt der gemeindeeigenen, ausgebauten öffentlichen Feld- und Waldwege oblag fortan ebenfalls der Stadt. Die nichtausgebauten Feld- und Waldwege der Gemeinde sollten unter Berücksichtigung der Dringlichkeit in den nächsten Jahren verbessert werden. Einen separaten Punkt bildete der Ausbau der Ortsverbindungsstraße nach Hergramsdorf durch den Mühlengrund. Diese sollte auf eine Länge von ca. 1700 Metern mit Ausweichstellen befestigt werden. Dazu gehörte auch, die Straße mit einem Unterbau zu versehen und sie einschließlich einer Teerdecke auszubauen.<sup>584</sup>

Zuletzt verhandelten die Vertragsparteien über Einzelpunkte. Dabei ging es um die finanzielle Unterstützung von Vereinen und sonstigen Organisationen, die bisher Zuwendungen von der Gemeinde erhielten, und die Übernahme der Kfz-Gebühren durch die Stadt Coburg, die durch die Ummeldung vom Land in die Stadt anfiel.<sup>585</sup> Alle vereinbarten Maßnahmen sollten, wenn nichts anderes festgelegt wurde, innerhalb von zehn Jahren realisiert werden. Eine Ausnahme bildeten die Tiefbaumaßnahmen, welche bis 1987 in möglichst gleichmäßiger und in einer nach Dringlichkeit abgestuften Reihenfolge auszuführen waren. Eine Verlängerung der oben genannten zeitlichen Fristen war nur dann gestattet, wenn in den genannten Zeiträumen Maßnahmen notwendig wurden, die der Eingemeindungsvertrag nicht erfasste, aber vorrangig durchgeführt werden mussten.<sup>586</sup>

### 9.8.2 Reaktion des Landkreises

Dem Landkreis waren die Coburger Bemühungen um Scheuerfeld nicht unbekannt geblieben. Als die Vestestadt im Februar 1971 den Ort gegenüber der Regierung von Oberfranken zur Eingemeindung vorschlug, meinte Bürgermeister Lipfert, dass der Landkreis in diesem Fall erbitterten Widerstand leisten würde. Landrat Groebe hatte diesbezüglich schon Wege bei der Bezirksregierung eingeleitet. Schließlich ging es dabei um den möglichen Verlust von 200.000 DM an Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen. Zudem forcierte das Landratsamt massiv die Gründung einer Westgemeinde. Diesen Bestrebungen erteilte Scheuerfeld Mitte April 1971

<sup>582</sup> StadtACo, U 307, Eingemeindungsvertrag Scheuerfeld, Coburg, 28.7.1971, S. 5; MATTERN, Dörfer (wie Anm. 1), S. 217.

<sup>583</sup> StadtACo, U 307, Eingemeindungsvertrag Scheuerfeld, Coburg, 28.7.1971, S. 6.

<sup>584</sup> StadtACo, U 307, Eingemeindungsvertrag Scheuerfeld, Coburg, 28.7.1971, S. 6 f.

<sup>585</sup> StadtACo, U 307, Eingemeindungsvertrag Scheuerfeld, Coburg, 28.7.1971, S. 7 f.

<sup>586</sup> StadtACo, U 307, Eingemeindungsvertrag Scheuerfeld, Coburg, 28.7.1971, S. 8.

eine Absage. Der Landkreis kämpfte dennoch weiter um die Gemeinde. So versuchte Landrat Groebe, die Gemeinderäte umzustimmen und diese für die Westgemeinde zu gewinnen. Dies scheiterte aber.<sup>587</sup> Eine andere Form des Widerstands waren Protestnoten. Als die bayerische Staatsregierung Anfang Juli 1971 eine Broschüre über die Gebietsreform herausbrachte und darin Scheuerfeld der Stadt Coburg zuwies, protestierte der Kreistag energisch gegen die Eingemeindung. Das Gremium argumentierte, dass ohne Scheuerfeld die Bildung einer ausreichend großen Westgemeinde mit 5000 Einwohnern zwischen Coburg und der innerdeutschen Grenze unmöglich sei. Auch fürchtete der Kreistag, dass sich weitere Dörfer für eine Eingemeindung nach Coburg entscheiden könnten. Hier wurde vor allem Weidach genannt, das sich durchaus mit diesem Gedanken trug. Zudem gäbe es enge strukturelle Bindungen nach Weitrandsdorf (Schulverband) und Weidach (Kirche, Wasserversorgung), was für ein Zusammengehen der Ortschaften sprechen würde. Dagegen existiere nicht einmal ein enger siedlungsmäßiger Zusammenhang mit Coburg, sodass eine Umgliederung Scheuerfelds dorthin unsinnig wäre. Der Kreistag ging aber noch einen Schritt weiter und forderte die Staatsregierung auf, zu der noch zu bildenden Westgemeinde die zu Coburg gehörende Siedlung Tiefenstein dazuzuschlagen, da diese ja baulich mit Scheuerfeld verbunden sei.<sup>588</sup> Damit drohte ein handfester Konflikt zwischen Stadt und Landkreis. Unter diesen Bedingungen fand Mitte Juli 1971 in Scheuerfeld eine Bürgerversammlung statt, zu der Landrat Groebe und Oberbürgermeister Stammberger eingeladen waren. Beide sagten aber die Veranstaltung ab. Sie wollten so den Eindruck vermeiden, dass sie sich einander wie mittelalterliche Raubritter das Land abjagen.<sup>589</sup> Etwas versöhnlicher war die Stellungnahme des Landratsamtes Anfang August 1971. Darin verzichtete die Behörde gegenüber der Staatsregierung auf das ebenfalls zur Eingemeindung nach Coburg vorgesehene Beiersdorf. Man hoffte dadurch, Scheuerfeld für die Westgemeinde retten zu können. Ansonsten ähnelte die Argumentation des Landratsamtes der des Kreistages. Ausführlich wurde dabei auf die Notwendigkeit der Bildung einer Westgemeinde und die bereits vorhandenen Strukturen eingegangen. Diese müsse auch ohne Zustimmung der Bevölkerung gebildet werden. Auf eine Umgliederung von Tiefenstein wurde verzichtet. Stattdessen setzte sich das Landratsamt mit der Frage auseinander, ob Coburg überhaupt das Scheuerfelder Gemeindegebiet für die weitere Stadtentwicklung benötige. Schließlich habe die Vestestadt durch die Ausdehnung im Osten und Nordwesten genug Flächen vom Landkreis erhalten. Das Landratsamt schloss mit dem Resümee, dass Coburgs Flächenbedarf mit den bisherigen Eingemeindungen gedeckt sei und man deshalb Scheuerfeld gar nicht benötige. Auch wäre die Umgliederung in Bezug auf den Ausbau der Verkehrswege zwischen den westlichen Stadtteilen nicht notwendig. Abschließend vermittelte das Landratsamt den falschen Eindruck, dass Scheuerfeld eigentlich die notwendige finanzielle und wirtschaftliche Kraft besäße, eigenständig und unabhängig von Coburg zu bleiben.<sup>590</sup> Die Proteste des Kreises blieben schließlich ungehört. Scheuerfeld wurde nach Coburg eingemeindet. Es gelang

---

<sup>587</sup> Coburger Tageblatt vom 4.3.1971; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 119.

<sup>588</sup> ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 43; KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 19 ff.; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 120.

<sup>589</sup> BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 119.

<sup>590</sup> ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 44, 51 f., 64.

aber dennoch, mit der Gemeinde Weitramsdorf eine Westgemeinde zu gründen, die finanziell und ökonomisch überlebensfähig war.

### 9.8.3 Die Entwicklung zum Stadtteil

Die Stadt Coburg ging 1971 von einem Investitionsvolumen in Scheuerfeld von 4,6 Millionen DM bis zum Jahr 1987 aus. Dabei beließ man es aber nicht. Bis 1997 gab die Kommune für den Stadtteil über 16,2 Millionen DM aus. Die Investitionen umfassten vor allem Tiefbaumaßnahmen (rd. 13,8 Millionen DM).<sup>591</sup> Insgesamt ließ sich aber die Stadt mit der Erfüllung der im Vertrag vereinbarten Verpflichtungen Zeit. So legte sie den geforderten Spielplatz mit Hartfläche erst 1976 an. Die Erweiterung der Schule musste sogar bis in die 1990er-Jahre warten.<sup>592</sup> Der Ausbau der Hauptverkehrsstraßen, vor allem der Nicolaus-Zech-Straße und der Bayernstraße, begann ebenfalls erst 1976. Dabei gelang es den Scheuerfeldern, das Coburger Verkehrskonzept des „autogerechten Dorfes“ zu Fall zu bringen. Die Bewohner wollten keine gerade Rennstrecke durch ihren Ort haben. Sie verlangten stattdessen, dass die Stadt sich am historischen Verlauf der Straßen orientieren solle, was dann auch getan wurde. Dadurch konnten zahlreiche Wohnhäuser vor dem Abriss bewahrt und das historische Bild Scheuerfelds erhalten werden.<sup>593</sup> Auch die Erschließung weiterer Baugebiete ließ zunächst auf sich warten. Erst 1976 zeichnete sich hier eine sichtbare Veränderung ab, als am Eichhofweg ein Industriegebiet aus der Taufe gehoben wurde. Zahlreiche Betriebe ließen sich dort bis 1996 nieder. Die Ausweisung neuer Baugebiete erlebte erst ab 1980 eine rasante Entwicklung. So entstanden in den folgenden Jahren östlich des Ortskerns am Steinmitzig (1981), am Sändleinweg (1983) oder an der Oelsch (1997) neue Wohnviertel. Im westlichen Ortsteil wurden am Altenhofer Weg (1985) und zuletzt am Mittelberg neue Wohngebiete ausgewiesen.<sup>594</sup> In diesen Vierteln ließen sich zahlreiche Menschen nieder. Dadurch entstand eine neue Bevölkerungsgruppe, die sogenannten Neu-Scheuerfelder, die mit der alteingesessenen Dorfgesellschaft nicht immer einer Meinung waren. Dementsprechend gab es zwischen beiden Gruppen gelegentlich Spannungen. Hinsichtlich des demografischen Wandels besaß dieser Zuzug für Scheuerfeld eine enorme Bedeutung. Während 1997 noch 2238 Einwohner im Dorf lebten, stieg die Zahl bis 2009 auf 2305 an. Die Überalterung der Gesellschaft fiel dabei bisher nicht so stark ins Gewicht, wie in anderen Ortschaften.<sup>595</sup>

Insgesamt zeichnet sich Scheuerfeld durch ein großes Selbstbewusstsein und einer starken Eigen-Identität aus. Schon 1972 war die Dorfgemeinschaft der Auffassung, dass sie die noch zu leistenden Investitionen in die Infrastruktur aus eigener Kraft hätte finanzieren können. Ein Anschluss an Coburg wäre also nicht unbedingt notwendig gewesen. Auch sonst betonten

<sup>591</sup> COBURGER TAGEBLATT, 25 Jahre Gebietsreform (wie Anm. 220), S. 4; KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 25.

<sup>592</sup> COBURGER TAGEBLATT, 25 Jahre Gebietsreform (wie Anm. 220), S. 7; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 122, 177, 308.

<sup>593</sup> BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 122.

<sup>594</sup> BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 122 f.

<sup>595</sup> COBURGER TAGEBLATT, 25 Jahre Gebietsreform (wie Anm. 220), S. 7; WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT, Wirtschaftsraum (wie Anm. 111), S. 8.

die Einwohner ihre Unabhängigkeit von der Vestestadt. Von diesem Selbstbewusstsein zeugt nicht nur die im Jahr 2000 veröffentlichte Festschrift anlässlich des 900-jährigen Jubiläums der Ersterwähnung. Beide Eigenschaften finden ihren Ausdruck im Erhalt der dörflichen Infrastruktur. Dabei ist zunächst das Vereinswesen zu nennen. Dieses hat sich in seiner Vielfalt bis in die Gegenwart erhalten. Die zahlreichen Organisationen werden dabei von der gesamten Dorfgesellschaft getragen. Die dafür notwendige Infrastruktur wurde teilweise zu Zeiten vor 1972 geschaffen. Aber auch nach der Eingemeindung konnte mit städtischen Mitteln das Vereinswesen gefördert werden. Den Höhepunkt bildete dabei der Bau der neuen Sportanlage des TSV Scheuerfeld für fast eine Million DM an der Hirtengasse. Die Anlage ging 1982 in Betrieb. Hinzu kamen 1995 vier Tennisplätze mit eigenem Sportheim, die auf dem Gelände des alten TSV-Sportplatzes angelegt wurden.<sup>596</sup>

Neben den Vereinen sind Institutionen wie die Kirche, Schule und Gastwirtschaften noch heute tragende Elemente Scheuerfelder Eigenständigkeit und Selbstbewusstseins.<sup>597</sup> Wohl auch deshalb haben sich im Gegensatz zu anderen Orten die zahlreichen Gasthäuser in Scheuerfeld erhalten. Die Kirche festigte mit dem Bau des Pfarrzentrums „Haus der Jugend“ im Jahr 1977 ihre Strukturen vor Ort.<sup>598</sup> Der Kindergarten erfuhr 1985 eine wesentliche Erweiterung, womit man auch den Zuzug junger Familien nach Scheuerfeld Rechnung trug.<sup>599</sup> Daneben musste auch Scheuerfeld infrastrukturelle Verluste hinnehmen. Dazu gehörte die Auflösung der Poststelle (2016) und der Ortskanzlei (1988), der Verlust an Geschäften, die Schließung der Kläranlage (1998) oder die Auflösung der Freiwilligen Feuerwehr im Jahr 1980. Zudem kam der im Eingemeindungsvertrag geforderte Fortbestand der Gemeindebibliothek nicht zustande. In der Schule verblieb lediglich eine Kinderbücherei.<sup>600</sup> Demgegenüber kamen aber zwei wesentliche strukturelle Einrichtungen dazu. Dies waren zum einen ein Abwasser-Überlaufbecken und zum anderen ein Regenrückhaltebecken, das die Hochwassergefahr im Wohlbachgrund minimieren soll.<sup>601</sup>

Politisch partizipierte Scheuerfeld bereits 1972 an der Stadtpolitik. Die Kommunalwahl vom 11. Juni des gleichen Jahres brachte einen Vertreter des Ortes in den Stadtrat. Das erste Scheuerfelder Ratsmitglied gehörte der SPD (Kurt Schmidt bis 1990) an. Die Sozialdemokraten waren seit dem 19. Jahrhundert durch die zahlreich in Scheuerfeld lebenden Tagelöhner, Arbeiter und Kleinhandwerker in der dörflichen Gesellschaft eng verwurzelt. Schon 1901 gründete sich hier ein Ortsverein.<sup>602</sup> Die CSU stellte erstmals zwischen 1978 und 1984 mit Herbert Forkel einen Stadtrat.<sup>603</sup> Nach 1990 variierte die Zahl der aus Scheuerfeld stammenden Volksvertreter. Zwischen 1996 und 2008 stellte der Ort drei Stadträte. Von 2014 bis 2020

<sup>596</sup> EBD.; BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 287, 308; BÜTTNER, Stadt (wie Anm. 240).

<sup>597</sup> COBURGER TAGEBLATT, 25 Jahre Gebietsreform (wie Anm. 220), S. 7.

<sup>598</sup> StadtACo, Stadtchronik 1977, Nr. 93/3 vom 22.1.1977.

<sup>599</sup> BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 165.

<sup>600</sup> BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 123, 173, 261; HEIMATVEREIN, 25 Jahre (wie Anm. 191), S. 20.

<sup>601</sup> BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 123.

<sup>602</sup> BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 289 f.

<sup>603</sup> BÄTZ [u.a.], Scheuerfeld (wie Anm. 3), S. 291.

wurde Scheuerfeld von einem Ortssprecher vertreten, nachdem bei der Stadtratswahl kein Kandidat den Sprung in das Gremium geschafft hatte. Im aktuellen Kommunalparlament (2022) wird der Ort durch drei Stadträte repräsentiert. 2022 gelang es erstmals einem Scheuerfelder, dem SPD-Politiker Can Aydin, zum Bürgermeister in Coburg gewählt zu werden.

### 9.9 Gescheiterte Eingemeindungen

Im Zuge der Aufforderung der Regierung von Oberfranken an die Stadt Coburg, Vorschläge für einzugliedernde Randgemeinden vorzulegen, nannte Oberbürgermeister Stammberger im Februar 1971 zahlreiche Ortschaften in der näheren Umgebung. Die Stadt begründete dabei ihre Wahl ausführlich und fasste diese in vier Punkten zusammen:

1. Durch die Auswahl der erwähnten Randgemeinden erreicht Coburg eine Einwohnerzahl von 53.000. Damit würde die Kreisfreiheit erhalten bleiben.
2. Durch die in den Gemeinden ansässigen Gewerbebetriebe steigt die Finanzkraft der Stadt. Hier argumentierte die Vestestadt, dass sie die Hauptlast der Kosten für die kulturellen Einrichtungen trage, welche aber auch von den Menschen im Umland mitbenutzt würden. Zuschüsse vom Landkreis gäbe es dabei nicht.
3. Die Bevölkerungszahlen der Stadt nehmen ab. Ein Hauptgrund für diesen Verlust sei vor allem der Flächenmangel für Gewerbe- und Wohngebiete. Aus diesen Gründen wären schon zwei große Betriebe und zahlreiche kleinere Unternehmen aus Coburg abgewandert.

Als weitere Punkte wurden 4. aufgeführt, dass für den dringenden Ausbau der Schul- und Sportstätten ebenfalls Flächen fehlen und dass die meisten der genannten Orte bereits am Strom-, Bus- und Telefonnetz der Stadt angeschlossen seien.<sup>604</sup>

Neben den bereits erwähnten Dörfern schlug Oberbürgermeister Stammberger weitere Orte zur Eingemeindung vor, die aber beim Landkreis verblieben. Diese waren Ahorn, Dörfles-Esbach und Niederfüllbach. Einen Sonderfall bildete Bertelsdorf. Die Stadt begründete die Eingliederung dieser Orte wie folgt:

#### 9.9.1 Ahorn

Die ersten Häuser des Dorfes lagen schon 1971 direkt an der Stadtgrenze. Allerdings rechnete die Stadt damit, dass sich Ahorn in den nächsten Jahren weiter in Richtung Coburg und Wüstenahorn ausdehnen würde. Damit verstärkte sich der geografische Zusammenhang zwischen beiden Kommunen. Andererseits biete das Gemeindegebiet für die städtebauliche Entwicklung die größten Erweiterungsmöglichkeiten. Bezüglich der dörflichen Infrastruktur wäre Coburg in der Lage, die Wasserversorgung allein zu übernehmen. Die Städtischen Werke lieferten bis dahin jährlich 10.000 Kubikmeter Zusatzwasser. Zudem verwies man auf die Stadtbusverbindung, durch die Ahorn alle 40 Minuten mit der Vestestadt verbunden sei. Auch besuchen 48 Schüler aus dieser Gemeinde die weiterführenden Coburger Schulen. Diese strukturellen Verbindungen wären, so die Argumentation, eine gute Basis für eine Eingliederung.

---

<sup>604</sup> KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 9 f.

Daneben schielte Coburg auf die Einwohnerzahlen. In Ahorn lebten damals rd. 1400 Personen, die man für das Erreichen des Schwellenwertes von 50.000 Einwohnern für eine kreisfreie Stadt benötigte. Die Gemeinde selbst war allerdings nicht bereit, sich eingemeinden zu lassen. Sie konnte sich bei ihrem Bestreben auf die Unterstützung des Landratsamtes, der Bezirksregierung und des bayerischen Innenministeriums verlassen.<sup>605</sup>

### 9.9.2 Dörfles-Esbach

Hier wies Coburg auf den Umstand hin, dass die Gemeinde größtenteils schon von städtischem Gebiet umschlossen sei. Auch wären beide Orte bei der Cortendorfer Porzellanfabrik Griesbach und der BGS-Kaserne zusammengewachsen. Die städtischen Vertreter beklagten sich jedoch, dass Coburg bereits die meisten Betriebe (insgesamt neun) an Dörfles-Esbach verloren habe. Dies liege darin begründet, dass es in der Stadt keine Flächen für eine Betriebsverweiterung gäbe. Daher benötige man das Gemeindegebiet zur Ansiedlung neuer mittlerer Unternehmen. In Bezug auf die dörfliche Infrastruktur war der Ort bereits an der Coburger Kanalisation angeschlossen und wurde von den Städtischen Werken mit Gas und Wasser versorgt. Daneben verkehrte der Stadtbus alle 40 Minuten zwischen den Nachbarorten. Zudem besuchten 36 Schüler aus dieser Gemeinde die weiterführenden Schulen in Coburg. Auch sonst wären die Einwohner eindeutig in Richtung Vestestadt orientiert. Bezüglich des Erreichens der 50.000-Einwohner-Grenze konnte Dörfles-Esbach 2900 Bewohner beisteuern. Insgesamt war die Stadtverwaltung der Auffassung, dass die Gemeinde langfristig nicht überlebensfähig und deshalb ein Anschluss an Coburg unumgänglich sei.<sup>606</sup>

Das Landratsamt und die Gemeinde lehnten die Coburger Forderungen ab. Ohne den Ort wäre die Bildung einer Großgemeinde mit der gewünschten Einwohnerzahl von 5000 Personen nicht möglich, so die Kreisbehörde. Dieser Argumentation folgte auch das Innenministerium und beließ Dörfles-Esbach beim Landkreis. Allerdings nahm Coburg seine Forderungen nicht zurück. Noch 1975 bestand der Coburger Stadtrat auf eine Eingemeindung des Nachbarortes. Dabei wurden Vorwürfe laut, die Gemeinde habe sich zu Lasten der Stadt vergrößert. Allerdings fruchteten diese Bemühungen nicht.<sup>607</sup> Dörfles-Esbach blieb Teil des Landkreises und entgegen der Vermutung der Stadtverwaltung eine überlebensfähige Gemeinde.

### 9.9.3 Niederfüllbach

Eine ähnliche Argumentation führte die Stadt Coburg in Bezug auf die mögliche Eingemeindung von Niederfüllbach an. Die räumliche Nähe sei trotz fehlender gemeinsamer Gemeindegrenzen über die enge Verbindung mit Creidlitz gegeben, die zudem einen Zusammenschluss an eine andere Gemeinde nicht zulassen. Mit dem zukünftigen Coburger Stadtteil ist die Gemeinde strukturell sowieso schon verbunden, sodass eine Eingliederung sinnvoll wäre.

---

<sup>605</sup> KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 11, 31, 34, 36; LANDESAMT, Amtliches Ortsverzeichnis 1970 (wie Anm. 19), S. 151; ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 67.

<sup>606</sup> KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 13, 29, 31 ff.; LANDESAMT, Amtliches Ortsverzeichnis 1970 (wie Anm. 19), S. 152.

<sup>607</sup> ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 62 f.; KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 47.



Mit Coburg bestanden damals schulische Beziehungen. So besuchten 27 Schüler des Ortes die höheren Lehranstalten in der Vestestadt. Auch liefen Gespräche, die Schüler der 5. bis 9. Jahrgangsstufe nach Coburg zu schicken. Des Weiteren bestand zwischen Coburg und Niederfüllbach eine Stadtbuslinie und eine Stromverbindung der Städtischen Werke. Interessant waren für die städtischen Behörden auch die zahlreichen Betriebe und Verbrauchermärkte, die sich aufgrund der verkehrsgünstigen Lage angesiedelt hatten. Für den Erhalt der Coburger Kreisfreiheit konnte Niederfüllbach 1200 Bewohner mitbringen. Insgesamt war man auch hier der Auffassung, dass die Gemeinde langfristig die Kriterien für die Beibehaltung der Eigenständigkeit nicht erfüllen könne. Begründet wurde dies u. a. mit der geringen Steuerkraft von 84 DM pro Einwohner, wodurch bei einer Eingemeindung auch keine nennenswerten finanziellen Einbußen für den Landkreis auftreten würden.<sup>608</sup>

Der Landkreis und das Innenministerium sahen dies anders. Niederfüllbach wurde daher nicht nach Coburg eingemeindet. In der Gemeinde selbst war die Zukunft höchst umstritten. Bürgermeister und Gemeinderat waren gegen ein Zusammengehen. Sie präferierten eine Verwaltungsgemeinschaft mit Grub am Forst. Große Teile der Bevölkerung wollten sich jedoch der Vestestadt anschließen. Die Stadt unterstützte diese Gruppe politisch. Offiziell bestand der Stadtrat noch 1975 gegenüber dem Innenministerium auf die Eingemeindung Niederfüllbachs. Da eine Einigung zwischen den beiden Lagern nicht zustande kam, entschied man sich für einen Volksentscheid. Die Abstimmung vom 7. September 1975 brachte ein überraschendes Ergebnis. Bei einer Wahlbeteiligung von nur 48 Prozent sprachen sich 50 Prozent für die Eingemeindung nach Coburg und 50 Prozent für die Verwaltungsgemeinschaft mit Grub aus. Beide Vorschläge erhielten 296 Stimmen. Als Reaktion auf dieses Ergebnis erklärte Oberbürgermeister Stammler, dass es nicht im Interesse der Stadt sei, den Landkreis zu schwächen. Man könne über einen starken Kreis nur froh sein. Deshalb müsse auch die Ausweitung des Coburger Stadtgebiets ihre zwangsläufige Grenze finden. Von dieser Aussage war ein Teil der Dorfbewohner enttäuscht. Sie interpretierten die Ausführungen Stammlers richtigerweise, dass die Stadt die Eingemeindung Niederfüllbachs nicht mehr weiterverfolge. Man wendete sich daher der Idee der Verwaltungsgemeinschaft mit Grub zu, die dann schließlich realisiert wurde.<sup>609</sup>

#### 9.9.4 Sonderfall Bertelsdorf

Coburg forderte im Februar 1971 auch die Umgliederung der 658 Einwohner umfassenden Gemeinde Bertelsdorf und seines Ortsteils Glend aus dem Landkreis in die Stadt. Dieses Gemeindegebiet galt damals als ideal zur Ansiedlung neuer Unternehmen, die Coburg so dringend zur Steigerung seiner Finanzkraft benötigte. Auch waren die Industriegebiete von Bertelsdorf und des benachbarten Stadtteils Neues bereits zusammengewachsen. Enge strukturelle Beziehungen herrschten im Schul- und Verkehrssektor. Zu diesem Zeitpunkt besuchten

---

<sup>608</sup> KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 14, 26 ff., 31, 33.

<sup>609</sup> Neue Presse Coburg vom 9.9.1975; ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 65 ff.; KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 47-50.

sämtliche Bertelsdorfer Schüler (insgesamt 84) die Coburger Schuleinrichtungen. Zugleich besaß der Ort einen Anschluss an das Stadtbusnetz der Städtischen Werke. Geplant war zudem die Übernahme der Wasser- und Gasversorgung durch die Stadt. Allerdings gab die Stadtkämmerei schon damals zu verstehen, dass es auf die Dauer nicht zumutbar sei, derartige strukturelle Einrichtungen in Landkreisgemeinden auf Kosten der Coburger Bürgerschaft zu schaffen. Insgesamt war die Stadt der Auffassung, dass es Bertelsdorf unmöglich sein dürfte, die anfallenden Investitionsaufgaben in die örtliche Infrastruktur zu realisieren. Die Stadt war folglich bereit, in den Ausbau der Gas- und Wasserversorgung im Falle einer Eingemeindung 4,6 Millionen DM zu investieren.<sup>610</sup>

Der Landkreis lehnte in diesem Fall die Eingemeindung ab. Er verwies auf die hohe Steuerkraft von rd. 312 DM je Einwohner und dass Bertelsdorf aus diesem Grund eigenständig bleiben könne.<sup>611</sup> Die Staatsregierung sah dies jedoch anders und schlug die Gemeinde im Juli 1971 der Stadt Coburg zu. Es kam deshalb zu Eingemeindungsverhandlungen zwischen beiden Kommunen, die Mitte August 1971 erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Allerdings waren die Bertelsdorfer Bevölkerung und der Gemeinderat mit dem ausgehandelten Vertrag nicht einverstanden. Die Hauptkritik bestand darin, dass die Stadt sich geweigert hatte, innerhalb eines bestimmten Zeitraumes alle in Bertelsdorf anfallenden Steuereinnahmen nur dort zu verwenden. Die Einwohner verwiesen dabei auf die hohe Steuerkraft ihres Ortes. Mit diesem Unmut gingen die Bewohner in die am 5. September 1971 von der Bezirksregierung festgesetzte Volksabstimmung über die Eingemeindung hinein. Bei einer Wahlbeteiligung von 80,9 Prozent stimmten 79,5 Prozent der Wähler gegen einen Anschluss an Coburg und für den Erhalt der Eigenständigkeit. Der Gemeinderat bestätigte schließlich diese ablehnende Haltung.<sup>612</sup> Die Reaktion darauf war entsprechend unterschiedlich. Die Stadt forderte das Innenministerium auf, trotz der ablehnenden Haltung, die Eingemeindung zu erlauben.<sup>613</sup> Der Landkreis hingegen forderte das Ministerium auf, von einer Eingliederung nach Coburg abzusehen. Dabei verwies er auf die Ausführungen des bayerischen Innenministers Bruno Merk, bis 1976 keine Zwangsvereinigungen durchzuführen. Stattdessen schlug der Kreis die Bildung einer Großgemeinde zwischen Bertelsdorf, Dörfles-Esbach und Lautertal vor.<sup>614</sup> Das Innenministerium folgte der Argumentation des Landratsamtes und nahm die Eingemeindung nach Coburg in einem zweiten Verordnungsentwurf zurück.<sup>615</sup> Allerdings war damit noch nicht das letzte Wort gesprochen. 1975 gab die Regierung von Oberfranken zu verstehen, dass Coburg einen zweiten Versuch unternehmen sollte, Bertelsdorf einzugemeinden. Der Stadtrat stimmte dem im Dezember 1975 zu. Es begannen daraufhin erneut Verhandlungen, die diesmal erfolg-

---

<sup>610</sup> KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 12, 24, 28.

<sup>611</sup> ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 43; KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 24.

<sup>612</sup> Coburger Tageblatt vom 6.9.1971; KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 19, 40; ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 61.

<sup>613</sup> KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 40 f.

<sup>614</sup> ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 62.

<sup>615</sup> ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 74; KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 43.

reicher waren. Dabei verzichtete die Gemeinde auf die ortsgebundene Verwendung der Bertelsdorfer Steuereinnahmen. Der Eingemeindungsvertrag konnte bereits Mitte Februar 1976 abgeschlossen werden. Die offizielle Eingliederung erfolgte am 1. Januar 1977.<sup>616</sup>

#### 9.9.5 Abschluss der Eingemeindungspolitik

Mit der Eingliederung von Bertelsdorf und seines Ortsteils Glend war die Gebietsreform für die Stadt Coburg abgeschlossen. Zuvor gab es noch eine erfolgreiche Eingemeindung, die von der Regierung von Oberfranken Ende Oktober 1975 angeregt wurde. Anfang 1976 kam es deshalb zu Verhandlungen zwischen der Vestestadt und der Gemeinde Neu- und Neershof, die über 211 Einwohner verfügte. Die Gemeindeoberen mussten sich damals zwischen einer Eingliederung nach Coburg oder nach Rödental entscheiden. Zu der neuen Großgemeinde bestanden schulische und kirchliche Verbindungen (vor allem nach Einberg) sowie eine gemeinsame Wasserversorgung mit Spittelstein und Blumenrod. Dennoch neigte die Gemeinde nach Coburg, sodass mit der Unterzeichnung des Eingliederungsvertrages am 13. Februar 1976 die Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Der Ort erhielt dadurch einen Stadtbusanschluss und eine Abwasseranlage. Die Bevölkerung stimmte deshalb in einem Volksentscheid mit großer Mehrheit (88,6 Prozent) für einen Anschluss an Coburg. Die Eingemeindung erfolgte schließlich am 1. Juli 1976.<sup>617</sup>

Das Ziel, mit dieser Eingliederungspolitik die Hürde von 50.000 Einwohnern zum Erhalt der Kreisfreiheit zu überspringen, scheiterte allerdings. 1976 besaß Coburg 47.720 Bewohner und eine Fläche von 47,39 Quadratkilometern.<sup>618</sup> Allerdings wusste Oberbürgermeister Stammler seit April 1971 durch eine Mitteilung des Innenministeriums, dass Coburg auf jeden Fall kreisfrei bleibe, egal wie viele Menschen in der Vestestadt leben würden. Stammler konnte mit dieser Entscheidung sehr gut leben. Sie sparte seiner Kommune sogar Geld, denn Städte mit über 50.000 Einwohnern mussten seinerzeit die durch ihr Gebiet führenden Bundesstraßen unterhalten. Dass Coburg dennoch eine offensive Eingliederungspolitik betrieb, mag darin begründet liegen, dass die Stadtoberen trotz der Zusage aus München fürchteten, dem Landkreis zugeschlagen zu werden.<sup>619</sup> Dies geschah dann doch nicht. Dementsprechend konnten Stadt und Oberbürgermeister positiv in die Zukunft blicken.

---

<sup>616</sup> StadtACo, U 309, Eingemeindungsvertrag Bertelsdorf, Coburg, 13.2.1976; KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 50 ff.; vgl. E. HEROLD, Bertelsdorf und seine Höhe, Coburg 1997, S. 121, 128-131.

<sup>617</sup> StadtACo, U 310, Eingemeindungsvertrag Neu- und Neershof, Coburg, 13.2.1976; KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 50 ff.; O. THURN, Neu- und Neershof. Geschichte eines Dorfes vom Ursprung bis zur Gegenwart. Coburg 1980, S. 155.

<sup>618</sup> KREUZER, Entwicklung (wie Anm. 2), S. 51.

<sup>619</sup> ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 28.

## 10. ZUSAMMENFASSUNG

Welche Bedeutung die Eingemeindungen für die Stadt Coburg besaßen, erkannte schon 1972 der Journalist Werner Büttner. Unter der Überschrift „Unsere Stadt ist gerettet. Ohne diesen Zuwachs wäre Coburg in seinen Grenzen erstickt“ fasste er die Situation für die Vestestadt anschaulich zusammen:

Nach der zweiten Operation befindet sich der unheilbar krank scheinende Patient auf dem Wege der Besserung. Coburg, eine Stadt, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der verhängnisvollen Teilung Deutschlands an chronischem Bevölkerungsschwund litt und in den letzten Jahren in ihren zu eng gewordenen Grenzen zu ersticken drohte, ist seit heute „gerettet“. Die Eingemeindung der Nachbarorte Beiersdorf, Creidlitz und Scheuerfeld ließ die Einwohnerzahl der Vestestadt binnen einer Nacht von rund 43500 auf 47800 ansteigen. Noch ausgeprägter ist der „Landgewinn“: Gestern noch auf 2539 Hektar zusammengepfercht, kann sich Coburg heute schon auf 4064 Hektar breitmachen, da nicht nur die Flur der drei Nachbargemeinden, sondern auch das bislang gemeindefreie Gebiet zwischen Cortendorf und Rögen, der „Forst Nord-West“ dazukam. Der erste erfolgreiche Eingriff zur Heilung des Patienten Coburg vollzog sich am 1. Januar dieses Jahres, als die Ostgemeinden Seidmannsdorf, Lützelbuch und Rögen städtisch wurden.

Die Stadt Coburg kann aufatmen. Sie hat seit heute wieder eine Zukunft, in die man sorglos blicken kann. Vorher war es anders. Oberstadtdirektor Scheringer, der Leiter des Stadtrechenamtes, bekennt: „Wir waren mit Bauland und Industriegebieten praktisch am Ende. Daher brauchten wir die Nachbargemeinden wie das liebe Brot.“ Diese Erkenntnis führte schon Ende 1968 zu zweiseitigen Eingemeindungsverhandlungen. Und die Verträge mit Lützelbuch, Rögen und Seidmannsdorf waren ausgehandelt, noch ehe die Staatsregierung an die Kommunen herantrat und um Vorschläge für die Gebietsreform bat. Doch als sich die Chance zur weiteren Sanierung bot, war die Stadt ihre Augen auch auf die im Süden, Westen und Norden angrenzenden Gemeinden Creidlitz, Scheuerfeld, Beiersdorf und Bertelsdorf. Und ohne lange auf ein Diktat aus München zu warten, setzten sich die Fachleute der Stadtverwaltung mit den Bürgermeistern dieser Orte an einen Tisch.

Es gab Bürger in Coburg, die diese Voreiligkeit mißbilligten. Sie waren der Meinung, dass man sich die Eingemeindung nicht durch großzügige Verträge hätte erkaufen müssen, da die Orte der Stadt auch ohne diese kostspieligen Hochzeitsgeschenke zugefallen wären. Der Vorwurf, durch Investitionsversprechungen das Geld der Altbürger sinnlos verschenkt zu haben, erwies sich jedoch als falsch. Für die Nachbarorte gab es andere Alternativen, sie waren nicht gezwungen coburgisch zu werden. Und erst die Zustimmung der Gemeindebürger machte das „größere Coburg“ relativ einfach. Die Handlungsweise der Stadt (Wir brauchen neue Bürger und es sollen zufriedene Bürger sein) war richtig. Bertelsdorf, das bei den Verhandlungen zu große Ansprüche stellte, blieb selbstständig. Den Preis dafür zahlen die Bürger der Gemeinde.

Zweifellos, Coburg hat sich seine Rettung etwas kosten lassen. Doch für die Möglichkeit, weiterzuleben, ist wohl nichts zu teuer. Mit den Eingemeindungsverträgen wurde das Übel der Entvölkerung nämlich bei der Wurzel gepackt. Für die Flucht aus Coburg gab es zwei entscheidende Motive: Man wollte ein Häuschen im Grünen oder man fand keine den eigenen Fähigkeiten entsprechende Arbeitsplätze. Die Folge: man zog in die baulandreichen Nachbarorte oder suchte sein Brot in den lukrativen Ballungszentren. Dies ist nun nicht mehr nötig. Für das Häuschen im Grünen ist genügend Raum. Und auch für den Ausbau bestehender Betriebe oder die Neuansiedlung von Industrien können weitere Gebiete erschlossen werden. Dadurch werden weitere Arbeitsplätze geschaffen. Für den Bürger: Höherer Freizeitwert und bessere Lebensbedingungen. Für die Unternehmer: Die Chance zur Expansion. Für die Stadt: Gesteigertes Steueraufkommen. Fazit: Zufriedenheit allerorten.<sup>620</sup>

Coburg konnte seine Interessen durchsetzen. Es gelang der Stadt, trotz der fehlenden 50.000 Einwohner ihre Kreisfreiheit zu erhalten und seine Finanzkraft zu stärken. Das gelang ihr mit Hilfe des bayerischen Innenministeriums und der Regierung von Oberfranken. Beide Institutionen sahen die Zukunft der Vestestad weiterhin unabhängig vom Landkreis. Die Coburger Bemühungen, Randgemeinden aufzunehmen, führten jedoch zu Spannungen mit dem Landkreis, die in den verbalen Äußerungen des damaligen Landrats Groebe ihren Höhepunkt erreichte. Schließlich war der Kreis bereit, wirtschaftlich schwache Dörfer an Coburg abzutreten. Um die ökonomisch starken Ortschaften wie Creidlitz oder Scheuerfeld entstand heftiger Streit. Beide Seiten (sowohl der Landkreis als auch die Stadt) versuchten, diese Orte auf ihre Seite zu ziehen. Über die Zugehörigkeit der Dörfer entschieden jedoch die Behörden auf Bezirks- und Landesebene. Selbst der Einfluss der Ortsbewohner, die in Volksabstimmungen über die Zukunft ihrer Gemeinde befragt wurden, blieb in diesen Verfahren gering, wie der Fall von Bertelsdorf zeigt. Schließlich zeigten sich am Ende des Prozesses Oberbürgermeister Stammberger und der 1972 gewählte Landrat Helmut Knauer (1924-2010) versöhnlich. Letzterer äußerte sich so: „Das wir mit unseren Nachbarn, der Stadt Coburg vor allem und den angrenzenden Kreisen in gutem Einvernehmen leben wollen, ist eigentlich selbstverständlich. Es darf auch in dieser Hinsicht keinen Zaun um das Coburger Land geben.“<sup>621</sup> Wolfgang Stammberger erwiderte darauf: „Durch den Zusammenschluss mit Ihren Gemeinden hat Coburg an Leistungskraft gewonnen. Dass die Stadt sich weiter gut entwickelt, wird auch von Ihnen abhängen und deshalb bitte ich Sie, am Geschehen dieser Stadt ebenso regen Anteil zu nehmen. Dann ist mir um die Zukunft unserer Stadt nicht bange. Ich freue mich auf Ihre Mitarbeit.“<sup>622</sup> Die Beziehungen zwischen Stadt und Land gestalten sich seither partnerschaftlich. Neben der Stadt profitierten auch die neuen Stadtteile von der Eingemeindung. Kostspielige Investitionen in die Infrastruktur übernahm nun Coburg. Der Lebensstandard bzw. die Urbanisierung stieg damit in den betroffenen Ortschaften weiter an. In manchen Orten besaß die Eingliederung sogar eine beschleunigende Wirkung weg vom althergebrachten dörflichen Leben hin zum modernen städtischen Vorstadtleben. Dabei glichen sich die

---

<sup>620</sup> BÜTTNER, Stadt (wie Anm. 240).

<sup>621</sup> ZEITLER, Gebietsreform (wie Anm. 2), S. 101.

<sup>622</sup> Coburger Tageblatt vom 1.7.1972.

Wohn- und Lebensbemühungen, die ursprünglich von Ort zu Ort verschieden waren, auf städtisches Niveau an. Dass dabei die Stadt Coburg nicht immer die in den Eingliederungsverträgen ausgehandelten Zeiträume für bestimmte Investitionen einhielt, spielte im Endeffekt für diese Entwicklung keine Rolle. Daneben zeigte sich, dass die Grundlagen für eine Entscheidung der Gemeinden, sich Coburg anzuschließen, schon früh gelegt wurden. Beginnend mit der Zentralisierung der Justiz zu Beginn des 19. Jahrhunderts und der nach 1858 einsetzenden Industrialisierung im Coburger Land entstanden weitere infrastrukturellen Verbindungen zwischen der Stadt Coburg und ihren Randgemeinden. Diese Verbindungen erlebten im 20. Jahrhundert einen weiteren Ausbau und entwickelten sich so zu einem Hauptargument für eine Eingliederung in die Vestestadt.

Auf die Identität der einzelnen Ortschaften wirkte sich die Eingemeindung nicht allzu negativ aus. Dies war noch von einigen Kommentatoren aus dem Landkreis zu Anfang noch befürchtet worden. Zwar gingen nach 1972 einige für die Identität wichtige dörfliche Institutionen wie Gasthäuser, Ortskanzleien, Feuerwehren oder Schulen verloren. Auf der anderen Seite bemühten sich aber die Stadt Coburg und die jeweiligen Gemeinden darum, diese Identitäten nachhaltig zu bewahren und zu fördern. Ein Hauptmerkmal dieser Politik war die in den Eingemeindungsverträgen verankerte Gründung von Bürgervereinen. Diese sind nicht nur bis heute in den politischen Entscheidungsprozessen mit eingebunden, sondern sie besitzen durch ihre Vereinstätigkeit eine wichtige Funktion für die Identität und den Zusammenhalt der dörflichen Gemeinschaft.<sup>623</sup> Die Untersuchung zeigte aber auch, dass gerade durch den Zuzug zahlreicher Ortsfremder im Zusammenhang mit der Entstehung neuer Wohngebiete die Identität der Dörfer gefährdet war. Es entstanden dabei innerhalb der dörflichen Gemeinschaft zwei gesellschaftliche Gruppen, und zwar die der Neubürger und die der Alteingesessenen. In der Folge oblag es den Bürgervereinen, die teilweise hohe Zahl an Neubürgern in die dörfliche Gemeinschaft zu integrieren, was in manchen Fällen sehr schwierig und nur langwierig vorstättenging. Der Bau neuer Wohngebiete wirkte sich auch auf das Ortsbild aus. Hier gelang es den Bürgervereinen mit Unterstützung der Stadt den mitunter vertraglich festgelegten Erhalt des Dorfbildes zu bewahren und mancherorts wie in Seidmannsdorf und Rögen optisch aufzuwerten.

Insgesamt war die Eingemeindung von Nachbardörfern Ausdruck eines über 100 Jahre andauernden Modernisierungsprozesses. Diese Entwicklung beinhaltete die Rationalisierung bestehender Verwaltungsstrukturen. Das bedeutete, dass Behörden fortan unter dem Aspekt des effizienten Arbeitens gesehen wurden. Dazu gehörte eine fortschreitende Professionalisierung der Gemeindeverwaltungen, die in dieser Untersuchung vor allem in Ansätzen in Creidlitz und Scheuerfeld festgestellt werden konnte. Eine ehrenamtliche Führung der Gemeinde mit Ratssitzungen in Wirtshäusern passte da nicht mehr in die Zeit. Der hier beschriebene Wandel bedurfte jedoch finanzielle Grundlagen. Orte, welche die Industrialisierung verpasst hatten und noch 1945 stark landwirtschaftlich geprägt waren, besaßen nicht die Finanzkraft, sich eine hauptamtliche Verwaltung zu leisten. Finanzschwachen Gemeinden gelang es zudem immer weniger, ihre öffentlichen Aufgaben wahrzunehmen. Dazu gehörte der Ausbau

---

<sup>623</sup> MATTERT, Dörfer (wie Anm. 1), S. 145.

der modernen Infrastruktur wie Trink- und Abwasserleitungen oder der schulischen Einrichtungen, die es fast in jedem Dorf gab. Damit nahm die Leistungsfähigkeit der Gemeinden ab und ihre Legitimation wurde zunehmend in Frage gestellt. Es war daher ein logischer Schritt, dass sich gerade diese Gemeinden schon bald nach einem finanzstarken Partner umsahen. Diese potenten Kommunen sollten die bereits getätigten Investitionen in die Infrastruktur weiterführen und zu einem erfolgreichen Abschluss bringen. Dementsprechend fanden die Eingemeindungsverhandlungen inmitten dieses Modernisierungs- und Urbanisierungsprozesses statt.<sup>624</sup> Allerdings waren die Zeitpunkte der Gespräche von Ort zu Ort unterschiedlich. Je stärker sich die Finanzkraft und Professionalität der Verwaltung einer Gemeinde ausgebildet hatten, desto später erfolgten dann die Eingliederungsverhandlungen. In diesen Fällen war der Ausbau der modernen Infrastruktur schon am weitesten gediehen. Aus heutiger Sicht überrascht aber, wie schnell diese Dörfer dann doch ihre Eigenständigkeit aufgaben. Hier mögen wohl der Druck der bayerischen Staatsregierung und die Möglichkeit finanzieller Unterstützung durch den Freistaat eine entscheidende Rolle gespielt haben. Allerdings verfangen diese Faktoren nicht immer, sodass die Gebietsreform erst 1978 auch mittels Zwangseingliederungen abgeschlossen werden konnte. Inwieweit dieser Modernisierungsprozess abgeschlossen ist, wird die Zukunft zeigen. Es ist jedenfalls aus historischer Sicht nicht ausgeschlossen, dass es aufgrund der zunehmenden Komplexität von Verwaltungsaufgaben zu weiteren Gebietsreformen kommen wird. Dabei ist davon auszugehen, dass die Stadt Coburg auch weiterhin versuchen wird, ihre Kreisfreiheit zu erhalten.

---

<sup>624</sup> MATTERN, Dörfer (wie Anm. 1), S. 231, 236.

## 11. QUELLENVERZEICHNIS

### 1. Ungedruckte Quellen

#### 1.1 Coburg, Staatsarchiv (StACo)

Grundbuch.

Kammerarchiv (K-Archiv).

Konsistorium.

Landesarchiv Lokat A (LA A) – Persönliche Sachen des Regenten und der Fürstlichen Familien.

Landesarchiv Lokat B (LA B) – Verhältnisse zu Kaiser und Reich.

Religions- und Reformationsakten

Landesarchiv Lokat E (LA E) – Der Sächs. Lande innere Verfassung in Geistl. Sachen.

Landesarchiv Lokat F (LA F) – Der sächsischen Lande innere Verfassung in weltlichen Sachen.

Landesarchiv Lokat M (LA M) – Grundbuch-Archiv.

Landesregierung (LReg).

Landratsamt Coburg (LRA Co).

Landtag.

Lehenhof.

Ministerium Lokat D (Min D).

Ministerium Lokat E (Min E).

Patrimonialgericht Callenberg.

Patronatsgericht Niederfüllbach.

Planslg. (Plansammlung).

Staatskasse.

Urkundenarchiv Lokat A (Urk LA A) -

Urkundenarchiv Lokat E (Urk LA E) – Der sächs. Lande Verfassung in geistlichen Sachen.

Urkundenarchiv Lokat F (Urk LA F) – Verfassung in weltlichen Sachen.

#### 1.2 Coburg, Stadtarchiv (StadtACo)

Akte (A)

Bauakte (B)



Coburgica  
 Stadtchronik  
 Urkunde (U)

## 2. Gedruckte Quellen

- BAYERISCHES LANDESAMT FÜR STATISTIK UND DATENVERARBEITUNG (Hrsg.), Amtliches Ortsverzeichnis für Bayern. Gebietsstand: 25. Mai 1987 (Beiträge zur Statistik Bayerns 450), München 1991.
- BAYERISCHES LANDESAMT FÜR WASSERVERSORGUNG (Hrsg.), Bericht des Bayerischen Landesamtes für Wasserversorgung. Über die bisherige 50jährige Tätigkeit 1878 bis 1928 mit Geschäftsbericht über die Jahre 1927 und 1928, München 1929.
- BAYERISCHES STATISTISCHES LANDESAMT (Hrsg.), Ortschaften-Verzeichnis für den Freistaat Bayern nach der Volkszählung vom 16. Juni 1925 und dem Gebietsstand vom 1. Januar 1928 (Beiträge zur Statistik Bayerns 109), München 1928.
- BAYERISCHES STATISTISCHES LANDESAMT (Hrsg.), Amtliches Ortsverzeichnis für Bayern. Bearbeitet auf Grund der Volkszählung vom 13. September 1950 (Beiträge zur Statistik Bayerns 169), München 1952.
- BAYERISCHES STATISTISCHES LANDESAMT (Hrsg.), Amtliches Ortsverzeichnis für Bayern (Beiträge zur Statistik Bayerns 335), München 1973.
- DOBENECKER, Otto (Bearb.): *Regesta diplomatica necnon epistolaria historiae Thuringiae*. Bd. 3, 1228-1266, Jena 1925.
- DOTZAUER, Christian Friedrich: *G. P. Hönn's Sachsen-Coburgische Chronik*. Band I, Coburg 1792.
- FABER, Johann Karl German: *Historisch-topographisch-statistische Nachrichten vom ehemaligen Cisterzienser adelichen Nonnenkloster und derzeitigen Herzoglichen Sachsen-Hildburghäusischen Amte Sonnenfeld*, Coburg 1793.
- FÖRTSCH, Johann, Seidmannsdorfer Schuljahrbuch. Durch den derzeitigen Schullehrer Johann Foertsch, auf höchsten Befehl Herzogl. Kirchen- und Schulen-Deputation Herzogl. Landes-Regierung eingeführt, den 17. Maii 1817, Seidmannsdorf 1817-1900.
- GRUNER, Johann Gerhard: *Historisch-statistische Beschreibung des Fürstenthums Coburg S. Saalfeldischen Antheils*. Band I, Coburg 1783.
- HERZOGTUM SACHSEN-COBURG UND GOTHA (Hrsg.): *Adreß-Handbuch des Herzogthums Sachsen-Coburg und Gotha für das Jahr 1837*, Coburg / Gotha 1837.
- HERZOGTUM SACHSEN-COBURG (Hrsg.), *Gesetzsammlung für das Herzogthum Coburg aus den Jahren 1857 und 1858*, Coburg 1859.
- KOCH, Ernst (Hrsg.), *Das Lehenbuch des Abtes Georgius Thun zu Saalfeld 1497-1526* (*Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte und Altertumskunde* / Beiheft NF 5), Jena 1913.

- O. A.: Neue Sammlung geographisch-historisch-statistischer Schriften. Bd. 7, Enthält: Die geographischen Einleitung- und Beschreibungen einiger beträchtlichen Länder des Obersächsischen Kreises, Weißenburg 1788.
- SCHAUMBERG Oskar von (Bearb.), Regesten des fränkischen Geschlechts von Schaumburg. Ein Beitrag zur Geschichte der Itz- und Obermainlande, Bd. II 1301-1400, Coburg 1939.
- SCHULTES, Johann Adolph von: Diplomatische Geschichte des Gräflichen Hauses Henneberg mit CCLV. Urkunden und neun Kupfertafeln. Teil 1, Leipzig 1788.
- STATISTISCHES BUREAU GOTHA (Hrsg.): Ortschafts-Verzeichniss der Herzogthümer Coburg und Gotha, aufgestellt auf Grund der Volkszählung vom 1. Dezember 1871, Gotha 1873.
- STATIST. BUREAU VEREINIGTER THÜRING. STAATEN (Hrsg.), Ortsverzeichnis der thüringischen Staaten, Jena 1870.
- THIEL, Matthias (Bearb.), Urkundenbuch des Stifts St. Peter und Alexander zu Aschaffenburg. Bd. 1: 861-1325 (Veröffentlichungen des Geschichts- und Kunstvereins Aschaffenburg 26), Aschaffenburg 1986.
- WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT DER STADT COBURG (Hrsg.), Wirtschaftsraum Coburg. Daten und Fakten, Coburg 2009.

### 3. Periodika

- Adressbücher der Stadt Coburg.
- Coburger Kalender.
- Coburger Tageblatt.
- Coburger Zeitung.
- Der Neue Film.
- Gemeindeblatt von Creidlitz.
- Gesetz-Sammlung für das Herzogtum Coburg.
- Herzogl.-Sachsen-Coburg-Saalfeldisches Regierungs- und Intelligenzblatt.
- Herzogl.-Sachsen-Coburgisches Regierungs- und Intelligenzblatt.
- Neue Presse Coburg.
- Regierungsblatt für das Herzogtum Coburg.

## 12. LITERATURVERZEICHNIS

- AMEND, Gerhard: 100 Jahre Landgericht Coburg. Entstehung und Weiterentwicklung eines bayerischen Landgerichtsbezirks, in: WOLZ, Alexander / BOSECKERT Christian

- (Hrsg.), Der Anschluss Coburgs an Bayern im Jahre 1920. „...zu einem einheitlichen Gebiet vereinigt.“ (Schriftenreihe der Historischen Gesellschaft Coburg 30), Coburg 2020, S. 53-60.
- ANDRIAN-WERBURG, Klaus Freiherr von: Die Coburgische Gerichtsorganisation im 19. Jahrhundert und die Errichtung des Bayerischen Landgerichts Coburg 1921, in: Jahrbuch der Coburger Landesstiftung 16 (1971), S. 39-74.
- ARNOLD, Astrid: Schloss Callenberg. Ein Beitrag zum frühen neugotischen Schloßbau im Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha, in: Jahrbuch der Coburger Landesstiftung 47 (2002), S. 67-157.
- AUMANN, Georg: Der Wildpark von Callenberg, in: Coburger Geschichtsblätter 5 (1997), S. 54-59.
- AXMANN, Rainer: Besitz und Herrschaft im westlichen Coburger Land, in: Jahrbuch der Coburger Landesstiftung 25 (1980), S. 1-20.
- AXMANN, Rainer: Die Edelfreien von Callenberg: Studien zur Geschichte eines adeligen Geschlechts im Coburger Land im 12. und 13. Jahrhundert, in: Jahrbuch der Coburger Landesstiftung 26 (1981), S. 253-312.
- AXMANN, Rainer: Die spätmittelalterliche Predikatur an Coburg - St. Moriz. Balthasar Düring als ihr bedeutendster Inhaber, in: Jahrbuch der Coburger Landesstiftung 35 (1990), S. 295-314.
- AXMANN, Rainer: Einblicke in die Geschichte der Kirchengemeinde und der Kirche zu Scheuerfeld. Aus Anlaß des 400jährigen Bestehens der Pfarrei Scheuerfeld im Jahre 2001, in: EVANG.-LUTH. PFARRAMT SCHEUERFELD (Hrsg.), Miteinander Leben und Lernen. Festschrift zur 400-Jahr-Feier Kirchengemeinde und Schule Scheuerfeld, Coburg 2001, S. 127-192.
- AXMANN, Rainer: Zum Bau der Kirche auf Schloß Callenberg unter Herzog Johann Casimir, in: Jahrbuch der Coburger Landesstiftung 43 (1998), S. 93-148.
- AXMANN, Rainer: Zur Geschichte der Reformation in der Pflege Coburg, in: WOLF Peter / BROCKHOFF, Evamaria / FIEDERER, Fabian / FRANZ Alexandra / GROTH Constantin (Hrsg.), Ritter, Bauern, Lutheraner. Katalog zur Bayerischen Landausstellung 2017 (Veröffentlichungen zur Bayerischen Geschichte und Kultur 66), Augsburg 2017, S. 62-66.
- BACHMANN, Harald: Coburg als Mittelpunkt alter Handelsstraßen bis 1800, in: Coburger Geschichtsblätter 5 (1997), S. 3-13.
- BACHMANN, Harald: Sonnefeld. Geschichte und Gegenwart, Hofstädten, Kloster und Amt Sonnefeld, Gemeinde Sonnefeld, Sonnefeld 1989.
- BACKERT, Rudolf: Creidlitz vor Coburgs Toren, in: SCHILLING, Friedrich (Hrsg.): Creidlitz. Ursprung und Gegenwart, Festschrift zur 1100-Jahr-Feier, Creidlitz 1970, S. 3-5.
- BÄTZ, Günther / EIBL, Roland / LEIB, Günter / LIPFERT, Rolf: Scheuerfeld im Wandel der Zeit. 1100-2000, Coburg 2000.

- BLEIWEIS, Wolfgang / GOLDSCHMIDT, Stefan / SCHMITT, Bernd: Eisenbahn im Coburger Land, Coburg 1996.
- BOSECKERT, Christian: 100 Jahre Uniontheater („Utopolis“) oder die emanzipatorischen Bestrebungen der Margarethe Birnbaum, in: Coburger Geschichtsblätter 27 (2019), S. 103-112.
- BOSECKERT, Christian: Adel, Bauern, Proletarier – Der gesellschaftliche Wandel am Beispiel Ketschendorfs (1789-1914), in: Coburger Geschichtsblätter 27 (2019), S. 5-25.
- BOSECKERT, Christian: „Coburgs staatliche Selbstständigkeit ist dahin – eine an sich gewiss nicht erfreuliche, aber unvermeidliche und notwendige Folge.“ Die Bemühungen um eine Reichsreform in der Weimarer Republik am Beispiel Coburgs, in: WOLZ, Alexander / BOSECKERT, Christian: Der Anschluss Coburgs an Bayern im Jahre 1920. „...zu einem einheitlichen Gebiet vereinigt.“ (Schriftenreihe der Historischen Gesellschaft Coburg 30), Coburg 2020, S. 41-52.
- BOSECKERT, Christian: Die Dorfgrundherrschaft in Scheuerfeld in der Frühen Neuzeit, in: Coburger Geschichtsblätter 24 (2016), S. 4-10.
- BOSECKERT, Christian: Ein Herzog und sein Staat. Eine politische Biografie Herzog Johann Casimirs von Sachsen-Coburg (1564-1633) (Norm und Struktur. Studien zum sozialen Wandel in Mittelalter und Früher Neuzeit 53), Wien / Köln / Weimar 2022.
- BOSECKERT, Christian: Ernst II. und die industrielle Revolution, in: MELVILLE, Gert / WOLZ, Alexander (Hrsg.), „Die Welt in einer unberechenbaren Entwicklung bisher ungeahnter Kräfte“. Studien zu Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg und Gotha (1818-1893) (Schriftenreihe der Historischen Gesellschaft Coburg 29), Coburg 2018, S. 45-64.
- BREMER, Willi: Neuses – St. Matthäus, in: KOLLMER, Eckhart (Hrsg.), Evangelische Kirchengemeinden im Coburger Land, Erlangen 1984, S. 81-84.
- BRINGMANN, Adalbert: St. Elisabeth Creidlitz. Werden von Gemeinde und Kirche, in: SCHILLING, Friedrich (Hrsg.): Creidlitz. Ursprung und Gegenwart, Festschrift zur 1100-Jahr-Feier, Creidlitz 1970, S. 68-70.
- BÜRGERVEREIN BEIERSDORF (Hrsg.), 40 Jahre Bürgerverein Coburg-Beiersdorf. 1972-2012, Coburg 2012.
- BÜRGERVEREIN LÜTZELBUCH (Hrsg.), 25 Jahre Bürgerverein Lützelbuch e.V. 1972 - 1997, Coburg 1997.
- BÜRGERVEREIN SEIDMANNSDORF-LÖBELSTEIN (Hrsg.), 25 Jahre Bürgerverein Seidmannsdorf-Löbelstein. 1972-1997, Festschrift, Coburg 1997.
- BÜTTNER, Werner: „Unsere Stadt ist gerettet. Ohne diesen Zuwachs wäre Coburg in seinen Grenzen erstickt“ (Stadtarchiv Coburg, Stadtchronik 1972, Nr. 11/2).
- COBURGER TAGEBLATT (Hrsg.), 25 Jahre Gebietsreform des Landkreises und der Stadt Coburg, Kulmbach 1997.
- DIETSCH Steffen / GOLDSCHMIDT, Stefan / LÖHNER, Hans: Die Werrabahn. die Geschichte der längsten Nebenfernstrecke Deutschlands, Neustadt b. Coburg 2008.

- DIETZE, Walter: Die bevölkerungspolitischen und wirtschaftlichen Wirkungen des dreißigjährigen Krieges in der Pflege Coburg und der Wiederaufbau nach dem Kriege (Coburger Heimatkunde und Heimatgeschichte 18), Coburg 1941.
- EBERLEIN, Franz: Die Straßennamen der Stadt Coburg (Schriftenreihe der Historischen Gesellschaft Coburg 4), Coburg 1987.
- EBERWEIN, Dieter / BEYHL, Wilfried: Kirchengemeinde Creidlitz, in: KOLLMER, Eckhart (Hrsg.), Evangelische Kirchengemeinden im Coburger Land, Erlangen 1984, S. 79-80.
- ECKERLEIN, Ernst: Ein Sonntagsausflug nach Callenberg vor über 70 Jahren und die Geschichte des Schlosses, in: DERS., Coburger Heimat, Bd. VI, Coburg 1986, S. 133-136.
- ECKERLEIN, Ernst: Einst fuhren die Coburger auch über Ummerstadt-Colberg und Heldburg nach Königshofen, in: DERS., Coburger Heimat, Bd. II, Coburg 1981, S. 77-85.
- ECKERLEIN, Ernst: Erinnerungen an Dr. Rudolf Hassenstein und an Hambach, in: DERS., Coburger Heimat. Bd. IV, Coburg 1983, S. 65-67.
- FALKENBERG, Jörg / DLOUHY, Richard: Die Wirtschaft im Coburger Grenzland, Kulmbach 1982.
- FFW LÖBELSTEIN (Hrsg.), Festschrift und Chronik. Anlässlich unserer 125-Jahrfeier am 15. und 16. Mai 1999, Löbelstein 1999.
- FREUDENBERG, Bernhard / HEINKE, Dieter / KRAUß, Michael / KREBS, Rainer: Geschichten zu Beiersdorf im Wandel der Zeit. Anlässlich 50 Jahre Eingemeindung, 50 Jahre Bürgerverein, 1972-2022, Coburg 2022.
- GESANGVEREIN LIEDERKRANZ 1870 (Hrsg.), 125 Jahre Gesangverein „Liederkrantz 1870“ Scheuerfeld. Mitglied im Deutschen Allgemeinen Sängerbund e.V., 125 Jahre Vereinsleben durch Höhen und Tiefen der Geschichte, 1870-1995, Sonnefeld 1995.
- GESANGVEREIN LÜTZELBUCH (Hrsg.), 125 Jahre Singen in Lützelbuch. 1870-1995, Coburg 1995.
- GÖPFERT, Ulrich: Entstehung der Hindenburg- und Paschendaale-Kasernen. Die Neubauten erfolgten auf ehemaliger Dörfleser Flur (<https://ulrich-goepfert.de/index.php/de/archiv/67-aus-der-vergangenheit/632-entstehung-der-ehemaligen-hindenburg-und-paschendaale-kasernen>), aufgerufen am 16.6.2022.
- GRABMUCK, Horst: Die Ortsnamen des Landkreises Coburg, Coburg 1955.
- GREINER, Albert: Die Einführung der Reformation in der Pflege Coburg 1520-1555. Nach archivalischen Quellen bearbeitet, Coburg 1938.
- GREINER, Albert: Geschichte der Dorfes Creidlitz bei Coburg, Tübingen 1943.
- GREVE, Horst: Die Diakonissen von Lützelbuch, in: Lesebuch Digitales Stadtgedächtnis Bd. 2, Coburg 2010, S. 26-27.
- GRIMM, Jacob / GRIMM, Wilhelm: Deutsches Wörterbuch, Bd. 9: Greander – Gymnastik, Leipzig 1935.
- GRIMM, Jacob / GRIMM, Wilhelm: Deutsches Wörterbuch, Bd. 16: Seeleben – Sprechen, Leipzig 1905.

- HABEL, Hubertus: Kleine Coburger Stadtgeschichte, Regensburg 2009.
- HAMBRECHT, Rainer: Die Festtafel des Armenhäuslers, in: Blätter zur Geschichte des Coburger Landes 20 (1991), S. 98-101.
- HEIMAT- UND BÜRGERVEREIN RÖGEN (Hrsg.), 25 Jahre Heimat- u. Bürgerverein Rögen e.V. 1971-1996, Coburg 1996.
- HEINS, Walter: Aus der Geschichte der Seidmannsdorfer Kirche, in Coburger Heimat 4 (1935), Nr. 6.
- HEINS, Walter: Creidlitz im Licht frühmittelalterlicher Überlieferung. Zur Urkunde König Ludwigs II. des Deutschen (833/843-876), in: SCHILLING, Friedrich (Hrsg.), Creidlitz - Ursprung und Gegenwart. Festschrift zur 1100-Jahr-Feier 1970, Creidlitz 1970, S. 18-36.
- HEINS, Walter: Das Copialbuch der Propstei Coburg des Benediktinerklosters Saalfeld, in: SCHILLING, Friedrich (Hrsg.), Coburg mitten im Reich. Bd. 2, Fortsetzung der Festgabe zum 900. Gedenkjahr der ersten Erwähnung der Ur-Coburg und ihres Umlandes, Kallmünz / Opf. 1961, S. 62-77.
- HEINS, Walter: Mönchröden bei Coburg. Geschichte und Wirtschaft eines Benediktinerklosters vor der Reform (Coburger Heimatkunde und Heimatgeschichte II. Teil, Heft 19), Coburg 1952.
- HELBIG, Joachim: Die bayerischen Posthilfsstellen, Münchberg 1980.
- HEROLD, Eva: Bertelsdorf und seine Höhe, Coburg 1997.
- HÖHN, Alfred: Die Geschichte des Schlosses Eichhof im Wandel der Zeit, in: Coburger Geschichtsblätter 5 (1997), S. 22-25.
- HÖHN, Alfred: Die Henneberger Herrschaft Coburg und ihre Bedeutung für die Geschichte des Coburger Landes (Schriftenreihe der Historischen Gesellschaft Coburg 7), Coburg 1992.
- KALTER, Isolde: Neustadt und Umgebung im Mittelalter, in: Coburger Geschichtsblätter 25 (2017), S. 5-12.
- KIRSCH, Rolf: Der Landschaftspark von Schloss Callenberg bei Coburg, in: BOSBACH, FRANZ / GRÖNING, Gert (Hgg.), Landschaftsgärten des 18. und 19. Jahrhunderts (Prinz-Albert-Studien 26), München 2008, S. 165-177.
- KOCH, Hartwig: Geschichte des Hofes Hambach, Würzburg 1979 (Standort: Stadtarchiv Coburg).
- KRAUSERT, Hans: Alte Gasthäuser im Coburger Land. Gasthaus Reich zu Seidmannsdorf, in: Coburger Kalender 3 (1935), S. 49-50.
- KREUZER, Reinhard: Entwicklung der Eingemeindungen der Stadt Coburg 1971-75, Bamberg 1976 (Standort Stadtarchiv Coburg).
- KRÜNTZ, Johann Georg: Ökonomisch-technische Enzyklopädie, Bd. 155: Sklaverey, politische, - Sonnett, Berlin 1832.

- LEIPOLZ, Dietrich: Scheuerfeld, in: KOLLMER, Eckhart (Hrsg.), Evangelische Kirchengemeinden im Coburger Land, Erlangen 1984, S. 212-215.
- LEISTNER, Armin: Alte Grabdenkmäler und Epitaphien des Coburger Landes, I. Teil, in: Jahrbuch der Coburger Landesstiftung 21 (1976), S. 53-134.
- LORENZ, Walter: Campus Solis (Schriften des Instituts für fränkische Landesforschung an der Universität Erlangen, Historische Reihe 6), Kallmünz / Opf. 1955.
- LORENZ, Walter: Urkundenstudien zur Frühgeschichte von Coburg, Teil I und II, in: Jahrbuch der Coburger Landesstiftung 15/16 (1970/71), S. 317-370 und 13-38.
- LOTTER, Herbert: Das Steuer- und Abgabenwesen des Coburger Landes im Mittelalter und in den ersten Jahrhunderten der Neuzeit, Erlangen 1951.
- MAHNKE, Fritz: Schlösser und Burgen im Umkreis der Fränkischen Krone, Coburg 1974.
- MAHNKE, Fritz: Wahrzeichen des Glaubens im Coburger Land. Teil 4: Die Pfarrei Seidmannsdorf, in: Heimat-Tageblatt 7 (1982).
- MATTERN, Julia: Dörfer nach der Gebietsreform. Die Auswirkungen der kommunalen Neuordnung auf kleine Gemeinden in Bayern (1978 bis 2008), Regensburg 2020.
- MATTERN, Julia: Gebietsreform, publiziert am 02.12.2020; in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <<https://www.his-torisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Gebietsreform>> (05.06.2022).
- MEIBNER, Erich: Der Fall Nicolaus Zech. Eine Tragödie am Hofe des Herzogs Johann Casimir, in: Blätter zur Geschichte des Coburger Landes 5 (1976), S. 2-25.
- MEIBNER, Erich: Die Hügelhöfe, in: BÄTZ, Günther / EIBL, Roland / LEIB, Günter / LIPFERT, Rolf: Scheuerfeld im Wandel der Zeit. 1100-2000, Coburg 2000, S. 16-24.
- MEIBNER, Erich: Mühlen im Scheuerfelder Grund, in: Blätter zur Geschichte des Coburger Landes 4 (1975), S. 83-104.
- MEIBNER, Erich: Was unsere Flurnamen verraten. Befestigte Höfe im Coburger Land, in: Heimatkundliche Lesebogen für das Coburger Land 19 (1971), S. 1-10.
- MELVILLE, Gert: 45-75. Coburgs Weg in die Gegenwart (Schriftenreihe der Historischen Gesellschaft Coburg 20), Coburg 2006.
- MICKELHUHN, Erich: Kirchengemeinde Seidmannsdorf, in: KOLLMER, Eckhart (Hrsg.), Evangelische Kirchengemeinden im Coburger Land, Erlangen 1984, S. 84-86.
- MORSBACH, Peter / TITZ, Otto: Stadt Coburg. Ensembles, Baudenkmäler, Archäologische Denkmäler (Denkmäler in Bayern IV.48), München 2006.
- MÜLLER, Peter: Die wirtschaftliche Entwicklung von Creidlitz von 1900-1978, Coburg 1978 (Standort: Stadtarchiv Coburg).
- O. A.: Lützelbuch weht sein Gemeindezentrum. Die Freiwillige Feuerwehr feiert Einzug in ihr Gerätehaus, Lützelbuchs Kinder erhielten ihre Spielwiese, Festtage: Sonnabend, 19., und Sonntag, 20. August 1967, Coburg 1967.
- OTTO, Jürgen: Coburger Hotel- und Gaststättenführer, Coburg 2000.

- PELLENDER, Heinz: Tambach – vom Langheimer Klosteramt zur Ortenburgschen Grafschaft (Schriftenreihe der Historischen Gesellschaft Coburg 3), Coburg 1985.
- PROBST, Reiner: 100 Jahre TVL Coburg-Lützelbuch 1904. 24.-25. September 2004, Turnen, Tischtennis, Volleyball, Badminton, Fitness für Frauen, Showtanz, Laufgruppe, Step Aerobik...und fit für mehr, Lützelbuch 2004.
- RIEDL-VALDER, Christine: St. Peter und Paul in Coburg? Seelsorge und Bildung der Benediktiner, in: Haus der Bayerischen Geschichte, Klöster in Bayern (<https://www.hdbg.eu/kloster/index.php/pdf?id=KS0073>), 15.1.2022.
- RIEMANN, Franz: Die Ortsnamen des Herzogtums Coburg, Coburg 1891.
- SANDNER, Harald: Coburg im 20. Jahrhundert. Die Chronik über die Stadt Coburg und das Haus Sachsen-Coburg und Gotha vom 1. Januar 1900 bis zum 31. Dezember 1999 - von der „guten alten Zeit“ bis zur Schwelle des 21. Jahrhunderts, Coburg 2000.
- SCHÄFER, Robert: Das industrielle Erbe im Coburger Stadtbild, in: REGIONALVERBAND COBURG IM BDS (Hrsg.), Coburger Unternehmergeist. Beiträge zur wirtschaftlichen Entwicklung einer Region, Coburg 2014, S. 87-115.
- SCHILLING, Friedrich (Hrsg.): Creidlitz. Ursprung und Gegenwart, Festschrift zur 1100-Jahr-Feier, Creidlitz 1970.
- SCHMIDT, Hans-Jürgen: 50 Jahre BGS – Daten, Menschen, Fakten – 1951-2001, Coburg 2001.
- SCHMIDT, Hans-Jürgen: Coburg und die amerikanischen Streitkräfte 1945-1990 (Schriftenreihe der Historischen Gesellschaft Coburg 10), Coburg 1995.
- SCHNEIER, Walter: Coburg im Spiegel der Geschichte. Von der Urzeit bis in die Gegenwart. Auf den Spuren von Fürsten, Bürgern und Bauern, Coburg 1986.
- SCHNEIER, Walter: Das Coburger Land, Coburg 1990<sup>2</sup>.
- SCHOLZ, Michael: Die Verordnungen zum Brandschutz und zur Feuerbekämpfung des Herzogtums Coburg im 19. Jahrhundert, Rödental 2012.
- SCHUBART, Friedrich: Hochwasserschutz im Coburger Raum, in: Die Flußmeister. Magazin für die Wasserwirtschaft, Ausgabe 2010, S. 15-18.
- SIEDLUNGSGEMEINSCHAFT BEIERSDORF (Hrsg.), 50 Jahre Siedlergemeinschaft Coburg-Beiersdorf 1963-2013. Festschrift zum Jubiläum, Coburg 2013 (Standort: Stadtarchiv Coburg).
- SIEGEL, Elias: Heimatskunde und Ortschronik von Einberg, Norderstedt 2017.
- SOBOTTA, Julia: Das Schulwesen der Pflege Coburg im 15. und 16. Jahrhundert: Bildungsgeschichtliche Auswirkungen der Reformation (Schriftenreihe der Historischen Gesellschaft Coburg 19), Coburg 2005.
- STADT COBURG (Hrsg.), Lesebuch Digitales Stadtgedächtnis. Bd. 5, Bildung, Coburg 2013.
- STADT COBURG (Hrsg.), Luther in Coburg. Coburg und die Reformation, Coburg 2016.



- STÄDTISCHE WERKE ÜBERLANDWERKE COBURG (Hrsg.), 100 Jahre Gas, 60 Jahre Wasser, 50 Jahre Elektrizität. Städtische Werke, Überlandwerke Coburg, Coburg 1954.
- TALAZKO, Helmut: Moritzkirche und Propstei in Coburg. Ein Beitrag zur Geschichte der geistlichen Vermögen im Spätmittelalter (Einzelarbeiten aus der Kirchengeschichte Bayerns 2), Nürnberg 1971.
- THURN, Otto: Neu- und Neershof. Geschichte eines Dorfes vom Ursprung bis zur Gegenwart. Coburg 1980.
- TURN- UND SPORTVEREIN BEIERSDORF (Hrsg.), 100 Jahre TSV Beiersdorf. 1913-2013, Beiersdorf 2013.
- TURN- UND SPORTVEREIN SCHEUERFELD (Hrsg.), 100 Jahre TSV Scheuerfeld. „vom Saatkorn zur Blüte“, Scheuerfeld 2000.
- TV 1894 COBURG-NEUSES (Hrsg.), 75 Jahre TV 1894 Coburg-Neuses, Coburg 1969.
- VATKE, Wolfgang: Coburger Brauereien. Stadt und Land, Coburg 2008.
- WAGNER, Heinrich: Kissingen (Historischer Atlas von Bayern, Franken Reihe I, Heft 36), München 2009.
- WENDEHORST, Alfred: Das Würzburger Landkapitel zur Zeit der Reformation (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 3), Göttingen 1964.
- WETZEL, Juliane: Displaced Persons (DPs), publiziert am 26.3.2013; in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <[https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Displaced\\_Persons\\_\(DPs\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Displaced_Persons_(DPs))> (15.05.2022).
- WISSEN-MEDIA-VERLAG (Hrsg.), Das aktuelle wissen.de Lexikon, Bd. 1 A-Apis, Gütersloh / München 2004.
- WIPPENBECK, August: Geschichte der Ortschaft Creidlitz. Nach Akten und Urkunden des Staatsarchivs Coburg und des Städtischen Archivs Coburg, Niederfüllbach 1937.
- WOLZ, Alexander: Das staatspolitische Wirken von Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg und Gotha, in: MELVILLE, Gert / WOLZ, Alexander (Hrsg.), „Die Welt in einer unberechenbaren Entwicklung bisher ungeahnter Kräfte“. Studien zu Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg und Gotha (1818-1893) (Schriftenreihe der Historischen Gesellschaft Coburg 29), Coburg 2018, S. 7-30.
- ZECH, Arno: Lützelbuch – „Rittergut mit Weinbergen“, in: HILDENSTEIN, Hermann: 100 Jahre Gesangsverein Lützelbuch. Ein Gang durch die Geschichte des Jubelvereins und der Festorte, Sonnefeld 1970, o. S.
- ZECH, Arno: Lützelbuchs Dorfgeschichte, o. O. (StadtACo, Cob. XII/33).
- ZEITLER, Karl: 25 Jahre Gebietsreform des Landkreises Coburg und der Stadt Coburg 01.07.1972-01.07.1997, Coburg 1997.

### 13. ABBILDUNGSNACHWEIS

- Abb. 1      Wikipedia ([https://de.wikipedia.org/wiki/Coburg#/media/Datei:Karte\\_Stadtgliederung\\_Coburg.svg](https://de.wikipedia.org/wiki/Coburg#/media/Datei:Karte_Stadtgliederung_Coburg.svg)), Entwurf: Maximilian DÖRRBECKER / Amt für Digitalisierung und Kommunikation der Stadt Coburg (Kolorierung), aufgerufen 06.07.2022

#### Beitrag SEIDMANNSDORF

- Abb. 2      Initiative Stadtmuseum Coburg, AK-Sammlung Herold  
Abb. 3      Initiative Stadtmuseum Coburg, AK-Sammlung Herold  
Abb. 4      Archiv Historische Gesellschaft Coburg  
Abb. 5      Archiv Historische Gesellschaft Coburg

#### Beitrag LÖBELSTEIN

- Abb. 6      Initiative Stadtmuseum Coburg, AK-Sammlung Herold  
Abb. 7      Archiv Historische Gesellschaft Coburg

#### Beitrag LÜTZELBUCH

- Abb. 8      Coburg, Stadtarchiv, Fo. 07.32.\_00015  
Abb. 9      Initiative Stadtmuseum Coburg, AK-Sammlung Herold  
Abb. 10     Initiative Stadtmuseum Coburg, AK-Sammlung Herold  
Abb. 11     Wikimedia Commons (<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Co-Luetzelbuch-Gaiserstr14.jpg>), Fotograf: Störfix, 2009

#### Beitrag RÖGEN

- Abb. 12     Coburg, Stadtarchiv, Fo. 07.32.\_00034  
Abb. 13     Coburg, Stadtarchiv, Fo. 07.32.\_00034  
Abb. 14     Initiative Stadtmuseum Coburg, AK-Sammlung Herold  
Abb. 15     Archiv Historische Gesellschaft Coburg

#### Beitrag CREIDLITZ

- Abb. 16     Friedrich SCHILLING (Hrsg.), Creidlitz. Ursprung und Gegenwart, Festschrift zur 1100-Jahr-Feier, Creidlitz 1970, o. S.  
Abb. 17     Coburg, Stadtarchiv, o. S.  
Abb. 18     Archiv Historische Gesellschaft Coburg  
Abb. 19     Friedrich SCHILLING (Hrsg.), Creidlitz. Ursprung und Gegenwart, Festschrift zur 1100-Jahr-Feier, Creidlitz 1970, o. S.  
Abb. 20     Coburg, Stadtarchiv, Fo. 07.23.\_00529

Abb. 21 Coburg, Stadtarchiv, o. S.

Beitrag BEIERSDORF

Abb. 22 Die Gartenlaube. Illustriertes Familienblatt 37 (1863), S. 581

Abb. 23 Coburg, Stadtarchiv, o. S.

Abb. 24 Initiative Stadtmuseum Coburg, AK-Sammlung Herold

Abb. 25 Coburg, Stadtarchiv, Fo. 08.\_P.\_00115

Abb. 26 Coburg, Stadtarchiv, Fo. 08.\_P.\_00209

Abb. 27 Initiative Stadtmuseum Coburg, AK-Sammlung Herold

Beitrag SCHEUERFELD

Abb. 28 Coburg, Staatsarchiv, Bild-Slg. V C 1, 402

Abb. 29 Günther BÄTZ / Roland EIBL / Günter LEIB / Rolf LIPFERT: Scheuerfeld im Wandel der Zeit. 1100-2000, Coburg 2000, S. 210

Abb. 30 Günther BÄTZ / Roland EIBL / Günter LEIB / Rolf LIPFERT: Scheuerfeld im Wandel der Zeit. 1100-2000, Coburg 2000, S. 192

Abb. 31 Coburg, Stadtarchiv, Fo. 04.02.11.\_00006

Abb. 32 Initiative Stadtmuseum Coburg, AK-Sammlung Herold

Abb. 33 Coburg, Stadtarchiv, Fo. 04.02.11.\_00001

